

Wegweiser zur Geschichte



Afghanistan

4. Auflage

ZMSBw

Schöningh

Anregungen, Nachfragen und Kritik richten Sie bitte an:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr (ZMSBw)

Projektbereich Einsatzunterstützung

Zeppelinstraße 127/128

14471 Potsdam

Telefon (0331) 9714 563

BwKz (90) 8529 563

Fax (0331) 9714 507

E-Mail zmsbweinsatzunterstuetzung@bundeswehr.org

www.zmsbw.de (auch im Intranet Bw)

Afghanistan

Wegweiser zur Geschichte

Begründet vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Herausgegeben vom
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

**Wegweiser zur Geschichte
Afghanistan**

Im Auftrag des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
herausgegeben von
Bernhard Chiari

Neu bearbeitet von
Karl-Heinz Lutz

Vierte, aktualisierte und veränderte Auflage

FERDINAND SCHÖNINGH 2020

Umschlagabbildung:

Ruinen in Kabul (*picture alliance/Ton Koene*)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

4., aktual. und veränd. Aufl.

© 2020 Verlag Ferdinand Schöningh, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston
MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH,
Paderborn, Deutschland)

Internet: www.schoeningh.de

Redaktion, Satz, Grafiken, Layout: ZMSBw, Fachbereich Publikationen
(0606-04)

Druck: Druckhaus Plagge GmbH, Meppen

ISBN 978-3-506-70325-5 (paperback)

ISBN 978-3-657-70325-8 (e-book)

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
I. Historische Entwicklungen	
Die Anfänge Afghanistans <i>Conrad Schetter</i>	13
Afghanistan als Objekt britischer und russischer Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert <i>Jörg Baberowski</i>	21
Afghanistan als Staat im 20. Jahrhundert <i>Reinhard Schlagintweit</i>	31
Afghanistan als militärisches Ziel deutscher Außenpolitik im Zeitalter der Weltkriege <i>Rolf-Dieter Müller</i>	43
Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Besatzung von 1979 bis 1989 <i>Bernhard Chiari</i>	55
Der afghanische Bürgerkrieg <i>Katja Mielke</i>	69
Die Taliban und die Neuordnung Afghanistans <i>Conrad Schetter</i>	77
Informelle Herrschaft versus liberale Staatlichkeit. Die Regierungen Hamid Karzai und Aschraf Ghani <i>Philipp Münch</i>	97
Die Bundeswehr in Afghanistan: ISAF und Resolute Support <i>Winfried Nachtwei</i>	109
II. Strukturen und Lebenswelten	
Facetten des Islams in Afghanistan <i>Lutz Rzehak</i>	123
Stammesstrukturen und ethnische Gruppen <i>Conrad Schetter</i>	137

Patronageverhältnisse: Der Kampf um Macht und Einfluss am Beispiel der Provinzen Balch und Kundus <i>Florian Broschek</i>	149
Die nationale Aufstandsbewegung <i>Nicole Birtsch</i>	159
Mündliche Tradierung von Geschichte <i>Lutz Rzehak</i>	169
Eine Frage der Ehre: Rollenbilder von Frauen und Männern in Afghanistan <i>Judith Huber</i>	181
Traditionelle Wirtschaftsformen: Landwirtschaft und Nomadismus <i>Hermann Kreuzmann</i>	193
Die Rolle der Drogenökonomie in Afghanistan <i>Katja Mielke</i>	199
»Fraglos kriegsähnliche Zustände«. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan <i>Martin Rink</i>	211
Anhang	
Geschichte im Überblick	222
Erinnerungstage, Festtage, Feiertage	250
Literatur, Film und neue Medien	252
Abkürzungen	266
Register	268

Vorwort

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) brachte 2006 den ersten Wegweiser zur Geschichte Afghanistan heraus, dem 2007 eine 2. und 2009 eine 3. Auflage folgten. Die NATO-geführte Sicherheits- und Wiederaufbaumission in Afghanistan, die International Security Assistance Force (ISAF), wurde Ende 2014 beendet und durch die Folgemission Resolute Support (RS) ersetzt. Für diese NATO-Trainingsmission war zunächst ein Bundeswehkontingent von maximal 980 Soldaten vorgesehen; eine Obergrenze, die infolge der Lageentwicklung allerdings immer wieder diskutiert wird. Das Land am Hindukusch hat 2019 noch immer nicht die Stabilität erreicht, wie dies im Dezember 2001 die Beteiligten der Petersberger Konferenz für die nahe Zukunft erhofften. Dabei kommt Afghanistan aufgrund seiner geografischen Lage eine Schlüsselrolle zu. Es liegt deshalb im Interesse der internationalen Gemeinschaft, dass das Land eine sichere Zukunft hat.

Wenn bislang nicht die erforderlichen Erfolge erzielt wurden, so liegt das nicht an den Soldatinnen und Soldaten, die im Auftrag des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung ihren Dienst in Afghanistan versahen und nach wie vor versehen; die Streitkräfte sind nur ein Element im Rahmen des Ansatzes der vernetzten Sicherheit. Ich danke den in Afghanistan eingesetzten Soldaten für ihren Dienst und schließe in diesen Dank auch ihre Familien ein.

Mein Dank gilt ebenso den Herausgebern sowie den Autorinnen und Autoren, die Texte zu dem Band beigesteuert haben. Namentlich will ich hier zunächst Bernhard Chiari nennen. Chiari, der als Reserveoffizier mehrmals in Afghanistan eingesetzt war und inzwischen anderswo seinen Wirkungskreis gefunden hat, brachte 2005 die »Wegweiser zur Geschichte« auf den Weg und erarbeitete zahlreiche Bände der Reihe, so auch den vorliegenden Band. Philipp Münch setzte für die Neuauflage wesentliche Akzente. Aufgrund seiner Wegversetzung lag es schließlich bei Karl-Heinz Lutz, die Arbeit an dieser Neuauflage zu koordinieren und zu Ende zu bringen.

Dem Engagement aller Beteiligten ist es zu danken, dass den Leserinnen und Lesern dieser Neuauflage vielfältige Einblicke in ein Land und seine Gesellschaft geboten werden, die seit Jahrzehnten eine äußerst schwierige Zeit durchmachen. Ich wünsche dem Buch eine gute Aufnahme bei der Leserschaft, auf dass es zur weiteren, intensiven Beschäftigung mit dem Thema anregen möge.

Dr. Jörg Hillmann
Kapitän zur See
Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Einleitung

Afghanistan sei nach wie vor weit von Frieden und Stabilität entfernt, lautete der Befund in der Einleitung zur 2009 erschienenen dritten Auflage des »Wegweisers zur Geschichte: Afghanistan«. Diese Feststellung trifft heute, zehn Jahre später, noch immer zu. Große Teile des Landes sind Ende 2019 wieder unter der Kontrolle der Taliban. Zusätzlich stellen verschiedene politische Akteure die Legitimität und Autorität der Zentralregierung in Kabul infrage.

Die aktuelle Regierung unter Präsident Aschraf Ghani wird von der Bevölkerung nur bedingt anerkannt; immer wieder fordern regionale Machthaber und Führer von nationalen Minderheiten ihre Separatrechte, insbesondere im Norden Afghanistans. Im Juli 2018 kam es in Meymaneh zu massiven Ausschreitungen, weil die Zentralregierung einen lokalen Machthaber inhaftieren ließ. Ein anderer Oppositionspolitiker aus Nordafghanistan, Abdul Latif Pedram, votierte gar für die Abschaffung des Staatsnamens »Afghanistan«, weil er für die Vorherrschaft der Volksgruppe der Paschtunen stehe. Er schlug stattdessen die historische Bezeichnung »Khorasan« vor. Auch die Taliban unter Haibatullah Achundsada lehnen die Kabuler Regierung ab. Ihrer Forderung, direkte Gespräche mit den USA zu führen, ist man im Sinne des Friedensprozesses nachgekommen. Mittlerweile sind die Taliban und die afghanische Regierung in einen Dialog getreten. In diesem Prozess leistet auch die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag.

Die politischen Probleme sowie die geografischen und klimatischen Bedingungen erschweren die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Viele Bauern sehen nur im Drogenanbau und -handel eine Alternative, und zahlreiche Menschen sind bereit, für ein vermeintlich besseres Leben ihr Land zu verlassen. Allein im Nachbarstaat Pakistan leben etwa drei Millionen Afghanen, einige seit dem sowjetischen Einmarsch 1979. Immer wieder drohte Pakistan, diese Flüchtlinge auszuweisen. Der amtierende pakistanische Premierminister Imran Khan kündigte zudem an, die amerikanische Antiterrorstrategie nicht weiter zu unterstützen. Bislang lieferte Pakistan der NATO und den USA Ge-

heimdienststerkenntnisse über Afghanistan und ermöglichte den beiden Mächten, ihre Militärbasen in Afghanistan zu versorgen.

Es sind nicht nur die aktuellen Veränderungen, die eine überarbeitete Neuauflage dieses Wegweisers zur Geschichte notwendig machten. Auch der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Er begann als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 als deutscher Beitrag zur »Operation Enduring Freedom«. Nach dem Sturz der Taliban lag mit der International Security Assistance Force (ISAF) der Fokus auf der Stabilisierung der neuen Regierung. Der ISAF-Einsatz wurde zum Jahreswechsel 2014/2015 schließlich von der Ausbildungsmission »Resolute Support« abgelöst.

Da Afghanistan auf absehbare Zeit nicht befriedet sein wird, ist es weiterhin auf internationale Hilfe angewiesen. Die US-Streitkräfte unterstützen mit der Operation Freedom's Sentinel die afghanischen Sicherheitskräfte. Die amerikanischen Bombardierungen erreichten 2019 ihren Höhepunkt. Der Preis hierfür ist hoch: Im ersten Quartal 2019 wurden nach Angaben der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) erstmalig mehr Zivilisten durch die USA und ihre Verbündeten als durch die Taliban getötet. Mit dem Anschlag auf die deutsche Botschaft am 31. Mai 2017 mit 150 Toten und etwa 300 Verletzten ist die Aufbauhilfe und Entwicklungszusammenarbeit allerdings schwieriger geworden; auf der Brüsseler Afghanistan-Konferenz von 2016 gab die deutsche Regierung die Zusage von 430 Millionen Euro Aufbauhilfe pro Jahr bis 2020. Wie kann das in dem unsicheren Umfeld umgesetzt werden? Bislang gibt es keine aussagekräftige Wirkungsanalyse. Die Öffentlichkeit in Deutschland diskutiert eher über den Sinn der Sammelabschiebungen aus Deutschland nach Afghanistan; so wurden von Dezember 2016 bis Juni 2019 insgesamt rund 600 Männer nach Afghanistan zurückgebracht. Die Absicht der US-Administration im Winter 2018, die eigenen Truppen drastisch zu reduzieren, befeuerte die Diskussion um »Gehen oder Bleiben«. Den parallel laufenden Versuch, mit den Taliban Friedensgespräche zu führen, erklärte der amerikanische Präsident Anfang September 2019 schließlich für gescheitert. Wie sich der Ausgang der afghanischen Präsidentschaftswahl vom 28. September 2019 auf die weitere Zusammenarbeit Afghanistans mit der internationa-

len Gemeinschaft und die nächsten fälligen Weichenstellungen auswirkt, bleibt abzuwarten.

Die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan prägt wie kein anderer Auslandseinsatz das Bild der deutschen Streitkräfte in der Öffentlichkeit, aber auch das Selbstbild der Bundeswehr. Afghanistan ist – nach KFOR – ihr bislang längster, unbestritten aber ihr gefährlichster und verlustreichster Einsatz; er verändert Bundeswehrangehörige in vielfältiger Weise. Manche Soldatinnen und Soldaten gehen aus dem Einsatz gestärkt hervor; anderen fällt es schwer, das Erlebte zu verarbeiten. Einig sind sich die meisten Afghanistanveteranen, dass ihr Einsatz nicht umsonst gewesen sein darf – und sie erwarten, dass das Erreichte zumindest aufrechterhalten wird.

Um den Soldaten im Einsatz und der interessierten Öffentlichkeit verlässliche Informationen zur Geschichte Afghanistans und zur politischen wie gesellschaftlichen Situation zu bieten, erschien 2006 die erste Auflage des »Wegweisers zur Geschichte: Afghanistan«. Die Nachfrage war so groß, dass 2007 und 2009 weitere, jeweils aktualisierte Auflagen folgten. Expertinnen und Experten präsentieren in den Wegweisern in kurzer Form Ergebnisse ihrer Forschung. Dabei bleibt Raum für kontroverse Darstellungen.

Die vorliegende Neuauflage folgt dem bewährten Muster der Reihe, indem sie die Beiträge thematisch in »Historische Entwicklungen« und »Strukturen und Lebenswelten« gliedert. Alle Aufsätze wurden aktualisiert, einige neue sind hinzugekommen, andere wiederum sind entfallen. Dass es sich hier nur um eine Auswahl an Themen handeln kann, liegt in der Natur der Sache. Unter Zuhilfenahme der weiterführenden Hinweise im Anhang (Literatur, Filme, Internetlinks) soll der Leser angeregt werden, sich intensiver mit Afghanistan und den sich aus dem Einsatz ergebenden Fragen zu beschäftigen. Eine chronologische Übersicht zur Geschichte des Landes sowie einige Karten dienen der raschen Orientierung. Die »Wegweiser zur Geschichte« sind auch als PDF-Dateien auf der Website des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr abrufbar (www.zmsbw.de/html/einsatzunterstuetzung).



picture alliance/CPA Media Co Ltd.

Es gibt zahlreiche Legenden über die Besiedlung Afghanistans. Eine davon erzählt, im 10. Jahrhundert v.Chr. seien die Nachfahren König Sauls in das Land gekommen, das damals »Ariana«, Land der Arier, geheißen habe. Andere Geschichten berichten, dass im 6. Jahrhundert v.Chr. der babylonische König Nebukadnezar Juden aus Palästina vertrieben habe, die sich in der Gegend des heutigen Herat niederließen. Fest steht, dass Afghanistan auf eine lange und reiche Geschichte zurückblicken kann, die von kultureller, religiöser und sprachlicher Vielfalt geprägt ist. Erst seit dem 18. Jahrhundert bestimmten zunehmend lokale Stämme und ihre Führer die Geschicke des Landes.

Immer wieder versuchten fremde Herrscher, der Region ihren Stempel aufzudrücken. In der Antike war Afghanistan Teil des Perserreiches, Alexander der Große gründete die Städte Herat und Kandahar. Im 13. Jahrhundert geriet die Region unter die Herrschaft der Mongolen, im 18. Jahrhundert erstreckte sich das Durrani-Reich vom Norden des heutigen Afghanistan bis an die Küste des Arabischen Meeres. Das Foto zeigt eine Wandmalerei – vermutlich zwei Erleuchtungswesen – aus dem 6./7. Jahrhundert n.Chr. in einer der zahlreichen, einst von buddhistischen Mönchen bewohnten Felshöhlen im Bamian-Tal in Zentralafghanistan, wo im März 2001 die beiden weltberühmten, 38 und 55 Meter hohen Buddhasstatuen von Taliban gesprengt wurden. Das Tal im Siedlungsgebiet der Hasara ist wegen seiner kulturellen Stätten aus der buddhistischen und der islamisch geprägten Zeit seit 2003 UNESCO-Weltkulturerbe (vgl. den Infokasten auf S. 81).

■ Die Anfänge Afghanistans

Die Bezeichnung »Afghanistan« für das heutige afghanische Staatsgebiet ist noch verhältnismäßig jung. Ursprünglich benannten die Perser die südlich und südöstlich vom Hindukusch sowie im Nordwesten des heutigen Pakistans gelegenen Herrschafts- und Stammesgebiete der Paschtunen als »Afghanistan« – »Land der Afghanen«. Für den politischen Herrschaftsbereich der Region um die alte Handelsstadt Kabul verwendete man den Begriff »Königreich Kabul«.

Anfang des 19. Jahrhunderts übernahmen die Briten den Namen dieses Landstriches in der persischen Variante, die sich als Afghanistan in der zweiten Jahrhunderthälfte als Landesbezeichnung nach und nach durchsetzte.

Allerdings lag die Region, die heute Afghanistan ausmacht, viel weiter im Norden und im Westen als noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts, da die britisch-indischen Truppen über die paschtunischen Stammesgebiete hinaus nord- und westwärts vordrangen. Sie konnten zwar kurzzeitig weitere Territorien in Besitz nehmen, wurden dann jedoch wieder zurückgeschlagen. Infolge dieser missglückten Expansion entstand eine herrschaftslose Pufferzone zwischen Russland, Britisch-Indien und Persien, deren Regionen nun unter dem Namen »Afghanistan« zusammengefasst wurden.

An die Darstellung der räumlichen Zuordnung schließt sich die Frage nach den Anfängen der afghanischen Geschichte an. Afghanische Historiker sind stets bemüht, die historischen Ursprünge ihres Landes bereits in der frühen Antike zu verorten: Das antike »Ariana«, das mittelalterliche Khorasan und das neuzeitliche Afghanistan werden als Glieder einer ungesprengten Kette dargestellt, in einer kontinuierlichen Linie über Jahrhunderte miteinander verbunden und zu einer historischen Einheit verschmolzen. Die Entstehung des modernen afghanischen Nationalstaats datiert die afghanische Geschichtsschreibung auf das Jahr 1747, als Achmad Shah Durrani eine Dynastie begründete, die bis zum Sturz des letzten Königs, Sahir Schah, im Jahr 1973 bestand. Da das Reich Achmad Shah Durrans jedoch nicht einmal Afghanistan genannt wurde und auch keine Institutio-

nen der modernen Staatlichkeit hervorbrachte, gibt diese Sichtweise die Realität nur bedingt wieder. Als Datum für den Beginn der afghanischen Nationalgeschichte bietet sich vielmehr die Regierungszeit Abdurrachmans von 1880 bis 1901 an. Während

Arier

Der Begriff »Arier« stammt ursprünglich aus der Kult- und Schriftsprache der brahmanischen Kultur Nordindiens, dem Sanskrit. Das Adjektiv »arya« bedeutet wörtlich »edel, gütig, hold«. Im Sinne von »die Edlen, die Reinen« diente das hiervon abgeleitete Hauptwort zunächst als Selbstbezeichnung von Völkern, die im Altertum auf dem Gebiet des heutigen Iran und im Nordwesten Indiens siedelten. Sanskrit und die ihm nahe verwandten nordindischen Sprachen (Hindi, Pandschabi, Bengali u.a.) gehören zum indoarischen Zweig der indogermanischen bzw. indoeuropäischen Sprachfamilie. Zu dieser großen Sprachgruppe zählen als Mitglieder des iranischen Zweiges ebenfalls die Sprachen Afghanistans sowie in Europa Latein, Griechisch und Deutsch.

Im Buddhismus und Hinduismus meinte der Begriff »Arier« zunächst keine Rasse, sondern eine Gemeinschaft »edler« und »geistlicher« Menschen. Allerdings bürgerte sich rasch auch die Bedeutung von »Volksgruppe« ein. Der Iran heißt wörtlich »Land der Arier«. Die ostiranische Form des Wortes (aryana) ist bis heute in Afghanistan und Tadschikistan weit verbreitet und gab beispielsweise der »Aryana Afghan Airline« ihren Namen. In Europa setzte man »Arier« seit dem späten 19. Jahrhundert immer mehr mit der Zugehörigkeit zu einer »nordischen« oder »weißen« Rasse gleich. Der französische Diplomat und Historiker Arthur de Gobineau sowie der britische Publizist Houston Stewart Chamberlain zählten zu den Wegbereitern dieses Verständnisses. Rassenkundliche und rassistische Ideen prägten schließlich die wissenschaftlich verbrämte nationalsozialistische Rassenideologie, in der »Arier« in erster Linie als »Nichtjude« definiert und verstanden wurde. In Europa ist das Wort heute durch die Verbindung mit Nationalsozialismus und Holocaust diskreditiert. Afghanische Gesprächspartner hingegen verwenden den Begriff »Arier« meist einfach, um damit die Verbundenheit von Deutschen und Afghanen als Teil einer gemeinsamen Kultur zum Ausdruck zu bringen. (bc)

dieser Zeitspanne versahen die britischen und russischen Kolonialmächte das halbautonome Protektorat Afghanistan mit festen politischen und territorialen Grenzen, innerhalb derer Emir Abdurrachman staatliche Strukturen aufbauen konnte.

»Highway of Conquest«

In der Geschichtsschreibung wird Afghanistan als militärisches und wirtschaftliches »Durchgangsland« oder »Highway of Conquest« bezeichnet. Tatsächlich ist die Historie der Region dadurch geprägt, dass hier immer wieder unterschiedlichste Völker von Zentralasien aus einfielen, sich für kurze Zeit niederließen und dann weiter in Richtung Indischer Subkontinent zogen oder von neuen Eindringlingen dorthin abgedrängt wurden. Seinen Ruf als Durchgangsland erwarb sich die Region bereits in der zweiten Hälfte des zweiten vorchristlichen Jahrtausends, als die Indoarier vom iranischen Hochplateau und dem Tiefland von Turan, dem heutigen Usbekistan und Turkmenistan, aus über den Khaiber-Pass in die nordindische Tiefebene einfielen. Wo »Ariana«, die legendäre Heimat der Indoarier, gelegen haben könnte, ist bis heute umstritten.

In den folgenden Jahrhunderten entstanden nacheinander zahlreiche Königreiche und Fürstentümer, die meist nur wenige Generationen währten und durch die Ankunft eines neuen Nomadenvolks zerstört wurden. Erstaunlich bleibt die geografische Ausdehnung vieler dieser Imperien. Manche reichten von den Steppen Zentralasiens bis in die indische Gangesebene. Zu nennen sind vor allem das Griechisch-Baktrische Reich (Mitte 3.–1. Jahrhundert v.Chr.), das aus dem zerfallenden Imperium Alexanders des Großen hervorging und fast zwei Jahrhunderte Bestand hatte, und das Kuschan-Reich (45 n.Chr.–173 n.Chr.), das sich zu einer ökonomischen und kulturellen Drehscheibe zwischen dem Römischen Reich im Westen sowie China im Osten und Indien im Süden ausbildete.

Kamen die Eroberer zunächst überwiegend aus den zentralasiatischen Steppen, so bedeutete die arabische Eroberung Persiens und Zentralasiens von Südwesten her im 7. Jahrhundert eine tief greifende Wende. Der Islam, die arabische Sprache und die

arabische Schrift verbreiteten sich in rasantem Tempo über die gesamte Region und prägten sie nachhaltig. Im 9. und 10. Jahrhundert dominierten nördlich und westlich des Hindukusch die islamischen Dynastien der Taheriden (821–873), Safariden (867–911) und Samaniden (874–999). Demgegenüber blieb das Gebiet südlich des Hindukusch zunächst von islamischen Einflüssen nahezu unberührt. Erst mit den Ghasnawiden (962–1186) und den Ghoriden (1148–1215) entstanden dort Dynastien, die maßgeblich dazu beitrugen, den Islam in Südasien zu verbreiten. Zu schweren Verwüstungen führten die Mongolenzüge unter Dschingis Khan (1155–1227) und Timur Leng (auch Tamerlan, 1336–1405) im 13. und 14. Jahrhundert. Allein Herat als Machtbasis der Nachfahren Timurs, der Timuriden, erlebte im 15. Jahrhundert eine kulturelle Blüte.

Seit Beginn des 16. Jahrhunderts bildete das heutige Afghanistan rund 250 Jahre lang das Grenzgebiet zwischen Moguln in Nordindien, Safawiden in Persien und Schaibaniden in Zentralasien. Alle drei Imperien begnügten sich jedoch mit der Ausübung einer indirekten Herrschaft im Gebiet des heutigen Afghanistans. Sie setzten in den wenigen urbanen Zentren Statthalter ein und stationierten Besatzungstruppen, um die wichtigen Handelswege zu kontrollieren. Auf diese Weise versuchten die lokalen Machthaber, Einfluss auf die Repräsentanten und Anführer der umliegenden Dörfer und Stämme zu nehmen. Dabei schafften sie es bestenfalls, Tributzahlungen herauszupressen. In vielen Fällen jedoch nutzten die Anführer der verschiedenen Stämme die schwache Position der Statthalter für die Erweiterung der eigenen Machtbasis aus und erhielten Geldmittel und Privilegien sowohl von den Moguln als auch von den Safawiden. Diese Politik ließ besonders die paschtunischen Stämme erstarben, die im Grenzgebiet beider Reiche lebten.

Die Entstehung der paschtunischen Reiche

Das Aufbegehren der Paschtunen gegen die bröckelnde Macht der Imperien äußerte sich erstmals gegen Ende des 16. Jahrhunderts, als ostpaschtunische Stämme die Herrschaft der Moguln herausforderten. In der Folge bildeten sich in den Regionen

Kandahar und Herat mit den Ghilsai und Abdali zwei große paschtunische Stammeskonföderationen heraus. Als die Safawiden den schiitischen Islam zur Staatsreligion erhoben und versuchten, sunnitische Paschtunen mit Gewalt zum Schiismus zu bekehren, vertrieben die Ghilsai unter Führung von Mir Wais Hotak die Safawiden aus Kandahar. Machmud Hotak, Sohn und Nachfolger von Mir Wais, eroberte 1722 gar die Hauptstadt des persischen Safawidenreiches, Isfahan, und ernannte sich selbst zum »Schah von Persien«. Nach seinem Tod 1725 konnte sein Vetter Aschraf die »Afghanen-Herrschaft« in Persien nicht mehr aufrechterhalten und wurde 1729 besiegt.

Nadir Schah (1736–1747), der zunächst den schwachen Safawiden-Herrscher Schah Abbas III. auf den persischen Thron brachte, schwang sich 1736 selbst zum Herrscher über Persien auf. Er begründete ein Reich, das sich vom Kaspischen Meer bis nach Nordindien erstreckte. 1747 fiel er jedoch einem Attentat zum Opfer. Die Gunst der Stunde nutzte der noch recht junge Achmad Schah (1747–1773) aus der paschtunischen Stammeskonföderation der Abdali, der in Kandahar den Grundstein für die Errichtung des Durrani-Reiches legte. In seiner 25-jährigen Herrschaft errichtete er ein Imperium, das von Khorasan bis nach Kaschmir und vom Amudarja bis zum Arabischen Meer reichte. Er erklärte Kandahar zu seiner Hauptstadt und benannte seinen Stamm, Abdali, in Durrani um. Dieses Durrani-Reich gilt zwar als der eigentliche Ursprung des modernen Afghanistan. Jedoch glied es eher einem lockeren Verbund von Fürstentümern und Stämmen, die Achmad Schah nur indirekt beherrschte und die durch unzählige Beutezüge nach Indien bei Laune gehalten werden konnten, als einem organisierten und kontrollierten Staatswesen.

Timur Schah (1773–1793), Sohn und Nachfolger Achmad Schahs, konnte das Reich nur notdürftig zusammenhalten. Um sich vom Einfluss der durranischen Adelsschicht zu lösen, verlegte er die Hauptstadt nach Kabul. Bald offenbarte sich, dass die Einzelinteressen lokaler Potentaten und Stämme einer permanenten Reichsbildung entgegenstanden. Stete Thronstreitigkeiten erschütterten Kabul, und an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bestiegen gleich mehrere Herrscher wiederholt den Thron. Die konkurrierenden Ghilsai forderten die Herrschaft

Das Reich des Achmad Schah Durrani zum Zeitpunkt seines Todes 1773

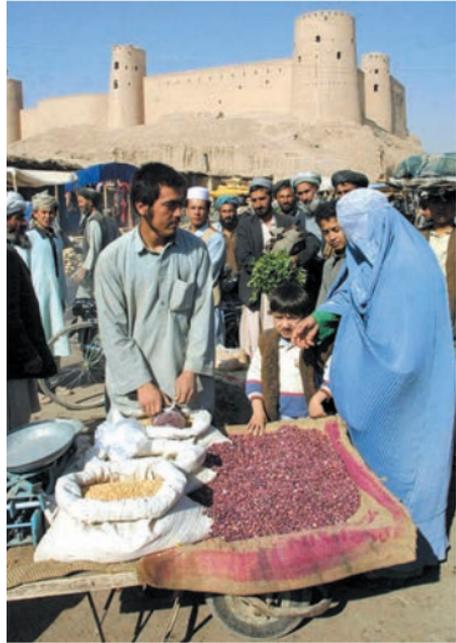


Straßenbasar in Herat,
im Hintergrund die alte Festung.

der Durrani heraus, und überdies kämpften innerhalb der Durrani verschiedene Clans sowie innerhalb dieser Clans die Brüder einzelner Familien um die Macht. Dies führte immer wieder zu kurzlebigen Allianzen und gewaltsamen Konflikten über Stammesgrenzen und konfessionelle Unterschiede hinweg.

Das Durrani-Reich zerfiel in regionale Machtzentren wie Herat, Kandahar und Peschawar, die Kabul ebenbürtig waren. Nur für begrenzte Zeit und in Einzelfällen vermochten es die Lokalherrscher, die Loyalität der umliegenden Stämme und Talschaften zu erwirken. Die Thronstreitigkeiten hatten zudem zur Folge, dass die wirtschaftlich äußerst ertragreichen indischen Provinzen nicht zu halten waren. Im Südosten des Durrani-Reiches erblühte unter Führung Randschit Singhs das Reich der Sikhs, das nicht nur den Pandschab und Kaschmir, sondern bald auch Peschawar, die Winterresidenz der Durrani-Herrscher, kontrollierte. Der Zerfall des Durrani-Reiches ging damit einher, dass zwei neue Mächte die politische Bühne betraten: Das russische Zarenreich expandierte von Norden nach Zentralasien, während die Briten die Mogul-Herrschaft auf dem Indischen Subkontinent ablösten.

Conrad Schetter



picture alliance/dpa/Behrouz Mehri



bpk/SBB/Dietmar Katz

Im 19. Jahrhundert geriet Afghanistan zunehmend in den Einflussbereich der Großmächte England und Russland. Nach zwei blutigen Kriegen gegen das British Empire von 1839 bis 1842 sowie 1878/1879 unterschrieben der Außenminister der englischen Verwaltung in British-Indien, Sir Henry Mortimer Durand, und der afghanische Emir Abdurrahman 1893 einen Grenzvertrag. Dieser ist bis heute die Grundlage für den Grenzverlauf zwischen Afghanistan und Pakistan. Im Dritten Anglo-Afghanischen Krieg von 1919 erkämpften leicht bewaffnete Stammeskrieger die vollständige Unabhängigkeit des Landes. Die Afghanistan-Kriege und insbesondere die Vernichtung einer britischen Marschkolonne von etwa 17 000 Soldaten und Zivilpersonen im Januar 1842 begründeten in Europa und Russland den Ruf der afghanischen Männer als hervorragende und grausame Krieger. Die Karikatur des »Kladderadatsch« von 1878 zeigt eine Unterhaltung zwischen dem russischen Außenminister Fürst Alexander Gortschakow und Großbritanniens Premierminister Benjamin Disraeli, der durch den obersten Baustein »Afghanistan« die instabile Konstruktion zwischen beiden Staaten zum Einsturz zu bringen droht.

Afghanistan als Objekt britischer und russischer Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert

Die Eroberungen der russischen Landgroßmacht in Zentralasien und der Vorstoß des britischen See- und Handelsimperiums nach Indien im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts galten nicht allein dem militärischen Ruhm. Die Regierungen beider Länder waren auch an neuen Absatzmärkten interessiert; sie versuchten, Rohstoffe zu erschließen und Handelswege abzusichern. So war es nur eine Frage der Zeit, bis die russischen und britischen Interessen in Konflikt miteinander gerieten. Unmittelbar nach der missglückten militärischen Intervention am Hindukusch im Jahre 1842 erklärte der britische Außenminister Lord Henry Palmerston, es könne keinen Zweifel darüber geben, dass die Regierung des Zarenreiches versuchen werde, ihren Einflussbereich über Zentralasien hinaus nach Süden auszudehnen. Es werde deshalb früher oder später zu einer militärischen Konfrontation zwischen Russland und dem Britischen Weltreich kommen. Der Konflikt sei unvermeidlich, aber er müsse von den indischen Besitzungen der Krone so weit wie möglich ferngehalten werden. »Die Auseinandersetzung wird nicht dadurch vermieden, dass wir zu Hause bleiben, um den Besuch zu erwarten.« Und es war klar, dass der geografische Ort dieses Aufeinandertreffens in Afghanistan liegen würde.

Hierin liegt die eigentliche Bedeutung, die der britische wie der russische Imperialismus Afghanistan beimaßen. Afghanistan wurde im Laufe der Jahre zu einer neutralen Zone, zu einem »Pufferstaat«, der die Kontrahenten daran hinderte, nach Norden oder nach Süden auszugreifen. Für die afghanischen Herrscher erwachsen daraus strategische Vorteile. Sie konnten die Regierungen der Imperien gegeneinander ausspielen, sie für ihre Zwecke instrumentalisieren und sich zugleich von ihnen abgrenzen. Das Russische Reich und das Empire waren die Geburtshelfer der afghanischen Staatlichkeit, und erst der Streit zwischen den Imperien im 19. Jahrhundert verwandelte Afghanistan in ein Subjekt der internationalen Politik.

Großmachtambitionen und Sendungsgedanke

In der Zentralasienpolitik beider Großmächte spielte Afghanistan also eine wichtige Rolle. Doch waren unfruchtbare Wüsten- und Steppengebiete und unzugängliche Hochgebirgsregionen ökonomisch wertlos, die militärischen Kosten der Expansion ließen sich also kaum rechtfertigen. Hinzu kam, dass es in den wirtschaftlich unterentwickelten Gegenden Afghanistans nur wenige Möglichkeiten gab, profitable Geschäfte abzuschließen.

Ökonomische Interessen waren ohnehin nicht ausschlaggebend für die russischen Eroberungen in Asien. Sie dienten vielmehr dem Zweck, das Zarenreich als eine gleichberechtigte europäische Macht mit dem Anspruch auf koloniale Erwerbungen zu präsentieren. Dieses Motiv gewann erst recht nach dem verlorenen Krimkrieg (1853–1856) an Bedeutung. Militärische Erfolge aber konnte das russische Militär nur gegen unterlegene Gegner in den militärisch wie wirtschaftlich rückständigen Gebieten Zentralasiens erringen. Und auch das Gefühl der eigenen Minderwertigkeit gegenüber den Europäern war ein Motiv für die aggressive Expansionspolitik der russischen Regierung. Der russische Dichter Fjodor Dostojewski sprach davon, dass die Russen in Europa Sklaven gewesen seien, in Asien dagegen als Herren auftreten könnten. Mit diesem Verweis auf eine zivilisatorische Mission rechtfertigte auch die Regierung des Zaren den Vormarsch nach Asien: Die »wilden« Völker Asiens sollten nach Meinung der herrschenden russischen Klasse ebenso zivilisiert werden, wie einst Russland von Europa zivilisiert worden war. In dieser Frage entwickelten die russischen Eliten den Europäern gegenüber ein moralisches Überlegenheitsgefühl, weil ihre Eroberungen im Dienst der zivilisatorischen Mission standen. Russlands politische Eliten berauschten sich an ihrer Expansion. Hierbei brauchten sie weder auf wirtschaftliche Zwänge noch auf die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen. Aus diesen Gründen war Russlands Expansion am Hindukusch unkalkulierbar, vor allem für die britische Regierung, die diese Entwicklung als Bedrohung wahrzunehmen begann. Doch musste die britische im Gegensatz zur russischen Regierung im Falle einer Konfrontation auf die öffentliche Meinung im eigenen Land Rücksicht nehmen. Denn diese fragte nicht nur nach dem Prestige, sondern

auch nach dem ökonomischen und politischen Nutzen militärischer Abenteuer. Deshalb kam es für die britische Regierung eher darauf an, Kontrollverlusten zu begegnen und der aggressiven Expansion Russlands in Asien Einhalt zu gebieten. Die britische Kolonialverwaltung sah sich gezwungen, den Pandschab unter ihre Kontrolle bringen, da sie ihre indischen Besitzungen gegen die angrenzenden Gebiete im Norden nicht abgesichert hatte.

Beide Staaten, Großbritannien wie Russland, verstanden sich als moderne europäische Großmächte, deren Aufgabe darin bestand, Ordnung zu schaffen, wo scheinbar Unordnung herrschte, und Afghanistan, das als Pufferzone zwischen den britischen und russischen Interessenzonen lag, widersprach allen Vorstellungen europäischer Staatlichkeit. Es war ein wirtschaftlich und militärisch rückständiges Gebiet mit »offenen« Grenzen und einer Bevölkerung von Nomaden und Stammeskriegern, die Staatsgrenzen weder kannten noch respektierten. Dieses staatenlose Gebilde nahmen die Kolonialmächte als Bedrohung wahr. So stand es auch um die »offenen« und beweglichen Räume in den südlichen Steppenregionen des Zarenreiches, vor allem im Kaukasus und in Zentralasien. Hier versuchte die zaristische Regierung die Nomaden und Bergstämme daran zu hindern, ihre Siedlungsräume zu verlassen und die Bewohner der Grenzgebiete in kriegerische Auseinandersetzungen zu verstricken. Außenminister Fürst Alexander Gortschakow erklärte 1864, es sei nicht nur das Los »aller zivilisierter Staaten«, »wilde« Nomaden zu unterwerfen, sondern die russische Expansion nach Zentralasien erwachse aus »unbedingter Notwendigkeit«. Daraus aber entstehe das Problem, nicht zu wissen, wann und wo die Expansion zum Stehen kommen könne.

Nirgendwo konnten moderne Staaten militärische Siege scheinbar leichter erringen als im Norden Indiens und in Zentralasien. Und weil die Post mehrere Wochen benötigte, um Nachrichten zwischen Taschkent und St. Petersburg, zwischen Bombay und London zu befördern, handelten die Generäle an der Peripherie, ohne die Zustimmung der Zentralregierungen abzuwarten. Zar und Regierung in St. Petersburg legitimierten die Eroberungen, weil sie die Macht und die territorialen Gewinne des Imperiums vergrößerten. Gleiches geschah auch in Großbritannien, wenngleich dort die Eigenmächtigkeit der indischen Kolonialverwal-

Anglo-Afghanische Kriege

Großbritannien führte zwischen 1838 und 1919 dreimal Krieg in Afghanistan. Der Kampf mit Russland um die Macht in diesem Raum wird auch als »The Great Game« bezeichnet. Hier kollidierten koloniale Ansprüche miteinander, verstärkt durch diplomatische Zerwürfnisse und die Unberechenbarkeit afghanischer Herrscher. Im »Ersten Anglo-Afghanischen Krieg« (1838–1842) marschierten mehr als 16 000 Mann britischer und indischer Truppen von Britisch-Indien aus über den Bolan-Pass und nahmen Kandahar, Ghasni und Kabul ein. Nach der Ermordung des britischen Diplomaten Alexander Burnes in der Hauptstadt am 2. November 1841 brach dort ein Aufstand los. Nach Verhandlungen mit den Führern paschtunischer Stämme verließen am 6. Januar etwa 17 000 britische Soldaten und Zivilpersonen Kabul in Richtung Dschalalabad. Der Marsch des Konvois endete mit dem größten Debakel der britischen Kolonialgeschichte. Nach der gängigen Überlieferung töteten afghanische Krieger alle Angehörigen des Trosses bis auf einen Militärarzt, der nach Dschalalabad entkam. (Tatsächlich überlebte eine größere Anzahl von Verwundeten und Gefangenen den Angriff.) Eine britische Strafexpedition entsetzte im Frühjahr 1842 Dschalalabad und Kandahar und nahm Kabul ein. Die englische Truppenpräsenz dauerte bis zum 11. Oktober 1842, als sich das Kontingent vollständig nach Britisch-Indien zurückzog.

Den Auslöser für den »Zweiten Anglo-Afghanischen Krieg« (1878/1879) bildete die Annäherung von Scher Ali, Sohn des Emirs Dost Mohammed, an das Zarenreich. Im November 1878 drangen britische Truppen erneut in Afghanistan ein und fügten den afghanischen Kriegern schwere Niederlagen zu. In der Folge wurde Afghanistan zu einem halbautonomen Protektorat Britisch-Indiens. Die britische Intervention brachte Emir Abdurrachman auf den afghanischen Thron, der von 1880 bis 1901 herrschte.

Seinem Sohn und Nachfolger Habibullah I. gelang 1907 ein Abkommen mit Russen und Briten, das die Unverletzlichkeit des afghanischen Staatsgebietes sicherte. Habibullahs Sohn Amanullah erklärte im Mai 1919 Großbritannien den Krieg, um den englischen Einfluss im Land zu beenden. Der »Dritte Anglo-Afghanische Krieg« dauerte nur wenige Monate. Angesichts zunehmender Spannungen in Britisch-Indien zeigte sich die britische Führung verhandlungsbereit. Der Vertrag von Rawalpindi schrieb am 8. August 1919 die Unabhängigkeit Afghanistans fest. (bc)

tung von der parlamentarischen Opposition öffentlich kritisiert werden konnte. In Russland diente die imperiale Mission der inneren Stabilisierung, in Großbritannien konnte sie die Regierungen gefährden. So stürzte die Regierung Benjamin Disraelis nicht zuletzt über die finanziellen Belastungen, die sich aus den militärischen Interventionen in Afghanistan ergaben.

Bereits während der Napoleonischen Kriege kamen britischerseits erstmals Befürchtungen auf, das Zarenreich könne mithilfe Frankreichs nach Indien vordringen. Als russische Truppen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts den Kaukasus unterwarfen und Persien den Status eines russischen Vasallenstaates aufzwingen, wurden die Befürchtungen der britischen Kolonialmacht zur Gewissheit. 1837 ermunterten russische Militärberater den persischen Schah, nach Afghanistan vorzudringen, und noch im gleichen Jahr belagerten persische Truppen die Stadt Herat im Westen des heutigen Afghanistan. Sie ließen von der Stadt erst ab, als die britische Kolonialverwaltung in Indien mit einer militärischen Intervention drohte. Damit aber war die Gefahr für die britische Regierung nicht gebannt. Zwischen 1864 und 1884 unterwarfen russische Truppen große Teile Zentralasiens. Auf dem Weg nach Süden kamen sie der heutigen afghanischen Grenze immer näher, bis sie am Ende nur noch wenige hundert Kilometer vom britischen Einflussbereich trennten. Als das russische Expeditionskorps 1884 die Oase Merw im heutigen Turkmenistan eroberte und den Versuch unternahm, weiter nach Afghanistan auszugreifen, gerieten Großbritannien und Russland an den Rand eines Krieges.

Kriegsschauplatz Afghanistan

Der absurde Wettbewerb um Einfluss und Macht, den die beiden Kolonialmächte führten, wurde auch von britischer Seite vorangetrieben. Schon 1836 hatte Lord Palmerston den britischen Statthalter in Indien, George Eden, Earl of Auckland, ermächtigt, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, auf welche Weise der russischen Bedrohung zu begegnen sei. Es gab für ihn keinen Zweifel, dass Russlands Vormarsch nur abgewehrt werden könne, wenn Afghanistan unter britische Kontrolle käme. Im De-

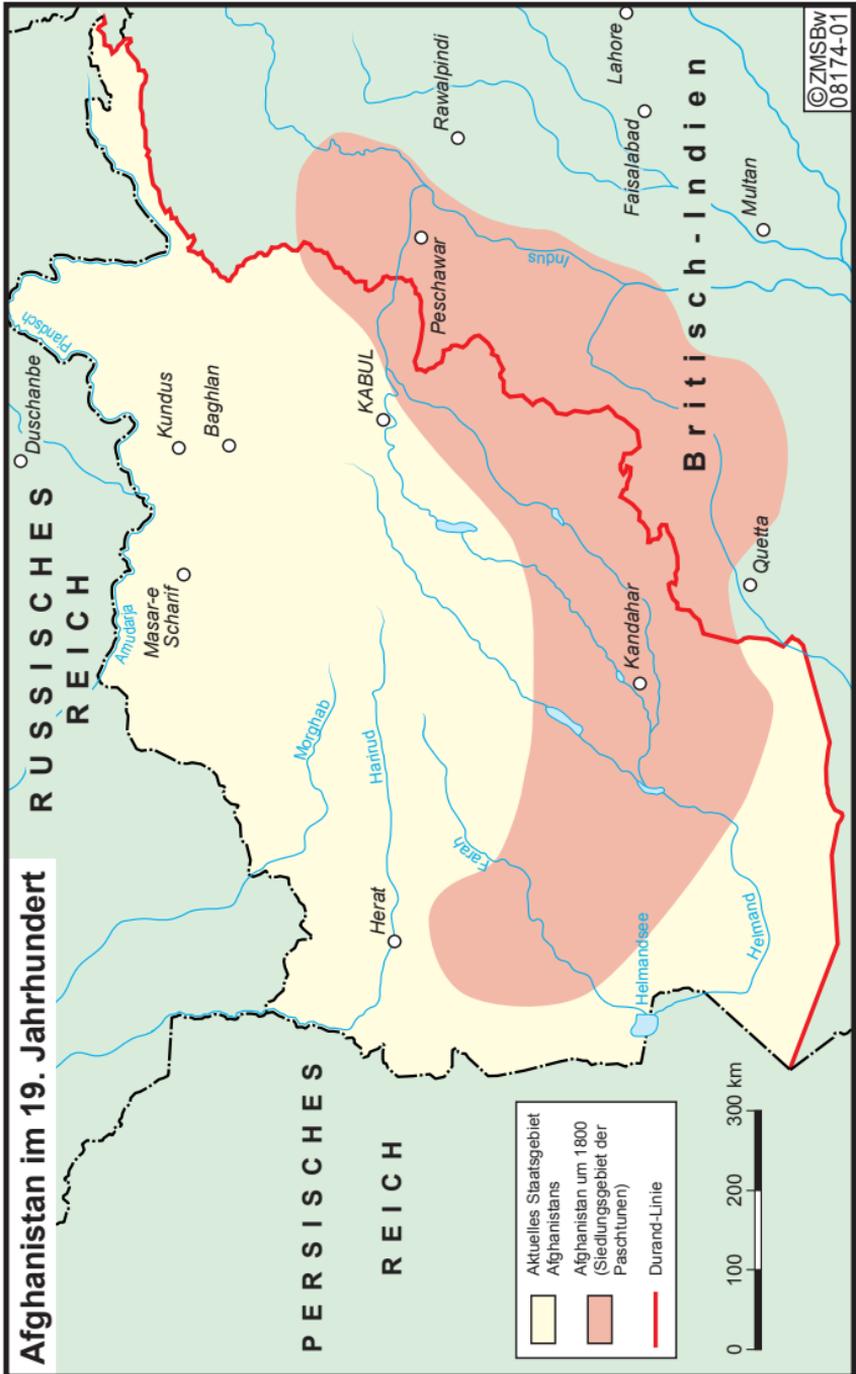
Durand-Linie und »Paschtunistan-Frage«

Bei der Durand-Linie handelt es sich um eine ca. 2400 km lange, im 19. Jahrhundert zwischen Afghanistan und Britisch-Indien festgelegte Demarkationslinie, die bis heute die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan bildet. Ihren Namen erhielt sie nach dem damaligen Außenminister der indischen Verwaltung, Sir Henry Mortimer Durand, der den Grenzverlauf 1893 in einem Vertrag mit Emir Abdurrachman festschrieb. Dieser stimmte wohl vor allem in der Hoffnung auf Subsidienzahlungen sowie Waffenlieferungen des Empires zu. Britische und afghanische Kartografen vermaßen die Demarkationslinie nach Vertragsabschluss und waren dabei immer wieder den Angriffen paschtunischer Stämme ausgesetzt. Die Grenze wurde bewusst durch deren Siedlungsgebiete gezogen, um diese besser kontrollieren zu können.

Als 1947 der Staat Pakistan entstand, erklärte eine afghanische Loya Dschirga die Durand-Linie für ungültig. Einzelne paschtunische Führer bestehen bis heute auf der Rückgabe paschtunischen Siedlungsgebietes und auf einer Grenzrevision. Die meisten Paschtunen ignorieren die Staatsgrenze als bedeutungslos. Wichtig sind für sie vielmehr die Siedlungsgebiete, unabhängig davon, ob diese auf afghanischem oder pakistanischem Territorium liegen.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Paschtunen führten im 20. Jahrhundert zur kurzzeitigen Existenz eines selbstständigen paschtunischen Staates (Paschtunistan). Spannungen zwischen Pakistan und Afghanistan eskalierten mehrfach bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen. Die Flucht islamischer Oppositioneller von Afghanistan nach Pakistan in den 1970er-Jahren legte den Grundstein für die Anwerbung islamistischer Extremisten durch den pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI). (bc)

zember 1838 rückte schließlich ein 20 000 Mann zählendes britisches Expeditionsheer in den Süden Afghanistans vor, nachdem der afghanische Herrscher Dost Mohammed die Forderung des britischen Statthalters in Indien abgelehnt hatte, die persischen und russischen Gesandten auszuweisen. Der Feldzug endete in einem Desaster, denn überall erhoben sich die Stämme gegen die fremden Eroberer. Schließlich wurden die britischen Inter-



ventionstruppen zermürbt und aufgerieben. Daran konnte auch eine Strafexpedition nichts mehr ändern, in deren Verlauf 1842 in Istalif, nördlich von Kabul, ein Massaker an Zivilisten verübt wurde. Während der Kriege gegen aufständische Sikhs im Norden Indiens annektierten die Briten in den 1850er-Jahren das gesamte Territorium südlich der heutigen afghanischen Grenze. Afghanistan verwandelte sich in eine Pufferzone, die sich zwischen dem Russischen und dem Britischen Imperium erstreckte. In den 1860er- und 1870er-Jahren, als die Armeen des Zarenreichs der afghanischen Grenze durch Eroberungen in Zentralasien näher kamen und in Kabul russische Gesandte versuchten, Einfluss auf den afghanischen Hof zu nehmen, fasste die britische Regierung in London den Entschluss, Afghanistan endgültig zu unterwerfen. Lord Robert Lytton, der Statthalter der Krone in Indien, setzte ein Interventionsheer in Marsch, das die Abdankung des afghanischen Herrschers erzwang. Die Außenpolitik Afghanistans sollte nunmehr ein britischer Militärgouverneur in Kabul vertreten.

Stammeskriege und Aufstände jedoch setzten der britischen Herrschaft – 1879 wurde Afghanistan zu einem halbautonomen Protektorat Britisch-Indiens – deutliche Grenzen. Daran konnten auch die äußerst grausamen Strafexpeditionen der Kolonialarmee nichts ändern. Am Ende gab sich die Regierung in London mit der Neutralität des afghanischen Herrschers Emir Abdurrachman zufrieden, der 1880 aus dem Exil in Taschkent nach Kabul zurückgekehrt war. Der britische Premierminister William Gladstone berief den Vizekönig, Lord Lytton, aus Indien ab, und im April 1881 verließen die letzten britischen Truppen Afghanistan. Fortan stützten sich die afghanischen Herrscher auf britischen Beistand und Subsidien. Die britisch-russischen Beziehungen entspannten sich Mitte der 1880er-Jahre, und beide Seiten kamen schließlich zu einer Übereinkunft, in der sie die endgültigen Grenzen Afghanistans im Norden und Süden festlegten. 1907 bestätigte die Regierung des Zaren, dass Afghanistan außerhalb der russischen Interessensphäre liege. Großbritannien versicherte daraufhin der russischen Regierung, sich zukünftig nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Es mag paradox erscheinen, doch es waren Großbritannien und Russland, die eine Staatswerdung und Unabhängigkeit Afghanistans überhaupt erst ermöglichten. Die afghanischen Herrscher Dost Mohammed und Scher Ali, vor allem aber Emir Abdurrachman, nutzten die äußere Bedrohung für ihre Zwecke aus. Im Kampf gegen die Fremden verbündeten sich am Ende sogar verfeindete Stämme miteinander. So kam es, dass die Anglo-Afghanischen Kriege eine Einheit begründeten, die unter anderen Umständen niemals zustande gekommen wäre. Zwar zerbrachen die Bündnisse zwischen den Stämmen wieder, sobald die äußere Gefahr verschwand. Aber es gelang den afghanischen Herrschern mithilfe britischer Unterstützung, ein stehendes Heer aufzubauen, dessen Loyalität dem König und nicht den Stämmen galt. Emir Abdurrachman band die Stammesführer an den Hof, damit sie die Kontrolle über ihre Heimatregionen verlieren sollten, und er setzte sein Militär rücksichtslos gegen illoyale und rebellische Stämme ein. Die britische Kolonialverwaltung in Indien erfüllte den afghanischen Potentaten jeden Wunsch und rüstete ihre Herrschaft systematisch auf, weil es ihr vor allem darauf ankam, den Einfluss Russlands in der Region zurückzudrängen. Der afghanische Staat war also ein Produkt des britischen Imperialismus.

Afghanistan erlangte seine Unabhängigkeit erst nach dem Ersten Weltkrieg. Zuvor jedoch rangen die afghanischen Herrscher den britischen und russischen Regierungen zumindest die Zusicherung ab, dass diese keine Gesandten, Ingenieure und Lehrer nach Afghanistan schicken würden. Ausländern begegneten sie nach den Erfahrungen mit der britischen Kolonialmacht mit Misstrauen und Ablehnung. Emir Abdurrachman lehnte es sogar ab, Eisenbahnstrecken bauen und Telegrafleitungen verlegen zu lassen. Er fürchtete, fremde Mächte könnten sie dazu missbrauchen, in Afghanistan einzufallen. So paradox dies auch klingen mag: Die Unabhängigkeit Afghanistans von den europäischen Kolonialmächten war zugleich eine Ursache für seine Rückständigkeit.

Jörg Baberowski



Die Entwicklung Afghanistans war spätestens seit dem 19. Jahrhundert geprägt durch den Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie, Stadt und Land. Von Kabul aus versuchten einander ablösende Herrscher, Afghanistan nach wechselnden, meist europäischen Vorbildern zu einem modernen Staat zu gestalten. Sie riefen damit Widerstand in den Provinzen hervor, deren Bewohner entsprechende Bemühungen als Bedrohung traditioneller Lebensweise, Kultur und Religion empfanden oder als Versuch bekämpften, die lokale, historisch gewachsene Machtverteilung zu verändern.

Die Abbildung vom März 1967 zeigt den afghanischen König Mohammed Sahir Schah (Amtszeit 1933–1973) bei der Verabschiedung von Bundespräsident Heinrich Lübke (Amtszeit 1959–1969) nach dessen Staatsbesuch in Afghanistan. Die afghanischen Streitkräfte trugen von den 1930er bis in die 1970er-Jahre den deutschen Stahlhelm M35.

Sahir Schah kehrte nach vielen Jahren des Exils in Rom im April 2002 nach Afghanistan zurück. Der »Vater der Nation«, der auf das Amt des Staatsoberhauptes verzichtete, begleitete als entschiedener Gegner der Taliban den Prozess des Wiederaufbaus im Lande. Viele Afghanen nahmen ihn als Integrationsfigur wahr. Am 23. Juli 2007 starb Sahir Schah in Kabul.

Es sollte 44 Jahre dauern, bis im Oktober 2011 mit dem damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff ein deutsches Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Afghanistan wieder einen Staatsbesuch abstattete.

Afghanistan als Staat im 20. Jahrhundert

Im September 1901 starb in Kabul Emir Abdurrachman, der Schöpfer des modernen afghanischen Staates. Er hatte in pausenlosen Feldzügen jene Völkerschaften unterworfen oder durch Verhandlungen an sich gebunden, die das von ihm beherrschte Gebiet bewohnten. Mithilfe der Armee und eines landesweiten Steuerwesens gelang es ihm, aus einem lockeren Verband von Stämmen, Fürstentümern und regionalen Herrschaften einen halbwegs zentral organisierten Staat, das »Emirat Afghanistan«, zu errichten. Die Leistung Abdurrachmans war die Grundlage dafür, dass das Land am Hindukusch zu einem Zeitpunkt unabhängig blieb, als Großbritannien und Russland Zentralasien unter sich aufteilten.

Die Souveränität Afghanistans wies allerdings beträchtliche Schwächen auf. Die Grenzen des Emirats waren von den Kolonialmächten nach strategischen Gesichtspunkten gezogen worden; sie durchschnitten die Siedlungsgebiete der lokalen Völkerschaften, insbesondere jene der Paschtunen. Großbritannien behielt die Außenpolitik des Emirats in seiner Hand, und überdies waren Hof und Kriegführung Abdurrachmans von den Hilfgeldern der britischen Verwaltung in Indien abhängig. Letztlich konnte Afghanistan als unabhängiger Staat nur deshalb überleben, weil beide Kolonialmächte, Russland und Großbritannien, einen militärischen Konflikt scheuten und stattdessen den Status quo beibehielten. Afghanistan nahm zwar für sich in Anspruch, ein offiziell unabhängiges Land zu sein. In Wahrheit jedoch war es ein britisches Protektorat.

Abdurrachmans Enkel Amanullah (1919–1929) hatte den Ehrgeiz, das Werk seines Vorvorgängers zu vollenden. Er wollte das Land unabhängig machen und ihm eine moderne Gestalt geben. Das erste Ziel erreichte er. 1919 ließ Amanullah Truppen an der Grenze zu Britisch-Indien aufmarschieren. Diese Demonstration der Kriegsbereitschaft zeigte Wirkung: Die militärisch überlegenen, aber kriegsmüden Briten gaben nach und gestanden Afghanistan im August des Jahres volle Souveränität zu.

Mit dem Versuch, das Land zu modernisieren, scheiterte Amanullah jedoch. Er hatte sich den türkischen Präsidenten Kemal Atatürk zum Vorbild genommen. Wie dieser wollte er Religion und Staat trennen, die traditionelle Rolle der Frauen ändern, die Schulpflicht für Jungen und Mädchen einführen und in einer Verfassung allen Bürgern, ungeachtet ihrer Religion und Herkunft, gleiche Rechte geben. Diese Neuerungen lösten erbitterte Proteste aus. Paschtunische Stämme rebellierten, tadshikische Milizen drangen in Kabul ein, und ihr Anführer, ein Analphabet, ließ sich zum König Habibullah II. ausrufen. Amanullah floh zunächst nach Kandahar, bald darauf ins Exil nach Rom. Erst nach schweren Kämpfen gelang es General Nadir Khan, Abkömmling eines Nebenzweigs der Königsfamilie, den Aufstand niederzuschlagen und als Nadir Schah 1930 selbst den Thron zu besteigen.

Der damalige Versuch, eines der rückständigsten Länder Asiens wenigstens ein Stück weit in die Gegenwart zu führen, konnte nicht gelingen. Amanullah orientierte sich an fremden Vorbildern. Doch im Gegensatz zu ihnen gab es in Afghanistan keine bürgerliche Gesellschaftsschicht, die intellektuell, kulturell und finanziell die Reformen hätte tragen können. Die Neuerungen entsprangen dem Willen des Herrschers und weniger Intellektueller in seiner Umgebung. Die Bevölkerung lehnte sie ab; sie betrachtete sie als Angriff auf Religion und angestammte Lebensweise, insbesondere auf die Unantastbarkeit der Familie. Die Menschen sahen keine Notwendigkeit, irgendetwas zu ändern. Zum ersten Mal wurde deutlich, dass die Hauptstadt sich nur in ruhigen Zeiten gegenüber den Stämmen und örtlichen Herrschaften durchsetzen konnte. Bei schweren Krisen, wie zum Beispiel unter Amanullah oder 60 Jahre später im Bürgerkrieg, erwies sich die Provinz als überlegen.

Afghanische Reformwege

Die Nachfolger Amanullahs, König Nadir Schah (1930–1933) und König Sahir Schah (1933–1973), beherzigten diese Erfahrungen. Unter Nadir Schah wurden die meisten Reformen aufgehoben, die Befugnisse der örtlichen und geistlichen Führer wieder

Schlaglichter deutsch-afghanischer Zusammenarbeit bis zum sowjetischen Einmarsch

24.1.1916: Abschluss eines Freundschafts- und Handelsvertrages; Hilfe beim Neuaufbau der afghanischen Armee.

1924: Einrichtung der deutschen Amani-Schule in Kabul; deutsche Ingenieure bauen Staudämme und Straßen; Architekten und Künstler helfen bei der Errichtung und Ausstattung des Königspalastes in Darulaman.

1928: Staatsbesuch des afghanischen Königs in Berlin; deutsche Kredit-zusage.

1936: Weiterer Kredit zur Finanzierung von Warenaustausch und Rüstungshilfe; Aufbau einer »Musterdivision« sowie der afghanischen Luftwaffe; Ausbildungshilfe für die Polizeischule in Kabul; Realisierung großer Industrieobjekte (u.a. Bau von Textil-, Zement- und Zuckerrübenfabriken) sowie Bau zweier Kraftwerke; Hilfe bei der Elektrifizierung des Landes; Minenkonzessionen.

18.10.1937: Verwaltungsabkommen über die Entsendung deutscher Ingenieure nach Afghanistan und afghanischer Studenten zum Studium in Deutschland; Ausbau der Straße Termes–Kabul.

1.8.1938: Einrichtung der Fluglinie Berlin-Kabul durch die Lufthansa.

3.8.1939: Kreditabkommen; Afghanistan erklärt seine Neutralität im Zweiten Weltkrieg.

Oktober 1941: Ausweisung der deutschen Berater und Fachleute, die deutsche Gesandtschaft in Kabul bleibt jedoch bestehen.

31.1.1958: Vertrag über technische Zusammenarbeit.

17.6.1962: Wirtschafts- und Kreditabkommen. Bis zum Einmarsch der Roten Armee wird Afghanistan erneut zu einem Schwerpunkt deutscher Entwicklungshilfe und die Bundesrepublik zum wichtigsten Geberland nach der Sowjetunion und den USA. Zu den größten Projekten zählen Ausbildung und Beratung der afghanischen Polizei, Zusammenarbeit im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, die Einrichtung eines modernen Berufsschulsystems sowie eines geologischen und wasserwirtschaftlichen Dienstes, des Weiteren die forst- und landwirtschaftliche Entwicklung der Provinz Paktia.

hergestellt. Einige wenige Veränderungen behielt Nadir Schah bei, zum Beispiel die Gleichheit aller Bürger vor dem – religiösen – Gesetz und die Schulpflicht wenigstens für Jungen; die paschtunischen Stämme blieben allerdings davon befreit. In den vier großen Gymnasien, die Amanullah gegründet und für die er ausländische Partner gefunden hatte, durfte weiterhin unterrichtet werden. Eine dieser Schulen war die zum Teil deutschsprachige Amani-Oberrealschule.

Nach und nach gelang es auch, die staatlichen Strukturen des Landes zu stärken. Kabul ernannte Gouverneure und Bürgermeister, baute einfache Überlandstraßen und begann, wenigstens in den größeren Orten Schulen zu errichten. Jedoch änderte sich an der Rückständigkeit des Landes wenig: Afghanistan blieb bitter arm. Die Infrastruktur war unzureichend entwickelt, Industrien fehlten und die Mehrheit der Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben.

In den 1930er-Jahren wurde die Außenpolitik Afghanistans selbstbewusster. Kabul suchte engere Beziehungen zu Deutschland, Italien, Japan und den USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg widerstand die afghanische Regierung, im Gegensatz zu den Nachbarn Pakistan und Iran, dem Druck der Vereinigten Staaten, dem Bagdad-Pakt, einem Bestandteil des westlichen Bündnissystems, beizutreten. Stattdessen schloss sich Afghanistan der Bewegung der »Blockfreien« an. Als Pakistan 1947 ein souveräner Staat wurde, forderte Kabul Unabhängigkeit für die paschtunischen Gebiete im Westen Pakistans (»Paschtunistan-Frage«). Aus dieser Forderung erwuchs ein jahrelanger Konflikt zwischen den beiden Ländern, unter dem das Binnenland Afghanistan mehr zu leiden hatte als sein östlicher Nachbar. Pakistan sperrte einfach die Grenzübergänge.

Vom Ost-West-Konflikt allerdings profitierte Afghanistan. Die Regierung lavierte lange Zeit so geschickt zwischen den Blöcken, dass beide Seiten großzügige Entwicklungshilfe leisteten. Die USA und Deutschland bauten Straßen, Kraftwerke und Berufsschulen und statteten Fabriken aus. Die Sowjetunion konzentrierte sich auf die materielle und personelle Modernisierung der Streitkräfte, auf die Errichtung von Überlandstraßen und die Förderung der Erdgasvorkommen. Auf der Grundlage ausländischer Hilfe begann eine Periode, die als die »Goldenen

Jahre« bezeichnet wurde; zumindest waren es goldene Jahre für Ausländer und die Bewohner Kabuls. Die gesamtwirtschaftliche Situation verbesserte sich. Es gab neue Lern- und Erwerbsmöglichkeiten. Das Land war 1959 so stabil, dass die Aufhebung des Schleierzwangs für Frauen kaum Widerstand auslöste.

SZ Photo/Karl Kummels



Die Amani-Oberrealschule in Kabul, gegründet 1924 (Aufnahme vom Januar 1978). Hier unterrichteten bis in die Achtzigerjahre deutsche Lehrer.

In dieser Zeit wurden jedoch bereits die Grundlagen der späteren unheilvollen Entwicklung gelegt. Die Hilfe des Auslands nützte Afghanistan zwar, machte es aber auch abhängig. Die fremden Geldgeber finanzierten etwa 40 Prozent der öffentlichen Ausgaben. Ihre Projekte sollten eigentlich Erträge abwerfen; die meisten mussten indes aus dem afghanischen Staatshaushalt unterhalten werden. Ein Teil der Hilfe – selbst die sowjetische Militärhilfe – bestand aus günstigen Krediten, die zurückzahlen waren. Beamte, Lehrer, Bauern, Tagelöhner und kleine Händler profitierten so gut wie nicht von der ausländischen Präsenz. Am Ende der 1960er-Jahre begann die Wirtschaft zu stagnieren, der Staatshaushalt schrumpfte.

Schließlich geriet auch die politische Stabilität ins Wanken. 1964 hatte König Sahir Schah wichtige Schritte unternommen,

um Afghanistan politisch zu entwickeln. Er erließ eine Verfassung, die den Anspruch erhob, demokratisch und liberal zu sein. Alle Männer waren aktiv und passiv wahlberechtigt. Zum ersten Mal wurde ein Bürgerlicher Ministerpräsident. Aber Sahir Schah behielt die Zügel in der Hand. Nur er konnte Minister ernennen und absetzen, ihm waren Streitkräfte und Zivilverwaltung unterstellt.

Einen entscheidenden Fehler beging Sahir Schah, schlecht beraten von seiner Familie, indem er es versäumte, ein Parteiengesetz zu erlassen, das die politischen Energien des Landes kanalisiert und ihre unterschiedlichen Tendenzen dem Votum der Bevölkerung ausgesetzt hätte. Die Provinzen nahmen an den politischen Entwicklungen kaum teil; die Abgeordneten kämpften hauptsächlich für ihre eigenen Interessen. Die kleinlichen Auseinandersetzungen im Parlament gingen an den Problemen der Menschen vorbei. Der Prozess, der Afghanistan politisch modernisieren sollte, geriet schließlich ins Stocken.

Parteien waren zwar verboten, doch außerhalb der Legalität bildeten sich in der Hauptstadt politische Gruppierungen: die Kommunisten auf der linken, islamistische Gruppen auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Ihr Kern bestand aus jeweils nicht mehr als einigen Hundert Intellektuellen, die, zum Teil aus der Provinz stammend, in Kabul Schule und Universität besuchen konnten. Im Zeichen der neuen Freiheit wollten sie das Land nach ihren Vorstellungen und mit ausländischer Hilfe aus der Rückständigkeit befreien. Die Kommunisten erhielten Schutz und Förderung durch die sowjetische Botschaft, die Islamisten standen in Kontakt mit Pakistan und Saudi-Arabien.

Destabilisierung und kommunistische Machtergreifung

Die »Goldenen Jahre« endeten düster. Unter den Intellektuellen Kabuls wuchs die Kritik an Korruption und Vetternwirtschaft und an den überteuerten, unrentablen Großprojekten fremder Firmen. Der Finanzstrom aus dem Ausland ebte merklich ab, die Preise stiegen. Die Abhängigkeit des Landes von der Sowjet-

Dandys, Blumenkinder und Thrill-Seeker

Die Wahl Afghanistans als Reiseziel mutet aus heutiger Sicht reichlich bizarr an, und auch das Auswärtige Amt rät vom Urlaub in der Region ab. Dies war nicht immer so. Das Gebiet am Hindukusch galt vielmehr als exotisches Ziel abseits ausgetrampelter Pfade des Massentourismus. Schon der »Vater aller Historiker«, der griechische Persienreisende Herodot, beschrieb die Einwohner des heutigen Kandahars im 6. Jahrhundert v.Chr. als »die kriegerischsten aller Inder«. An dieser Sicht sollte sich im Laufe der Geschichte nicht viel ändern, und so blieb die Zahl der europäischen Reisenden in die Region überschaubar. Einen Anfang machte in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts der exzentrische britische Dandy Robert Byron, dessen Reisebericht »Road to Oxiana« – benannt nach dem antiken Namen des Flusses Amudarja – noch immer als Meilenstein des Genres gilt. Ihm folgten die Schweizer Schriftstellerinnen Annemarie Schwarzenbacher und Ella Maillart, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die Region mit dem Auto erkundeten. Der abenteuerliche Trip der beiden wurde 2001 unter dem Titel »Die Reise nach Kafiristan« verfilmt.

Ganz anders sah es ein Vierteljahrhundert später aus: »Camping in Kabul«, so hieß das Motto der von 1968 bis 1978 jährlich über 40 000 auf dem Hippie-Trail nach Indien durchreisenden Blumenkinder, die auf der Suche nach Selbstverwirklichung und getrieben von Zivilisationsmüdigkeit und Abenteuerlust die Länder am Hindukusch bevölkerten. Die Gastfreundschaft der Einheimischen, die Unberührtheit der Landschaft sowie das billige und qualitativ hochwertige Hasisch machten Kabul, die seinerzeit liberalste Stadt der islamischen Welt, zu einem attraktiven Reiseziel. Dort gaben sich Uschi Obermaier, die Stilikone der Drop-Outs, oder Michael »Bommi« Baumann, einer der Gründer der Stadtguerilla-Truppe »Bewegung 2. Juni« und auf der Flucht vor dem BKA, die Klinke in die Hand. »Die Stadt war voll von Langhaarigen, die Dope geraucht haben«, schildert er Kabul in seinen Memoiren. Auch der bekannte Weltenbummler Bruce Chatwin machte hier 1970 Stippvisite. Spätestens nach der »Saur-Revolution« 1978 war mit diesem bunten Treiben allerdings Schluss.

Während sowjetischer Besatzung und Bürgerkrieg kamen Reisen nach Afghanistan völlig zum Erliegen. Der derzeitige afghanische Minister für Transport und Zivilreisen steht vor der schwierigen Aufgabe,



Reuters/Arko Datta

Die während der Taliban-Herrschaft geschlossene Badeanstalt in Kabul 2003.

Touristen aus aller Welt in seine Heimat zu locken. Zwar befinden sich gegenwärtig mehrere Tausend nicht-afghanische Zivilisten vor Ort, aber die Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen verschanzen sich aufgrund der prekären Sicherheitslage überwiegend hinter Stacheldraht und meterhohen Betonmauern.

Dennoch gibt es einige Unerschrockene, die die Region erkunden, und auch Reiseveranstalter haben den Nischenmarkt wieder für sich entdeckt und bieten Trekking-Touren im Hindukusch und Kajakfahrten auf dem Pandschir-Fluss an. Selbst für Pauschaltouristen gibt es die eintägige »Kabul City Tour«. Da die westlichen Rucksacktouristen allgemein als Wegbereiter des Massentourismus gelten, mag es ein hoffnungsvolles Zeichen sein, dass 2007 die Backpacker-Bibel »Lonely Planet« für Afghanistan nach dreißigjähriger Zwangspause eine Neuauflage erfuhr. Ein Golfplatz ist in Kabul zumindest schon vorhanden. (kn)

union nahm stetig zu. Schließlich beschädigte das dilettantische Krisenmanagement im Umgang mit einer jahrelangen Dürre (1969–1971) nachhaltig das Ansehen der Staatsführung. Trotz großzügiger ausländischer Hilfe verhungerten viele Tausend

Menschen. Zum ersten Mal machte die Bevölkerung den König selbst verantwortlich.

Am 17. Juli 1973 putschte Prinz Daoud, ein Vetter und Schwager des Königs. Er schaffte die Monarchie ab und ließ sich zum Präsidenten der »Republik Afghanistan« ausrufen. Dabei stützte er sich auf in der Sowjetunion ausgebildete Offiziere und Mitglieder der kommunistischen Partei. Der Versuch, mit einer Landreform das Eigentumsrecht anzutasten und neue Ideen in die Dörfer zu tragen, stieß die alte Oberschicht vor den Kopf und löste bei der Landbevölkerung erbitterten Widerstand aus. Die Dorfbewohner erschlugen Beamte und Lehrer, die frisch von der Universität zu ihnen gekommen waren, um die Kinder zu unterrichten und den Fortschritt zu predigen.

1978 glaubten die kommunistischen Helfer, das Staatsschiff allein lenken zu können. In letzter Minute wollte Daoud die Kommunisten ausmanövrieren und seine Macht mit einem westlichen Schwenk retten, doch dazu war es zu spät. Revolutionäre Truppen stürmten den Präsidentenpalast, ermordeten Daoud und machten im April den Kommunisten Mohammed Taraki zum Staatsschef. Die »Saur-Revolution« erschütterte das Land. In ganz Afghanistan brachen blutige Kämpfe zwischen islamischen Kräften und den Truppen der kommunistischen Regierung aus. Die religiösen Milizen konnten sich auf die Bevölkerung stützen und gewannen immer mehr an Boden. Flügelskämpfe schwächten die kommunistische Partei, Präsident Taraki wurde ermordet. Der neue Präsident, Hafisullah Amin, plante, ähnlich wie Präsident Daoud zwei Jahre zuvor, einen politischen Kurswechsel und nahm Kontakt mit den Vereinigten Staaten und Pakistan auf.

Nun entschloss sich die Sowjetunion einzugreifen. Während der Weihnachtsfeiertage 1979 landeten sowjetische Fallschirmjäger auf dem Flugplatz von Kabul. Eine Spezialeinheit ermordete Präsident Amin, Panzertruppen überschritten die Grenze und besetzten Durchgangsstraßen und Städte. Afghanistan hatte aufgehört, ein freies Land zu sein.

Die USA unterstellten damals, die Sowjetunion wolle sich endlich den Zugang zu den eisfreien Häfen am Indischen Ozean sichern. Heute weiß man, dass die Regierung in Moskau nur widerwillig die Entscheidung traf, Truppen zu entsenden, und

nicht auf Dauer in Afghanistan bleiben wollte. Sie wollte vor allem verhindern, dass ein kommunistisch geführtes Land zurück in die Hände »reaktionärer Kräfte« fiel (Breschnjew-Doktrin). Angesichts der Islamischen Revolution im Iran (Anfang 1979) befürchtete die sowjetische Führung auch, dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Sowjetunion ein Gürtel radikal-islamischer Staaten bilden und eine »islamische« Revolution auch ihre zentralasiatischen Provinzen in Brand setzen könnte (vgl. den Beitrag von Bernhard Chiari zum sowjetischen Einmarsch).

Insgesamt dauerte die sowjetische Besatzung etwas mehr als neun Jahre. Der Krieg kostete Afghanistan, damals ein Land von etwa 15 Millionen Einwohnern, eine Million Tote und Tausende zerstörte Dörfer. Fast die Hälfte der Bevölkerung floh in die Nachbarländer oder in die Städte. Gleichzeitig schuf das gemeinsame Schicksal von Vertreibung und Freiheitskampf in der Bevölkerung ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit. Es wurde zum wichtigsten Element des nationalen Zusammenhalts, als Afghanistan während des Bürgerkriegs zu zerbrechen drohte.

Am 15. Februar 1989 verließ der letzte sowjetische Soldat Afghanistan. Der von Moskau eingesetzte Präsident Mohammed Nadschibullah Achmadsai konnte sich Dank militärischer und finanzieller Hilfe aus dem Norden noch drei Jahre in Kabul halten und den Schein einer legalen Regierung wahren. Nachdem Boris Jelzin sowjetischer Präsident geworden war, blieb die Hilfe aus. 1992 wurde Nadschibullah gestürzt. Zwar gelang ihm die Flucht in die Vertretung der Vereinten Nationen, doch wurde er von den Taliban am 27. September 1996 hingerichtet.

Neue Ansätze von Staatlichkeit

In der Zwischenzeit hatten sieben Parteien des Widerstands im pakistanischen Exil eine provisorische Regierung gebildet, die für sich die völkerrechtliche Anerkennung beanspruchte und diese auch erhielt. Ihre Präsidenten erlangten jedoch nie Bedeutung über den Kreis der Freiheitskämpfer hinaus. Der »Nationalen Regierung« fehlten Staatsgebiet und Staatsvolk. Schon vor

dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte hatte ein Machtkampf begonnen; die Minister der Exilregierung führten untereinander Krieg um die Vorherrschaft im Land. 1992 begann der Kampf um die Hauptstadt; Kabul war das Symbol der staatlichen Einheit und der Macht über das führerlos gewordene Land. Fast vier Jahre lang rangen die ehemaligen Waffenbrüder erfolglos um den Besitz der Stadt. Afghanistan war zum gescheiterten Staat geworden.

Zwischen 1996 und 2001 errichteten die fundamentalistischen Taliban eine vorübergehende Ordnung, die erst 2001 zerbrach, als die Vereinigten Staaten aufgrund der Ereignisse vom 11. September im Rahmen der Operation Enduring Freedom ihrer Herrschaft ein Ende setzten.

Voraussichtlich wäre Afghanistan nach dem Ende des Taliban-Regimes erneut zerfallen, hätte man das Land sich selbst überlassen, wie es 1989 nach dem Abzug der Sowjetunion geschehen war. Eine internationale Konferenz sollte dem Land nun eine friedliche Zukunft sichern. Die Vereinten Nationen und die großen Industriestaaten entwarfen Ende November 2001 gemeinsam mit den afghanischen Gruppen auf dem Petersberg bei Bonn Institutionen und Verfahren für den Bau eines neuen Staates. Ihr Fahrplan – Übergangsregierung, Große Ratsversammlung (Loya Dschirga), Wahl des Staatsoberhauptes und Schaffung einer Verfassung – wurde in den folgenden Jahren eingehalten. Da es keinen überzeugenden, auf eigene Macht gestützten Führer gab, verhinderten aber nur die Anwesenheit der internationalen Streitkräfte und die Finanzierung des Wiederaufbaus durch die internationale Gemeinschaft, dass die Rivalitäten der Kriegsfürsten und Völkerschaften erneut offen ausbrachen.

Reinhard Schlagintweit



Oskar Ritter von Niedermayer (1885–1948) war bayerischer Offizier und nahm an beiden Weltkriegen teil. Seine schillernde Biografie brachte ihn im Verlauf mehrerer Geheimmissionen nach Persien und Afghanistan. Der passionierte Wissenschaftler leitete 1915 eine deutsche Militärexpedition nach Kabul und war nach dem Ersten Weltkrieg Verbindungsmann der Reichswehr in Moskau. Im Zweiten Weltkrieg kommandierte er die 162. (Turk.) Infanteriedivision der Wehrmacht und starb 1948 in sowjetischer Haft.

Das Foto zeigt Niedermayer (rechts) und den deutschen Diplomaten Werner Otto von Hentig (1886–1984). Hentig war 1915 und 1916 ebenfalls in Kabul im Einsatz und hatte dort im Auftrag des Auswärtigen Amtes den indischen Revolutionär Radscha Mahendra Pratap (Bildmitte) zu unterstützen, um durch einen Aufstand in Indien das Britische Weltreich zu schwächen.

Niedermayer und Hentig stehen für die deutsch-afghanischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, die selbst nach 1945 nicht abbrachen. Diese umfassten neben militärischem Abenteuerertum substanzielles deutsches Engagement in den Bereichen Kultur, Bildung und Wirtschaft.

Afghanistan als militärisches Ziel deutscher Außenpolitik im Zeitalter der Weltkriege

Noch Ende des 19. Jahrhunderts war das heutige Afghanistan für die meisten Deutschen nur ein »weißer Fleck« auf der Weltkarte. Für sie schienen die Afghanen eine Art »Indianer« Zentralasiens zu sein, die den Briten an der Nordgrenze Indiens immer wieder Probleme bereiteten. Nachdem sich 1907 Moskau und London überraschend über eine Aufteilung der Einflussphären in Tibet, Afghanistan und Persien verständigt hatten, begriff man dies in Berlin als Bedrohung der eigenen Interessen, denn das Kaiserreich hatte inzwischen selbst Kolonien auch im Pazifik und an der chinesischen Küste erworben.

Der bayerische Oberleutnant Oskar Ritter von Niedermayer führte 1913/1914 geologische und kartografische Studien in Ostpersien durch, die ihn bis an die Grenze von Afghanistan brachten. Bei seiner Rückkehr weckte er großes Interesse an der alten Kultur dieser Region. Insgeheim indes stand hinter den gewonnenen Erkenntnissen auch die Hoffnung, im Kriegsfall mit dem Einsatz geringer Kräfte und der Unterstützung des Osmanischen Reiches einen »Schwerthieb« durch den Orient führen zu können.

Erster Weltkrieg und Zwischenkriegszeit

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wollte der Kaiser die islamische Welt zum »wilden Aufstande« anstacheln. Doch der Gedanke, die afghanischen Stämme zu einem Angriff auf Britisch-Indien zu verleiten, um die Initialzündung zu einer allgemeinen Erhebung gegen die britischen Kolonialherren auszulösen und um schließlich dem mächtigen Britischen Weltreich das kostbarste Juwel – Indien – zu entreißen, wurde nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Die zweite, nunmehr militärische Expedition Niedermayers führte bis Kabul und verband sich mit weitreichenden Ambitionen. Niedermayer ließ sich sogar zum Kriegsminister einer indischen Exilregierung ernennen und

hoffte, die afghanische Armee mit ihren rund 42 000 Mann gegen die Briten einsetzen zu können. Bis zu eine halbe Million Mann sollte der afghanische Emir Habibullah I. mobilisieren, verstärkt durch mehr als hundert aus russischer Kriegsgefangenschaft geflohene deutsche und österreichische Soldaten.

Der Emir, gewohnt die Rivalitäten der Großmächte Russland und Großbritannien zu nutzen, um seinem Land als Pufferstaat eine Existenz zu sichern, taktierte hinhaltend und klug. Interne Zwistigkeiten zwischen Diplomaten, Gelehrten, Abenteurern und Offizieren schwächten die deutsche Delegation. Auch die türkische Unterstützung erwies sich als unzuverlässig. So brachte der am 24. Januar 1916 ausgehandelte deutsch-afghanische Vertrag dem Emir einen wichtigen politischen Vorteil – die Anerkennung der Unabhängigkeit seines Landes durch eine europäische Großmacht –, ohne ihn zum Kriegseintritt zu verpflichten. Hamid Karzai, von 2001 bis 2014 afghanischer Präsident, hat deshalb zu Beginn seiner Amtszeit davon gesprochen, dass die deutsch-afghanische Freundschaft »mit dem Aufkreuzen der Niedermayer-Mission in Kabul« begonnen habe.

Das Zarenreich war in den Revolutionswirren zerbrochen, und im Herbst 1918 erreichten deutsche Truppen Georgien. Im November desselben Jahres war freilich auch das Deutsche Kaiserreich am Ende seiner Kraft. Erst jetzt zeigte die Aufstachelung der afghanischen Führungselite Wirkung, als nach einem Staatsstreich Amanullah, Sohn Emir Habibullahs I., 1919 zum »Heiligen Krieg« gegen die Briten aufrief. London akzeptierte in der Folge die Unabhängigkeit des Landes.

Die Führung der Reichswehr, der militärischen Kräfte der Weimarer Republik, lag Anfang der 1920er-Jahre in den Händen von Hans von Seeckt, einst der letzte Generalstabschef des türkischen Heeres. Nach dem verlorenen Weltkrieg wollte er die Sicherheit des neuen deutschen Staates auf ein geheimes Bündnis mit dem Nachfolgestaat des Zarenreiches, der Sowjetunion, und dessen Führer Lenin abstützen. Seeckts Vertreter in Moskau wurde Niedermayer, der Kabul empfahl, sich ebenfalls enger an die Sowjetunion anzulehnen. Das Aufbegehren in Indien unter Mahatma Gandhi verhieß einen Zusammenbruch der angelsächsischen Vorherrschaft in Asien, der Deutschland vielleicht die Chance eröffnete, den Kampf um eine Weltmachtposition wie-

der aufzunehmen. Die demokratischen Regierungen der Weimarer Republik teilten zwar nicht solche Illusionen, doch blieb Berlin durchaus daran interessiert, die Beziehungen zu Afghanistan weiter auszubauen.

Als König zeigte sich Amanullah entschlossen, selbst gegen heftigen Widerstand die Modernisierung seines Landes voranzutreiben. Deutsche Berater und Experten unterstützten ihn dabei. Historisch bedeutsam wurde 1924 die Einrichtung der deutschen Amani-Schule in Kabul (siehe das Foto auf S. 35), welche die künftige afghanische Führungselite prägen sollte. Zu dieser Zeit stieg Deutsch in Afghanistan zu der am meisten verbreiteten Fremdsprache auf, und bis heute trägt das deutsche Engagement für Bildung und Ausbildung reiche Früchte. Deutsche Ingenieure bauten Staudämme und Straßen, deutsche Architekten und Künstler errichteten den prunkvollen Königspalast in Darulaman.

Die Afghanen lernten damals die kulturelle, technische und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu schätzen. Damit einher ging der Stolz auf die Unabhängigkeit von britischer Dominanz. Trotz der Niederlage im Ersten Weltkrieg galt die deutsche Armee als tüchtig und vorbildlich. Manche verbanden die kriegerische Tradition Afghanistans gar mit dem Mythos Preußen. Afghanische Studenten brachten aus Deutschland auch Auffassungen mit, die eine gemeinsame rassische Grundlage vermuten ließen. Noch heute begegnet man in Afghanistan der Behauptung »arischer« Verwandtschaft, die sich an der hellen Haut und den blauen Augen festmacht. Hintergrund bildet die Zugehörigkeit des Großteils der afghanischen Sprachen (Paschto, Dari, Tadschikisch, Nuristanisch) zur indoeuropäischen Sprachfamilie. Diese unterscheidet sich von altaischen (Usbekisch, Turkmenisch) und von dravidischen Sprachen, die wiederum vor allem in Südindien (etwa Tamilisch), aber auch in kleineren Sprachinseln nördlich des Indischen Subkontinents verbreitet sind, etwa Brahui in Pakistan, Afghanistan und Iran (vgl. den Infokasten zum »Sprachverhalten« in Afghanistan auf S. 140 f.).

Während die Briten als Kolonialherren verhasst waren und als Bedrohung des Landes angesehen wurden, fühlte man sich von den Deutschen respektiert und geachtet. Dass deren Auf-

treten keineswegs ganz uneigennützig gewesen ist, ließ sich leicht verdrängen. Vor allem bei den städtischen Eliten fanden die Deutschen Wertschätzung. Freilich erfasste diese nicht unbedingt alle Stämme und Regionen gleichermaßen. Während die britische Einflussnahme darauf zielte, die Gegensätze im Lande für sich auszunutzen, war die deutsche Politik daran interessiert, die Zentralmacht in Kabul zu stärken, weil nur ein starkes Afghanistan zu einem Faktor im »Großen Spiel« werden konnte. Für den Aufbau einer afghanischen Armee und einer eigenen Rüstungsindustrie fehlte es den Deutschen in den 1920er-Jahren jedoch an Mitteln.

Mit seinem glanzvollen Besuch im Frühjahr 1928 in Berlin unterstrich der afghanische König Amanullah seinen Wunsch nach einem Ausbau der bilateralen Beziehungen. Die Haltung in deutschen Regierungskreisen und in der Reichswehr blieb



picture alliances/dpa

König Amanullah und Reichspräsident Paul von Hindenburg beim Abschreiten der Ehrenfront.

hingegen schwankend und uneinheitlich. Es gab kein Konzept für eine langfristige deutsche Afghanistan-Politik. Mit einer Kreditzusage über lediglich sechs Millionen Reichsmark wurde der König erst einmal abgespeist.

Im völligen Gegensatz zur Außen- und Sicherheitspolitik der Weimarer Republik hatte inzwischen Hitler ein weit über die deutschen Grenzen hinausreichendes Programm für den Aufstieg Deutschlands zum Weltreich entworfen. In der Schrift »Mein Kampf« lehnte er die geheime Kabinetts- und Realpolitik rundweg ab. Er sah Deutschlands Zukunft in der Eroberung von »Lebensraum im Osten«, und zwar möglichst im Bündnis mit Großbritannien. In seiner rassenideologischen Sicht war es geradezu die Berufung der Briten, die Herrschaft der »weißen Rasse« über Indien und den Orient auszuüben. Sein »Indien« sah Hitler in der Ukraine. Für das Afghanistan-Interesse in nationalkonservativen Führungskreisen hatte er daher kein Verständnis.

Nach dem überraschenden Sturz Amanullahs Anfang 1929 stellte auch Außenminister Gustav Stresemann resigniert fest, dass Deutschland in Afghanistan »keine politischen Interessen« mehr habe. Auch wirtschaftlich sei »auf absehbare Zeit nichts zu holen«. Der neuen Regierung in Kabul, die sich weiterhin an einer engen Zusammenarbeit interessiert zeigte, erlaubte man immerhin, für den restlichen Kredit 5000 alte polnische Gewehre und acht Millionen Patronen in Deutschland zu kaufen.

Die unklare Situation veränderte sich nicht wesentlich, als Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde. Korrekturen in der Außen- und Rüstungspolitik wurden zunächst vorsichtig und schrittweise vollzogen. Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Beendigung der geheimen Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee. Niedermayer wurde Professor für »Wehrpolitik« an der Berliner Universität und fand mit seinen Schriften Unterstützung sowohl in Parteikreisen als auch innerhalb der militärischen Führung. In Sachen Afghanistan blieb alles offen. Der deutsche Gesandte in Kabul, Dr. Kurt Ziemke, warb mühsam für einen Ausbau des deutschen Industrieexports. Verständlicherweise scheute die deutsche Wirtschaft das Engagement in dem politisch instabilen und bitterarmen Staat, dessen Ausfuhr überwiegend aus Pelzen und Teppichen bestand. Es waren Basargeschäfte eines finanzschwachen Entwicklungslandes.

Deutsche militärische Ambitionen

Erst 1936 gewährte Berlin einen neuen Kredit über 15 Millionen Reichsmark. Doch statt notwendige Entwicklungshilfe zu leisten, verpflichtete sich Deutschland zur Lieferung von Rüstungsmaterial zur Ausstattung einer afghanischen »Musterdivision«. Außerdem versprach man Hilfe bei der Entwicklung von Luftstreitkräften. Abgesehen von der Tätigkeit deutscher Berater und Experten sowie der Einrichtung einer Fluglinie der Lufthansa über Kabul nach Schanghai blieb das deutsche Engagement ein Luftschloss, das durch die britische Blockade nach Kriegsausbruch schnell zerstob. Gerade noch rechtzeitig konnte ein Teil der bestellten Geschütze über Karatschi und den Khaiber-Pass nach Kabul geschafft werden. In Berlin hoffte man nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts, die Transitwege über die UdSSR nutzen zu können. Doch Moskau achtete argwöhnisch darauf, dass die Eisenbahn nicht für Waffentransporte verwendet wurde.

Der Pakt mit Stalin wurde in deutschen Führungskreisen von manchem als Signal für die Rückkehr zur Politik Seeckts missverstanden, zumal Hitler seine wahren Absichten nur schrittweise enthüllte. Niedermayer propagierte die alte globale Strategie, deren Ziel es sein müsse, durch »raumgreifende« Operationen im Orient Großbritannien in die Knie zu zwingen. Seine Ideen fanden im Oberkommando der Wehrmacht und im Auswärtigen Amt große Zustimmung. Der deutsche Botschafter in Moskau erkundete mehrfach die Bereitschaft Stalins, gemeinsam aus dem Kaukasus heraus die Ölquellen im Nordirak zu besetzen und die britisch-französischen Positionen im Nahen Osten aufzurollen. Er deutete auch deutsche Pläne an, aus Afghanistan und Tibet Aktionen gegen Indien zu führen. Der sowjetische Diktator hielt sich bedeckt und an das Naheliegende: die Okkupation jener Gebiete in Ost- und Südosteuropa, die Hitler ihm versprochen hatte.

Bis zum Beginn des Westfeldzugs im April/Mai 1940 wurde mehrfach an einer deutschen Orientstrategie gearbeitet. Das deutsche Auswärtige Amt etwa wollte gemeinsam mit der militärischen Abwehr des Admirals Wilhelm Canaris die Regierung in Kabul stürzen, um den deutschlandfreundlichen König Ama-

Deutsche militärische Präsenz während des Zweiten Weltkriegs

Das neutrale Afghanistan wurde während des Zweiten Weltkriegs nicht von deutschen Truppen betreten. Dennoch war das Land Ziel geheimdienstlicher Operationen. Im April 1941 entsandte das Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) Dietrich Witzel, einen Offizier der Kommando-Einheit »Brandenburg«, nach Kabul, der in der dortigen deutschen Gesandtschaft einen Stützpunkt der Abwehr einrichtete. Von hier aus versuchten die Angehörigen eines kleinen Kommandos zunächst in Verbindung mit Mirza Ali Khan zu treten. Der »Fakir von Ipi« versuchte von Nordwasiristan aus, den »Heiligen Krieg« (Dschihad, vgl. Infokasten auf S. 74) gegen die britische Kolonialherrschaft zu organisieren. In Berlin glaubte man, mit dem paschtunischen Stammesführer einen idealen Partner für die Destabilisierung des englischen Machtbereichs gefunden zu haben. Der Versuch, den »Fakir« für die deutschen Interessen zu instrumentalisieren, misslang. Im Juli 1941 fiel der Kommandosoldat Manfred Oberdörffer bei dem Unternehmen,

von Kabul aus Nordwasiristan zu erreichen. Sein Grab auf dem europäischen Friedhof in Kabul existiert noch heute.

Im Falle eines Vorstoßes der Wehrmacht über den Kaukasus nach Indien wäre dem Abwehrstützpunkt in Kabul die Rolle eines Brückenkopfes zugefallen. Durch das Scheitern der deutschen Offensive im Kaukasus, der im Sommer 1942 angelaufenen »Operation Blau«, verlor er jedoch an Bedeutung, da der



BArch, Bild 1011-823-2704-10A/Aschenbroich

Freiwillige der »Legion Freies Indien« 1942.

militärische Griff nach Indien in weite Ferne rückte. Hingegen gelang es von Kabul aus, Verbindung mit dem anti-britischen Untergrund in Indien zu knüpfen. Der indische Nationalistenführer Subhas Chandra Bose war bereit, mit den Achsenmächten zusammenzuarbeiten, um die Engländer notfalls mit Gewalt aus dem Land zu vertreiben. Im Januar 1941 kamen Bose und sein Vertrauter Rahmat Khan von Kalkutta nach Kabul, im April gelangte Bose mithilfe der deutschen Gesandtschaft nach Berlin. Er erhielt Unterstützung vom Sonderreferat Indien des Auswärtigen Amts sowie von der Wehrmacht. Indische Kriegsgefangene formierten eine »Legion Freies Indien« (Infanterieregiment [ind.] 950) mit bis zu 2600 Mann, die ihren Eid auf Bose und Hitler ablegten. In dieser Situation hielt die Gesandtschaft in Kabul die Verbindung zwischen Bose in Deutschland und dem anti-britischen Untergrund auf dem Subkontinent. Rahmat Khan, der als Kurier zwischen Kabul und Indien fungierte, unterhielt übrigens – dies belegen alliierte Dokumente – neben seinen Verbindungen zur deutschen Seite auch welche mit der Sowjetunion, dem traditionellen Gegenspieler Englands in der Region. Bose selbst hielt sich seit dem Frühjahr 1943 in Ostasien auf. Ein Funker der »Brandenburger« blieb bis zum 8. Mai 1945 in Kabul auf Posten, die übrigen Angehörigen der Kommandotruppe verließen Afghanistan bereits im September 1943.

(bc)

nullah wieder zu installieren und gemeinsam mit der Sowjetunion gegen Indien vorgehen zu können.

Bei einem Besuch im November 1940 erhielt der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow verlockende Angebote zur Bildung eines »Kontinentalblocks« und zur Aufteilung des British Empire. Mit diesem Angebot wollte Hitler Stalin in die Falle locken, denn dahinter stand letztlich die Absicht, den sowjetischen Expansionsdrang über Afghanistan in Richtung Indien zu lenken, um die Voraussetzungen für das geplante »Unternehmen Barbarossa« zu verbessern.

Hitlers Hauptziel war es, durch den Überfall auf die UdSSR und ihre erwartete Niederlage Deutschland zu einer Weltmacht aufsteigen zu lassen. Um diesen Anspruch zusätzlich zu unter-



Aus Anlass der Gründung der provisorischen indischen Nationalregierung fand am 15. November 1943 im Berliner Hotel Kaiserhof ein Empfang statt. Am Rednerpult spricht der Chef der »Zentrale Freies Indien«, A.C.N. Nambiar, flankiert von Soldaten der Indischen Legion. Das Foto im Hintergrund zeigt Subhas Chandra Bose.

streichen, wäre es sicherlich von Vorteil gewesen, über Afghanistan die Briten in Indien unter Druck zu setzen. Doch Hitler war so auf den Weg über Moskau fixiert, dass er keine Anstrengungen unternahm, wie im Ersten Weltkrieg auch die Türkei erneut ins deutsche Fahrwasser zu ziehen.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 mussten Pläne für einen Zugriff auf den Kaukasus zunächst verschoben werden. Erst mit der zweiten großen Offensive im Sommer 1942 setzte Hitler ganz auf den Schwerpunkt Kaukasus. Erwin Rommel sollte von Nordafrika aus eine zweite Zange gegen die britische Nahostposition bilden. Wieder versuchte man von deutscher Seite, mithilfe afghanischer Paschtunen deren Stammesbrüder in Indien aufzuwiegeln (vgl. den Infokasten auf S. 49 f.). Schon ließ London am Khaiber-Pass Befestigungen vorbereiten. Bereits zuvor hatten Briten und Russen den afghanischen König Sahir Schah gedrängt, die Angehörigen der deut-

schen Kolonie aus dem Lande zu verjagen. Doch die vom König einberufene Stammesversammlung der Loya Dschirga beharrte auf den ehernen Gesetzen der Gastfreundschaft und setzte zumindest ein freies Geleit für die Deutschen durch. Unabhängig davon konnte die deutsche Gesandtschaft in Kabul ihre Arbeit bis zum 8. Mai 1945 fortsetzen – Afghanistan blieb als eines der wenigen Länder bis Kriegsende neutral.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Oskar Niedermayer bereits seinen Lehrstuhl in Berlin geräumt, und schon Anfang 1942 verfasste er eine wichtige Studie über den Einsatz von Sonderverbänden, die vom iranischen Hochland aus Richtung Persischer Golf operieren sollten. Auf Veranlassung von Major i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, dem späteren Hitler-Attentäter, übernahm er die Aufstellung einer Division aus Angehörigen verschiedener Turkvölker. Nach der Katastrophe von Stalingrad 1943 wurde sie aber in Jugoslawien zur Partisanenbekämpfung eingesetzt und ging schließlich in Italien unter.

Nachkriegsbeziehungen

Afghanistan blieb bis 1945 ein militärpolitisches und strategisches Phantom, und sicherlich gab es hier im Zeitalter der Weltkriege keine verpasste Chance deutscher Groß- und Weltmachtpolitik. Die Schrecknisse des Zweiten Weltkriegs und die NS-Ideologie hinterließen zumindest in dieser Weltregion keine negativen Spuren in den Beziehungen zu Deutschland, sodass in den 1950er-Jahren die Wiederherstellung von Handelsbeziehungen nicht schwer fiel. Anknüpfend an die guten Erfahrungen der Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts wurde Afghanistan erneut zu einem Schwerpunkt deutscher Entwicklungshilfe. Um die »Blockfreiheit« seines Landes zu unterstreichen, vertraute König Sahir Schah die Ausbildung der Armee dem nördlichen Nachbarn UdSSR an, die Schulung der Polizei übernahm die Bundesrepublik.

Nach dem Putsch 1973 in Kabul und dem Einmarsch der Roten Armee 1979 verschwand Afghanistan dann für viele Jahre aus dem Blickwinkel der westdeutschen Politik. In einigen Bereichen unterstützte zwar die DDR das Land und setzte so in

gewisser Weise die Tradition deutsch-afghanischer Beziehungen fort, doch erst mit dem Sturz des Taliban-Regimes konnte eine neue Basis der Zusammenarbeit geschaffen werden. Das Bild von Deutschland in der afghanischen Gesellschaft gründet zum einen auf positiven historischen Erfahrungen. Zum anderen spielen Erwartungen und Hoffnungen eine Rolle – auf eine dauerhafte Unabhängigkeit und Befriedung des Landes und nicht zuletzt auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Rolf-Dieter Müller



Die sowjetische Armee stand von 1979 bis 1989 mit bis zu 120 000 Mann in Afghanistan. Das provozierte einen »Heiligen Krieg« (Dschihad), den die Truppen der UdSSR und die Verbände der kommunistischen afghanischen Regierung in Kabul gegen die Mudschaheddin nicht gewinnen konnten. Die Erfahrung von Überfällen, Hinterhalten und einem gnadenlosen Kampf Mann gegen Mann wurde für die Soldaten wie für die Gesellschaft der UdSSR zum Trauma. 15 000 Sowjetsoldaten, die meisten von ihnen junge Wehrpflichtige, fielen in Afghanistan. Die Hauptlast des Krieges hatten jedoch die Afghanen zu tragen. 1,3 Millionen Menschen starben, noch mehr flohen ins Ausland.

Sowohl in der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten als auch in Afghanistan selbst hinterließ die Zeit der Besetzung tiefe Narben. Die Erinnerung an mehr als neun Jahre Krieg und Kampf reicht bis in unsere Tage: So setzen Taliban und IS in ihrer Propaganda die heutige Präsenz der internationalen Gemeinschaft mit der sowjetischen Fremdherrschaft gleich, um diese so zu diskreditieren.

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Besetzung von 1979 bis 1989

Während in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten die Familien Weihnachten feierten, landeten in der Nacht vom 25. auf den 26. Dezember 1979 die ersten von 7000 sowjetischen Elitesoldaten der 103. Luftlandedivision aus dem weißrussischen Witebsk in Kabul. Sie brachten zunächst den Flughafen und wenig später die zentralen Punkte der Hauptstadt unter ihre Kontrolle. Unter dem Decknamen »Schtorm (Sturm) – 333« erreichten Teile einer insgesamt 650 Mann starken Sondereinheit des KGB (»Speznas«, Truppen besonderer Bestimmung) am 27. Dezember den Regierungspalast nahe der Stadt. Spezialkräfte in afghanischen Uniformen liquidierten den afghanischen Präsidenten und Führer der regierenden Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), Hafisullah Amin. Als seinen Nachfolger setzte die sowjetische Führung Babrak Karmal ein, wie Amin Gründungsmitglied der DVPA.

Kurz nach den Operationen in Kabul und der Besetzung mehrerer kleinerer Flugfelder im Land überschritten Verbände der 5. und 108. Motorisierten Schützendivisionen den Fluss Amudarja, die südliche Grenze der UdSSR zu Afghanistan. Im weiteren Verlauf stießen mechanisierte Bodentruppen auf der großen afghanischen Ringstraße vor (vgl. Karte auf S. 61). Der Angriff gehört zu den größten militärischen Operationen, die sowjetische Streitkräfte in der Nachkriegszeit außerhalb der UdSSR durchführten. Der sowjetische Vormarsch traf in einigen Städten zwar auf den Widerstand afghanischer Truppen, doch gelang es der Führung in Moskau bis zum Januar 1980 nahezu ungehindert, im Landmarsch sowie im Lufttransport 80 000 Mann nach Afghanistan zu verlegen. Widerstand gegen eine derartige Streitmacht erschien chancenlos.

Die Besetzung des Landes war der Auftakt für einen mehr als neun Jahre währenden Krieg zwischen den sowjetischen Truppen und der Armee einer neu installierten kommunistischen Regierung in Kabul auf der einen sowie einer Streitmacht von Stammeskriegern auf der anderen Seite. Die sowjetische Intervention rief einen »Heiligen Krieg« (Dschihad) hervor, den

die Mudschaheddin aus den unzugänglichen Gebirgsregionen Afghanistans oder von Pakistan aus führten. Dabei wurden sie immer wirksamer mit Material und Logistik von den Geheimdiensten der USA und Chinas unterstützt.

Trotz der erheblichen technischen Überlegenheit gelang es den Besatzern nicht, die ausufernden Kämpfe im Land siegreich zu beenden. Im Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen mussten etwa 15 000 sowjetische Soldaten ihr Leben lassen. Erst die Veränderung der geopolitischen Lage durch Glasnost und Perestroika sowie das internationale Genfer Afghanistan-Abkommen von 1988 schufen die Voraussetzungen für den Abzug der letzten sowjetischen Truppen am 15. Februar 1989.

Kommunismus afghanischer Prägung

Der sowjetische Einmarsch im Dezember 1979 traf ein Land, das bereits seit April 1978 nominell unter kommunistischer Führung stand. In der »Saur(April)-Revolution« hatte sich damals die DVPA Nur Mohammed Tarakis an die Macht geputscht, die autoritäre Regierung von Mohammed Daoud gestürzt und in Afghanistan ein volksdemokratisches System osteuropäischen Musters eingeführt. Dieses litt allerdings auch unter neuem Namen unter altbekannten Machtkämpfen und innergesellschaftlichen Spannungen. Innerhalb der DVPA tobten Konflikte zwischen der Fraktion der »Chalk« (Volk) unter dem Ghilsai Paschtunen Taraki, seit April 1978 afghanischer Präsident, und Hafisullah Amin einerseits sowie den Anhängern der »Parcham« (Banner) unter Babrak Karmal andererseits. Taraki, Amin, Karmal und weitere Führer der DVPA verband ein komplexes, in Jahrzehnten gewachsenes Konkurrenzverhältnis, überlagert von Stammes-, Familien- und Freundschaftsbeziehungen.

Mit Skepsis beobachtete die sowjetische Führung von Moskau aus, dass die afghanischen Kommunisten neben weltanschaulichen Fragen vor allem die Sicherung individueller Machtpositionen und die Ausschaltung persönlicher Gegner umtrieb. Viele Führer der DVPA verstanden ihre Ämter und Funktionen als Pfründe, die man an verdiente Gefolgsleute vergeben konnte. Insbesondere Tarakis Konkurrent Hafisullah Amin bereicherte

sich als Chef der Geheimpolizei am Besitz des Exkönigs Sahir Schah und Daouds oder verteilte diesen großzügig an eigene Günstlinge. Taraki ließ er schließlich im Oktober 1979 ermorden und beerbte ihn als afghanisches Staatsoberhaupt, während ihr gemeinsamer Gegner Babrak Karmal als Botschafter ins Ausland abgeschoben wurde. Als die sowjetische Führung Karmal Ende 1979 aus dem erzwungenen Exil zurückholte und an die Spitze der afghanischen Kommunisten stellte, tat sie dies mit der Absicht, mit Hafisullah Amin ein unberechenbares Risiko für die sowjetische Vormachtstellung in Afghanistan zu beseitigen.

In den afghanischen Provinzen hatten die Menschen die kommunistische »Saur-Revolution« mehrheitlich als einen Kampf der Clans und Ethnien um die Macht verstanden. Die Herrschaft der in sich zerstrittenen DVPA hatte der sowjetischen Regierung vor Augen geführt, dass sich eine zentral gesteuerte Umgestaltung des Landes nur unter größten Schwierigkeiten und gegen den Widerstand der Masse der ländlichen Bevölkerung erreichen ließ. Die DVPA hatte seit 1978 den Anspruch erhoben, die afghanische Gesellschaft nach sowjetischen Vorstellungen zu modernisieren und umzuformen. Die überwiegend paschtunisch geführte »Chalk«, die zum Zeitpunkt ihrer

picture alliance/dpa/L. Lehtikuva



Der afghanische Staatschef Mohammed Nadschibullah (Bildmitte) bei der Verabschiedung sowjetischer Truppen, Kundus 1986.

Machtergreifung nicht mehr als 10 000 Mitglieder gezählt hatte, scheiterte mit dem Versuch einer rabiaten Landreform und anderer tief greifender Veränderungen. Wiederholt hatten sowjetische Diplomaten der Regierung in Kabul empfohlen, bei der Sowjetisierung einen behutsamen Kurs einzuschlagen, auf die regionalen und lokalen Machtverhältnisse Rücksicht zu nehmen und selbst der Religionsausübung zunächst keine Hindernisse in den Weg zu legen. Die Moskauer Führung bevorzugte für Afghanistan Modelle aus der Frühphase der UdSSR. Damals hatte der noch schwache Zentralstaat versucht, den sowjetischen Nationalitäten sozialistische Inhalte zu vermitteln, ohne dabei gleich deren gewachsene Kulturen zu zerstören. Bezüglich der Erfolgsaussichten der Umbaustrebungen sowie mit Blick auf die Zuverlässigkeit der afghanischen Genossen hegte die Führung der UdSSR gravierende Bedenken. Trotzdem unterstützte der Kreml den »sozialistischen Bruderstaat« mit Waffen und Beratern.

Freilich stieß die DVPA in Afghanistan nicht nur auf Widerstand. Ihre Repräsentanten begriffen sich als Kämpfer für den Fortschritt und lehnten die traditionelle afghanische Gesellschaftsordnung ebenso wie die Herrschaft lokaler Stammesführer als rückwärtsgewandt und perspektivlos ab. Das Projekt des Sozialismus sicherte in den Augen der DVPA breiten Bevölkerungsschichten den Zugang zu Bildung und Kultur. Afghanistan öffnete sich der (sozialistischen) Welt. Erstmals verließen Menschen in größerer Zahl das Land für Zwecke der Ausbildung oder der Erholung. Die neue Zeit brachte insbesondere in der Hauptstadt Kabul eine neue Generation von Schriftstellern, Filmemachern und Künstlern hervor, allerdings um den Preis der Emigration, Verhaftung oder Liquidierung jener Intellektuellen, die sich dem Sozialismus entgegenstellten (vgl. Literatur und Filmtipps im Anhang).

Die afghanischen Konfliktparteien ließen sich nicht einfach ideologischen Lagern zuordnen, wie sich dies die sowjetische Führung 1978 vorgestellt haben mochte. Die Führer der DVPA – die übrigens mit dem Kommunismus häufig erst im Verlauf ihrer Ausbildung an Universitäten der USA in Berührung gekommen waren – blieben trotz politischer Bekenntnisse doch immer auch Akteure im traditionellen afghanischen Kampf um die Macht. Sie sahen sich einer Gesellschaft gegenüber, die zu großen Teilen

den Kommunismus als Bedrohung der eigenen, althergebrachten Kultur ablehnte. Präsident Karmal musste ebenso wie ab 1986 sein Nachfolger, der ehemalige Chef der afghanischen Geheimpolizei, Mohammed Nadschibullah, mehr und mehr den Ausgleich mit regionalen Machthabern, religiösen Führern und selbst mit den Mudschaheddin suchen. Es ist von symbolischer Bedeutung, dass der Kommunist Karmal die traditionelle Landesfahne in Schwarz-Rot-Grün wieder einführte, die sein Vorgänger Taraki durch ein rotes Banner hatte ersetzen lassen. Bezeichnenderweise brach auch die Regierung Nadschibullahs nicht mit dem sowjetischen Abzug von 1989 zusammen. Sie überstand 1990 den Putschversuch des Verteidigungsministers Schahnawas Tanai und verlor erst 1992 ihre Macht an die Mudschaheddin.

Gründe für den sowjetischen Einmarsch

Zeitgenössische Beobachter interpretierten die sowjetische Intervention meist als einen folgerichtigen Schritt der UdSSR beim »Aufmarsch am Indischen Ozean«. Afghanistan und »die Afghanen« spielten nach dieser Sicht die Rolle passiver Opfer im Kampf der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten als neue Spieler im »Great Game«. Daher wurden der »Heilige Krieg« der Mudschaheddin gegen die Aggressoren und ihr Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung im Westen meist glorifiziert. In der Rückschau erscheinen die Ereignisse komplizierter und vielschichtiger. Die UdSSR ließ sich in Afghanistan in einen Konflikt hineinziehen, der die Krise von Staat und Gesellschaft der UdSSR verschärfte.

Bis kurz vor dem Einmarsch lehnten sowohl eine Mehrheit im sowjetischen Politbüro als auch die meisten der Spitzenmilitärs das Abenteuer einer Truppenentsendung ab. Der KGB empfahl eine Vermittlung innerhalb der DVPA und die indirekte Unterstützung der afghanischen Führung beim Kampf um die Macht im Land. Die angespannte Lage in Afghanistan war zuletzt am 15. März 1979 offenbar geworden, als in Herat ein Aufstand losbrach. Bewohner der Stadt, Guerillakämpfer und Soldaten der örtlichen Garnison lieferten sich vier Tage lang blutige Gefechte mit regierungstreuen afghanischen Truppen. Die Märzunruhen

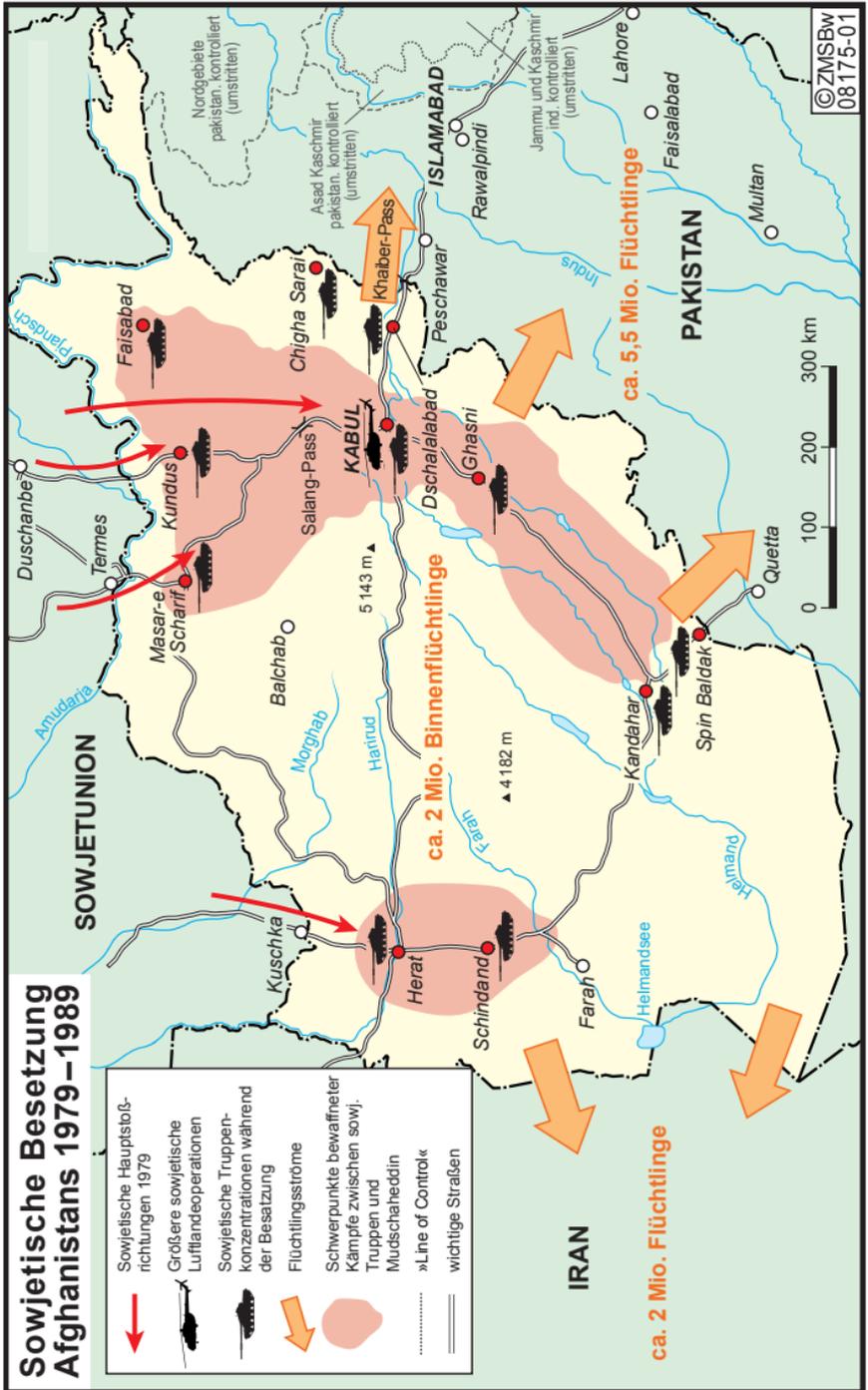
in Herat forderten 5000 Tote, darunter 50 sowjetische Militärberater und ihre Familienangehörigen. Sie waren der Auftakt für schwere Kämpfe, in deren Verlauf Teile der Provinzen Kunar und Paktia und selbst einzelne Stadtviertel von Kabul an aufständische Milizen verloren gingen.

Hatte die Führung der »Chalk« es noch verstanden, ihre Rivalen innerhalb der DVPA auszuschalten, so war sie nun mit der militärischen Bedrohung überfordert. Amin wurden Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA, zur Regierung Pakistans und zu islamistischen Führern nachgesagt. Nach einem erfolglosen Attentat gegen ihn ging Amin gewaltsam gegen Tarki und seine Anhänger vor. In den Wochen vor dem sowjetischen Einmarsch versuchte Amin in völliger Verkennung der eigenen Lage seine Position gegenüber der sowjetischen Führung zu stärken, indem er demonstrativ die Kontakte zu den USA ausbaute. Für die sowjetische Führung wurde er endgültig untragbar.

Die Intervention erfolgte in Übereinstimmung mit der Breschnjew-Doktrin, die aus der angenommenen »beschränkten Souveränität« sozialistischer Staaten das Recht ableitete, bei einer Bedrohung des sozialistischen Systems einzugreifen. Hinzu kam die Angst vor einer unsicheren Südflanke. Letztlich dürfte für die Intervention ausschlaggebend gewesen sein, dass Moskau das Erstarken eines militanten Islams befürchtete. Mit der DVPA, deren Führer annahmen, sie könnten die UdSSR für ihre eigenen

Mudschaheddin

Das Wort »Mudschaheddin« (Singular: Mudschahed, Mudschahid, Mujahid, Moudjahid und weitere Schreibweisen) stammt aus dem Persischen und bezeichnet jemanden, der den Dschihad zu seiner eigenen Sache macht und damit den Islam verbreitet oder schützt. Der Begriff wurde während der sowjetischen Besatzung Afghanistans von 1979 bis 1989 gebräuchlich und ist seitdem als Selbstbezeichnung für die Angehörigen islamistischer Guerilla-Gruppen verbreitet. Mudschaheddin kämpften ebenso während des Balkankrieges auf der Seite der bosnisch-muslimischen Truppen sowie im Algerischen Bürgerkrieg, in Kaschmir und im Irak. Auch die Taliban bezeichneten ihre Kämpfer immer wieder als Mudschaheddin.



Ziele instrumentalisieren, erschien eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Gefahr unmöglich. Die Invasion diente in erster Linie dem Zweck, die Regierung Hafisullah Amins zu ersetzen, nachdem dies zuvor mit anderen Mitteln gescheitert war. Trotz gewichtiger Bedenken entschloss sich die sowjetische Führung Ende des Jahres 1979 schließlich zum Einmarsch in Afghanistan.

Besatzung und Widerstand

Sowjetische Truppen nahmen zunächst die großen Städte und Garnisonen in Besitz und sicherten die wichtigsten Verkehrsverbindungen und Kommunikationslinien. Die sowjetische Führung richtete sieben Militärkommandos ein, in denen sowjetische Generäle mithilfe ihrer eigenen Verbände und der Truppen der neuen afghanischen Zentralregierung für Ruhe und Ordnung im Land sorgen sollten. Den Afghanen kam dabei vor allem die Aufgabe zu, die Provinzen zu sichern, doch zeigten sie sich mit diesem Auftrag rasch überfordert. Schon wenige Monate nach der Invasion wurden aus den meisten Regionen sowie aus Kabul Kämpfe unterschiedlicher Intensität gemeldet. Die

Genfer Afghanistan-Abkommen

Am 14. April 1988 unterzeichneten in Genf die Außenminister der USA, der Sowjetunion, Pakistans und Afghanistans das Abkommen zur Lösung des Afghanistan-Konfliktes. Das Dokument sah den vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen bis zum 15. Februar 1989 sowie die Rückkehr von mehr als fünf Millionen Flüchtlingen vor. Die afghanischen Widerstandsgruppen waren in die Verhandlungen nicht eingebunden. Sowohl die UdSSR als auch die Vereinigten Staaten traten als Garantmächte auf, nahmen aber weiterhin Partei in den andauernden Kämpfen. Die Beibehaltung sowjetischer Militärhilfe an die Regierung in Kabul begründete die Moskauer Führung mit den Freundschafts- und Beistandsverträgen von 1921 und 1978. Die USA wiederum weigerten sich, ihre Waffenlieferungen an die Mudschaheddin einzustellen. Die internationale Diplomatie fand hierfür den beschönigenden Ausdruck »positive Symmetrie«.

Mudschaheddin in den afghanischen Bergen, Aufnahme von 1985.

Städte Dschalalabad und Herat gerieten zeitweise unter die Kontrolle der Mudschaheddin. Bereits im März 1980 begann eine erste sowjetische Großoffensive gegen die Provinz Badachschan sowie gegen die östlichen, hauptsächlich von Paschtunen besiedelten Gebiete an der Grenze zu Pakistan.

Von der westpakistanischen Stadt Peschawar aus formierte sich der afghanische Widerstand. Dort errichteten muslimische Freischärler unterschiedlicher Ausrichtung ihre Versorgungsbasen, unterstützt und teilweise finanziert durch den pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI).

Die Parteien, Stämme und Gruppen des Widerstandes gingen rasch wechselnde Allianzen ein, doch verfügten sie über keine gemeinsame Vision für die Zukunft. Vielmehr vereinte sie die Ablehnung einer fremden, nicht-muslimischen Armee im eigenen Land, die Bekämpfung der kommunistischen Regierung in Kabul, die mit Unterstützung der Sowjetunion die Idee eines modernen Zentralstaates auf ihre Fahnen geschrieben hatte, und nicht zuletzt die Verteidigung traditioneller Lebensweise und Kultur. Die Mudschaheddin verhandelten jedoch sowohl mit afghanischen Kommunisten in Kabul als auch mit sowjetischen Truppenführern, wenn sie sich hiervon Vorteile versprachen. Selbst der »Löwe von Pandschir«, Achmad Schah Massud, bildete diesbezüglich keine Ausnahme.

Die Mudschaheddin verfügten weder über moderne und schwere Bewaffnung noch über zentrale Kommando- und Kom-



picture alliance/epa

munikationsstrukturen. Seit 1986 erhielten sie von den USA tragbare Luftabwehrsysteme vom Typ »Stinger«. Vielen Beobachtern galt die Lieferung der »Stinger« als Wendepunkt in diesem Konflikt, der entscheidend zum Rückzug der Sowjets beigetragen habe. Allerdings stärkten die amerikanischen Waffenlieferungen innerhalb der sowjetischen Führung die Position der »Falken« nachhaltig. Unter Generalsekretär Michail Gorbatschow und der beginnenden Perestrojka diskutierte die sowjetische Führung bereits 1986 intensiv über eine politische Lösung des Afghanistan-Problems. Das Engagement des Auslandes zugunsten Afghanistans verzögerte daher eher den Entschluss zum Truppenabzug – übrigens ganz im Sinne der CIA, die im Engagement der UdSSR in Afghanistan vor allem eine fortlaufende Schwächung der gegnerischen Supermacht sah.

Die technische Unterlegenheit der Mudschaheddin machte gleichzeitig ihre Stärke gegenüber einer modernen Besatzungsarmee aus. Ortskenntnisse und die Unterstützung durch die Bevölkerung erwiesen sich der sowjetischen Luftaufklärung als überlegen. In einem Land fast ohne Fernmelde-Infrastruktur erbrachte ein archaisch anmutendes Netz von Spähern und Boten



picture alliance / dpa

Abziehende sowjetische Soldaten. Auf dem Spruchband steht: »Sei gegrüßt, Heimat!«

verlässlichere Informationen als die elektronische Kampfführung oder sowjetische V-Leute. Es ist bezeichnend, dass in der Sowjetarmee für die Mudschaheddin die Bezeichnung »Duchy« (Geister) verbreitet war: Die afghanischen Krieger entzogen sich sowjetischem Artilleriefeuer und selbst den intensiven Bombardements aus der Luft, um dann wenig später wie aus dem Nichts aufzutauchen und im Kampf Mann gegen Mann Angst und Schrecken zu verbreiten. Die Schläge der Besatzungsarmee hingegen gingen häufig ins Leere.

Die sowjetischen Soldaten wurden in den folgenden neun Jahren Teil eines ausufernden Krieges, an dessen Ende 1,3 Millionen tote afghanische Zivilisten und Kämpfer sowie mehr als fünf Millionen Flüchtlinge (und damit ein Drittel der Vorkriegsbevölkerung) und weitere zwei Millionen Binnenflüchtlinge standen, die teils bis heute nicht in ihre angestammten Siedlungsgebiete zurückgekehrt sind.

Auswirkungen des Krieges

Die sowjetische Armee durchlief in Afghanistan einen schmerzlichen Lernprozess. Schon bald wurde deutlich, dass mit den klassischen, im Kalten Krieg für den westeuropäischen Kriegsschauplatz entwickelten Einsatzgrundsätzen keine Erfolge zu erzielen waren. Vor allem in den Luftlande- und Luftunterstützungsverbänden oder auch bei den Spezialtruppen trug man dieser Erkenntnis rasch Rechnung. Für das Gros der sowjetischen Mot. Schützenverbände experimentierte die Sowjetarmee mit neuen Gliederungen und gemischten Kampfgruppen, doch wirkten sich Veränderungen in Ausrüstung und Ausbildung hier deutlich langsamer aus. Eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Mudschaheddin spielten die zunächst praktisch unangreifbaren Hubschrauber, allen voran der schwer bewaffnete wie gefürchtete Mi-24 (im NATO-Sprachgebrauch: Hind).

Alle angestrebten Veränderungen bei Taktik und Ausrüstung konnten ein wesentliches Ziel der Besatzungsarmee nicht erreichen: Die dauerhafte Sicherung von Versorgungs- und Kommunikationslinien. Die sowjetischen Truppen beherrschten zwar die größeren Städte sowie zentrale Punkte. Den Mudschaheddin

hingegen gelang es, immer größere Teile der ländlichen Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen, und abgelegene Regionen wie das Pandschir-Tal konnten von den sowjetischen Streitkräften während des gesamten Krieges hindurch nicht eingenommen werden. In Afghanistan dienten nie mehr als 120 000 sowjetische Soldaten gleichzeitig; sowjetische Kommandeure mussten für große Operationen Regimentsäquivalente aus verschiedenen Bereichen »zusammenborgen«.

Die Sowjetarmee bestand nicht nur aus Elitesoldaten, sondern vor allem aus jungen Wehrpflichtigen. Diese stammten zu Beginn des Krieges häufig aus sowjetischen Unionsrepubliken mit muslimischer Prägung wie Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan. Im Verlauf der Besatzung wurden vermehrt Slawischstämmige oder Männer aus den baltischen Republiken eingezogen, um unerwünschte Kontakte zur Bevölkerung und vor allem zu den Mudschaheddin zu verhindern. Neben der Brutalität ihres Einsatzes machte den Besatzungssoldaten der Gedanke an die Rechtmäßigkeit und Sinnhaftigkeit ihres Dienstes zu schaffen. Das untergrub die Moral, während unter den Mudschaheddin Selbstbewusstsein und Siegeszuversicht wuchsen. Von 642 000 sowjetischen Soldaten, die bis zum Rückzug in Afghanistan dienten, wurden mehr als 70 Prozent verwundet oder erkrankten ernsthaft, etwa 150 000 Mann alleine an Hepatitis und Typhus. Die Erfahrung des jahrelangen Krieges wurde für viele zum lebenslangen Trauma. Nach der Rückkehr aus dem Einsatz standen die »Afganzys«, viele von ihnen versehrt an Körper und Geist, in der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten am Rand der Gesellschaft.

Sowohl aufseiten der Regierungstruppen und Sicherheitskräfte als auch unter den Mudschaheddin und der Sowjetarmee ereigneten sich Übergriffe und Verbrechen in erheblichem Ausmaß. Zudem desertierten die afghanischen Soldaten in Scharen. Umfasste die Armee vor 1978 noch 100 000 Mann, schwand ihre Zahl nach einem Jahr sowjetischer Besatzung auf nicht mehr als 30 000. Die meisten waren demoralisiert, schlecht ausgebildet und wenig motiviert, in einen Kampf gegen die zu allem entschlossenen Mudschaheddin zu ziehen. Viele schlossen sich den Milizen der Warlords an und setzten den Krieg auf eigene Rechnung fort.

Neben dem militärischen Gegner wurde vor allem die Zivilbevölkerung zum Opfer der Kämpfe. Im Zuge der Militäroperationen gegen die Mudschaheddin zerstörte die Sowjetarmee systematisch Dörfer und Landstriche. Mord, Raub und Plünderungen waren weit verbreitet. Afghanische Widerstandskämpfer zogen durch gezielte Angriffe das sowjetische Artilleriefeuer auf zivile Siedlungspunkte, deren Bewohner am Verlassen ihrer Dörfer gehindert wurden. Durch den sowjetischen Beschuss getötete Zivilisten wurden dann den Medien als unschuldige Opfer präsentiert. Demoralisierte sowjetische Truppenführer verkauften Waffen und Gerät an den Gegner. Alkoholismus und Drogenkonsum verstärkten bestehende Probleme der Menschenführung. An Straßensperren wurden Zivilisten ausgeraubt und dann oft als angebliche oder tatsächliche Mudschaheddin erschossen. In den sowjetischen Streitkräften war für dieses Verfahren der Ausdruck »jemanden nach Kabul bringen« verbreitet.

Afghanistan erlebte während der Besetzung – entgegen den Verheißungen des Sozialismus – eine weitgehende Zerstörung und Fragmentierung. Die Intervention von 1979 schuf die Rahmenbedingungen für die Fortsetzung und Radikalisierung des Bürgerkrieges, statt ihn zu beenden. In Afghanistan rief sie den internationalen islamischen Fundamentalismus auf den Plan, der heute eine weltweite Bedrohung der Sicherheit darstellt. Vor allem aber machte die Sowjetherrschaft deutlich, dass der Einsatz militärischer Mittel allein in einem komplexen Umfeld wie Afghanistan nicht ausreicht, um von Kabul aus einen stabilen Zentralstaat zu etablieren.

Bernhard Chiari



Nach sechsjährigen Verhandlungen in Genf unterzeichneten die Regierungen Afghanistans und Pakistans sowie der UdSSR und der Vereinigten Staaten am 14. April 1988 einen Friedensvertrag (Geneva Accord). 1989 verließen die sowjetischen Truppen das Land. Nun versank Afghanistan vollends in Anarchie, zumal die Widerstandsgruppen weder in die Gespräche noch in das Abkommen von Genf eingebunden waren. Die gemäßigten Gruppierungen der Islamisten wurden weiter an den Rand gedrängt. Der sowjetischen Besatzung folgte ein Bürgerkrieg, der die Opferbilanz weiter in die Höhe trieb und in Afghanistan viele neue Gräber hinterließ. Die Aufnahme vom März 1996 zeigt eine Frau in Kabul, die ihren getöteten Mann betrauert.

Der afghanische Bürgerkrieg

Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan bedeutete keineswegs das Ende der Kampfhandlungen. Noch drei Jahre lang konnte sich das kommunistische DVPA-Regime unter Mohammed Nadschibullah durch die Unterstützung privater Milizen und sowjetischer Militär- und Nahrungsmittelhilfen an der Macht halten. Erst nachdem sich die USA und die Sowjetunion 1991 darauf verständigt hatten, sämtliche Unterstützung für Afghanistan zum 1. Januar 1992 einzustellen – ein Zeitpunkt, der dann kurioserweise mit der Auflösung der Sowjetunion zusammenfiel –, wechselten die bis dato regierungstreuen Milizen auf die Seite der Widerstandsparteien.

Aus heutiger Perspektive scheint es verblüffend, dass die Mudschaheddin weder für den Fall des sowjetischen Truppenabzugs noch für den des Regierungssturzes eine erkennbare Strategie zur politischen Neugestaltung Afghanistans parat hatten und es nicht verstanden, aus diesen Ereignissen politisches Kapital zu schlagen. Ein Blick zurück in die 1980er-Jahre offenbart jedoch den Grund für die fehlende Organisationskraft: Unter den Widerstandsparteien gab es erhebliche interne Differenzen, die seit Mitte der 1980er-Jahre häufig in offene Kämpfe mündeten. Machtpolitische Interessen und die persönliche Rivalität zwischen Achmad Schah Massud und Gulbuddin Hekmatyar bestimmten die Regierungsübernahme der Widerstandsparteien am 28. April 1992 (auf den Tag genau 14 Jahre nach der »Saur-Revolution«) wie auch den Verlauf des kurz darauf beginnenden Bürgerkriegs.

Machtverteilung unter Siegern

Trotz der Übereinkünfte von Peschawar (27. April 1992) und Islamabad (7. März 1993) zwischen Vertretern der Widerstandsparteien, die mehr oder weniger detaillierte »Fahrpläne« für die Regierungsbildung bis zu unabhängigen Wahlen vorsahen, waren die ehemaligen Mudschaheddin nicht in der Lage, ihre Macht zu konsolidieren. Den Abkommen mangelte es an Legitimität, weil

wichtige politische Akteure wie der usbekische General Raschid Dostum und Vertreter schiitischer Gruppen nicht in die Verhandlungen einbezogen worden waren. Hekmatyar trug man zweimal die Position des Premierministers an. Er begann noch

Private Milizen

In den 1980er-Jahren formierten sich in allen Teilen Afghanistans lokale, nach Stämmen und teilweise Ethnien organisierte Kampfseinheiten. Aufgrund der Schwäche der afghanischen Armee baute die Regierung aktiv und systematisch eigenständige (»private«) Milizverbände auf, um gegen die Mudschaheddin vorzugehen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die multi-ethnische Dschusdschan-Miliz (benannt nach der Herkunftsprovinz Dschusdschan im Norden Afghanistans) des Usbeken Raschid Dostum. Die ursprünglich zur Verteidigung der im Norden erschlossenen Gasfelder organisierte Miliz erwies sich mit ihrem äußerst brutalen Vorgehen gegen Zivilisten und Regimegegner als sehr effektives Instrument der Regierung. Belohnt wurde dies nicht nur mit Geld, über welches das Regime aufgrund ausländischer Unterstützung verfügte, sondern auch symbolisch: Viele Milizen erhielten den Status regulärer Armeeeinheiten. So wurde die Dschusdschan-Miliz 1990 zur 53. Division.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen weiteten die Milizen ihre Kontrolle in den von ihnen beherrschten Gebieten auf Geheimdiensteinheiten, Polizei und administrative Strukturen aus. So etablierte Dostum in Nordafghanistan einen vom Zentrum weitgehend unabhängigen Quasi-Staat, der neben Auslandsvertretungen in sieben Ländern auch über Kriegstechnik und jederzeit mobilisierbare Kämpfer im Umfang von 80 000 bis zu 200 000 Mann verfügte, die einzelnen Kommandeuren unterstanden. Ihre Loyalität gegenüber Dostum beruhte auf der von ihm gewährten Teilhabe an Einkommen aus der Kriegsökonomie und Geldern aus dem Ausland. Darüber hinaus legte er bereits in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre mit der strategischen Integration der Dschusdschan-Miliz in die neu gegründete Dschumbesch-Partei (Partei der Nationalen Islamischen Bewegung) den Grundstein zur Absicherung seiner Verwaltungs- und Machtstrukturen nach dem Ende der Talibanherrschaft. Heute stellt die Dschumbesch einen wichtigen Akteur in der politischen Landschaft Afghanistans dar und steht exemplarisch für die formale Umwandlung eigenständiger Milizverbände in Parteistrukturen.

vor Amtsantritt der ersten Übergangsregierung, diese und alle folgenden Regierungen unter Präsident Burhanuddin Rabbani, in denen Massud als Verteidigungsminister fungierte, aktiv zu bekämpfen. Hekmatyar war vom pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) aufgebaut worden und sollte die Macht in Kabul möglichst allein übernehmen, um die wirtschaftlichen Interessen des Nachbarstaates, etwa den Bau einer Erdgas-Pipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan, abzusichern.

Neben Pakistan verfolgten auch weitere Nachbarn und Regionalmächte (z.B. Saudi-Arabien) ihre eigenen Interessen, indem sie bestimmte Parteien und Persönlichkeiten massiv förderten und damit eine innerafghanische Einigung erschwerten. Dem Afghanistan-Konflikt fehlte nach dem Rückzug der USA und der Sowjetunion somit zwar die weltpolitische Dimension des Kalten Krieges, er verkörperte aber auf regionaler Ebene die rivalisierenden Vorstellungen der unterschiedlichen Nachbarstaaten zum Aufbau des afghanischen Staates. Die Koalitionsparteien der Regierung unter Rabbani wurden von Indien, Russland und Saudi-Arabien unterstützt, teilweise um dem Einfluss Pakistans und der USA entgegenzuwirken. Die von der Regierungsbildung ausgeschlossenen Fraktionen, Dostum mit seiner mehrheitlich usbekischen Dschusdschan-Miliz oder auch schiitische Gruppen, suchten gleichwohl ausländische Unterstützung und fanden sie in Usbekistan und im Iran.

Zusätzlich zu den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den zwei bedeutendsten islamistischen Parteien, der Hisb-e Islami (Islamische Partei Afghanistans) Hekmatyars und der Dschamiat-e Islami (Islamische Gesellschaft) des Tadschiken Rabbani, brach ab Anfang Juni 1992 der Konflikt zwischen der vom Iran unterstützten schiitischen Hisb-e Wahdat (Einheitspartei) und der von Saudi-Arabien finanzierten Etehad-e Islami (Islamische Union für die Befreiung Afghanistans) von Rasul Sayyaf auf. Innerhalb von zwei Monaten nach Machtübernahme der Mudschaheddin in Kabul zerfielen die Hauptstadt sowie das gesamte Land in Einflussbereiche verschiedener bewaffneter Konfliktparteien unter der Führung charismatischer Kommandeure.

Auf nationaler Ebene waren dies die schiitische Hisb-e Wahdat unter Abdul Ali Masari in den zentralen Provinzen, Dostum



im Norden, Massud im Nordosten, paschtunische Koalitionen im Süden und Südosten sowie Ismail Khan im Westen. Alle diese regionalen Fraktionen wiesen in ökonomischer Hinsicht eine weitaus engere Verflechtung mit den an ihren Einflussbereich grenzenden Nachbarstaaten auf als mit anderen Landesteilen Afghanistans. Der politische Zerfall des Landes in regionale Herrschaftsbereiche resultierte in erster Linie aus dem Unvermögen der Rabbani-Regierung, das Gewaltmonopol über Teile Kabuls hinaus durchzusetzen. Während Führer wie Dostum von Masar-e Scharif aus und Ismail Khan in Herat autonome, halbstaatliche Strukturen mit eigenen, relativ gut funktionierenden Ordnungssystemen etablieren konnten, wurde der Kampf um die zentrale Macht in Kabul ausgetragen. In der Hauptstadt waren seit Begründung des afghanischen Zentralstaats alle Regierungseinrichtungen ansässig. Dies erklärt, warum Kabul als Symbol des Staates heftig umkämpft wurde: In der Wahrnehmung der Konfliktparteien bedeutete die Kontrolle über die Hauptstadt gleichzeitig die Herrschaft über das gesamte Land.

Terror unter der Zivilbevölkerung

Die Folgen des einsetzenden Kampfes für die Bevölkerung waren verheerend. Nachdem die Stadt und ihre Einwohner unter der sowjetischen Besatzung weitgehend verschont geblieben waren, forderten die permanente Bombardierung und Gefechte zwischen den Konfliktparteien eine dramatisch hohe Zahl an Opfern. Von den rund zwei Millionen Bewohnern vor Beginn des Bürgerkriegs kamen 60 000 bis 80 000 Menschen infolge der Kriegshandlungen um, eine halbe Million floh innerhalb des ersten Kriegsjahres 1992. Weitere Fluchtwellen folgten, bevor sich die Kampfhandlungen 1994 zunehmend über die Hauptstadt hinaus in die Provinzen ausdehnten. Verschiedenen Angaben zufolge lebten 1996, zum Zeitpunkt der Machtübernahme der Taliban in Kabul, nur noch 300 000 bis 600 000 Menschen in der Stadt.

Den Verlauf des Bürgerkriegs prägten häufig wechselnde Allianzen der in sich heterogenen Konfliktparteien. Deren militärische Verbände setzten sich aus Einheiten untereinander kon-

Der Dschihad

Der Dschihad (arab. *jihad*, wörtlich aus dem Arabischen: sich bemühen) bildet neben den fünf klassischen Säulen (Glaubensbekenntnis, Gebet, Fasten, Almosen, Pilgerfahrt) ein weiteres wichtiges Prinzip des Islams. Die klassische juristisch-moralische Lehre des Islams unterscheidet zwei Formen des Dschihad. Der »große Dschihad« meint das Streben, die eigenen Schwächen und Laster zu überwinden, ein gottgefälliges Leben zu führen und den islamischen Glauben durch Wort und vorbildhaftes Verhalten zu verbreiten. Der »kleine Dschihad« verlangt von den Gläubigen das Gebiet des Islams zu verteidigen und auszudehnen, wenn nicht anders möglich, auch durch Gewaltanwendung innerhalb der von den muslimischen Juristen gesetzten Grenzen. Ein Koranvers, der oft als Grundlage der kriegerischen Form des Dschihad herangezogen wird, lautet: »Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und an den Jüngsten Tag glauben, und die das nicht für verboten erklären, was Allah und Sein Gesandter für verboten erklärt haben, und die nicht dem wahren Glauben folgen – von denen, die die Schrift erhalten haben, bis sie eigenhändig den Tribut in voller Unterwerfung entrichten« (Sure 9, 29).

kurrierender Kommandeure zusammen, die relativ autonom agierten und deshalb ihre Kampfkraft meistbietend verkaufen konnten. Ideologische Motive allein, auf die beispielsweise im »Heiligen Krieg« (Dschihad) gegen die sowjetische Besatzung zurückgegriffen wurde – »Islam« gegen »Kommunismus« –, können das Verhalten der Akteure nicht erklären. Der bewaffnete Konflikt entwickelte vielmehr vor dem Hintergrund des Zerfalls des politischen Systems und der Schwäche staatlicher Strukturen eine Eigendynamik. Der Kriegszustand eröffnete eine breite Spanne von Einkommensmöglichkeiten für lokale Kommandeure, angefangen vom Waffenhandel über die Besteuerung grenzüberschreitender Güter und Transporte bis hin zum Opiumanbau oder dem Ausverkauf von natürlichen Ressourcen. Die Verdienstmöglichkeiten wiederum mögen zum Teil das Interesse der beteiligten Kriegsfürsten und Milizen an der Aufrechterhaltung des staatlichen Schwächezustands erklären. Diese Situation trug wesentlich dazu bei, dass es die



Kriegszerstörungen in Kabul.

Mudschaheddin-Koalitionen im Verlauf der 1990er-Jahre nicht geschafft haben, Frieden herzustellen oder ein repräsentatives Regierungssystem auf der Grundlage institutioneller Verfahren aufzubauen. Der gewaltsame Machterhalt, Rivalitäten und das persönliche Gewinnstreben vieler Kriegsakteure auf Kosten der Bevölkerung bereiteten einen fruchtbaren Boden für das erfolgreiche Vordringen der Taliban seit 1994; denn mit ihnen verbanden viele Afghanen die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden.

Katja Mielke



Im westlichen Kabuler Vorort Darulaman ließ König Amanullah in den 1920er-Jahren einen Palast errichten und ihn durch eine Allee und eine Straßenbahn mit der Stadt verbinden. Der deutsche Architekt Walter Horten hatte an diesem Projekt als königlicher Baumeister entscheidenden Anteil. Für die Entwicklung des neuen, modernen Stadtteils nahm er Planungen der Stadt Karlsruhe aus dem 19. Jahrhundert zum Vorbild. Das Ensemble stand auch für die deutsch-afghanische Freundschaft.

Der Palast, hier eine Aufnahme von 2014, war Schauplatz der Liquidierung von Präsident Amin durch sowjetische Spezialkräfte 1979. Im Bürgerkrieg nach 1989 zerstörte Artilleriebeschuss das Gebäude weitgehend. 2004 konstituierte sich in Deutschland der Darulaman Kabul e.V., der in der Darul-Aman Stiftung aufging und dessen Schirmherr der frühere Bundespräsident Walter Scheel (1919–2016) war. Die Stiftung ist inzwischen inaktiv. Ihr Ziel jedoch, die Wiederherstellung des Palastes, ist im August 2019 erreicht worden.

Trotz der Beendigung des Taliban-Regimes 2001 ist Afghanistan von Frieden und Stabilität weit entfernt. Wiederaufbaumaßnahmen kommen nur schleppend voran. Während sich westliche Modelle von Staatsbildung und Modernisierung teilweise als untauglich erweisen, erleben die Taliban eine Renaissance und bedrohen das Engagement der internationalen Gemeinschaft.

■ Die Taliban und die Neuordnung Afghanistans

Als im November 2001 Luftangriffe der Koalitionsstreitkräfte im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) das Regime der Taliban binnen weniger Tage hinwegfegten, gingen Analysten davon aus, dass deren Herrschaft nun Geschichte sei. Die einhellige Meinung war damals, dass es sich bei den Taliban um eine künstliche, von Pakistan geschaffene militant-islamistische Bewegung handle, die kaum Rückhalt in der Bevölkerung genieße.

2019, nach dem Abzug des Großteils der Coalition Forces, stellt sich die Situation anders dar: Die Taliban sind im ganzen Land präsent und kontrollieren weite Teile Süd- und Südostafghanistans. Im Oktober 2015 nahmen sie sogar zeitweise die Provinzhauptstadt Kundus im Nordosten des Landes ein, die die Bundeswehr von 2004 bis 2014 kontrolliert hatte. Daher ist die Zukunft Afghanistans ohne eine politische Teilhabe der Taliban kaum denkbar. So sucht die US-amerikanische Regierung seit den letzten Jahren über Verhandlungen mit den Taliban einen Ausweg aus dem Bürgerkrieg.

Aufstieg der Taliban

Die Taliban (Singular *talib*, eigentlich Koranschüler in der Ausbildung zum Mullah) traten das erste Mal im Spätsommer 1994 in Südafghanistan auf. Ihr rasches Ausgreifen begünstigte der einfache Umstand, dass sich ihnen kein ernst zu nehmender Gegner in den Weg stellte. Im September 1996 marschierten die Taliban in Kabul ein und richteten den ehemaligen Präsidenten Mohammed Nadschibullah hin, der 1992 vor den Truppen Raschid Dostums in das Kabuler Quartier der Vereinten Nationen geflohen war. Pakistan und Saudi-Arabien erkannten die Taliban umgehend als neue Regierung an.

Besonders Pakistan gilt bis heute als starker Unterstützer der Taliban, wenngleich Islamabad dies immer wieder bestreitet. Der pakistanische Geheimdienst förderte in den Anfangsjahren die

Bewegung in substanzieller Weise; bis heute bestehen enge Verflechtungen zur Führung der Taliban. Auch die USA waren anfangs an den Taliban interessiert, da sie sich von ihrer Herrschaft die notwendige Stabilität erhofften, um von der amerikanischen Firma UNOCAL eine Erdgas-Pipeline zwischen Turkmenistan und Pakistan bauen zu lassen. Allerdings distanzierte sich Washington seit 1996 von den Taliban, da die amerikanische Öffentlichkeit diese zunehmend negativ beurteilte.

Die Einnahme Kabuls 1996 veranlasste die afghanischen Konfliktparteien, die sich bis 1996 bis aufs Blut bekämpft hatten (vgl. den Beitrag von Katja Mielke zum Bürgerkrieg), sich zur »Allianz für die Rettung des Vaterlands« – im Volksmund Nordallianz – zusammenzuschließen. Das Bündnis geriet in den folgenden Jahren immer stärker unter den Druck der Taliban. Letztere nahmen 1998 Masar-e Scharif ein und brachten auch Nord- und Zentralafghanistan unter ihre Kontrolle. Allein Achmad Schah Massud, der Badachschan und das Pandschir-Tal kontrollierte, blieb für sie ein ernst zu nehmender Gegner. Zwei Tage vor dem 11. September 2001 kam er bei einem Attentat ums Leben.

Die Taliban rekrutierten sich anfangs überwiegend aus den Koranschulen (Medressen) in Afghanistan und Pakistan, die hier seit den 1980er-Jahren während des Dschihad gegen die Sowjets entstanden waren. Die Koranschüler stammen bis heute meist aus sozial einfachen Verhältnissen und haben ihre Wurzeln in den afghanischen Flüchtlingslagern, die sich in der pakistanischen Grenzregion befinden. Die anfängliche Akzeptanz der Taliban in der Bevölkerung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Taliban in den 1990er-Jahren durch die Entwaffnung von Milizen und die Einführung harter Strafen in dem vom Krieg geschüttelten Land die öffentliche Sicherheit wieder herstellten. Kriminalität und Wegelagerei wurden durch ihr strenges Regime drastisch eingedämmt.

Ziel der Taliban ist es bis heute, Afghanistan in einen »Gottesstaat« nach dem Vorbild der islamischen Frühzeit zu verwandeln. 1996 wurde aus der »Islamischen Republik« das »Islamische Emirat Afghanistan«. Die Gesetze der Scharia mit abschreckenden Strafen für bestimmte Vergehen (z.B. Steinigung bei Ehebruch) wenden die Taliban rigoros an. Sie interpretieren eigenwillig



picture alliance/dpa/dpaweb

Afghanische Kinder in einer Koranschule in Kabul.

die religiösen Schriften und verbieten das Rasieren, das Tanzen und Musikhören, aber ebenso Fotoporträts und Fernseher. Leidtragende dieser Politik sind vor allem Frauen: Die Taliban verbannten sie durch die Pflicht des Ganzkörperschleiers (Burka), ein generelles Arbeitsverbot für Frauen und die Schließung der Mädchenschulen aus dem öffentlichen Leben.

Allerdings ist die Sittenstrenge der Taliban weniger von den Moralvorstellungen der Scharia als vielmehr vom Ehrbegriff des paschtunischen Verhaltenskodex (Paschtunwali) geleitet. Die Verdrängung der Frau aus dem öffentlichen Leben, die Steinigung »befleckter« Frauen und die Aufnahme der Blutrache in den gültigen Rechtskanon entsprechen Stammesvorstellungen und laufen teilweise sogar der Auslegung der Scharia zuwider. Unter den Taliban stieg ein Islam paschtunischer Prägung, der für die Situation in den afghanischen Flüchtlingslagern typisch ist, zur dominierenden Vorstellung auf. Insbesondere der einäugige Taliban-Führer Mullah Omar, der am 23. April 2013 verstarb, symbolisierte diese Verbindung stammesbasierter und islamistischer Vorstellungen: Mullah Omar entstammte den Hotak-Ghilsai und rückte damit in verwandtschaftliche Nähe zu Mir Wais, dem Gründer des ersten paschtunischen Reichs

Anfang des 18. Jahrhunderts. In Anlehnung an den zweiten Kalifen, der Anfang des 8. Jahrhunderts gelebt hatte, bezeichnete sich Mullah Omar auch als »zweiter Omar« und nahm den Titel Amir al-Muminin (»Herrscher der Gläubigen«) an.

Während die ländlichen paschtunischen Gebiete von den Anordnungen der Taliban weitgehend verschont blieben, gerieten besonders Herat und Kabul unter die Aufsicht strenger Sittenwächter. Ein Grund hierfür dürfte der sprachliche und ethnische Gegensatz zwischen den paschtosprachigen Taliban und der persischsprachigen, überwiegend tadschikischen Bevölkerung dieser Städte gewesen sein. Auch hegten die Taliban eine generelle Abneigung gegenüber dem urbanen Milieu, in dem ihre ländlichen Werte nicht griffen. Schließlich galt Kabul auch als Sündenbabel und verhasster Hort des Kommunismus.

Der 11. September 2001

Der radikale Islamismus der Taliban bedingte ihr schlechtes Verhältnis zu den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Afghanistan entwickelte sich zur Drehscheibe eines globalisierten Netzwerks militanter Islamisten, was in der Entstehung von al-Qaida unter Führung Osama bin Ladens mündete. So wurden die Anschläge auf die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi im August 1998 Osama bin Laden zugeschrieben. Am 19. Dezember 2000 beschlossen die Vereinten Nationen auf Druck der USA Sanktionen gegen die Taliban, da diese sich weigerten, Osama bin Laden auszuliefern. Die Antwort des Regimes ließ nicht lange auf sich warten: Am 10. März 2001 zerstörten die Taliban die Statuen von Bamian, die zum Weltkulturerbe der UNESCO zählen.

Die Anschläge des 11. September verdeutlichten in erschreckender Weise die Bedeutung Afghanistans als Rückzugsraum für militante Islamisten. Am 20. September forderten die USA erneut die Auslieferung bin Ladens von der Regierung in Kabul. Diese reagierte mit einer Schaukel- und Verzögerungspolitik, kam jedoch dem Ultimatum nicht nach. Währenddessen bauten die USA mit der »Coalition against Terrorism« ein Bündnis auf, das nicht allein die NATO-Mitglieder umfasste, sondern auch

Die Buddha-Statuen von Bamian

Die Stadt Bamian liegt 230 Kilometer nordwestlich von Kabul in Zentralafghanistan. Hier befanden sich bis zur Herrschaft der Taliban zwei weltberühmte, 35 und 53 Meter hohe, direkt in die rötlichen Sandsteinwände gehauene Buddha-Statuen. Die Statuen von Bamian, geschaffen wahrscheinlich zwischen 500 und 550 n.Chr., beschrieben chinesische Pilger schon im siebten nachchristlichen Jahrhundert und rühmten außer deren Größe auch die damals noch vorhandenen Malereien und Vergoldungen, die den Götterbildern eine gewaltige Ausstrahlung verliehen. Bamian war in vorislamischer Zeit ein wichtiger Handelsplatz und Sitz eines großen buddhistischen Klosters, von dem heute noch etwa 900 Wohnhöhlen im Fels zeugen. Die Stadt erlebte im 13. Jahrhundert die weitgehende Zerstörung durch Dschingis Khan und war Kampfgebiet im Ersten Anglo-Afghanischen Krieg 1838–1842. Noch während der sowjetischen Besatzung war Bamian einer der wichtigsten archäologischen Ausgrabungsorte in Afghanistan und ein beliebtes Ziel für Besucher. Mullah Mohammed Omar ließ die beiden Statuen am 12. März 2001 sprengen, nachdem zuvor der fast einen Monat dauernde Beschuss mit Panzern und Artillerie ohne Wirkung geblieben war. Trotz weltweiter Proteste fielen den Taliban außer den Statuen von Bamian auch die meisten buddhistischen Ausstellungsstücke des Museums in Kabul zum Opfer.



Roland und Sabina Mithraufelky-images

(bc)

den Taliban nahe stehende Länder wie Saudi-Arabien und Pakistan.

Am 7. Oktober begann die US-Luftwaffe im Rahmen der Operation Enduring Freedom Stellungen der Taliban zu bombardieren. Gleichzeitig startete die Nordallianz mit logistischer Unterstützung der USA und Großbritanniens von Norden her eine Offensive gegen die Taliban. Am 8. November nahm die Nordallianz Masar-e Scharif ein. Keine fünf Tage später, in der Nacht vom 12. auf den 13. November, zogen sich die Taliban aus Kabul zurück und überließen die Stadt der Nordallianz. Mit Kundus fiel am 25. November kampfflos die letzte Taliban-Hochburg in Nordafghanistan. Tausende ihrer Kämpfer, denen man freies Geleit nach Südafghanistan versprochen hatte, kamen nach der Einnahme der Stadt unter ungeklärten Umständen im Verantwortungsbereich von Raschid Dostum von der Nordallianz ums Leben. Am 8. Dezember 2001 verloren die Taliban mit Kandahar ihre letzte wichtige Bastion und zogen sich in die paschtunischen Stammesgebiete in der unzugänglichen Grenzregion zu Pakistan und im südlichen Zentralafghanistan zurück.

Wiederaufbau im Rahmen des Petersberger Prozesses

Nach dem Fall der Taliban galt es, ein Machtvakuum in Kabul zu verhindern. Lakhdar Brahimi, den die Vereinten Nationen zum Sonderbotschafter für Afghanistan ernannt hatten, rief verschiedene afghanische Gruppierungen zu Verhandlungen auf dem Petersberg bei Bonn (27. November bis 5. Dezember 2001) zusammen; die Taliban erfuhren keine Berücksichtigung. Nach zähen Verhandlungen und unter massivem Druck der Vereinten Nationen und der USA einigten sich die Gesprächspartner auf einen Zeitplan für den politischen Wiederaufbau sowie auf eine Übergangsregierung. Als Übergangspräsident wurde Hamid Karzai auserkoren. Am 22. Dezember nahm die neue afghanische Regierung ihre Arbeit auf. Ihren Schutz hatte die International Security Assistance Force (ISAF) zu gewährleisten, deren Befugnisse auf Kabul begrenzt waren. Die ISAF war mit einem



picture alliance/opa/opaweb

Delegierte aus den vier Distrikten der Provinz Parwan bestimmen Ende Mai 2002 aus ihren Reihen Abgesandte für die Emergency Loya Dschirga im Juni.

UN-Mandat ausgestattet und umfasste anfangs 5000 Männer und Frauen, darunter ca. 2000 deutsche Soldaten.

In den folgenden vier Jahren konnten wichtige Ziele des Petersberger Abkommens – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – erreicht werden. So bestätigte eine »Emergency Loya Dschirga«, also eine außerordentlich einberufene große Versammlung von Stammesältesten, Mullahs und Abgeordneten, im Juni 2002 Hamid Karzai als Präsidenten der Übergangsregierung. Hinter den Kulissen hatte der damalige US-Sondergesandte für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, den ehemaligen Präsidenten Burhanuddin Rabbani und den ehemaligen König Sahir Shah dazu gedrängt, ihre Ambitionen auf ein staatstragendes Amt aufzugeben.

Am 4. Januar 2004 verabschiedete eine »Constitutional Loya Jirga« die neue Verfassung des Landes. Diese strebte danach, Vorstellungen einflussreicher Gruppierungen, vor allem der Mudschaheddin, zu befriedigen, aber auch internationalen Standards gerecht zu werden: Afghanistan wurde zu einer Islamischen Republik, in der alle Verfassungsinhalte in Einklang mit dem Islam stehen müssen (Art. 3). Gleichzeitig legte die Ver-

fassung demokratische Prinzipien als Grundlage der politischen Ordnung und die Gleichstellung von Mann und Frau (Art. 22) fest.

Obleich beide Loya Dschirgas bemüht waren, durch die Einbindung der traditionellen wie modernen Eliten den jeweiligen Veranstaltungen den Charakter allgemeiner politischer Teilhabe zu geben, fielen die Entscheidungen jedoch nicht im Plenum, sondern hinter verschlossenen Türen. Zudem verkündete Karzai die Verabschiedung der neuen Verfassung, ohne dass über diese abgestimmt wurde. Die »Constitutional Loya Jirga« verdeutlichte, dass die realen Machtverhältnisse die Entscheidungsfindung in Afghanistan weit mehr beeinflussten als demokratische Spielregeln.

Im folgenden Jahrzehnt fanden drei Präsidentschaftswahlen (2004, 2009, 2014) und drei Parlamentswahlen (2005, 2010, 2018) statt. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 und 2009 setzte sich jeweils Hamid Karzai durch; 2014 ging Aschraf Ghani als Sieger aus der Wahl hervor. Jedoch waren alle drei Präsidentschaftswahlen wie auch die Parlamentswahlen von Unregelmäßigkeiten, gewaltsamer Einflussnahme und von Stimmenkauf und -fälschung im großen Stil überschattet. So verloren die Afghanen schnell das Vertrauen in ein demokratisches Wahlsystem. Viele der Kandidaten – nicht selten selbst in Kriegsverbrechen und Organisierte Kriminalität verstrickt – verstanden den Begriff »Wahlkampf« im wörtlichen Sinn. Zudem verdeutlichten die bisherigen Wahlen, dass die Kandidaten vor allem ethnische und religiöse Identitäten mobilisierten und sich daher im Vorfeld der Wahlen angestaute gesellschaftliche Spannungen immer wieder in Gewalt entluden.

Besonders die Wahl 2014, bei der im zweiten Wahlgang Aschraf Ghani gegen Abdullah Abdullah antrat, drohte in Chaos und Gewalt zu münden, da sich beide Kandidaten massive Wahlfälschungen vorwarfen. In letzter Minute schlichtete US-Außenminister John Kerry den Zwist: Da die Fälschungen so massiv waren, wurde gar auf die Bekanntgabe eines amtlichen Endergebnisses verzichtet. Nach langem Geschacher erhielt Aschraf Ghani das Präsidentenamt und für Abdullah Abdullah wurde das Amt eines Regierungschefs (Chief Executive Officer, CEO) geschaffen. Aus Angst vor weiteren Eskalationen wurden

die für 2015 vorgesehenen Parlamentswahlen mehrfach verschoben; sie fanden schließlich im Oktober 2018 statt.

Obgleich – wie von der internationalen Gemeinschaft gewünscht – die Verabschiedung einer Verfassung und die Abhaltung von Wahlen die Politik Afghanistans formalisierten, ging mit diesen Schritten nicht die Schaffung von Sicherheit und Frieden einher. So hatte der Sturz der Taliban nicht das Ende des Afghanistan-Kriegs eingeläutet, sondern nur eine neue Runde der Konfliktaustragung.

Der Bürgermeister von Kabul

Die afghanische Regierung – ob unter Präsident Hamid Karzai oder Aschraf Ghani – blieb schwach. So waren die gewählten Regierungen oftmals nicht arbeitsfähig, da die Rivalitäten zwischen und innerhalb der politischen Lager die Regierungsarbeit blockierten. Den Spielraum der Regierung schränkte überdies ein, dass ihr einerseits nur ein geringes Budget ausländischer Gelder zustand, sie aber andererseits selbst keine Zölle oder Steuern eintreiben konnte. Zudem waren die Strukturen innerhalb der staatlichen Verwaltungen schwach ausgebildet. Das niedrige Niveau der Gehälter bedingte ein permanentes Abwandern qualifizierter Kräfte zu gut zahlenden internationalen Organisationen. Die Rekrutierung staatlicher Mitarbeiter folgte einem traditionellen Verständnis von persönlichen Netzwerken; Seilschaften und Günstlingswirtschaft kamen zum Zuge. Korruption beherrschte die Verwaltung und delegitierte die Regierung in den Augen vieler Afghanen. Das gesamte Ausmaß der Korruption wurde 2012 deutlich, als publik wurde, dass Mitarbeiter der Kabul Bank fast eine Milliarde US-Dollar veruntreut hatten.

Eine weitere Ursache für die Schwächung des Staates ist, dass zahlreiche Kriegsfürsten wie etwa Raschid Dostum, Atta Mohammad Nur oder Ismail Khan unmittelbar nach der Vertreibung der Taliban das Land unter sich aufteilten und erfolgreich den Zentralstaat aus ihren Kleinreichen heraushielten. Der Aktionsradius der Regierung reicht daher kaum über die Stadtgrenze Kabuls hinaus oder findet seine Grenzen immer wieder in Auseinandersetzungen mit Warlords. Überfälle, Enteignungen

und willkürliche Gewaltanwendung durch Machthaber, Milizen und marodierende Banden sind daher bis heute in den Provinzen an der Tagesordnung.

Die Regierung bildet jedoch keinen Gegenpol zu den partikularen Kräften im Land, da sich gerade unter den Ministern, Gouverneuren und Polizeichefs der Provinzen viele Kriegsfürsten und Islamisten fanden. So wird der Staatsapparat von verschiedenen Gewaltakteuren zur Durchsetzung der eigenen Interessen verwendet. Als eine gängige Praxis im Kampf gegen die Taliban erwies sich beispielsweise, Taliban-Kommandeure zu kooptieren, indem man sie zu Polizeichefs oder Distriktgouverneuren ernannte.

Die Politik der internationalen Gemeinschaft gegenüber den Kriegsfürsten war widersprüchlich. Auf der einen Seite sorgte die Präsenz der internationalen Kontingente dafür, dass vor allem die Städte nicht Schauplatz gewaltsamer Kämpfe zwischen rivalisierenden Kriegsfürsten wurden. So ist das Stadtbild von Kabul erst seit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung für die Hauptstadt von ISAF an afghanische Sicherheitskräfte 2012 verstärkt durch die Präsenz von Privatmilizen verschiedener Kriegsfürsten geprägt. Auf der anderen Seite zeigten sich etwa die USA vom Aufbau der nationalen afghanischen Sicherheitskräfte, allen voran von der afghanischen Polizei, schnell enttäuscht. Der kostenintensive Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte wurde daher zunehmend dadurch flankiert, dass die USA im Kampf gegen die Taliban Privatmilizen verbündeter Kriegsfürsten militärisch ausrüsteten und in bestimmten Regionen für »Sicherheit« sorgen ließen. Mit diesem Vorgehen rückte das Ziel der Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols und der Demobilisierung von Privatmilizen in weite Ferne.

ISAF und das Widererstarben der Taliban

Dem Aufblühen der geschilderten Gewaltstrukturen standen die zunächst zaghaften und schleppenden Bemühungen der internationalen Gemeinschaft gegenüber. So zeichnete sich die internationale militärische Intervention in Afghanistan von Anfang an durch ihre große Komplexität aus. Zunächst liefen zwei

unterschiedliche Operationen parallel: »Enduring Freedom« verfolgte das Ziel, die Taliban und al-Qaida zu vernichten, und war durch militärische Operationen geprägt. Gleichzeitig hatte ISAF den Auftrag, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau im Land zu schaffen. Aufgrund der zunehmenden Bindung der US-Truppen im Irak übernahm die NATO im Sommer 2003 die ISAF-Führung in Afghanistan. In den folgenden Jahren wurden der Verantwortungsbereich und der Aktionsradius von ISAF erheblich ausgeweitet. Ihr unterstanden nun auch zunehmend militärische Verbände, die zunächst im Rahmen der OEF gekämpft hatten.

Die Intervention in Afghanistan führte der NATO vor Augen, dass sie mit herkömmlichen Mitteln die Taliban nicht schlagen konnte: Die Bombardierung von Tora Bora im Dezember 2001 sowie unzählige großangelegte Militäroperationen zeitigten kaum Erfolge. Vor allem Süd- und Südostafghanistan avancierten umgehend zum Schlachtfeld eines neuaufkeimenden Krieges – diesmal unter Beteiligung der USA und der NATO. Bereits 2002 begannen die USA neben den Kampfeinsätzen von OEF die internationale Truppenpräsenz über Kabul hinaus in die Fläche auszudehnen. In allen Provinzen wurden Provincial Reconstruction Teams (PRTs) etabliert, die sich aus internationalen Militärs und Entwicklungshelfern zusammensetzten und zunehmend unter ISAF-Mandat standen. Die Bundeswehr übernahm die PRTs in Kundus (November 2003 bis Oktober 2013), in dem am Ende knapp 1000 Bundeswehrsoldaten ihren Dienst verrichteten, und in Faisabad (September 2004 bis Oktober 2012). 2006 übernahm die Bundeswehr zudem das Regionalkommando Nord mit dem Camp Marmal, in dem bis zu 2800 Bundeswehrsoldaten stationiert waren.

Obleich es OEF und ISAF gelang, über gezielte militärische Operationen Hunderte Führer der Taliban auszuschalten, rekrutierten die Taliban permanent neue Generationen von Kämpfern, die zunehmend radikaler auftraten. Zudem brachten die Taliban durch gezielte Anschläge und Selbstmordattentate den Wiederaufbau im ganzen Land zum Erliegen. In steigendem Maße waren sie in der Lage, die internationale Gemeinschaft auch militärisch herauszufordern.

Die Taliban avancierten zum Sammelbecken derjenigen Kräfte, die mit der herrschenden Situation unzufrieden waren. So schloss sich Gulbuddin Hekmatyar, der im Frühjahr 2002 aus dem Iran nach Afghanistan zurückgekehrt war, den Taliban an. Erst 2015 wechselte Hekmatyar die Fronten, was die afghanische Regierung als einen ihrer größten Erfolge verkaufte. »Talib« zu sein, avancierte nun im Unterschied zu den 1990er-Jahren zu einem Lifestyle, der sich jenseits ethnischer, religiöser oder sozialer Grenzen gegen jegliche Einmischung von außen richtete – ob durch militärische Präsenz, durch die Vernichtung von Schlafmohnfeldern oder durch die Einrichtung von Mädchenschulen. Gerade das militärische Vorgehen der US- und NATO-Truppen, bei dem irrtümlich auch Hochzeitsgesellschaften, Moscheen und Dörfer unter Beschuss gerieten, bescherte den Taliban Zulauf. So befinden sich neben religiösen Eiferern Stammeskrieger, Drogenhändler, Söldner und hoch motivierte Islamisten aus aller Welt in ihren Reihen. Entsprechend dieser Vielschichtigkeit der Anhängerschaft agieren die Taliban in kleinen, unabhängigen Verbänden, die nur locker mit den Zentralen der Taliban in Quetta, Wasiristan und Peschawar verbunden sind. Ähnlich hatten schon die paschtunischen Stämme gegen die Moguln im 18. Jahrhundert, gegen die Briten im 19. Jahrhundert und gegen die Sowjets in den 1980er-Jahren gekämpft. Nach dem Tod von Mullah Omar wurden Akhtar Mohammed Mansur, der am 21. Mai 2016 einer US-Drohne zum Opfer fiel, und Haibatullah Achundsada die Nachfolger. Diese Führungswechsel bedingten Machtkämpfe innerhalb der Taliban und wurde dadurch angefeuert, dass seit 2015 mit dem Islamischen Staat (Daesh) ein konkurrierender Akteur auf den Plan trat, vor allem in den Provinzen Nangarhar und Kunar.

Mit der Intensivierung des Kampfhandlungen in Afghanistan gewann auch die von Afghanistan bis heute nicht anerkannte Durand-Linie wieder an politischer Aufmerksamkeit (vgl. den Infokasten auf S. 26). So nutzen die Taliban das unwegsame Terrain im Grenzgebiet zu Pakistan, um sich den Antiterroroperationen immer wieder zu entziehen, neu zu sammeln und Gegenangriffe zu starten. Auf pakistanischer Seite entstand mit der Tehrik-i-Taliban-i-Pakistan (TTP) eine eigenständige Formation der Taliban, die aus der Grenzregion heraus die pakistanische Regierung be-

kämpft (siehe den Wegweiser zur Geschichte: Pakistan). Als Reaktion weiteten die USA seit 2008 ihre Militäroperationen in die Stammesgebiete auf pakistanischer Seite aus; Höhepunkt war die US-militärische Operation am 2. Mai 2011 im pakistanischen Abbottabad, bei der Osama bin Laden getötet wurde.

Diese Gewalteskalation in der Grenzregion verschlechtert die ohnehin problematischen afghanisch-pakistanischen Beziehungen. So kommt es immer wieder zu Schuldzuweisungen zwischen Kabul und Islamabad sowie zu Grenzscharmützeln zwischen beiden Ländern. Schlummernde, ungelöste Konflikte der Vergangenheit wirken bis heute fort. Auch der Gegensatz zwischen Indien und Pakistan aufgrund des nun schon 70 Jahre währenden Kaschmirkonflikts wirkt sich auf das Verhältnis zwischen Afghanistan und Pakistan aus: So ist Kabul mit Delhi verbündet, und Indien unterstützt über Afghanistan die militante Unabhängigkeitsbewegung der Belutschen im Südwesten Pakistans.

Perspektiven für den staatlichen Aufbau

Unmittelbar nach dem Sturz der Taliban setzte auch der zivile Wiederaufbau Afghanistans ein. So sagte die internationale Gemeinschaft auf verschiedenen Geberkonferenzen Milliardenbeträge zu. Um die Schaffung einer neuen Infrastruktur ins Werk zu setzen, strömten Tausende Hilfs- und Entwicklungsorganisationen nach Afghanistan, wo sie sich vor allem in Kabul konzentrieren. Mit den internationalen Organisationen zog ein westlicher Lebensstil ein, der die Kluft zwischen der Hauptstadt und dem übrigen Land verstärkte. Die Einzelinteressen der internationalen Organisationen, Geberländer und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ließen sich weder in ein Gesamtkonzept integrieren, noch war eine Koordination möglich. Schließlich offenbarte sich bald, dass für den Wiederaufbau notwendige gesellschaftliche Voraussetzungen und eine breitere Trägerschicht im Land fehlten. Neben staatlichen Strukturen war auch eine Zivilgesellschaft kaum vorhanden.

Obgleich etliche verdienstvolle Projekte angelaufen waren, zeigten sich die Afghanen über den Wiederaufbau zunehmend enttäuscht, nachdem bei der Petersberg Konferenz im Dezem-

ber 2001 die Erwartungen recht hoch gesteckt worden waren. Viele Afghanen verstanden unter Wiederaufbau ausschließlich Nothilfe und die Schaffung einer greifbaren Infrastruktur. Demgegenüber verfolgt die internationale Gemeinschaft das Ziel einer Modernisierung gesellschaftlicher Institutionen, was sich in der Einführung bislang kaum verankerter Prinzipien wie Partizipation, Geschlechtergleichstellung und verantwortungsvoller Staatsführung (Good Governance) ausdrückte. Dies löste bei Teilen der Bevölkerung nicht nur Frustration über unerfüllte Erwartungen aus, sondern führte auch zu einer Abwehrhaltung. Viele Afghanen befürchteten die Beseitigung kultureller, vor allem islamischer Traditionen sowie die Infragestellung lokaler Macht- und Entscheidungsstrukturen. Der Unmut über die ausländische Präsenz und den schleppenden Wiederaufbau entlud sich beispielsweise am 29. Mai 2006: Nachdem ein US-Militärfahrzeug in Kabul einen Unfall verursacht hatte, brachen gewaltsame Proteste aus, in deren Verlauf die Gebäude mehrerer Entwicklungsorganisationen in Flammen aufgingen. Zunehmend fragten sich die Afghanen, weshalb die zugesagten Milliardenbeträge sich kaum in einer Verbesserung ihrer Lebenssituation niederschlugen.



ullstein bild - CARO/Stefan Trappe

Internetcafe in Kabul.

Auch stellt der Wiederaufbau kaum eine ökonomisch lukrative Alternative zur Drogenökonomie dar. Bereits Mitte der 1990er-Jahre war Afghanistan unter den Taliban zum weltweit größten Heroinproduzenten aufgestiegen. Ganze Regionen im Süden und Südosten des Landes leben seitdem von der Drogenwirtschaft, in die nicht nur die Taliban, sondern auch Regierungsbeamte verstrickt sind. Mehr als zwölf Prozent der afghanischen Bevölkerung sind direkt in das Opiumgeschäft involviert, und die Drogenökonomie trägt einen Großteil zum afghanischen Bruttoinlandsprodukt bei. Da einfache Bauern mit dem Anbau von Mohn das Vielfache von dem verdienen, was sie mit Getreide einnehmen, sind die Kapseln der »Poppies« für sie die einzige Möglichkeit der Existenzsicherung (vgl. den Beitrag von Katja Mielke zur Drogenökonomie).

Afghanistan im Krieg

Aus Sicht der internationalen Gemeinschaft wurde der Afghanistan-Einsatz mit anhaltender Dauer immer mehr zur Zerreißprobe: In Deutschland vermied es etwa die Politik, den Begriff »Krieg« bei der Zustandsbeschreibung Afghanistans in den Mund zu nehmen, obgleich das Land bereits wenige Jahre nach der Intervention in bürgerkriegsähnliche Zustände verfiel, dem jährlich mehr als 5000 Menschen zum Opfer fielen (siehe den Beitrag von Martin Rink). Erst Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg sprach Anfang November 2009 von »fraglos kriegsähnlichen Zuständen« in Afghanistan und bereits fünf Monate später davon, dass man bei der Realität im Land »umgangssprachlich von Krieg reden« kann. Schließlich bedingte die »Kundus-Affäre« eine Debatte in Deutschland über den Sinn und Zweck des Bundeswehreinsetzes. Der deutsche Kommandeur von Kundus, Oberst Georg Klein, hatte die Bombardierung zweier von den Taliban entführter Tankwagen angeordnet, bei der am 4. September 2009 bis zu 142 Zivilisten starben.

Auch innerhalb der NATO führte der Afghanistan-Einsatz zu Spannungen. Während NATO-Kontingente einzelner Mitgliedstaaten – u.a. USA, Großbritannien, Kanada, Niederlande, Dänemark, Polen – unter hohen Verlusten in Südafghanistan

kämpften, sorgten andere (etwa Deutschland, Schweden, Italien) im Rest des Landes für Stabilität. Die USA und andere Bündnispartner, die die Hauptlast im Krieg gegen die Taliban trugen, forderten immer vehementer, Staaten wie Deutschland sollten sich stärker militärisch engagieren.

Schließlich büßte der NATO-Einsatz in den Augen der afghanischen Bevölkerung und Regierung zunehmend seine Berechtigung ein. Wenngleich die meisten zivilen Todesopfer auf das Konto der Taliban gingen, erregten die Fälle, in denen OEF und ISAF für den Tod von Zivilisten verantwortlich waren, große öffentliche Aufmerksamkeit.

Unter Barack Obama erreichte der NATO-Militäreinsatz in Afghanistan zwischen 2001 und 2013 seine größte Intensität mit fast 140 000 im Land stationierten Soldaten; die Bundeswehr stellte hiervon ca. 5000 Mann. Ziel des militärischen Einsatzes war es, über eine Counter-Insurgency (COIN)-Strategie den Taliban den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen. Unabhängig von den Ergebnissen, die COIN erzielen sollte, einigten sich die NATO-Staaten, den Abzug des Großteils der internationalen Truppen bis 2014 abzuschließen. Mit der Folgemission »Resolute Support«, die sich vornehmlich um die Ausbildung von Sicherheitskräften kümmert, fand eine Reduzierung der internationalen Truppenpräsenz auf 13 000 bis 14 000 Mann statt; das Kontingent der Bundeswehr in »Resolute Support« war auf maximal 980 Mann begrenzt und ist seit Anfang 2018 auf 1300 Bundeswehrangehörige festgelegt. Anfang des Jahres 2019 verkündete US-Präsident Donald Trump, dass er gewillt sei, die US-Truppen möglichst schnell aus Afghanistan abzuziehen.

Aussichten

Die hohe Instabilität in Afghanistan hat ihre Ursache seit Jahrhunderten in den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen. Der abweisende Naturraum, die Konflikte zwischen Stadt und Land, der extreme Partikularismus, die kulturelle Heterogenität und die Einmischung von außen werden auch zukünftig die Entwicklung des Landes beeinflussen.

Ungeachtet des möglichen Wiederaufbaus und der Schaffung zentralstaatlicher Strukturen stellt sich die Frage, ob Afghanistan jemals in der Lage sein wird, seine Bevölkerung zu ernähren. Das Land am Hindukusch zählt zu den ärmsten Gegenden der Welt; seine Bevölkerung hat sich in den letzten 20 Jahren trotz Krieg verdoppelt und wächst rasant weiter. Die naturräumlichen Potenziale sind stark begrenzt (siehe den Beitrag von Hermann Kreuzmann). Afghanistan weist bei einer Analphabetenrate von über 60 Prozent kaum das Humankapital auf, um Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Mangels ökonomischer Alternativen werden daher viele Bauern und Händler auch in Zukunft Drogen anbauen und damit Handel treiben. Die Alternative ist die Migration in die Megastädte Pakistans, Irans und nach Europa. Gerade mit der Abnahme der Investitionen und des entwicklungspolitischen Engagements in Afghanistan 2013 stieg der Exodus junger Afghanen nach Europa sprunghaft an, was wiederum in Deutschland und Europa tiefgreifende Diskussionen über die richtige Flüchtlingspolitik auslöste.

Auch die Konflikte zwischen Stadt und Land werden weiter andauern. Nicht allein das ökonomische Ungleichgewicht, sondern auch die verschiedenen gesellschaftlichen Vorstellungen spalten die Gesellschaft. Die Durchsetzung von Menschenrechten, Demokratie und Gleichstellung der Frau kann den urban geprägten Stadtbewohnern nicht schnell genug gehen, während weite Teile der ländlichen Bevölkerung diese Grundsätze für anti-islamisch halten und durch sie die traditionelle Gesellschaftsordnung gefährdet sehen. Die Bewegung der Taliban kann gerade in den Distrikten Südafghanistans auf die Unterstützung von Menschen zählen, die sich ökonomisch vernachlässigt, ethnisch nicht richtig repräsentiert und in ihren Werten und Normen nicht ernst genommen fühlen. Ein möglicher Friedensschluss zwischen Taliban und US-Regierung, wie er seit 2018 in Doha verhandelt wird, dürfte daher zu einer weiteren Einschränkung von Menschenrechten führen. Schon jetzt wird die Bewegungsfreiheit von Frauen im öffentlichen Raum immer mehr beschnitten, und Attentate auf Journalisten und Politiker, die für Meinungsfreiheit eintreten, sind an der Tagesordnung. So steht zu befürchten, dass bei einer politischen Anerkennung der Taliban

durch die US-Regierung gerade die gut ausgebildeten Afghanen in Massen das Land in Richtung Europa verlassen.

Die Verfolgung von Einzelinteressen stellt eine weitere Herausforderung für den Wiederaufbau dar. Der Zerfall des Landes in viele kleine Kriegsfürstentümer verhindert nicht allein die Schaffung eines staatlichen Gewaltmonopols, sondern bringt insgesamt das Fehlen physischer Sicherheit mit sich. Diese Situation ist nicht einzelnen Warlords anzulasten: Diese Gewaltstrukturen prägen in Afghanistan vielmehr eine ganze Gesellschaft und existieren unabhängig von großen Führungspersönlichkeiten weiter. So verfestigt sich in Afghanistan gegenwärtig ein Patchwork an Gewaltakteuren, das kaum noch zu überblicken ist. Die Armee verzeichnet hohe Desertionsraten und lässt in Kampfhandlungen mit den Taliban an Moral zu wünschen übrig; die Polizei ist durchgehend korrupt und wird von der Bevölkerung gemieden.

Auch die kulturelle Heterogenität des Landes bleibt ein wesentlicher Konfliktherd. Die größte Schwierigkeit besteht darin, staatliche Institutionen wie Regierung, Verwaltung und Armee zu schaffen, die ethnisch, konfessionell und regional ausbalanciert sind. Die Einführung demokratischer Prinzipien hat dieses Problem nicht verringert, sondern eher noch verstärkt. Zu groß ist die Gefahr, dass sich die Staatsgewalt in den Händen einer ethnischen oder regionalen Gruppierung oder von Stammesverbänden und Clans konzentriert und sich weite Teile der Bevölkerung nicht vertreten fühlen.

Schließlich sind die ausländischen Interessen zu nennen. Nach wie vor bemühen sich die Nachbarstaaten darum, ihren Einfluss in Afghanistan geltend zu machen. Aufgrund seiner geopolitischen Lage werden auch in Zukunft Konflikte auf das Land am Hindukusch ausstrahlen, die mit ihm direkt nur wenig zu tun haben, beispielsweise der seit 2019 sich verschärfende Kaschmir-Konflikt zwischen Pakistan und Indien oder das problematische Konkurrenzverhältnis zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, das sich gegenwärtig auch in anderen Bürgerkriegen wie etwa in Syrien, Irak oder dem Jemen niederschlägt. Schließlich hat auch der Islamische Staat Afghanistan als neues Operationsfeld entdeckt, um von hier aus seinen Einfluss sowohl nach Zentralasien wie nach Südasien auszudehnen.

Gerade der Abzug des Gros der militärischen Truppen seit 2014 verschärfte die sozioökonomische Lage in Afghanistan: So verringerten sich die von der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Mittel drastisch. Die Arbeitslosigkeit unter den besser ausgebildeten Afghanen nahm rasant zu. Aufgrund dieser grassierenden Perspektivlosigkeit, die sich aus mangelnder wirtschaftlicher Entwicklung und steigendem Gewaltniveau speist, machten sich seit den vergangenen Jahren Tausende Afghanen auf den Weg nach Europa. Dies stellte die Politik in Europa vor ungeahnte Herausforderungen: Denn auf der einen Seite investierten gerade die Staaten der Europäischen Union enorm in den Wiederaufbau Afghanistans; auf der anderen Seite muss sich die Politik eingestehen, dass die Intervention in Afghanistan militärisch nicht die ausgegebenen Ziele erreicht hat und Afghanistan gegenwärtig im Bürgerkrieg versinkt; »sichere Herkunftsorte« sucht man in Afghanistan vergeblich.

Durch die Ereignisse des 11. September 2001 ist Afghanistan kaum noch von der Landkarte der internationalen Politik wegzudenken, wenngleich das militärische und zivile Engagement seit 2014 stark abgenommen hat. Soll die Intervention in Afghanistan nicht als ein völliges Scheitern der internationalen Gemeinschaft in die Geschichtsbücher eingehen, muss sie langfristig eine Stabilisierung des Landes erreichen.

Conrad Schetter

Talks on Afghanistan

November / December 2001



picture alliance/dpa



Über die Zukunft Afghanistans wollte man 2001 auf dem Petersberg in Königswinter bei Bonn entscheiden, im Gästehaus der Bundesregierung. Am 5. Dezember unterzeichneten dort die Vertreter der vier afghanischen Verhandlungsgruppen ein entsprechendes Abschlussdokument.

Das Bild zeigt von links nach rechts stehend den stellvertretenden Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen (UN), Francesc Vendrell, Bundeskanzler Gerhard Schröder, den UN-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi und Bundesaußenminister Joschka Fischer. Vorne sitzen, wiederum von links nach rechts, Humajun Dscharir (Zypern-Gruppe), Abdul Satar Sirat (Rom-Gruppe), Junis Kanuni (Nordallianz) und Sayed Hamid Gailani (Peschawar-Gruppe).

Das Abschlussdokument leitete den Petersberg-Prozess ein, der auch Bonn-Prozess genannt wird. Ziel war eine Demokratisierung Afghanistans. Weitere Konferenzen sollten den Fortschritt dokumentieren. Zwar erhielt Afghanistan in der Folgezeit demokratische Strukturen, aber weder unter Präsident Hamid Karzai noch unter seinem Nachfolger Aschraf Ghani konnten sie die alten, überkommenen Verhältnisse ersetzen.

Informelle Herrschaft versus liberale Staatlichkeit. Die Regierungen Hamid Karzai und Aschraf Ghani

Beinahe jeder Bericht über die Lage in Afghanistan stellt fest, dass das Land – trotz der beispiellosen internationalen und afghanischen Anstrengungen seit 2002 – noch weit von liberaler Staatlichkeit entfernt sei. Der Staat sei nicht in der Lage, Gesetze und Regeln nach rechtsstaatlichen Verfahren und nach den Prinzipien der internationalen Menschenrechte landesweit durchzusetzen. Liberale Staatlichkeit braucht als Basis die umfassende Herrschaft einer Regierung.

Die Reichweite der afghanischen Politik ist jedoch begrenzt. Teile des Landes sind in der Hand von Aufständischen oder anderen Machthabern, die die Anordnungen der Regierung nicht befolgen. Aber auch viele Vertreter des afghanischen Staates, einschließlich der Justiz, ignorieren die formal durchaus vorhandenen rechtsstaatlichen Verfahren. Nicht selten verkaufen sie staatliche Güter und Posten. Was im Westen als »Korruption« gilt, ist in Afghanistan weit verbreitet.

In der Vergangenheit ist es noch nie gelungen, umfassende Herrschaft mit liberalen Mitteln zu erlangen. Doch genau darauf drängen seit 2001 die westlichen Hauptunterstützer der afghanischen Regierungen. Im Folgenden wird dieses Dilemma anhand der beiden Präsidentschaften von Hamid Karzai und Aschraf Ghani dargelegt, die auf die Herrschaft der Taliban folgten.

Die Einigung auf Hamid Karzai als Präsident

Die internationale Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn verabschiedete Anfang Dezember 2001 einen Fahrplan, dessen Ziel der Aufbau eines neuen Staats und einer Übergangsregierung war (siehe den Beitrag von Conrad Schetter, Die Taliban und die Neuordnung Afghanistans). Der Einfluss der US-Vertreter auf der Konferenz war groß. Denn die Unterstützung der USA für den Kampf gegen die noch nicht völlig besiegt-

ten Taliban und den folgenden Staatsaufbau war unverzichtbar. Dementsprechend konnten die Repräsentanten der USA ihre Vorstellungen in das Bonner Abkommen einfließen lassen. Sie wollten eine liberale demokratische Verfassung sowie eine Regierung und ein Parlament, die durch Wahlen zustande kommen sollten.

Die wichtigsten Posten in dieser neuen Regierung bekamen die Vertreter der »Nordallianz«. Deren offizielle Bezeichnung lautete »Vereinte Islamische Front zur Rettung Afghanistans«. Sie kämpfte im Norden des Landes und war die stärkste Kraft gegen die Taliban. Das Gegenwicht sollte Hamid Karzai als Präsident der Übergangsregierung bilden. Er war an der Konferenz gar nicht beteiligt, doch hielten ihn die Konferenzteilnehmer aufgrund seines kultivierten Auftretens, seines guten Englisch, seiner Bildung und internationalen Kontakte für einen fähigen und in ihren Augen legitimen Ansprechpartner. Als Vertreter der größten Ethnie, der Paschtunen, und einer im Süden mächtigen Familie schien er zugleich ausreichenden lokalen Rückhalt gerade in den Ursprungsgebieten der Taliban zu haben.

Karzai stand bei Amtsantritt vor großen Herausforderungen. Er musste so viel politische Macht erlangen, dass er seine Politik durchsetzen und seiner Regierung ausreichende Einkommensquellen sichern konnte. Karzai war zwar offiziell der mächtigste Mann Afghanistans, doch standen ihm überall im Land weitgehend eigenständige lokale Machthaber und ihre bewaffneten Gruppen gegenüber. Zudem war er völlig abhängig vom Wohlwollen der westlichen Staaten, die den afghanischen Staat angesichts seiner wirtschaftlich desolaten Lage und fehlender Steuern finanzieren mussten.

Karzais Politik

Karzai versuchte zunächst, die lokalen Machthaber auszuschalten, die sich seinen Anweisungen widersetzten. Es zeigte sich sehr schnell, dass er dabei nicht auf die volle Unterstützung seiner westlichen Verbündeten zählen konnte. Als der Milizkommandeur Patscha Chan Sadran im Frühjahr 2002 die Kontrolle über das Zentrum der Provinz Gardez übernahm, da man ihn



picture alliance/cpa

Präsident Hamid Karzai schwört im Präsidentenpalast am 24. Juni 2002 das neue Kabinett ein.

nicht zum Provinzgouverneur ernannt hatte, bat Karzai die USA um militärische Hilfe. Damals war die multilaterale International Security Assistance Force (ISAF) noch auf das Gebiet Kabul und Umgebung beschränkt. Den im Bonner Abkommen vorgesehenen Abzug aller nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen aus den Städten, einschließlich der Hauptstadt, hatte er nicht durchgesetzt. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld lehnte es ab, Karzai in der Sache zu unterstützen. Angesichts einer möglichen Intervention im Irak wollte er verhindern, dass US-Truppen in langen innerafghanischen Kämpfen gebunden würden. Stattdessen empfahl er Karzai, sich lieber mit widerspenstigen Machthabern zu arrangieren.

Für Karzai wurde das zu einer prägenden Erfahrung. In den Folgejahren verzichtete er meist auf Zwangsmaßnahmen, um seinen Machtanspruch gegenüber lokalen Machthabern durchzusetzen. Stattdessen verteilte er nun Posten und andere Vorteile an sie; schon wenn sie ihm keinen Widerstand mehr leisteten, war das ein Erfolg. Oft vermochte er seine Gegner in den Provinzen gegeneinander auszuspielen, indem er gezielt die schwäche-

ren, auf seine Unterstützung angewiesenen lokalen Fraktionen mit Posten versah oder wenigstens welche in Aussicht stellte. Immerhin sicherte sich Karzai dadurch für die erste Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 die Unterstützung der meisten lokalen Machthaber, die wiederum für entsprechende Stimmenabgaben in ihren Herrschaftsbereichen sorgten. Ein neutrales staatliches Gewaltmonopol, das eine faire Wahl ermöglicht hätte, fehlte jedoch. Daher wurden die Parlamentswahlen von 2005 – und auch von 2010 – zu einem Abbild der lokalen Machtverhältnisse. Ins Parlament gelangten somit auch viele Anhänger der mit Karzai konkurrierenden Mudschaheddin-Fraktionen. Um deren Macht zu begrenzen und eigene Mehrheiten zu erleichtern, verhinderte Karzai die Bildung von einflussreichen politischen Parteien.

Karzai übte mittels seiner Netzwerke Einfluss in Afghanistan aus. Allerdings waren diese Beziehungen oft labil, da sie an einzelne Personen gebunden waren. Im Rahmen dieser indirekten Herrschaft musste er seinen Verbündeten eine größere Autonomie einräumen. Um diese Netzwerke am Leben zu erhalten, war zudem ein steter Strom an Geldern nötig, den die schwache afghanische Wirtschaft nicht gewährleisten konnte, sodass Karzai darauf angewiesen blieb, die vorhandenen internationalen Gelder in seinem Sinne zu nutzen. Über die Masse dieser Ressourcen verfügten die Verantwortlichen der ISAF, die ab 2003 ins gesamte Land expandierte (siehe den Beitrag von Winfried Nachtwei), sowie der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF), des Weiteren die zahlreichen staatlichen und privaten Hilfsorganisationen. Diese zivilen und militärischen Akteure waren auf die Menschen vor Ort, auf lokale afghanische Bau- und Transportunternehmern, Projektmanager, nachrichtendienstliche Quellen, Übersetzer, Reinigungspersonal usw. angewiesen. Da die afghanischen Mittler wiederum in die lokalen Herrschaftsverhältnisse eingebunden waren, lenkten sie die Geldströme in ihrem Sinne an die entsprechenden Machthaber weiter (siehe die Beiträge von Katja Mielke, Der afghanische Bürgerkrieg, und von Conrad Schetter, Die Taliban und die Neuordnung Afghanistans). Oft flossen somit Gelder an Konkurrenten Karzais.

Um seine Position mithilfe der internationalen Gelder zu stärken und dieses seinen Gegnern zu entziehen, verfolgte Kar-

zai mehrere Strategien: Er versuchte zum Beispiel die Vergabe von internationalen Verträgen so zu beeinflussen, dass seine Gefolgsleute den Zuschlag erhielten. Ebenso gestaltete er die von internationalen Beratern angeregten Privatisierungen, von denen insbesondere seine ihm loyalen Brüder profitierten. Um die Hilfsorganisationen zu kontrollieren, erließ er seit 2002 mehrere Gesetze und verbat im Jahr 2010 private Sicherheitsfirmen, auf die auch Hilfsorganisationen zurückgriffen. Für derartige Sicherheitsdienstleistungen mussten internationale Akteure die von Karzai kontrollierte Afghan Public Protection Force anstellen. Er sträubte sich außerdem meist erfolgreich gegen die seit Ende der 2000er-Jahre intensivierten US-Programme, die nicht-staatliche bewaffnete Gruppen für den Kampf gegen die Taliban bezahlten. Denn hiervon profitierten oftmals Karzais Widersacher, die damit ihre Milizen finanzierten und legitimierten.

Konfrontation zwischen Karzai und den Internationalen

In den Augen seiner internationalen Unterstützer widersprach Karzais Politik den Grundsätzen liberaler Staatlichkeit. So war für wichtige Posten oft nicht die fachliche Qualifikation ausschlaggebend, sondern Karzai setzte einfach Gefolgsleute ein. Der Einfluss des Präsidenten auf die Geldströme der internationalen Organisationen im Land und seine Budgetpolitik wurden immer offener als »Korruption« verurteilt. In der Tat konnten sich viele seiner Unterstützer privat enorm bereichern. Schließlich kollidierten seine gegen internationale Hilfsorganisationen und private Sicherheitsfirmen gerichteten Restriktionen mit den Interessen der Geber. Diese wollten ihre Gelder in den geplanten Zeiträumen im Sinne ihrer offiziellen Projektziele ausgeben. Dazu mussten sie Beziehungen zu lokalen, gegebenenfalls mit Karzai verfeindeten Akteuren aufbauen.

Auf der anderen Seite spürte Karzai, dass die Internationalen seine Machtstellung untergruben, etwa durch ihre mitunter offenen Proteste gegen staatliche Entscheidungen. Hierzu zählte die Inhaftierung eines Afghanen im Jahr 2006, der gegen af-

ghanisches Gesetz verstoßen hatte, indem er zum Christentum übergetreten war, ebenso das 2009 verabschiedete schiitische Familiengesetz, das Frauen ihren Ehemännern unterordnete. Der internationale Druck zwang Karzai jeweils dazu, die Maßnahmen zurückzunehmen oder zu verändern, was ihn wiederum als Marionette des Westens erscheinen ließ. Seine Legitimation beschädigten außerdem die mit der erstarkten Aufstandsbewegung ab Mitte der 2000er-Jahre intensivierten Luftschläge und Hausdurchsuchungen insbesondere durch US-Truppen, bei denen häufig unbeteiligte Afghanen umkamen. Karzai protestierte dagegen immer offener und wollte den Einsatz der internationalen Kräfte begrenzen. Durch die De-facto-Bündnisse der internationalen Truppen mit lokalen Machthabern, die sich in den Provinzen als Verbündete im Kampf gegen die Aufständischen anboten, sah er zudem seine Machtstellung beschränkt.

Die Gegensätze zwischen der Politik der Internationalen und jener Karzais führten schließlich zur offenen Konfrontation. Verschärft wurde dies Anfang 2009 durch die Politik der Administration von US-Präsident Obama. Dieser wollte das US-Engagement in Afghanistan drastisch reduzieren und mit letzter Kraftanstrengung die von einem Wiedererstarken der Taliban geprägte Lage in Afghanistan noch einmal ändern. Schon vor Beginn seiner Amtszeit hielt man in seinem Umfeld Karzais Politik für problematisch. Im Wahlkampf vor der zweiten afghanischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2009 unterstützten Angehörige der Obama-Administration daher insgeheim Karzais Hauptkonkurrenten Abdullah Abdullah, ein führendes Mitglied der ehemaligen Vereinten Islamischen Front. Karzai erkannte dies und konnte auch seine zweite Wahl dank der Unterstützung loyaler lokaler Machthaber gewinnen. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen war das Verhältnis zwischen Karzai und den Internationalen seitdem noch stärker getrübt. Dies äußerte sich nicht nur in scharfen verbalen Attacken Karzais; er weigerte sich auch, Schlüsselabkommen für eine Nachfolgemission der 2014 auslaufenden ISAF zu unterzeichnen.

Die Amtszeit Aschraf Ghanis

Gemäß der afghanischen Verfassung endete die Präsidentschaft Karzais mit dem Auslaufen der zweiten Amtszeit im Jahr 2014. Sein Nachfolger Aschraf Ghani entsprach noch mehr als Karzai dem westlichen Idealbild eines modernen Staatsoberhauptes. Ghani hatte an der Amerikanischen Universität in Beirut, Libanon, sowie in den USA studiert und promoviert. Nach dem afghanischen kommunistischen Putsch von 1978 blieb er in den USA und arbeitete unter anderem für die Weltbank. Er hatte den Großteil seines Erwachsenenlebens außerhalb Afghanistans verbracht und dabei die westlichen Idealvorstellungen von formaler Staatlichkeit und liberaler Marktwirtschaft verinnerlicht. Diese Prinzipien versuchte Ghani bereits seit 2002 als Finanzminister in Karzais Übergangsregierung umzusetzen. Ghani galt als fleißig, aber auch als aufbrausend, arrogant und rücksichtslos und machte sich schon damals viele Feinde im afghanischen Staatsapparat. Vom Folgekabinettt blieb er ausgeschlossen.

picture alliance/dpa



Präsidentschaftskandidat Aschraf Ghani (Bildmitte) bei einer Wahlkampfveranstaltung für die Präsidentschaftswahlen im September 2014, flankiert von seinen Vizepräsidentschaftskandidaten, dem ehemaligen Warlord Abdul Raschid Dostum (links) und dem ehemaligen Finanzminister Sarwar Danish. Aufnahme vom Februar 2014.

Bereits 2009 trat Ghani in der Präsidentschaftswahl gegen Karzai an; aufgrund fehlender lokaler Unterstützung kam er nicht über einen Stimmanteil von drei Prozent. Vor der Wahl von 2014 sicherte er sich – wie sein Hauptkonkurrent Abdullah Abdullah – die Unterstützung lokaler Machthaber im ganzen Land. Im Gegenzug versprach er ihnen Posten. In der zweiten Wahlrunde konnte Ghani die meisten Stimmen auf sich vereinen. Allerdings offenbarte die Auszählung der Stimmen früh, dass viele Wahlzettel gefälscht worden waren – von beiden Seiten. Abdullah erkannte daher das Ergebnis nicht an. Erst nach intensiven Verhandlungen und Druck vor allem von US-Seite einigten sich beide auf einen Kompromiss: Sie bildeten eine »Regierung der Nationalen Einheit«. In dieser erhielt Ghani den Posten des Präsidenten und Abdullah den eines extra dafür geschaffenen Regierungsvorstehers.

Ghani stand wie sein Vorgänger vor großen Herausforderungen. Bis Ende 2014 waren die internationalen Truppen bis auf ein Kontingent von rund 12 000 ISAF-Angehörigen sowie einigen Tausend US-Soldaten verringert und auch die Hilfszahlungen reduziert worden (siehe den Beitrag von Winfried Nachtwei). Hierdurch verloren mit einem Schlag zahllose Afghanen, die direkt beim internationalen Militär oder bei Hilfsorganisationen angestellt waren oder indirekt von deren Zahlungen profitierten, ihr Einkommen. Zugleich fehlte ein Großteil der militärischen Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte, sodass diese noch mehr Tote und Verwundete zu verzeichnen hatten. In der Regierungspraxis blockierten sich zudem Ghani und Abdullah gegenseitig, da ihre Kompetenzen nicht genau voneinander abgegrenzt waren.

Aschraf Ghanis Politik

Ghani orientierte seine Politik stark an technokratischen Idealen, die er offenbar während seines Studiums in den USA und seiner Arbeit für die Weltbank verinnerlicht hatte. Diesen Vorstellungen entsprechend, käme es vor allem darauf an, Konzepte mit den fachlich dafür geeigneten Personen zu implementieren. Zu diesen Konzepten zählten insbesondere liberale Wirtschafts-

reformen, wie sie etwa die internationalen Finanzinstitutionen forderten. Es gelang ihm schrittweise, sich trotz der ungeklärten Kompetenzen gegenüber Abdullah durchzusetzen. Er befasste sich persönlich mit Angelegenheiten fast aller Ressorts bis hinunter zu den ausführenden Ebenen und stellte alle Schlüsselposten im afghanischen Staatsapparat zur Disposition. In vielen Fällen besetzte er sie persönlich neu mit häufig vergleichsweise jungen und gebildeten Afghanen.

Eines der Hauptprobleme wurde für ihn die schwache afghanische Wirtschaftsleistung. Sie basierte nahezu vollständig auf den Investitionen der Internationalen, die ihr Engagement damals deutlich reduzierten. Im Gegensatz zu Karzai in der Endphase seiner Präsidentschaft pflegte er generell ein sehr enges Verhältnis zu den internationalen Gebern und Truppenstellern. Gleichwohl versuchte auch er, mehr Mittel für den afghanischen Staat unmittelbar verfügbar zu machen. So bemühte er sich, wie bereits unter Karzai, die für das Land bestimmten Gelder der Aufsicht internationaler Treuhandfonds zu entziehen. Die Wirtschaftsleistung Afghanistans wollte Ghani neben staatlichen Investitionen, besserem Regierungsmanagement und Korruptionsbekämpfung vor allem durch Übereinkünfte mit den Nachbarstaaten erhöhen, die darauf hinausliefen, den afghanischen Markt weiter zu öffnen. Pakistan wollte er mit einer diplomatischen Initiative dazu bewegen, die afghanischen Taliban nicht mehr zu unterstützen. Hierfür ging er eine in Afghanistan stark umstrittene Geheimdienstkooperation ein.

Am Ende von Ghanis erster Amtszeit lässt sich sagen, dass er seine wichtigsten Ziele nicht erreicht hat. Ursache hierfür ist zum einen, dass beide Lager der Regierung der Nationalen Einheit sich gegenseitig behinderten. Dies machte eine kohärente Politik und eine rasche Kabinettsbildung unmöglich. Zum anderen erschwerte Ghanis Politikverständnis seine Amtsführung. Er unterschätzte die Bedeutung von Machtbalancen und Netzwerken, in die afghanische Amtsträger nun einmal eingebunden sind. Die deutlichste Folge war die kurzzeitige Einnahme der Hauptstadt der strategisch wichtigen nordöstlichen Provinz Kundus durch die Taliban. Dort hatte Ghani Amtsträger, die während des Dschihad und des Bürgerkriegs bewaffnete Gruppen befehligten (Mudschaheddin-Kommandeure), zuvor entlassen

und durch junge Gebildete ersetzt. Diese aber waren nicht in der Lage, Netzwerke von Kommandeuren gegen die andrängenden Taliban zu mobilisieren. Ghani musste den neuen Provinzgouverneur entlassen und wieder durch einen Angehörigen einer Mudschaheddin-Fraktion ersetzen. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich in der ebenso bedeutenden südwestlichen Provinz Helmand.

Die pakistanische Regierung wiederum blieb, ungeachtet anfänglicher Lippenbekenntnisse, schließlich trotz Ghanis Initiative bei ihrer alten Politik einer Unterstützung der afghanischen Taliban. Die Taliban-Führung begann zwar offiziell ab 2018 Gespräche mit der Regierung von US-Präsident Trump. Allerdings setzte diese Bewegung ihren Kampf gegen die internationalen Truppen und die afghanische Regierung fort. Wirkliche Erfolge von Ghanis liberaler Wirtschaftspolitik, der das Geld für Investitionen fehlte, waren nicht zu erkennen. Vielmehr mussten selbst die Vereinten Nationen feststellen, dass Afghanistan ohne konkurrenzfähige Produktion durch Handelsliberalisierungen eher weiter an wirtschaftlicher Kraft verlor. Ghani und Abdullah hielten die verfassungsmäßig für 2015 vorgeschriebene Parlamentswahl erst 2018 ab. Ebenso beriefen sie keine Versammlung ein, um die Verfassung zu ändern. Dies hatten beide vor Regierungsantritt zugesagt, um Abdullahs neues Amt zu formalisieren. Da Ghani keine durchschlagenden Erfolge vorweisen konnte und sich immer weniger an das Ideal liberaler Regierungsführung hielt, verloren seine internationalen Unterstützer zunehmend das in ihn gesetzte Vertrauen.

Probleme liberaler Staatlichkeit

Sowohl Karzai als auch Ghani sahen sich nicht in der Lage, staatliche Herrschaft nach westlichem Verständnis zu etablieren. Ghani versuchte zwar deutlich stärker, westliche Politik- und Wirtschaftskonzepte umzusetzen, doch nur mit geringem Erfolg. Beide griffen daher letztlich in unterschiedlichem Maß auf informelle Netzwerke von lokalen Machthabern zurück, um ihre Herrschaft zu festigen. Eine Hauptursache für die Schwierigkeiten, liberale Staatlichkeit zu etablieren, liegt offenbar darin, dass

sie auf in Afghanistan nicht vorhandenen Grundlagen beruht. Dazu zählt vor allem eine gefestigte landesweite Herrschaft.

Dies legt zumindest die historische Entwicklung liberaler Staatlichkeit in Nordamerika und Europa, aber auch in Südostasien nahe. So waren alle heute liberalen Staaten zuvor autoritär. Das gilt selbst für die Vorreiter der neuzeitlichen Demokratie, die USA und die Schweiz. Beide wiesen mitunter noch bis in die zweite Hälfte 20. Jahrhunderts Elemente auf, die heute als unvereinbar mit liberaler Staatlichkeit gelten. Verglichen mit diesen historischen Beispielen hätte Afghanistan etwa den Stand der europäischen Länder in der Frühen Neuzeit. Die afghanischen Staatsoberhäupter versuchen wie einst die europäischen Könige, ihre Herrschaft zu festigen, indem sie konkurrierende politische Machthaber durch Posten (damals am Hof) an sich binden. Nach heutigen westlichen Standards gilt diese Form der Herrschaft als »korrupt«, da staatliche Mittel allein eingesetzt werden, um Konkurrenten ruhig zu stellen. Der daraus resultierende, aufgeblähte Regierungsapparat ist in der Tat ineffizient; allerdings sorgt er für eine gewisse Stabilität, indem er die von ihm angestellten Akteure von Widerstand gegen die Regierung abhält.

Eine Lösung des Problems wäre eine internationale Treuhandschaft. Mittels eigener Truppen und Polizisten könnten internationale Akteure dafür sorgen, dass die Anordnungen der afghanischen Regierung umgesetzt werden. Allerdings hat sich gezeigt, dass Staaten kaum willens sind, die hierfür erforderlichen enormen Mittel bereit zu stellen und dafür den Tod ihrer Soldaten in Kauf zu nehmen. Zudem könnte eine derartige Treuhandschaft in eine neue Form des Kolonialismus münden. Diese Tendenz lässt sich bei vielen Missionen mit ähnlichen Zielen bereits beobachten. Liberale Staatlichkeit mit liberalen Mitteln erreichen zu wollen, bleibt somit nach wie vor eines der größten Dilemmata westlicher Politik in Afghanistan.

Philipp Münch



Der Wiederaufbau Afghanistans im Rahmen des Petersberg-Prozesses sollte von vielen Akteuren getragen werden. Neben staatlichen Hilfen gab es Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und auch von privater Seite. Die im Land stationierten ausländischen militärischen Verbände sollten den Wiederaufbau absichern und helfen, das Land zu stabilisieren. Das gestaltete sich allerdings von Anfang an schwierig, mit Folgen für Auftrag, Struktur und Vorgehensweise der eingesetzten Truppen. Zwar wurde das Ende der ISAF-Mission offiziell damit begründet, dass die Sicherheitslage in Afghanistan besser geworden sei – und manche Nationen nutzen dieses Argument auch für ihr geringeres militärisches Engagement –, doch weder der Mission »Resolute Support« noch den afghanischen Sicherheitskräften ist es bislang gelungen, ein landesweit stabiles und sicheres Umfeld zu schaffen.

Das Bild vom 2. Februar 2016 zeigt Bundesinnenminister Thomas de Maizière (Mitte) während seines Besuchs im Polizeitrainingszentrum in Masar-e Scharif in Begleitung des Leiters des Trainingszentrums der Provinz Balch, Oberst Abdul Rahman Aqtash (rechts). Deutschland bildet seit 2002 afghanische Polizisten aus.

Die Bundeswehr in Afghanistan: ISAF und Resolute Support

Am 22. Dezember 2001 billigte der Deutsche Bundestag den Antrag der Bundesregierung zur Teilnahme von bis zu 1200 Bundeswehrsoldaten an der UN-mandatierten International Security Assistance Force (ISAF). Der Auftrag lautete, die vorläufige Regierung Afghanistans bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung so zu unterstützen, dass ISAF selbst und das Personal der Vereinten Nationen in einem sicheren Umfeld arbeiten konnten. Diesem begrenzten Unterstützungsauftrag stimmte die große Mehrheit der Abgeordneten zu – im Unterschied zur hoch strittigen und knappen Bundestagsentscheidung fünf Wochen zuvor zur Beteiligung von bis zu 100 Spezialeinheiten an der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan. Es gebe keine Absicht, so die Bundesregierung, wie im Kosovo länger zu bleiben. Landeskundige widersprachen dieser Erwartung von Anfang an. Dreizehn Jahre später ging mit ISAF der komplizierteste, teuerste und opferreichste Großeinsatz der Bundeswehr zu Ende. Ein Ende der ursprünglich auf zwei Jahre terminierten Folgemission Resolute Support (RS) ist noch nicht abzusehen.

Bis 2017 unterlag der internationale und deutsche Afghanistan-Einsatz extremen Veränderungen im Hinblick auf den Einsatzraum, die konkreten Aufgaben, die Sicherheitslage, den Kräfteansatz, die Operationsweise, die zivil-militärische Zusammenarbeit und die Wirkungen.

Der ISAF-Einsatz stellte die Bundeswehr vor größte Herausforderungen: 5000 km entfernt von der Heimat; extreme geografische, klimatische Bedingungen; eine fragmentierte, kriegszerrüttete Gesellschaft mit hohem Konflikt- und Gewaltpotenzial; eine besonders fremde Kultur und so viele Mitakteure wie nie zuvor. Vor allem einsatzerfahrenen Bundeswehrsoldaten war bewusst, dass internationales Militär unter solchen Bedingungen nur Zeit für eine politische Konfliktlösung würde kaufen können.

Der ISAF-Einsatz von 5000 Soldaten aus 21 Nationen beschränkte sich ab Januar 2002 zunächst auf den Großraum



Eine Patrouille mit deutschen Soldaten der International Security Assistance Force (ISAF) und afghanischen Sicherungskräften in Kabul, 2002.

Kabul. ISAF sollte vor allem Vertrauen bei der einheimischen Bevölkerung aufbauen. Diese empfing die ausländischen Soldaten ausgesprochen freundlich. Gemeinsam patrouillierten ISAF-Soldaten und afghanische Polizisten leicht bewaffnet durch die Millionenstadt. Der Ansatz des »light footprint« erschien angesichts der verheerenden britischen und sowjetischen Interventionserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert plausibel.

Nach einem Jahr wurde die Obergrenze des deutschen Kontingents auf 2500 verdoppelt, um 2003 die ISAF-Führung durch das Deutsch-Niederländische Korps zu ermöglichen. Im August 2003 übernahm die NATO die Führung von ISAF. Die Führungsrolle bei der Koordination der internationalen Polizeihilfe nahm Deutschland mit zwölf Beamten vor Ort bis 2006 nur unzureichend wahr.

Auswertung des ISAF-Mandats

Mit dem Beschluss des UN-Sicherheitsrates im Oktober 2003, angesichts kritischer Entwicklungen in einigen Landesteilen das ISAF-Mandat auf das ganze Land auszuweiten, begann die

zweite Phase des ISAF-Einsatzes. Deutschland übernahm die vier Nordostprovinzen Kundus, Baghlan, Takhar und Badachschan als Verantwortungsbereich. In Kundus entstand Anfang 2004 das erste deutsch geführte Provincial Reconstruction Team (PRT), gefolgt vom PRT Faisabad in Badachschan. Die PRTs mit ihrem militärischen und zivilen Leiter entstanden aus der Einsicht, dass die Stabilisierung eines Nachkriegslandes allein mit Militär nicht zu schaffen, sondern vielmehr auf das vernetzte und abgestimmte Wirken der diplomatischen, militärischen, entwicklungspolitischen und polizeilichen Akteure angewiesen sei. Beeinträchtigt wurde dieser grundsätzlich sinnvolle Ansatz durch unzureichende strategische Vorgaben (kein gemeinsames Lagebild, fehlende Zielabstimmung), mangelnde ressortgemeinsame Einsatzvorbereitung und die jahrelange personelle Unterausstattung insbesondere der diplomatischen und polizeilichen Komponente. Hinzu kamen die sehr unterschiedlichen PRT-Konzepte von ISAF-Truppenstellern.

Im Herbst 2006 umfasste das PRT Kundus 470 Soldaten, davon 90 Infanteristen, verantwortlich für einen Raum von der Größe Hessens. Mit Aufgaben wie Präsenzpatrouillen, Maß-



Sammlung H.-W. Ahrens

Generalmajor Hans-Werner Ahrens, Deputy Commander ISAF, besucht das litauische Provincial Reconstruction Team (PRT) in Chaghcharan, April 2006.

nahmen der zivil-militärischen Kooperation (CIMIC), Key-Leader-Engagement und Konfliktmanagement wirkten die militärisch schwachen, aber klug eingesetzten ISAF-Kräfte zunächst erfolgreich als Pufferkraft. Fortschritte waren unübersehbar.

Im Sommer 2006 hatte sich der Schwerpunkt des deutschen Afghanistan-Einsatzes nach Norden verschoben. Deutschland übernahm die Rolle der Lead Nation im ISAF Regional Command North (RC North). Dazu gehörte der Betrieb der Nachschubbasis Camp Marmal bei Masar-e Scharif für 16 ISAF-Nationen. Trotz erheblichen Drucks einiger Verbündeter kam es 2006 nicht zu einer generellen Ausweitung des Bundeswehreinsetzes in die Kampfzonen des Südens. Erst die Indienststellung des ersten Operational Mentoring and Liaison Team (OMLT) der NATO in Kundus im August 2006 markierte die beginnende Professionalisierung der Aufbau- und Ausbildungshilfe für die Afghanische Nationalarmee (ANA). Gebremst wurde sie durch konzeptionelle Schwäche und einen Mangel an OMLT-Kräften. Feldjäger übernahmen zeitweilig die Ausbildung afghanischer Polizisten, weil deutsche Polizeiausbilder nicht ausreichend zur Verfügung standen.

Anfängliche Befürchtungen in Deutschland, mit ISAF in einen Kriegseinsatz zu geraten, bestätigten sich für den deutschen ISAF-Einsatz zunächst nicht. In den ersten vier Jahren wurde nur ein Schusswechsel gemeldet. Sieben Angriffe mit Sprengfallen forderten aber acht deutsche Gefallene und über 40 Verwundete.

Die dritte Phase des Einsatzes war geprägt durch eine sukzessive Verschärfung der Sicherheitslage in Teilen des deutschen Einsatzgebietes. Frühe Warnungen verantwortlicher Offiziere waren 2006 in Berlin ohne Resonanz geblieben. Zu einem Wendepunkt wurde ein Selbstmordanschlag am 19. Mai 2007 in Kundus, dem drei Bundeswehrsoldaten und sieben afghanische Zivilisten zum Opfer fielen. Priorität bekam jetzt der Nahbereichsschutz auf Kosten der Präsenz in der Fläche, in der Aufständische zunehmend Fuß fassen konnten. Mitte 2007 standen für die Nordregion, ein Raum von der Größe halb Deutschlands mit schwierigen geografischen und infrastrukturellen Bedingungen, knapp 4000 ISAF-Soldaten zur Verfügung. Nachrichtengewinnung, Aufklärung und Luftbeweglichkeit waren unzureichend, sodass ihre Wirkungsmöglichkeiten begrenzt blieben.



Feierlicher Appell anlässlich der Übergabe der Verantwortung für die Quick Reaction Force (QRF) von Norwegen an Deutschland (Bildmitte rechts: Oberstleutnant Gunnar Brügger, Kommandeur der QRF), Feldlager Marmal bei Masar-e Scharif, 30. Juni 2008.

Krieg?

Im Juli 2008 löste die Bundeswehr Norwegen in der Stellung der Quick Reaction Force im RC North ab, mit der auch erstmalig offensiv gegen Aufständische operiert werden konnte. Gleichzeitig wurde, sechs Jahre nach Beginn, nun auch die deutsche Polizeiaufbauhilfe massiv aufgestockt. Im Oktober 2008 eröffnete der Kommandeur des PRT Kundus den Obleuten des Verteidigungsausschusses, man habe in der Provinz die Initiative verloren. Als am 29. April 2009 der erste Bundeswehrosoldat bei einem komplexen Hinterhalt im Kampf fiel und danach weitere schwere Gefechte folgten, wurde offenkundig, dass ISAF vor allem in den Provinzen Kundus und Baghlan mit einem Guerilla- und Terrorkrieg konfrontiert war. Der defensiv ausgerichtete Stabilisierungseinsatz war zum harten Kampfeinsatz geworden. Die bisher restriktiven Einsatzregeln wurden angepasst. Die Tatsache des Krieges vor Ort wurde allerdings von der politischen

Leitung in Abrede gestellt, bis sie nach dem von einem deutschen PRT-Kommandeur befohlenen Luftangriff auf zwei entführte Tanklaster mit vielen Ziviltoten am 4. September 2009 bei Kundus unübersehbar wurde. In der Regierungserklärung vom 10. Februar 2010 äußerte Außenminister Guido Westerwelle, in Afghanistan handele es sich um einen »nicht-internationalen bewaffneten Konflikt«. Erst damit bestand für die Einsatzsoldaten Rechtsklarheit beim Einsatz militärischer Gewalt.

In der vierten Phase erreichte der ISAF-Einsatz mit knapp 150 000 Soldaten, davon 100 000 aus den USA und über 5000 aus Deutschland, seinen größten Umfang und die höchste Intensität. Die USA bewirkten bei ISAF einen Wechsel zur Counter-Insurgency-Strategie (COIN), bei der die Zivilbevölkerung zum Zentrum aller Bemühungen werden sollte. Eine Voraussetzung dafür war die massive Verstärkung der eigenen Kräfte (»Surge«, die massive Truppenverstärkung seit Ende 2009). Allein in der Nordregion kamen 5000 weitere US-Soldaten und eine Combat Aviation Brigade mit 57 Hubschraubern hinzu. Ab August 2010 wurden zwei deutsche Ausbildungs- und Schutzbataillone (Task Forces Kundus und Masar) mit je einem Marder-Zug sowie zwei Panzerhaubitzen 2000 aufgestellt (umstrukturiert in Partnering and Advisory Task Forces, PATF, ab Juli 2012). Sie sollten dauerhaft in der Fläche operieren, im Partnering mit den afghanischen Sicherheitskräften deren Fähigkeiten fördern, Schwerpunktdistrikte freikämpfen und die Bevölkerung für die Regierung gewinnen. Exemplarisch dafür stand die Operation »Halmazag« (31. Oktober bis 3. November 2010) im Distrikt Chahar Darah, dem Rückzugsraum der Aufständischen westlich von Kundus. Die Task Force Kundus vertrieb zusammen mit einem ANA-Bataillon sowie amerikanischen und belgischen ISAF-Truppen die Aufständischen aus dem Raum und ermöglichte dadurch die Stromversorgung von sieben Dörfern und einen Straßenausbau durch das Chahar-Darah-Tal. Funktionierendes Partnering mit der ANA, ein überlegener militärischer Kräfteinsatz unter Vermeidung von Zivilopfern, die Abstimmung mit der Bevölkerung durch zwei Schuras (traditionelle afghanische Ratsversammlung) während der Operation sowie die zügige ressortübergreifende Zusammenarbeit bei Aufbauprojekten ermöglichten den Erfolg der Operation »Halmazag«.



Vorbereitungen für die Inbetriebnahme eines neuen Kontrollpunktes der Afghan National Army (ANA) in der Nähe von Faisabad, August 2009.

Durch die Verstärkung der ISAF-Kräfte und die konzertierte Anstrengung der COIN-Kampagne konnten Initiative und Bewegungsfreiheit teilweise zurückgewonnen werden. Der jahrelange Trend ständig zunehmender Sicherheitsvorfälle kehrte sich 2012 erstmalig um. Konterkariert wurden diese Fortschritte am Boden auf der strategischen Ebene durch die Entscheidung von US-Präsident Barack Obama, anderer ISAF-Truppensteller und der afghanischen Führung, die ISAF-Kampftruppen bis Ende 2014 abzuziehen. Sollte ursprünglich die Übertragung der Sicherheitsverantwortung für Provinzen an die afghanischen Sicherheitskräfte nach der jeweiligen Übergabereife erfolgen, wurde nun die Einhaltung des Abzugstermins zum ausschlaggebenden Kriterium. Die Aufständischen brauchten nur noch den Abzug der ISAF-Kampftruppen abzuwarten, um dann die erheblich geschwächten afghanischen Sicherheitskräfte anzugreifen.

Die Jahre 2010 und 2011 waren die intensivsten des deutschen ISAF-Einsatzes mit rund 160 Feindkontakten, darunter 65 Feuergefechte mit eigenem Schusswaffengebrauch, mit 15 Gefallenen und über 110 körperlich Verwundeten. Insgesamt waren

Bundeswehrsoldaten in Afghanistan seit 2002 über 380 Mal mit gegnerischen Angriffen konfrontiert und mindestens 150 Mal standen sie in Schusswechseln und Gefechten. 35 deutsche Soldaten fielen durch unmittelbare Feindeinwirkung, über 260 wurden körperlich verwundet. Die Zahl der seelisch Verwundeten lässt sich nicht präzise benennen, liegt aber um ein Mehrfaches über der Zahl der Körperversehrten. In Afghanistan erfuhren erstmals in der bundesdeutschen Geschichte Tausende Bundeswehrsoldaten *alle* Konsequenzen ihres Berufs: ständige Bedrohung durch IEDs und Hinterhalte, hoch intensive Gefechte, Verwundung, Tod, Töten.

Von ISAF zu Resolute Support

Die Übergabe der Raum- und Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte und der Übergang von ISAF zur Folgemission Resolute Support bestimmten die fünfte Phase des Einsatzes. Sie begann im Oktober 2012 mit der Übernahme des Feldlagers Faisabad durch die afghanischen Sicherheitskräfte. Im Juni und Oktober 2013 folgten die Übergaben des Außenpostens OP North in Baghlan und des Feldlagers Kundus. Im Laufe des Jahres 2014 verließen die ISAF-Kampftruppen das Land. Die komplexe Operation der Rückverlegung gelang trotz unfriedlicher Bedingungen ohne (größere) Störungen. Aus dem Stab des RC North entstand das Train Advise Assist Command North (TAAC-N), die Nord-»Speiche« im »Nabe- und Speichenmodell« von Resolute Support, mit insgesamt 1600 Soldaten.

Am 1. Januar 2015 übernahm Resolute Support den Auftrag einer deutlich reduzierten internationalen Sicherheitsunterstützung. Statt Partnering und Mentoring beschränkte sich der Auftrag jetzt auf Beratung der Korpsebene und des ANA-Ausbildungszentrums ausdrücklich ohne Kampfauftrag (sechste Phase). Die 2017 bis zu 980 Bundeswehrsoldaten kamen vor allem in Masar-e Scharif und in geringem Umfang in Kabul zum Einsatz. Wie nachhaltig die 120 Berater, davon 80 deutsche, in der schwierigen Militärkultur des 209. ANA-Korps wirken konnten, ist schwer zu beurteilen. Das gilt genauso für die 60 Beamten des German Police Project Teams.



Deutsche Kräfte der in Masar-e Scharif stationierten Northern Reaction Unit sichern die Rückverlegung von ISAF-Truppen aus Nordafghanistan, Oktober 2013.

Parallel zum ISAF-Abzug verschlechterte sich die Sicherheitslage erheblich. Laut United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) stieg 2014 die Zahl der Zivilopfer im Kontext des bewaffneten Konflikts sprunghaft um 22 % auf 3699 Tote und 6849 Verletzte, 2015 um weitere 4 % und 2016 um 3 %. Die Zahl der Binnenvertriebenen erhöhte sich 2015 auf 1,2 Millionen. Im Nordosten, dem früheren Hauptverantwortungsgebiet der Bundeswehr, verdoppelte sich 2015 die Zahl der Zivilopfer gegenüber dem Vorjahr vor allem infolge der harten Kämpfe in der Provinz Kundus. Diese gipfelten im Herbst in einer 14-tägigen Besetzung der Provinzstadt durch die Taliban. Viele Distrikte, die 2010/2011 freigekämpft worden waren, sind inzwischen wieder unter Kontrolle der Aufständischen. Sehr hoch sind die Verluste der afghanischen Sicherheitskräfte: 2016 stiegen sie bis Mitte November im Vergleich zum Vorjahr um 35 % auf rund 6800 Gefallene und 11 780 Verwundete. Hinzu kommt eine hohe Desertionsquote.

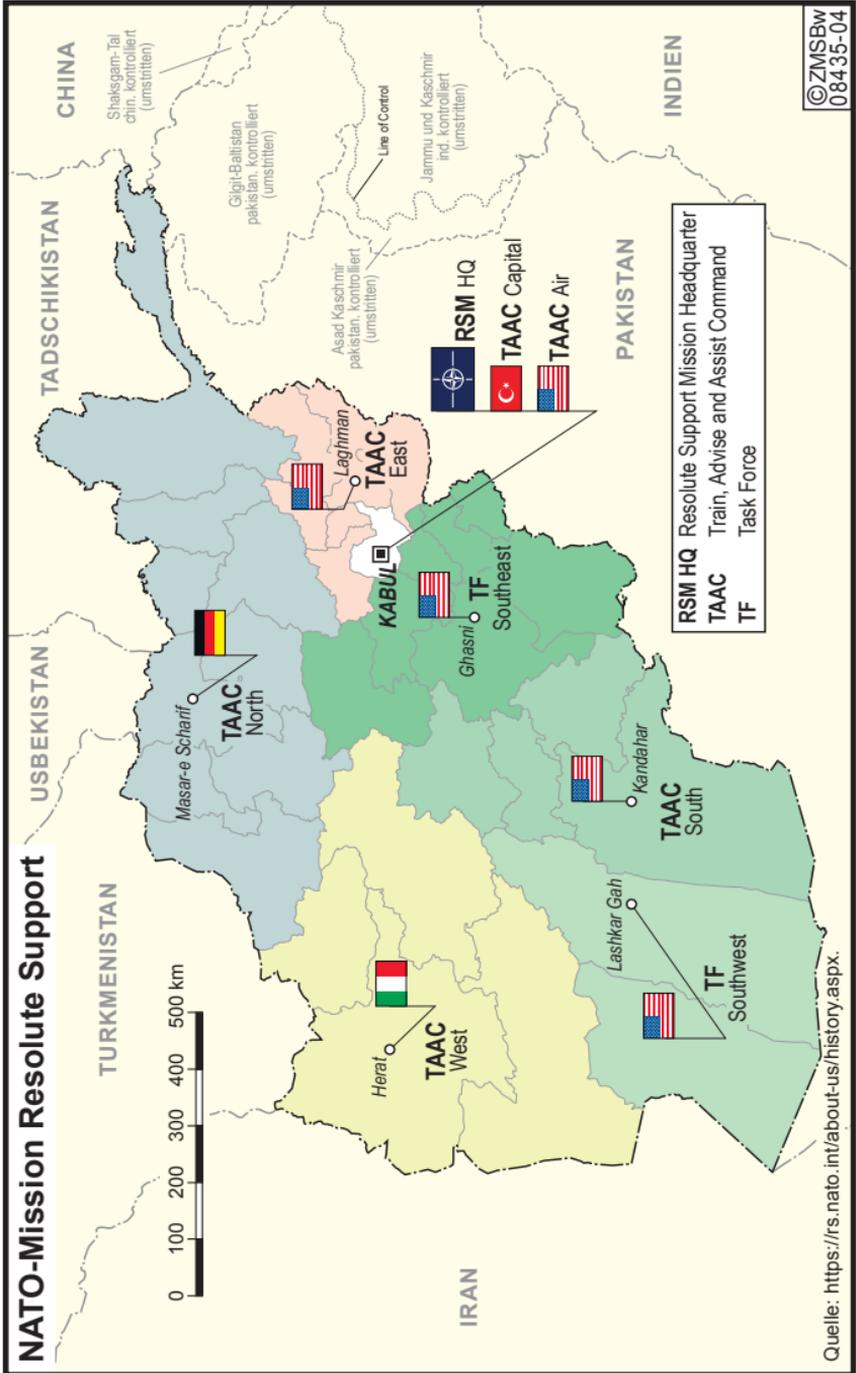
Der politisch einmütig gewollte, terminfixierte ISAF-Abzug hinterließ kein sicheres Umfeld und war mitverantwortlich dafür, dass dem bewaffneten Konflikt so viele Menschen zum

Opfer fielen wie nie seit 2002. In der deutschen Politik und Öffentlichkeit war diese Art von »Begleitschäden« jedoch nie ein Thema.

Die düstere Lageentwicklung veranlasste die NATO, die ursprünglich bis Ende 2016 terminierte Mission für unbestimmte Zeit zu verlängern und eine Unterstützung der afghanischen Kräfte durch Resolute Support in nichtkinetischen Bereichen zu erlauben. Dem ANA-Gefechtsstand im umkämpften Kundus wurde ein kleines Beratungselement (»Expeditionary TAA«) mit 50 bis 60 Bundeswehrsoldaten beigestellt.

Eine ressortübergreifende und systematische Analyse des deutschen wie des internationalen Afghanistan-Engagements und des Bundeswehreinsatzes gibt es, obwohl häufig gefordert, bis heute nicht. Die Meinungen über die Wirksamkeit des deutschen ISAF-Einsatzes gehen in Gesellschaft, Politik und Streitkräften weit auseinander: Oft ist die Rede von einer gemischten Bilanz, von überhöhten und verfehlten Zielen, oft auch von Scheitern. Meist wird der Afghanistan-Einsatz auf die militärische Komponente verkürzt, werden seine politischen und zivilen Anteile ausgeklammert.

Gleichwohl hatte und hat der Bundeswehreinsatz auch positive Wirkungen und Seiten. Zum Ersten hatte er eine hohe Akzeptanz in der afghanischen Bevölkerung und förderte bis 2007 ein relativ sicheres Umfeld im Norden Afghanistans, was vielfältige Aufbaufortschritte ermöglichte. Zum Zweiten erlaubte er die – allerdings erst 2006/2008 einsetzende – forcierte Aufbauhilfe für die afghanischen Sicherheitskräfte, die teilweise eine eigenständige Operationsfähigkeit erreichten. Drittens führte er ab 2010 zur kurzfristigen Zurückgewinnung vieler von Aufständischen kontrollierter Distrikte im Rahmen der COIN-Offensive. Viertens unterstützte er das gut funktionierende multinationale Zusammenwirken von bis zu 19 ISAF-Nationen im RC North. Im Innenverhältnis erhöhte der Einsatz den Ausbildungsstand und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehrsoldaten im gesamten Aufgabenspektrum, vom respektvollen Umgang mit der Zivilbevölkerung bis zur Aufstandsbekämpfung und dem insgesamt kontrollierten Einsatz militärischer Gewalt. Schließlich war der Afghanistan-Einsatz ein enormer Erfahrungsgewinn der Bundeswehr.



Im Laufe der Jahre wurden diese Teilfortschritte durch wuchernden Terror und Krieg überschattet und infrage gestellt. Das hat eine Vielzahl von Gründen, wie Korruption, schlechte Regierungsführung oder die Rolle Pakistans. Strategische Fehler der Staatengemeinschaft begünstigten diese Entwicklung. Erstens agierte die Staatengemeinschaft jahrelang auf der Basis allgemeiner UN-Mandate ohne klare, gemeinsame Strategie, ja mit konträren strategischen Ansätzen und oft kontraproduktiven Wirkungen: militärisch beschränkte Terrorbekämpfung versus Sicherheitsunterstützung und Staatsaufbau; unterschiedliche Einstellungen zur afghanischen Eigenverantwortung, zum Umgang mit Warlords und Korruption, zum Einsatz militärischer Gewalt und zum Schutz der Zivilbevölkerung. Zweitens litt der deutsche Einsatz an einer unklaren und unüberprüfbaren Zieldefinition sowie am Vorrang innenpolitischer Opportunitätsabwägungen auf der politisch-strategischen Ebene. Drittens überwog trotz verschiedener Bemühungen um interkulturelle Kompetenz insgesamt ein unzureichendes Verständnis der örtlichen Gesellschaft, der Beziehungsgeflechte und Konflikte. Es führte oft zur Dominanz westlicher Leitbilder mit überhöhten Erwartungen. Die Herausforderungen – Herstellung von Sicherheit und ein entsprechendes Aufbauprogramm in einem kriegszerrütteten Land – wurden unterschätzt. Viertens beschränkten knappe Mandatsobergrenzen die Flexibilität und Wirksamkeit des Bundeswehrkontingents. Über viele Jahre war die Aufbauhilfe im Vergleich zum militärischen Mitteleinsatz finanziell und personell schlechter gestellt, was Ausdruck der großen Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit des vernetzten ressortübergreifenden Ansatzes war. Zudem wurden politisch-strategische Wirksamkeitsanalysen stark vernachlässigt. Es gab viel Schönrederei: In den ersten Jahren überwogen Aufbau- und Machbarkeitsillusionen, seit 2014 Abzugsillusionen. Dazu wurden die eigenen Beiträge zur Kriegs- und Drogenökonomie als Wachstumsbranche Nr. 1 ausgeblendet. Hinzu kam ein Mangel an strategischer Geduld und ressortübergreifender, ehrlicher Kommunikation des Einsatzes. Schließlich wurde erst nach dem Wiedererstarken der Taliban nach einer politischen Konfliktlösung gesucht. Die pakistanische Seite des Gewaltkonflikts wurde in diesem Zusammenhang viel zu lange ausgeblendet.

Bilanz

Die Beratungsmission Resolute Support ist, zusammen mit Polizeiberatern, unverzichtbar, damit die afghanischen Sicherheitskräfte nicht schnell zerfallen und die Kriegsgewalt nicht noch mehr eskaliert. Als Rahmennation verfügt Deutschland im Norden über eine Schlüsselrolle. Resolute Support ist mit seinem Auftrag und Kräfteansatz aber nicht in der Lage, die prekäre Pattsituation des bewaffneten Konflikts positiv zu wenden. Ausschlaggebend hierfür ist, wieweit die afghanische Regierung ihre Blockade überwindet, wieweit Nachbarn und Regionalmächte ein gemeinsames Interesse an der Stabilisierung Afghanistans entwickeln und ob Deutschland und die Staatengemeinschaft trotz allem verlässliche Partner bei Sicherheitsunterstützung, Aufbau und Entwicklung bleiben. In keinem Land hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit Zehntausenden ihrer Bürgerinnen und Bürger so sehr für Sicherheit, Frieden und Entwicklung engagiert wie in Afghanistan. Trotz einer verbreiteten »Afghanistan-Müdigkeit« liegt das weitere Engagement in dem Land im sicherheits- und friedenspolitischen Interesse der Staatengemeinschaft und auch Deutschlands. Die Menschen in Afghanistan und die dorthin im Auftrag der Bundesregierung entsandten Frauen und Männer brauchen Aufmerksamkeit, Unterstützung und Verlässlichkeit.

Winfried Nachtwei



Anders als in Europa bestimmt in Afghanistan die Religion – im Bild Kinder auf dem Gelände der Blauen Moschee in Masar-e Scharif – sowohl das öffentliche Leben als auch das Handeln des Einzelnen. Die Gesetze des Islam sind für große Teile der Bevölkerung verbindlich.

Der Koran bezeichnet Menschen, die bereits vor Entstehung des Islam geoffenbarte Heilige Schriften verehrten, als Schriftbesitzer oder Völker des Buches. Nach dem Koran sollen Muslime Andersgläubigen, die nicht an die Offenbarung des Korans und an die Sendung Mohammeds glauben, mit Toleranz begegnen, da nur Gott den Menschen auf den richtigen Pfad führen könne. Der Islam lehnt beispielsweise die christliche Vorstellung von der Göttlichkeit Jesu und von der göttlichen Dreifaltigkeit von Vater, Sohn und Heiligem Geist ab. Christen und Juden werden dennoch als Anhänger zweier weiterer Religionen, die einen allumfassenden Gott anbeten (Monotheismus), neben dem Islam toleriert. Eine wesentlich geringere Wertschätzung genießen Atheisten oder die Anhänger nicht-monotheistischer Glaubensgemeinschaften. Nicht-Moslems werden als Ungläubige (Kafir, Plural: Kofar) angesehen, können aber das verbriefte Recht der Gastfreundschaft in Anspruch nehmen. Ansonsten stehen sie außerhalb der islamischen Wertegemeinschaft.

Facetten des Islams in Afghanistan

Der Islam wird heute vor allem in seiner politischen Dimension wahrgenommen. In Afghanistan ist der Islam jedoch keine Angelegenheit, über die Politiker zu entscheiden haben. Er ist ein umfassendes Glaubens-, Denk- und Rechtssystem, das alle Fragen des alltäglichen Lebens durchdringt. Der Islam ist so eng mit nationalen Gepflogenheiten verschmolzen, dass diese auch dann unbeirrt als Einheit gesehen werden, wenn einheimische Bräuche – wie etwa bei einigen Fragen des Gewohnheitsrechts – islamischen Regelungen formal widersprechen. Auch Personen, die dem Glauben nominell abgeschworen haben, kommen nicht umhin, viele Bereiche ihres Lebens weiterhin nach islamischen Prinzipien und Gewohnheiten zu gestalten. Afghanische Kultur ist stets auch islamische Kultur.

Es vermag daher nicht zu überraschen, dass einige Völkerschaften Afghanistans in ihren historischen Überlieferungen Anspruch auf eine arabische Abstammung erheben oder ihre Vorfahren zumindest in der Nähe des Propheten sehen wollen, auch wenn wissenschaftlich nachweisbare Fakten eine andere Richtung vorgeben. Während die im Westen gelegenen Ebenen zwischen Herat und Sistan (die heutige Provinz Nimrus) von den Arabern schon Mitte des 7. Jahrhunderts überrannt und ihre Bewohner sehr bald zum Islam bekehrt wurden, dauerte die Islamisierung anderer Gegenden umso länger, je höher die betroffenen Gebiete in den Bergen lagen. Das zentrale Gebirgsland von Ghur wurde während der arabischen Eroberungen völlig umgangen, sodass sich der Islam hier erst ab dem 11. Jahrhundert auszubreiten begann. Auch in Kabul fasste der Islam im 10. Jahrhundert relativ spät Fuß. Die östlich von Kabul lebende Bevölkerung wurde sogar erst im 16. und jene von Nuristan schließlich Ende des 19. Jahrhunderts islamisiert. Dennoch berichten zum Beispiel gerade die in Nuristan lebenden Gruppen der Kati und Kam in ihren Legenden, eigentlich arabischer Abstammung zu sein. Sie führen ihre Herkunft dabei sogar auf den arabischen Stamm der Kuraisch zurück, dem auch der Prophet Mohammed angehörte; als ihren Ahnherrn betrachten sie Abu Dschahl, einen Jugendfreund des Propheten. Unter dem zweiten Kalifen Omar

Mohammed und der Koran

Der Prophet Mohammed (Muhammad, Mohammad) ist der Stifter des Islams. Er wurde um 570 n.Chr. in Mekka geboren (heute westliches Saudi-Arabien). Das dortige zentrale Heiligtum, die Kaaba (der Überlieferung nach ein schwarzer Stein, den Abraham als Geschenk vom Erzengel Gabriel erhielt), bestand damals bereits seit langer Zeit. Mohammed hatte im Alter von 40 Jahren sein erstes Offenbarungserlebnis und erhielt von Gott den Auftrag, seinen Landsleuten dessen Wort zu verkünden. Die Lehren Mohammeds sind in den 114 Suren (Kapiteln) des Korans (eigentlich Rezitation, Lesung) in arabischer Hochsprache zusammengefasst. Der Koran genießt im Islam höchste Wertschätzung und enthält Gedanken über Gott und seine Schöpfung, über frühere Propheten und das Jenseits sowie Überlegungen zu Konflikten in Mohammeds Gemeinde. Mohammed predigte öffentlich, wurde aber in Mekka bekämpft und ging mit seinen Anhängern in das heutige Medina. Dort entstand die erste muslimische Gemeinschaft, die vor allem aus arabischen Bauern bestand. Im Jahre 630 öffnete sich auch die Stadt Mekka der Lehre Mohammeds. Der Islam breitete sich in ganz Arabien und nach dem Tod des Propheten 632 zunächst in den nördlichen Nachbarländern aus. Mohammed selbst verstand sich nicht als unfehlbarer Übermensch, sondern lediglich als Gesandter Gottes und als Prophet von dessen Wort. Erst später schrieben die Gläubigen seiner Person zahlreiche Wunder zu. Die Mohammed-Verehrung fand ihren höchsten Ausdruck in der Ausbildung muslimischer Sekten. Das Bekenntnis zu Allah als dem einen Gott und zu Mohammed, seinem Propheten, ist neben dem Gebet, der großzügigen Gewährung von Almosen, der Einhaltung der Fastengebote und der vorgeschriebenen Pilgerreise nach Mekka die erste der Fünf Säulen des Islams. (bc)

seien sie verdrängt worden und in die Berge Nuristans ausgewandert.

Die Paschtunen setzen die Ursprünge ihrer Geschichte ebenfalls gern dort an, wo der Islam seinen Anfang nahm. Ihr legendärer Ahnherr Kais soll zu Zeiten des Propheten Mohammed in Arabien gelebt haben, wo er den islamischen Glauben annahm. Ebenso erheben die Belutschen Anspruch auf eine arabische Abstammung und betrachten die in Syrien gelegene Stadt Aleppo

als ihre ursprüngliche Heimat. Ihr Ahnherr Mir Hamsa soll ein Onkel des Kalifen Ali gewesen sein.

Es spielt keine Rolle, dass es sich bei den jeweiligen Abstammungsgeschichten um Mythen handelt. Wichtig ist, was der Glaube an diese Gründungslegenden bewirkt. Der Glaube an eine prophetennahe Abstammung steht für den Wunsch nach Gottesnähe und Segenskraft. Darüber hinaus kann jeder Zweifel an der eigenen Frömmigkeit, der sich aus einer nichtarabischen Abstammung ableiten ließe, von vornherein ausgeschlossen werden, obgleich die islamische Gemeinschaft ohnehin wenig Unterschiede zwischen Rassen, Sprachen oder Nationalitäten macht.

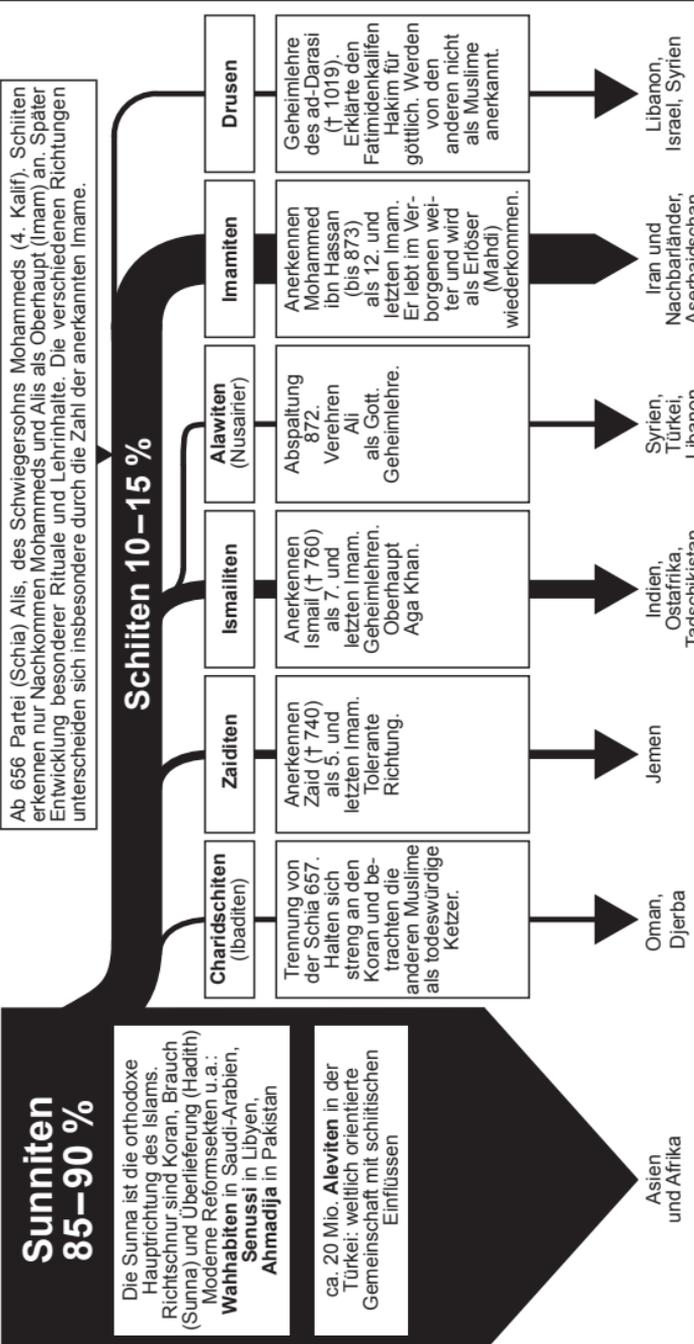
Islamische Konfessionen

Konfessionelle Unterschiede sind dagegen auch in Afghanistan bekannt. Die große Mehrheit der Bewohner Afghanistans sind Sunniten, die als Kodex ihrer religiösen Anschauungen und Rechtsnormen neben dem Koran auch die Sunna anerkennen. Diese umfasst die Wegweisung des Propheten Mohammed, die in bezeugten Berichten über sein Leben, seine Handlungen und Aussagen zusammengefasst ist. Die Sunniten Afghanistans folgen der hanafitischen Rechtsschule, bei deren Rechtsfindung das persönliche Urteil und die Analogie eine große Rolle spielen. Deshalb zeigt diese Rechtsschule gegenüber lokalen Rechts Traditionen (Gewohnheitsrecht) eine bestimmte Flexibilität. Zu den Sunniten, die in Afghanistan mehr als vier Fünftel der Gläubigen ausmachen dürften und auch weltweit die große Mehrheit der Muslime bilden, gehören die meisten Paschtunen, die Tadschiken und einige andere Persischsprechende, die Usbeken und Turkmenen sowie die Belutschen, Tschahar-Aimak, Paschai, die Bewohner Nuristans, einige Hasara und andere Gruppen (vgl. den Beitrag von Conrad Schetter zu den Stammesstrukturen).

Die Schiiten haben nach dem Tod des Propheten in der Frage nach dem rechtmäßigen Kalifennachfolger für dessen Schwiegersohn Ali ibn Abi Talib Partei ergriffen und hielten ihm, seiner Frau Fatima (die Tochter Mohammeds), seinen Söhnen Hassan und Hussein sowie den weiteren Nachkommen die Treue. Weltweit und auch in Afghanistan bilden sie heute die zweitgrößte

Glaubensrichtungen des Islams (1,8 Mrd. Gläubige 2015)

Lehrtätigkeit des Propheten Mohammed und Offenbarung des Koran 610 bis 632



Sunniten 85–90 %

Die Sunna ist die orthodoxe Hauptrichtung des Islams. Richtschnur sind Koran, Brauch (Sunna) und Überlieferung (Hadith) Moderne Reformsekte u. a.: **Wahabiten** in Saudi-Arabien, **Senussi** in Libyen, **Anmadija** in Pakistan

ca. 20 Mio. **Aleviten** in der Türkei: weltlich orientierte Gemeinschaft mit schiitischen Einflüssen

Asien und Afrika

Quelle: Informationen zur politischen Bildung – aktuell, 2002, Themenheft: Islam und Politik, Pew Research Center, 2017. © ZMSBW 05384-17

islamische Konfession mit besonderem Brauchtum und eigener Rechtstradition. Neben dem Koran und Berichten über das Leben des Propheten, seine Handlungen und Aussagen gehören auch bezeugte Berichte über Ali und seine Nachkommen zu den Grundlagen ihres Glaubenssystems. Danach bedürfen die Gläubigen der ständigen religiösen Führung durch einen unfehlbaren Lehrer, den Imam. Die Kette der Imame brach mit dem zwölften Imam, Mohammed al-Mahdi, ab. Die Schiiten gehen davon aus, dass er in der bis heute andauernden »Großen Verborgenheit« weiterexistiert und noch vor dem Jüngsten Gericht als Mahdi (der Rechtgeleitete) zurückkehren und ein »Tausendjähriges Reich der Gerechtigkeit« errichten wird. Sie werden dementsprechend als Zwölferschiiten bezeichnet. Zu ihnen gehören in Afghanistan der Großteil der Hasara, einige Persischsprechende Westafghanistans, die Ksilbasch und kleine Gruppen von Paschtunen. Größere schiitische Gemeinden existieren in Kabul, Herat, Ghasni, Kandahar und Logar sowie im Hasaradschat.

Unter den Schiiten Afghanistans gibt es Anhänger einer kleinen Gemeinde, die glauben, dass Ismail ibn Dschafar der siebte Imam ihrer Gemeinschaft sei. Ismail ibn Dschafar war ein Sohn des sechsten Imams, Dschafar ibn Mohammed as-Sadik, und soll bereits vor seinem Vater gestorben sein. Sie ignorieren jedoch seinen Tod und erwarten die Wiederkunft Ismails als Mahdi, woher sich ihre Bezeichnung als Ismailiten oder Siebenerschiiten ableitet. Ismailiten sind die in Badachschan lebenden Pamirvölkerschaften sowie die im Gebiet zwischen Bamian und Doschi lebenden Hasara. Schiiten und mehr noch Ismailiten litten in der Geschichte Afghanistans mehrfach unter Diskriminierungen, die vor allem auf den beschriebenen konfessionellen Unterschieden beruhten.

Feiertage und religiöse Gesetze

Die wichtigsten islamischen Feiertage (Persisch: Id; Paschto: Achtar) sind das Fest des Fastenbrechens (Fitr) am Ende des Fastenmonats Ramadan, der Geburtstag des Propheten (Maulud) und das Opferfest (Kurban), das mit einer Legende über die Errichtung des Heiligtums der Kaaba in Mekka verbunden ist. Schiiten begehen daneben einige besondere Feiertage, unter

denen der Trauertag zum Gedenken an den Tod von Imam Hussein und seinen Anhängern bei der Schlacht von Kerbela (Aschura) die wichtigste Rolle spielt. Das Neujahrsfest (Naurus), das zur Frühjahrs Sonnenwende am 21. März begangen wird, ist für alle Muslime Afghanistans das wichtigste Fest im Jahreszyklus und offizieller Feiertag. Es kann auf vorislamische Traditionen zurückgeführt werden und ist damit ein weiterer Beleg für die enge Verschmelzung des Islams mit regionalen Bräuchen und Vorstellungen (vgl. hierzu die Erinnerungstage im Anhang).

Religiöse Feiern begleiten den Lebenszyklus eines Gläubigen und markieren wichtige Lebensabschnitte. Die Aufnahme in die islamische Gemeinschaft erfolgt mit der Namensgebung, bei der ein Mullah dem Neugeborenen wenige Tage nach der Geburt einen Gebetsaufruf (Asan) ins rechte Ohr singt. Bei Mädchen ist die Anwesenheit eines Geistlichen nicht obligatorisch. Die Beschneidung der Jungen (Chatna, Sunnat) erfolgt zwischen dem siebten Tag nach der Geburt und dem Einsetzen der Pubertät, in der Regel jedoch vor Erreichen des Schulalters. Eine Eheschließung kann bereits im Kindesalter vereinbart werden. Die Hochzeit, die ebenfalls in Anwesenheit eines Mullahs vollzogen wird, bildet das wichtigste Fest im Leben, denn mit dem Ehestand erlangen Männer und Frauen einen neuen sozialen Status. Dieser ändert sich wiederum durch die Elternschaft, wobei vor allem die Geburt von Jungen mit großen Festen begangen wird. Aus verschiedenen Anlässen (Rückkehr eines Verwandten vom Armeedienst oder von einer langen Reise, Genesung von einer Krankheit, Abwehr offensichtlicher Bedrohungen u.a.) finden Opfer- und Almosenfeste statt, die auch bei Beerdigungen sowie vierzig Tage später zum Gedenken an einen Verstorbenen üblich sind.

Religiosität und Frömmigkeit zeigen sich nicht nur an den freigiebigen Opfergaben und Almosen, die an Feiertagen verteilt werden. Ebenso deutlich werden diese Verhaltensweisen der inneren religiösen Lebensführung durch das fünfmalige tägliche Gebet vermittelt, das die Gläubigen zu verrichten haben, durch das gemeinsame Freitagsgebet in einer Moschee sowie durch das Fasten und sonstige Enthaltensamkeiten zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang während des Fastenmonats Ramadan. Religiosität und Frömmigkeit prägen die grundlegenden Moralvorstellungen über Gut und Böse, über Anstand, Scham, Laster

sowie Ehre und durchdringen damit den gesamten Alltag. Wer als wohlgesinnter Fremder nach Afghanistan kommt, wird die großmütige Gastfreundschaft genießen, die ihm dort entgegengebracht wird, aber er wird kaum erahnen, dass seine Gastgeber bei allem Uneigennutz ihres Verhaltens damit auch ein wichtiges religiöses Gebot erfüllen.

Nicht alle Frauen bedecken ihr Haar oder ihr Gesicht, weil es ihnen von den erwachsenen männlichen Mitgliedern ihrer Familie so vorgeschrieben wird. Ihren Kleidungsgewohnheiten liegen in erster Linie andere Vorstellungen über Nacktheit, Scham und Blöße zugrunde, die in allen Kulturkreisen religiösen Ursprungs sind. Im Übrigen gebieten religiöse Kleidergebote auch den Männern in Afghanistan, keine eng anliegende Kleidung zu tragen und nicht barhäuptig oder kurzärmelig umherzulaufen. Auch Heirat und Elternschaft entsprechen einem religiösen Gebot. Zölibat und Kinderlosigkeit gelten dementsprechend als Makel. Überbevölkerung und Landmangel sind als gesellschaftliche Probleme deshalb vorprogrammiert, weil Kinderreichtum als göttlicher Segen angesehen wird. Es ist aber auch eine Folge islamischer Verhaltensnormen, dass es in Afghanistan keine Alters- oder Pflegeheime gibt. Solche Einrichtungen werden schlichtweg als menschenfeindlich erachtet. Die besondere Ehre, die ältere Menschen in diesem Land erfahren, beruht aber in erster Linie auf religiösen Überzeugungen. Wenn der jüngste Sohn einer Familie seine Eltern bis ins hohe Alter in seinem eigenen Haus beherbergt und versorgt, dann wird er damit auch einer Verantwortung vor Gott gerecht.

Im Alltag bedeutet Gläubigkeit vor allen Dingen Wohlerzogenheit. Die anerkannten Vorstellungen über Anstand, gute Manieren, Bescheidenheit und Freigiebigkeit werden als religiöse Pflichten angesehen, denn ihre Vermittlung ist Bestandteil der religiösen Bildung, die selbst als erste Pflicht eines jeden Gläubigen gilt.

Religiöse Erziehung

Die traditionelle Grundbildung umfasst die Alphabetisierung, die Rezitation religiöser und literarischer Texte, eine Einführung in die Glaubenspflichten sowie die Anstandslehre. Auf der

Religion im Alltag

- In Afghanistan – wie in islamischen Gesellschaften allgemein – wird alten Menschen großer Respekt entgegengebracht! Achten Sie darauf im Umgang mit ihnen!
- Ihre Kleidung sollte nie zu eng oder zu freizügig sein. Das gilt ganz besonders für Frauen, aber auch für Männer!
- Das islamische Zeitverständnis gründet auf der göttlichen Vorsehung. Das Schicksal des Menschen liegt in Gottes Hand, der auch über Ihre Zeit verfügt. Üben Sie sich in Geduld und stellen Sie sich auf andere Vorstellungen von Pünktlichkeit ein.
- Respektieren Sie den Ramadan! Nehmen Sie während dieser Zeit tagsüber in der Öffentlichkeit weder Speisen noch Getränke zu sich und rauchen Sie nicht.
- Bieten Sie Afghanen während des Ramadan tagsüber keine Speisen, Getränke oder Zigaretten an.
- Rechnen Sie damit, dass spätestens während der zweiten Tageshälfte die Menschen wegen ihrer Enthaltensamkeit unkonzentriert und nervös sind.
- Falls Sie während des Ramadan in der für Afghanistan typischen Weise zum Tee, einer Melone oder gar zu einem Essen eingeladen werden, lehnen Sie unter Vorwänden ab, ansonsten wäre Ihr Gastgeber gezwungen, Sie zu bewirten, ohne selbst etwas zu sich nehmen zu können.
- Halten Sie besonders während des Ramadan Abstand von Moscheen und betenden Menschen (keine Fotos schießen) und beachten Sie die Gebetszeiten der Muslime: Morgendämmerung, mittags, spät nachmittags, Sonnenuntergang und Nachteinbruch.
- Im Islam ist es verboten, das andere Geschlecht nackt zu sehen, auch wenn der Mensch bereits tot ist. Respektieren Sie das Verbot, nackte Körper zu zeigen, sei es auf Fotos, Plakaten oder real. Achten Sie darauf, keine entsprechenden Druckerzeugnisse herumliegen zu lassen. *(ml)*

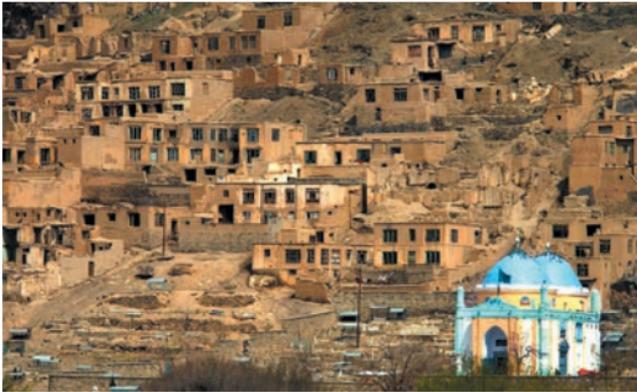
nächst höheren Bildungsstufe kommt das Erlernen der Schreibtechniken hinzu, sofern es nicht parallel in einer staatlichen Schule erlernt wurde, denn die Vermittlung von Schreibfähigkeit ist bei einer religiösen Ausbildung kein Bestandteil der primären Alphabetisierung. Die Grundbildung für Mädchen beinhaltet darüber hinaus eine Unterweisung in praktischer Haushaltslehre. Jungen werden im Alter von sechs oder sieben Jahren bei einem Mullah eingeschult, der meistens in einer Moschee unterrichtet. In manchen Gegenden gibt es auch Mädchenklassen, die von einer Lehrmeisterin vorwiegend in einem Privathaus abgehalten werden. Diese Klassen können anfangs auch von Jungen besucht werden, bis diese mit dem Einsetzen der Pubertät an einen Mullah weiter verwiesen werden. Solche religiösen Schulen (Maktab) ersetzen dort den staatlich organisierten Unterricht, wo dieser, aus welchen Gründen auch immer, nicht stattfinden kann, und werden ansonsten als sinnvolle Ergänzung der Ausbildung angesehen.

Auch wer keine Gelegenheit hatte, eine religiöse Schule zu besuchen, kennt alle wichtigen Glaubenspflichten (Fünf Säulen des Islams) und die anerkannten Vorstellungen über Anstand und Wohlerzogenheit. Die Lehrbücher und literarischen Werke (etwa von Saadi oder Hafis), in denen diese Kenntnisse vermittelt werden, sind wahre Volksbücher, die gern vorgelesen und zu großen Teilen auch auswendig gelernt werden. Außerordentlicher Beliebtheit erfreuen sich zudem legendenartige Erzählungen über Heilige, vor allem über Mohammed und Ali, aber auch über andere muslimische Propheten wie Moses (Musa) und Jesus (Isa). Letzterer wird in Afghanistan als großer Wundertäter angesehen und in vielen Liedern besungen. Die metaphorischen Lehren solcher Heiligenlieder oder -geschichten erfüllen stets auch eine didaktische Funktion. Im Zeitalter elektronischer Medien tragen zunehmend Tonbandkassetten, Audio- und Video-CDs mit Aufnahmen religiöser Sänger, Geschichtenerzähler oder Prediger zur islamischen Bildung bei (vgl. den Beitrag von Lutz Rzehak zur mündlichen Tradierung von Geschichte).

Eine höhere religiöse Bildung wird an islamischen Hochschulen (Medressen) erteilt, die in allen Provinzen des Landes zu finden sind. Die Stiftung einer Hochschule gilt als religiöses Verdienst. In der Regel werden dort kostenfreie Unterkunft und

Verpflegung gewährt. An den Universitäten gibt es theologische Fakultäten. Schon seit langer Zeit werden außerdem Hochschulen im Ausland aufgesucht, wobei die grenznahen Gebiete Pakistans und zum Teil auch Irans naturgemäß die wichtigste Rolle spielen. Die Attraktivität islamischer Hochschulen in diesen beiden Ländern hängt unter anderem damit zusammen, dass diese mit großzügigen Spenden von Privatpersonen und verschiedenen islamischen Organisationen versorgt werden. Wer an einer solchen Hochschule studiert, gilt über Jahre als versorgt, muss von seiner Familie nicht ernährt werden und erlernt zudem einen gottgefälligen Beruf.

picture alliance/dpa/Fotoreport/Boris Roessler



Die Sachi-Sahib-Moschee in Kabul überstand den Krieg unbeschadet.

Religiöse Würdenträger

Die Zahl der Geistlichen und Theologen geht in Afghanistan heute wohl in die Hunderttausende. Es gibt keine einheitliche Führung und geschlossene Organisationsstruktur. In der Hauptstadt und in den Provinzen verfügen die Gemeinden aber durchaus über hierarchische Strukturen, die zum Teil – etwa in Gestalt der Verwaltungen für religiöse Stiftungen (Wakf) – auch in die staatliche Verwaltung eingebunden sind. Grob gesehen lassen sich Geistliche und Theologen in folgende Kategorien einteilen: Ein besonderes Ansehen und außerordentlich großen Einfluss genießen die Anführer religiöser Orden (Pir, Hasrat, Eschan) und höhere theologische Gelehrte (Ulema). Eine mittlere Schicht bilden die zahlreichen Moscheevorsteher (Imame) und Mullahs, lokale Richter (Kadi), Leiter und Lehrer islamischer Bildungsein-

richtungen (Achund) sowie Personen, die an einer islamischen Hochschule studiert haben (Maulawi). Schließlich sind auch Koranrezitatoren (Kari), Prediger (Chateb) und Gebetsrufer (Muezzin) hinzuzuzählen.

Mit diesen Geistlichen und Theologen sind keineswegs alle Personenkreise erfasst, die in Afghanistan ein besonderes religiöses Ansehen genießen. Personen, die den Titel eines »Sayed« im Namen führen, gelten als Nachfahren des Propheten Mohammed und erfahren ob dieser edlen Abstammung eine besondere Verehrung. Das gleiche gilt für Personen, die sich auf verschiedenste Arten durch eine besonders gottgefällige Lebensweise auszeichnen. Hierzu zählen Großmut und außerordentliche Freigiebigkeit, was mit dem Titel eines »Sachi« gewürdigt wird, oder auch eine besonders asketische Lebensweise, für die vor allem zahlreiche Wandererwische (Malang) Verehrung erfahren. Letztere sind häufig in der Nähe von Friedhöfen oder Heiligengräbern zu finden.

Heiligenverehrung und Heiligtümer

Unter den tausenden Moscheen und Gebetsstätten des Landes gilt der mit blauen Fliesen verkleidete Komplex Rausa-ye Scharif (»Edler Garten«) in Masar-e Scharif als besonderes Heiligtum. Er wurde im 15. Jahrhundert in der Nähe der angeblichen Grabstätte Alis, des vierten Kalifen und Schwiegersohns des Propheten, errichtet. Jedes Jahr am islamischen Neujahrstag lockt das Heiligtum Wallfahrer aus allen Landesteilen in die Stadt, das dieser Grabstätte auch ihren Namen gab: Masar-e Scharif (»Edles Heiligengrab«). Dort versammeln sich die muslimischen Gläubigen zum »Tulpenfest« auf dem Platz zwischen Moschee und Mausoleum, wo vierzig Tage lang eine von Kaufleuten, Stadtbehörden und Pilgern gestiftete Glaubensfahne (Dschanda) weht.

Die Provinz Balch wird wegen der großen Zahl an Pilgerstätten, von denen viele zudem mit Personen aus den Frühzeiten des Islams in Verbindung gebracht werden, insgesamt als eine sehr heilige Gegend angesehen. Weitere Gebetsstätten von überregionaler Bedeutung sind unter anderem die Freitagsmoschee in Herat, die »Grüne Moschee« von Mohammed Parsa in Balch,

die Moscheen Schah-e Doschamschera (»Zwei-Schwerter-König«) und Pol-e Cheshti (»Ziegelbrücke«) in Kabul sowie der Moscheekomplex am Grabmal des ersten afghanischen Königs Achmad Schah Durrani in Kandahar. Hier wird als wertvolle Reliquie jener Mantel des Propheten aufbewahrt, den der Talibananführer Mullah Omar getragen haben soll, als er 1996 auf eines der Dächer im Zentrum der Stadt stieg, um vor Tausenden von Gläubigen das Islamische Emirat Afghanistan auszurufen und sich zum Amir al-Muminin, zum »Oberhaupt der Gläubigen« ernennen zu lassen.

Der Islam in Afghanistan zeichnet sich durch einen lebendigen Heiligenkult aus. Die Verehrung von Heiligen (Bosorg, Wali) basiert auf der Vorstellung, dass Gott Personen wohlgefällig ist, die ihm nahestehen. Nähe zu Gott zeigt sich in einer gottgefälligen Lebensweise, Heiligkeit manifestiert sich in Wundertaten, und so zeichnet Gott Personen, die ihm nahestehen, als Belohnung für ihre Rechtschaffenheit und ihren festen Glauben mit göttlicher Segenskraft (Barakat) aus. Diese wiederum kann über die Vermittlung solcher Gottesfürchtigen auch anderen Personen zuteil werden. Überall in Afghanistan findet man Heiligengräber (Masar, Siyarat) oder Orte, an denen sich Heilige aufgehalten haben sollen. Pilger suchen sie auf, um bei den Heiligen Hilfe bei der Lösung von Problemen zu erbitten oder um Heilung oder Abwehr von Krankheiten zu erhoffen. Wegen der idyllischen Lage einiger Heiligengräber dient die Wallfahrt oft auch der Erholung. Lebende Personen können ebenfalls als Heilige angesehen und um Fürbitte bei Gott ersucht werden.

Große Beliebtheit genießt die islamische Mystik (Tasawwof). Viele Mystiker oder Freunde der Mystik haben sich in Ordensgemeinschaften zusammengefunden, die auf eine jahrhundertealte Geschichte zurückblicken können und nicht selten zu offenen oder versteckten Trägern politischer Bewegungen wurden.

Eine Politisierung des Islams, die im Aufruf zum Kampf gegen eine Herrschaft von Ungläubigen mündet, ist in der Geschichte Afghanistans eine vergleichsweise junge Erscheinung. Eingeleitet wurde sie durch die drei Anglo-Afghanischen Kriege (vgl. den Infokasten auf S. 24). Die Niederlagen, die das Empire in diesen militärischen Auseinandersetzungen erleiden musste, verliehen dem Glaubenskampf (Dschihad) eine nachhaltige politische Kraft.

In den innenpolitischen Konflikten des 20. Jahrhunderts wurde diese Kraft immer dann mobilisiert, wenn Reformbemühungen auch auf Fragen ausgedehnt wurden, die als wichtige, wenn auch oft nur als äußerliche Kennzeichen eines gottgefälligen Lebens galten. Wie beim Verhüllungsgebot für Frauen wurden Merkmale einer islamischen Lebensweise dadurch zu politischen Symbolen. Das vergleichsweise offene Leben in der Landeshauptstadt entfernte sich immer mehr vom konservativen Milieu des ländlichen Raums, wo sich meistens religiös begründeter Widerstand formierte. Im Kampf gegen die sowjetische Invasion erfuhr die Politisierung des Islams eine wachsende Internationalisierung, die sich nicht nur in der ausländischen Unterstützung für die Glaubenskämpfer (Mudschaheddin) zeigte. Afghanische Mudschaheddin werteten den Zerfall der Sowjetunion, der bald nach dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan erfolgte, und sogar den Fall der Berliner Mauer als eigenes politisches Verdienst und sahen sich selbst in den weltpolitischen Auseinandersetzungen immer mehr als »Global Player«.

Die von weiten Bevölkerungsteilen als fremd empfundene Auslegung und Praktizierung des Islams während der Herrschaft der Taliban, die welt- und innenpolitischen Folgen der Attentate vom 11. September 2001 und die allgemeine Kriegsmüdigkeit führten diesbezüglich zu einer Ernüchterung, sodass das Wort »Mudschahed« im afghanischen Sprachgebrauch bald weniger »Glaubenskämpfer« als vielmehr »Räuber«, »Wegelagerer« und »Verbrecher« bedeutete. Bestehen bleiben der Wunsch nach einer nationalen Unabhängigkeit, die nicht nur auf dem Papier gegeben ist, und das Bestreben, alle Fragen des täglichen Lebens so zu regeln, wie es den meisten Menschen trotz religiöser Wurzeln schlichtweg als naturgegeben erscheint.

Lutz Rzehak



Wandernde Nomadenfamilien sind in Afghanistan ein alltägliches Bild. Im Land lebt eine Vielzahl von Stämmen und Ethnien. Die Vielfalt der Sprachen, Dialekte und religiösen Gemeinschaften ist kaum überschaubar. Phasen der Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft änderten an dieser Vielfalt nichts. Bis heute prägen traditionell lebende Clangemeinschaften das Leben der afghanischen Provinz.

Das Bild zeigt einen Angehörigen der Aimak, einer Nomadenkonföderation, die nur rund zwei Prozent an der Bevölkerung Afghanistans ausmacht. Die Aimak leben in Zentralafghanistan. Ihre Muttersprache ist zumeist Persisch.

■ Stammesstrukturen und ethnische Gruppen

Die Lage Afghanistans an der Schnittstelle zwischen Westasien, Zentralasien und dem Indischen Subkontinent bedingt eine enorme kulturelle Vielfalt (Sprachen, Konfessionen usw.). Ausdruck dessen ist die Vielzahl unterschiedlichster Volksgruppen. Wenngleich außenstehende Betrachter dazu neigen, diese ethnischen Gruppen zum wesentlichen Identitätsbezug der afghanischen Bevölkerung zu erheben, so stellen sie in der Praxis doch recht verschwommene Gebilde dar. Grenzen zwischen den Völkerschaften sind häufig kaum zu ziehen. Vielen Afghanen ist nicht einmal der Name ihrer Ethnie bekannt, und noch weniger verfügen sie über eine gemeinsame Identität. Je nach Situation wechseln einzelne Menschen sogar ihre ethnische Identität. Dies ist gebunden an den jeweiligen sozialen Kontext und kann von Nützlichkeitsabwägungen oder dem Wunsch nach Abgrenzung abhängen. Es ist daher unmöglich zu sagen, wie viele ethnische Gruppen es in Afghanistan gibt. Die Angaben schwanken zwischen 50 und 200, weshalb auch Schätzungen über ihre Größe sehr umstritten sind. Ein weiteres Problem ist, dass sich viele Ethnien kaum lokalisieren lassen, da oftmals mehrere Volksgruppen gemischt innerhalb eines Siedlungsgebietes leben.

Ethnische Gruppen wie die Paschtunen, Belutschen, Tschahar-Aimak oder Turkmenen definieren sich vor allem über ihre Stammesstrukturen. In diesem Zusammenhang wird der Begriff »Stamm« in Afghanistan grundsätzlich positiv für diejenigen Gemeinschaften verwendet, die sich über einen gemeinsamen Ahnherrn definieren können. Zumindest in der Idealvorstellung ihrer Angehörigen bauen die Stämme auf verwandtschaftlichen Beziehungen auf. Ein solcher Stamm ist in verschiedene Unterstämme gegliedert, die sich wiederum in Substämme und Clans verästeln.

Die Volkszugehörigkeit gewann in der afghanischen Politik der letzten 100 Jahre immer wieder an Bedeutung. So sah die afghanische Nationalideologie bis in die 1970er-Jahre hinein die Paschtunen als die »eigentlichen Afghanen« an, weshalb die Begriffe »Afghane« und »Paschtune« auch synonym verwendet wurden. Obgleich der afghanische Staat den Zugang zu staatli-

chen Ressourcen auch über ethnische Zugehörigkeiten steuerte, traten Konflikte zwischen den Volksgruppen in Afghanistan vor dem Ausbruch des Krieges 1979 nur auf lokaler Ebene auf. Den Staat sahen die meisten Einwohner als etwas Abstraktes, weit Entferntes und Feindliches an, sodass die Diskussion über die nationale Identität einer kleinen Schicht urbaner Intellektueller vorbehalten blieb. Dies änderte sich während des Afghanistankrieges. Die kommunistische Regierung förderte über ihre Nationalitätenpolitik das Selbstbewusstsein ethnischer Minderheiten. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und der Machtergreifung der Mudschaheddin wurden die Kämpfe nicht mehr entlang ideologischer, sondern vornehmlich entlang ethnischer Bruchlinien ausgetragen. Seit dem Ende der Taliban-Herrschaft spielt Ethnizität in der afghanischen Politik eine herausragende Rolle. So vermochte es bislang keine Regierung, eine nationale Identität zu stärken und ethnische Differenzen abzuschwächen. Gerade bei Wahlen und der Besetzung von Ämtern spielt die ethnische Zugehörigkeit eine herausragende Rolle. Dennoch ist bei der politischen Analyse Obacht geboten. Denn für die meisten Afghanen sind nach wie vor Familien- und

Die größten ethnischen Kategorien in Afghanistan

(Gesamtbevölkerung: ca. 30 Millionen, Anteil in Prozent)

Ethnie	Sprache	Konfession	Anteil (in %)
Paschtunen	Paschto	Sunniten	35–50
Tadschiken	Dari (= Persisch)	Sunniten	20–35
Usbeken	Usbekisch	Sunniten	8–15
Hasara	Dari	Schiiten	7–25
Aimak	Dari	Sunniten	3–8
Turkmenen	Turkmenisch	Sunniten	1–3
Belutschen	Belutschi	Sunniten	< 1

(zahlreiche weitere Ethnien und Sprachen)

Berechnung Conrad Schetter nach: Die ethnischen Gruppen Afghanistans.

Hrsg. von Erwin Orywal, Wiesbaden 1986, S. 70 f.



picture alliance/AP Photo

Nomadenfamilie auf dem Highway Dschalalabad–Kabul, April 2014. Nomaden leben vor allem im Nordosten und Süden Afghanistans sowie in Pakistan. Sie gehören überwiegend der Volksgruppe der Paschtunen an.

Clanzugehörigkeiten, die oftmals ethnische Grenzen überschreiten, weitaus wichtiger als eine gemeinsame ethnische Identität.

Die *Paschtunen* bilden nicht nur die größte ethnische Gruppe in Afghanistan, sondern stellen auch die zahlenmäßig größte Stammesgesellschaft der Welt dar. Sie leben im südlichen und östlichen Afghanistan sowie im nordwestlichen Pakistan. Die Stammeskonföderationen der Durrani in Südwestafghanistan und der Ghilsai in Südostafghanistan vereinen mehrere der großen Stämme. Alle Paschtunen glauben, dass sie von einem gemeinsamen Ahnen, Kais (nach dem Übertritt zum Islam Abdurraschid), abstammen. Die Paschtunen sind überwiegend Sunniten und sprechen Paschto, eine eigenständige ostiranische Sprache. Zumindest im Idealbild sind die Paschtunen durch Gleichheit und die individuelle Souveränität ihrer männlichen Mitglieder bestimmt. Dies führt dazu, dass ein Paschtune niemanden über sich duldet, was immer wieder Konflikte hervorruft. Um Streitigkeiten und Spannungen zu verhindern oder zumindest Konfliktlösungen herbeizuführen, steht den Paschtunen in der Dschirga (Versammlung) ein Kommunikationsforum zu

Sprachverhalten

Das Persische (auch: Dari) verfügt über eine in vielen Nuancen ausgeprägte Schrifttradition. Es ist in Afghanistan die führende Sprache in den Bereichen Verwaltung, Wissenschaft, Literatur und Religion. Das Persische wird in dieser Funktion auch von Personen benutzt, die eine andere Erstsprache sprechen. Die Schriftsprache des Paschto ist ähnlich entwickelt, allerdings ist das Paschto unter Nicht-Paschto-Sprechern in einem geringeren Maße verbreitet als das Persische unter Nicht-Persisch-Sprechern. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass das Persische (ähnlich wie das Englische) für Anfänger zu Beginn leicht zu erlernen ist, wogegen das Paschto als eine sehr flexionsreiche Sprache (ähnlich wie das Französische oder Russische) dem Lernenden von Anfang an größere Hürden in den Weg stellt. In vorwiegend paschtosprachigen Gebieten wird in den Grundschulen neben Paschto auch Persisch unterrichtet, in vorwiegend persischsprachigen Gebieten neben Persisch auch Paschto. Zweit- oder Drittsprachen sind ebenso unter Personen verbreitet, die nie eine Schule besucht haben, da sie im alltäglichen Umgang angewandt werden (müssen).

Persisch (Dari) in Afghanistan weist in der Schriftsprache nur geringe Unterschiede zur persischen Sprache Irans auf. Es gibt aber auffällige Unterschiede in der Aussprache und bei Begriffen des Grundwortschatzes. Eine der Schriftsprache nahestehende Form der gesprochenen Hochsprache wird nur von Literaten und Nachrichtensprechern benutzt. Ansonsten herrscht eine umgangssprachliche Form vor, die stark vom schriftsprachlichen Standard abweicht. Die Umgangssprache in Kabul wird heute in ganz Afghanistan als gesprochener Standard des Persischen angesehen. Als gesprochene Sprache steht das Persische auch dem Tadschikischen von Tadschikistan nahe, das für die geschriebene Sprache jedoch ein kyrillisches Schriftsystem verwendet.

Die Schriftsprache des Paschto ist nicht in demselben Maße standardisiert wie die des Persischen. Das Paschto zerfällt zudem in zahlreiche Dialekte, die zueinander wie auch im Verhältnis zur geschriebenen Sprache große Unterschiede aufweisen. Obwohl das Persische mit geringen Einschränkungen in ganz Afghanistan verstanden wird, sind Kenntnisse des Paschto unerlässlich, um in Afghanistan zurechtzukommen.

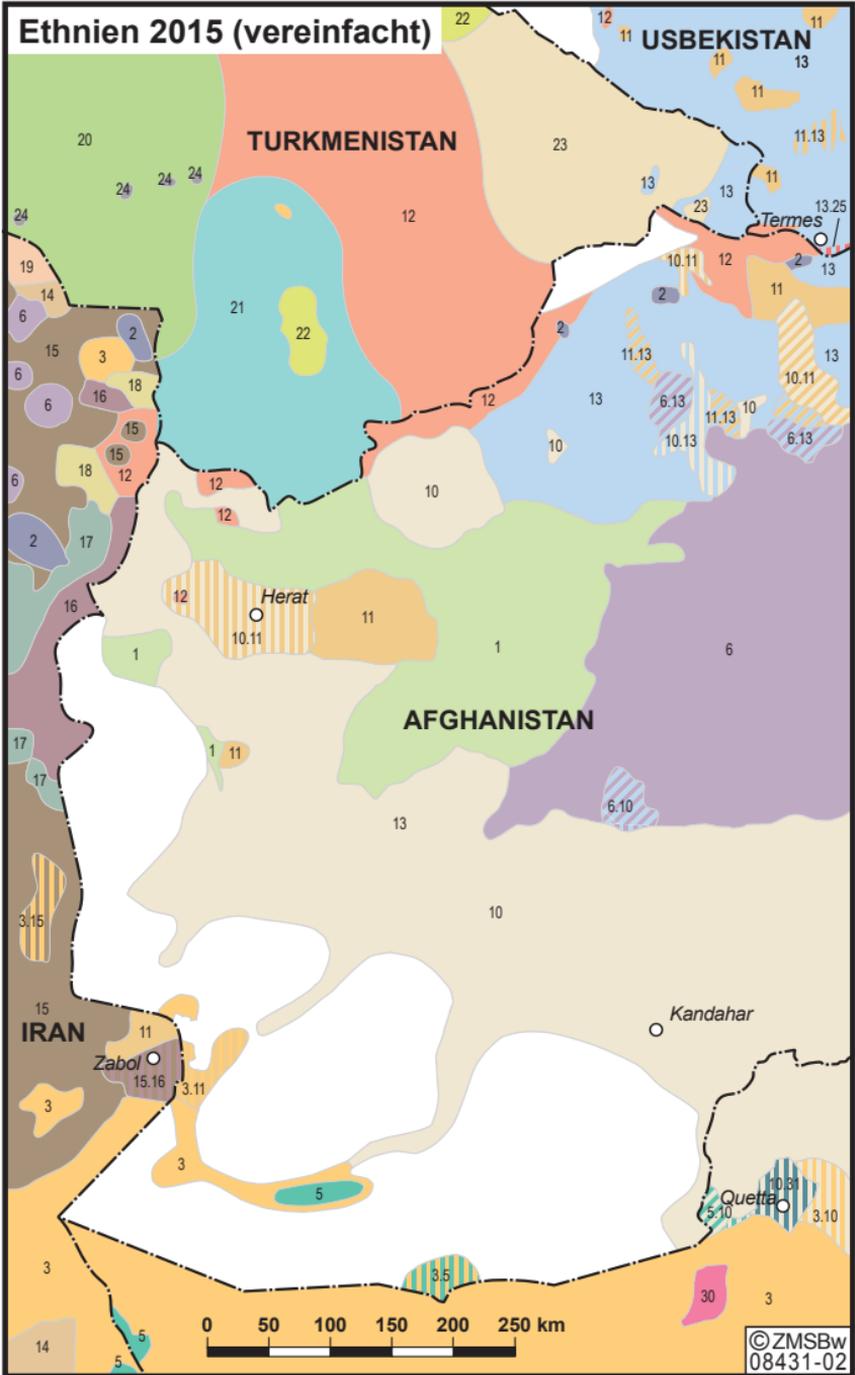
Alle anderen Sprachen Afghanistans haben de facto keine Schriftform entwickelt, was aber nicht bedeutet, dass die Sprecher dieser Sprachen eine schriftlose Kultur besäßen. Schriftlichkeit kommt auch bei ihnen auf Persisch oder Paschto zum Ausdruck. Wer Lesen und Schreiben lernt, lernt zugleich eine dieser beiden Sprachen. In jüngerer Zeit gibt es (auch mit deutscher Unterstützung) Bemühungen, Schriftsysteme für die Sprachen Usbekisch, Turkmenisch, Belutschi, Nuristani (Kati), Paschai und Schughni zu entwickeln. Einige dieser Sprachen fungieren in ihren Verbreitungsgebieten auch als lokale Umgangssprache.

Die Alphabetisierung erfolgt nicht nur in staatlichen Schulen, sondern ebenso in islamischen Bildungseinrichtungen, die bei oder in einer Moschee, in Privathäusern oder in gesonderten Einrichtungen betrieben werden.

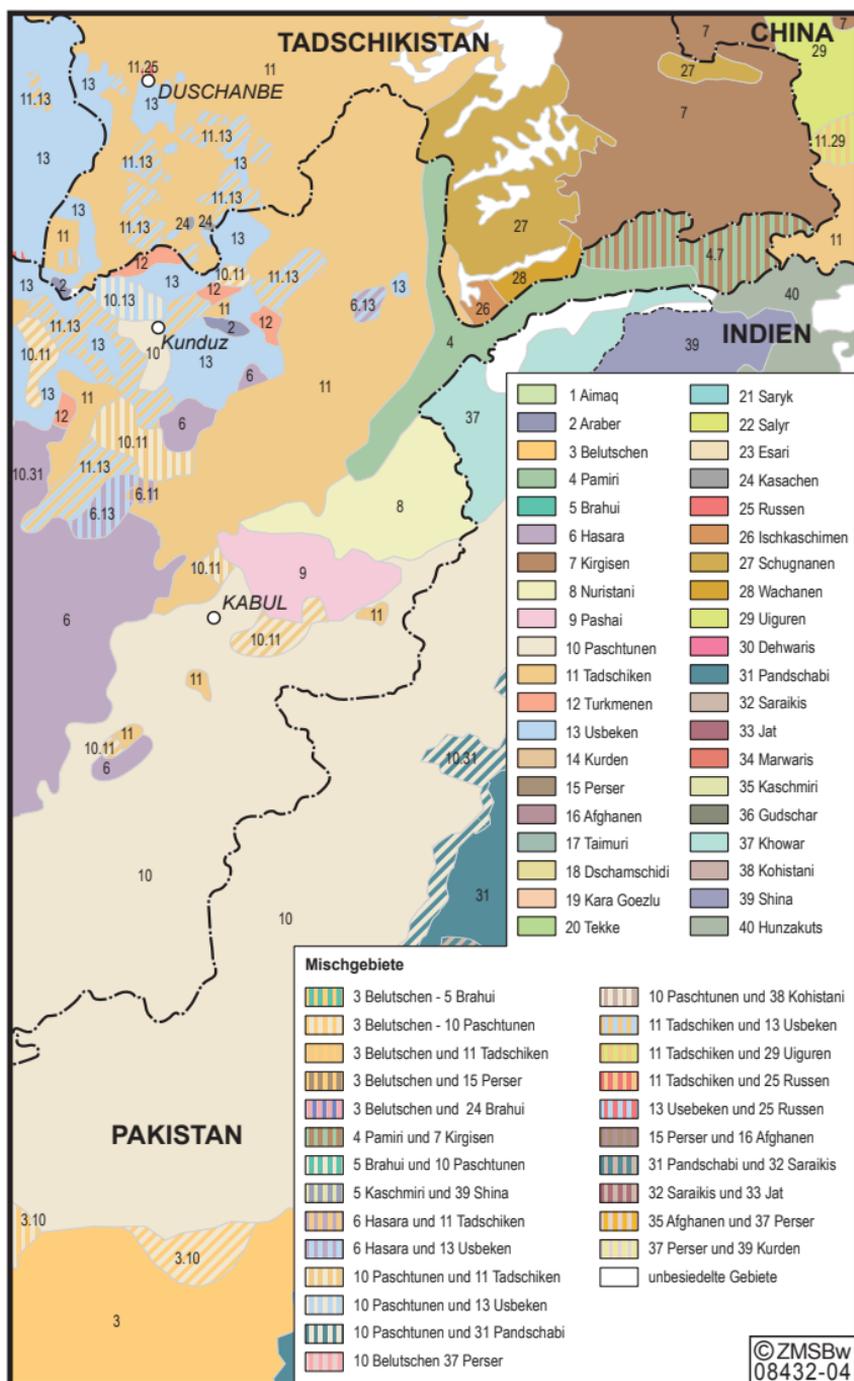
Trotz der langen Schrifttradition spielt das geschriebene Wort im afghanischen Alltag nicht dieselbe Rolle wie in anderen Kulturkreisen. Ein umso höherer Wert wird dem gesprochenen Wort beigemessen. Redegewandtheit, rhetorische Begabung, ein gewählter Wortschatz und eine bildhafte Sprache genießen hohe Wertschätzung und können maßgebend den Einfluss und die Überzeugungskraft bestimmen, über die eine Person verfügt. (1r)

Verfügung, in dem verbindliche Entscheidungen herbeigeführt werden sollen.

Der ungeschriebene Ehren- und Rechtskodex, das Paschtunwali, regelt das Zusammenleben der Paschtunen, wenngleich einzelne Inhalte von Stamm zu Stamm variieren und das Paschtunwali im 20. Jahrhundert seinen zwingenden Charakter für die in den Städten lebenden Paschtunen verloren hat. Der Kerngedanke des Paschtunwali fußt auf der Vorstellung, dass die Existenz des Einzelnen, des Clans, des Stammes, ja aller Paschtunen ständig bedroht ist. Diese feindliche Weltsicht bildet die Grundlage des paschtunischen Selbstverständnisses, von der sich jeder männliche Paschtune durch bestimmte Verhaltensweisen positiv abheben muss. So ist jeder Paschtune bemüht, seine Ehre über den Schutz seines Besitzes zu wahren, worunter auch der »weibliche Teil der Gemeinschaft« verstanden wird. Die nachgeordnete



Stammesstrukturen und ethnische Gruppen



te Stellung der Frau in der paschtunischen Gesellschaft basiert auf Wertvorstellungen der Stammesgesellschaft und ist nicht islamischen Ursprungs. Überhaupt kollidieren immer wieder paschtunische mit islamischen Wert- und Ordnungsvorstellungen – so etwa im Erbrecht und in der Gerichtsbarkeit, da der Islam die Blutrache verbietet. Auch steht der islamische Geistliche außerhalb der paschtunischen Stammesordnung. In ihrem Selbstverständnis sehen sich die Paschtunen als die eigentlichen Afghanen. Das afghanische Königshaus, das bis 1747 zurückreicht, gehört den Stämmen der Sadosai und Mohammadsai aus der paschtunischen Stammeskonföderation der Durrani an.

Die *Tadschiken* sind die zahlenmäßig zweitgrößte Volksgruppe. Sie sind im ganzen Land zu finden, jedoch besonders stark in der Region Herat und in Nordostafghanistan. Darüber hinaus wird in Afghanistan der Begriff »Tadschike« für Menschen verwendet, die sich keiner ethnischen Kategorie zuordnen lassen (Nicht-Paschtune, Nicht-Hasara usw.), und als Bezeichnung für alle persisch sprechenden Sunniten. Die Tadschiken stellen einen Großteil der Intelligenzija und bestimmten bis in die 1990er-Jahre das Wirtschaftsleben. Auch die Farsiwan und Tschahar-Aimak werden häufig als Tadschiken bezeichnet. Der Begriff »Farsiwan«, in vielen Teilen Afghanistans ein Synonym für Tadschike, wird in Westafghanistan exklusiv für die schiitischen Persischsprecher verwendet. »Tschahar-Aimak« ist ein Oberbegriff für verschiedene in Stämmen organisierte Volksgruppen, die in den gebirgigen Regionen Westafghanistans leben und ebenfalls Dari sprechen.

Die *Hasara* werden über ihr turko-mongoloides Aussehen, ihre schiitische Konfessionszugehörigkeit und ihre Sprache (Hasaragi), ein mit mongolischen Wörtern versetzter Dialekt des Persischen, abgegrenzt. Überdies ist für die Definition der Hasara bedeutend, dass diese bis in die 1950er-Jahre konzentriert in Zentralafghanistan, dem Hasaradschat, lebten. Die Hasara stellen in Afghanistan die am stärksten benachteiligte und ausgegrenzte Gruppe dar und wurden immer wieder als Abkömmlinge der Mongolen bezeichnet. Das Volk der Hasara wurde vor Ausbruch des afghanischen Bürgerkriegs ungefähr auf eine Million Menschen geschätzt. Jüngere, von Hasara publizierte Schätzungen gehen allerdings von vier bis sieben Millio-



picture alliance/AP Photo

Männer der Volksgruppe der Hasara in Kabul, September 2013.

nen aus. Das Argument für diese Angaben lautet, dass viele von ihnen ihre eigentliche Identität aufgrund der repressiven Politik aller afghanischen Regierungen ihrer Volksgruppe gegenüber verbergen und sich als Tadschike, Usbeke oder Paschtune ausgeben mussten.

Als eine weitere schiitische Ethnie sind die *Kisilbasch* zu nennen. Die Bezeichnung *Kisilbasch* ist türkischen Ursprungs und wird gemeinhin mit dem Wort »Rotköpfe« übersetzt. Bei den Angehörigen dieser Volksgruppe handelt es sich um die Nachkommen von Turkstämmen aus Aserbaidschan, die im 18. Jahrhundert vom persischen Herrscher Nadir Shah als Besatzungstruppen in afghanischen Städten eingesetzt wurden und damals rote Kopfbedeckungen trugen. Die *Kisilbasch* sind Schiiten, sprechen Persisch und leben in den urbanen Zentren Afghanistans. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert finden sie sich in Schlüsselpositionen der Verwaltung.

Weitere nationale Minderheiten in Afghanistan sind die im Norden lebenden *Usbeken*, die der sunnitischen Richtung des Islams anhängen und eine osttürkische Sprache, Usbekisch, sprechen. In Nordafghanistan finden sich außerdem *Turkmenen*, die ebenfalls Sunniten sind, über eine Stammesorganisation ver-

fügen und eine südwesttürkische Sprache sprechen, die dem Türkischen recht verwandt ist, aber vom Usbekischen abweicht. Viele Usbeken, Turkmenen und auch Tadschiken sind erst in den 1920er-Jahren im Zuge der Sowjetisierung Zentralasiens nach Afghanistan eingewandert. Sie bezeichnen sich bis heute als »Muhadscherin« (Flüchtling).

Im Südwesten des Landes, besonders entlang des Helmand, leben mehrere hunderttausend *Belutschen*. Ähnlich wie die Paschunen und Turkmenen sind auch sie in Stämmen organisiert. Die Sprache der Belutschen, das Belutschi, eine nordwest-iranische Sprache, ist dem Dari verwandt.

Besonders der Hindukusch beherbergt eine Vielzahl unterschiedlicher Völkerschaften. Unter dem Begriff *Nuristani* werden mehrere Ethnien zusammengefasst, die am Südhang des Hindukusch, nördlich von Dschalalabad, leben und verschiedene indoarische Sprachen sprechen. *Nuristani* bedeutet »Bewohner des Landes des Lichtes«. Diese Bezeichnung verweist auf die spät erfolgte Zwangsislamisierung durch den afghanischen Herrscher Emir Abdurrachman 1895/1896. Zuvor wurde dieses Gebiet *Kafiristan*, »Land der Ungläubigen«, genannt, da seine Einwohner animistischen Religionen anhingen. *Kafiristan* gelangte zu einem gewissen Bekanntheitsgrad durch Rudyard Kiplings Novelle »Der Mann, der König sein wollte«, 1975 unter dem gleichnamigen Titel mit Sean Connery und Michael Caine in den Hauptrollen verfilmt, in der es zu einem der letzten »Weißen Flecken« auf den Landkarten des ausgehenden 19. Jahrhunderts stilisiert wurde (vgl. Filmtipps im Anhang).

Südwestlich der *Nuristani* leben die *Paschai*, die nach der gleichnamigen indoarischen Sprache benannt werden. Für sie wird auch die persische Bezeichnung *Kohistani* (Bergbewohner) verwendet. Nördlich der *Nuristani* bewohnen verschiedene Lokalgruppen den Hindukusch, die diverse nordostiranische Sprachen sprechen und überwiegend dem ismailitischen Glauben angehören (im 8. Jahrhundert durch Kirchenspaltung entstandene, islamisch-schiitische Glaubensgemeinschaft mit weltweit 15 Millionen Mitgliedern, vgl. Schaubild »Glaubensrichtungen des Islams«, S. ###). Als Oberbegriff für diese Ethnien hat sich der Terminus *Berg-Tadschiken* oder *Pamiri* eingebürgert. Schließlich sind

noch wenige Tausend turksprachige *Kirgisen* zu nennen, die im Wachan-Korridor als Nomaden siedeln.

Weitere in Afghanistan anzutreffende Volksgruppen sind *Araber*, *Kasachen*, *Tataren* und *Mogol* in Nordafghanistan, *Brahui* und *Dschat* in Südafghanistan, *Gudschar* in Ostafghanistan sowie *Hindus* und *Sikhs*, die in ost- und südafghanischen Städten leben.

Conrad Schetter



In Afghanistan spielen Patronageverhältnisse nach wie vor eine wichtige Rolle. Sie sind gekennzeichnet durch Loyalität von unten nach oben. Als Gegenleistung werden Schutz und Privilegien von oben nach unten gewährt. Der Norden Afghanistans weist wegen seiner Nähe zu den Nachbarstaaten und der damit verbundenen Zusammensetzung der Bevölkerung einige Besonderheiten auf. Hier ringen der Tadschike Atta Mohammad Nur als langjähriger Provinzgouverneur und »König des Nordens« und der Usbeke Abdul Raschid Dostum als Vizepräsident seit Langem um die Vorherrschaft.

Das Bild vom August 2017 zeigt Demonstranten in Scheberghan, die von der Regierung in Kabul Gerechtigkeit und Solidarität fordern. Auf dem Plakat ist Abdul Raschid Dostum abgebildet. Nominell ist Dostum, der von Mai 2017 bis zum 22. Juli 2018 im Exil in der Türkei lebte, noch Vizepräsident von Afghanistan, wobei Aschraf Ghani bereits angekündigt, bei der nächsten Präsidentenwahl mit Amrullah Saleh als Vizepräsidentchaftskandidat antreten zu wollen. Im Westen ist Dostum vor allem als Warlord bekannt.

■ Patronageverhältnisse: Der Kampf um Macht und Einfluss am Beispiel der Provinzen Balch und Kundus

Das öffentliche Leben in Afghanistan ist von Patronageverhältnissen geprägt. Einflussreiche Personen auf jeder Ebene – Familie, Clan, Nachbarschaft, in der Provinz oder auch landesweit – nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden materiellen und ideellen Ressourcen, um möglichst viele Wünsche ihrer Klientel zu erfüllen. Nur dadurch können sie auf deren Loyalität zählen, was wiederum die Grundlage ihrer Macht bildet. Umgekehrt hat die Klientel großes Interesse daran, dass »ihr« Patron stark ist – zumindest solange sie ihre Interessen ausreichend und besser als bei etwaigen Konkurrenten berücksichtigt sieht. Über Traditionen und Nützlichkeitsabwägungen hinaus sind die Handlungsspielräume der Beteiligten kaum geregelt. Gerade deswegen sind Ansehen und Ehre lebenswichtiges Kapital: Sie bestimmen den »Marktwert« im Patronagesystem. Ohne Fürsprecher können eigene Rechte kaum durchgesetzt werden.

Das Patronagesystem ist immer mehrstufig: Patrone der niedrigeren Ebene suchen auf der nächsthöheren Ebene Fürsprecher, deren Einfluss ihrer eigenen Klientel zugutekommt. Solidargruppen können dabei vorgegeben und einigermaßen klar abgrenzbar sein (etwa Familien oder Dorfgemeinschaften), sie sind auf den höheren Ebenen aber oft recht flexibel. Ethnische Kriterien können eine Rolle spielen, in der Regel treten ethnische Gruppen aber nicht per se als Solidargruppen auf. Individuen können in unterschiedlichen Solidargruppen vertreten sein und Beziehungen zu ehemaligen und potenziellen künftigen Patronen unterhalten.

Gewaltsame Konflikte mit rivalisierenden Gruppen sind gelegentlich willkommen; sie ermöglichen es, erbeutete Ressourcen (Land, Wasserrechte, Ansehen) dem eigenen Patronagesystem hinzuzufügen. Oft sind sie aber ein Störfaktor und schwächen am Ende beide Gruppen, was wiederum ihre Stellung im Gesamtsystem verschlechtert. Initiativen zur Eindämmung von Konflikten finden daher sowohl *bottom-up*, von unten nach oben, statt, etwa durch Älteste der betroffenen Gemeinschaften, als

auch umgekehrt, *top-down*, durch höherstehende Patrone. Viele Konflikte schwelen über lange Zeiträume und prägen das Leben der Menschen.

Die Provinz Balch zwischen Nur und Dostum

Ein solcher Konflikt zwischen mächtigen Patronen besteht in der Provinz Balch seit vielen Jahren zwischen dem langjährigen Provinzgouverneur Atta Mohammad Nur und Vizepräsident Abdul Raschid Dostum (Stand 2019). In den 1980er-Jahren war Dostum ein bedeutender Kommandeur paramilitärischer Milizen des kommunistischen Regimes, Atta ein Feldkommandeur der aufständischen Mudschaheddin. Attas Gruppierung, die Dschamiat-e Islami oder kurz Dschamiat, war die mächtigste Mudschaheddin-Fraktion in Balch und setzte ihre Vorherrschaft gegenüber anderen Fraktionen in blutigen Kämpfen durch. Das Ende der kommunistischen Herrschaft läutete allerdings Dostum ein: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Ende 1991 blieb deren Unterstützung für das Regime in Kabul aus und somit auch die Zuwendungen von Kabul an Dostum, die er wiederum benötigte, um seine Unterkommandeure auf Linie zu halten.

Im März 1992 wagte Dostum den aus seiner Sicht folgerichtigen Seitenwechsel. Er schloss sich mit den Mudschaheddin zusammen (Kontakte hatte es selbstverständlich immer gegeben) und besetzte kampflos die Metropole des Nordens, Masar-e Scharif. Binnen kürzester Zeit brach das kommunistische Regime im ganzen Land zusammen, allerdings kam es verzugslos zum Bürgerkrieg, in dem sich die Dschamiat zunächst Kabul sichern konnte. Da Dostum sich von der Dschamiat nicht ausreichend an der Macht in Kabul beteiligt sah, wechselte er im Folgejahr die Seiten und schloss sich der rivalisierenden Hisb-e Islami (Hisb) an. Als Dschamiat-Kommandeur im Norden eröffnete daraufhin Atta – nominell Dostums Stellvertreter – den Kampf gegen Dostum, mit nur geringem Erfolg. Viele der wichtigsten Kommandeure der Dschamiat im Norden waren wie Dostum Usbeken. Gestützt auf die gemeinsame Ethnie und Sprache, hatte Dostum solide Kontakte etabliert und attraktive Angebote unterbreitet, sodass viele ehemalige Dschamiat-Kom-

mandeure nun Atta die Gefolgschaft verweigerten und bei Dostum blieben.

Zu den wenigen Ausnahmen unter den usbekischen Dschamiat-Kommandeuren gehörte Gol Qumandan in Tschehar Bulak, westlich von Masar-e Scharif: Die lokale Rivalität zum paschtunischen Kommandeur Dschoma Chan Hamdard von der Hisb, mit dem Dostum nun verbündet war, überwog jede ethnische Solidarität. Atta, Gol und ihre Verbündeten waren jedoch Dostum nicht gewachsen. Im afghanischen Kontext bedeutete dies, dass Atta sich zurückziehen musste und Gol nun über keine funktionierende Patronage mehr in der nahen Metropole Masar-e Scharif verfügte, von der aus Dostum in den späten 1990er-Jahren Nordwestafghanistan beherrschte. Dennoch schaffte er es, gestützt auf sein erworbenes Ansehen und gelegentliche Unterstützungsleistungen seines fernen Patrons, den Einfluss in seiner Heimatgemeinde zunächst zu halten, bis 1999 Balch durch die Taliban erobert wurde.

Die Rolle der Taliban

Auch wenn sich die Taliban primär religiös definierten, waren sie doch eine paschtunisch geprägte Bewegung. In Nordafghanistan stellen die Paschtunen nur eine Minderheit dar; sie wurden hier im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert angesiedelt, um Kontrolle über die neu eroberten Gebiete auszuüben. Bis zum Ausbruch des Aufstands gegen die Kommunisten 1978 und dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung profitierten die nordafghanischen Paschtunen von hervorragender Patronage in der staatlichen Verwaltung, siedelten oft auf dem besten Ackerland und verfügten über großzügige Wasserrechte. Während des Bürgerkriegs hatten ihre Gruppen in wechselnden Allianzen versucht, ihre Privilegien zu verteidigen, was ihnen jedoch selten vollumfänglich gelang. In den Taliban sahen die Paschtunen aus Balch ganz überwiegend natürliche Verbündete, denen sie sich anschlossen. In der Folgezeit wurden Qawsuddin aus Tschemtal, Madschid Patscha Chan aus Cholm und Amir Dschan-e Qualatschi aus dem Distrikt Balch zu wichtigen Feldkommandeuren der Taliban.



picture alliance/cpa

Der Kommandeur des RC North von April bis Oktober 2006, Brigadegeneral Markus Kneip, im Gespräch mit dem Gouverneur der Region Balch, Atta Mohammad Nur, Masar-e Scharif, Mai 2006.

Im Jahr 2001 nahmen Dostums Truppen, unterstützt von amerikanischen Luftsschlägen, Masar-e Scharif als erste afghanische Großstadt. Truppen von Attas Dschamiat dagegen eroberten Kabul und dominierten die neue Regierung. Der Konflikt zwischen Atta und Dostum eskalierte schon bald; offene Kämpfe flammten auch mitten in Masar-e Scharif auf. Gestützt auf die neuen Machtverhältnisse in Kabul wurde 2004 jedoch die Provinz Balch Atta zugesprochen, die er bis 2018 als Gouverneur beherrschte. Dostum erhielt die wirtschaftlich wie auch prestigemäßig zweitrangige Provinz Dschausdschan als Einflussgebiet. Atta begann unverzüglich, seine Gefolgsleute in Verwaltung, Polizei, Militär und Geheimdienst zu installieren. Vielleicht noch wichtiger, aber in Afghanistan ohnehin nicht völlig zu trennen, richtete er das wirtschaftliche Leben der Provinz auf sich und sein Patronagesystem aus. Neben dem Verkauf von Staatsland und dem lukrativen Treibstoffimport aus Zentralasien betraf dies vor allem das Bauwesen. Gestützt auf diese enormen materiellen Ressourcen, ein Netzwerk loyaler Unterkommandeure

und gute Verbindungen nach Kabul, wurde Atta zum mächtigsten aller afghanischen Provinzgouverneure.

Die Paschtunen in Balch galten seit dem Sturz der Taliban als Verlierer. Ihnen wurde pauschal Kooperation mit den Taliban vorgeworfen, viele wurden vertrieben oder ausgeplündert. Unter Atta standen ihnen kaum Patronagewege in Masar-e Scharif offen, da sie auch in den 1990er-Jahren ganz überwiegend auf Dostums Seite gestanden waren. Zwar war der ehemalige Hisb-Kommandeur Dschoma Chan Hamdard von Präsident Karzai zum Provinzgouverneur erhoben worden, allerdings landete er letztlich im fernen, ostafghanischen Paktia. Von den mächtigsten Kommandeuren der Taliban-Zeit hatten zwei (Qawsuddin und Madschid) den Sturz der Taliban nicht überlebt, Amir Dschan stand in Balch unter Beobachtung und verfügte über keinen Einfluss mehr.

Als sich seit 2006/2007 auch in Nordafghanistan die Taliban wieder auszubreiten begannen, konnten sie daher besonders in den Paschtunengebieten erste Anknüpfungspunkte gewinnen. Es waren vor allem die Familien und Netzwerke von Qawsuddin und Madschid, die sie hierbei unterstützten. Tschemtal und der paschtunisch geprägte Osten von Cholm wurden zu den ersten Hochburgen der Taliban in Balch, während Amir Dschans alte Einflussgebiete ruhig blieben. Die paschtunische Minderheit in Cholm wagte aber keine offene Konfrontation mit den Nachbargemeinden; junge Männer von hier kämpften im nahen Tschehar Darra in der Provinz Kundus oder in Baghlan. Dagegen gelang es den Taliban, in weiten Teilen Tschemtals zunächst eine Untergrundinfrastruktur zu errichten: Ihre örtlichen Unterstützer dienten als Spitzel, Anlaufstelle und Steuereintreiber; sie stellten Unterkunft für eine Nacht oder Verpflegung für durchreisende Taliban; bei Bedarf aber auch Waffen, Motorräder und Kämpfer. Kleine, mobile Kampfgruppen, die bei Nacht in die Dörfer einsickerten, waren ein gutes Argument, sich den Taliban nicht offen entgegenzustellen – zumindest nicht ohne über die entsprechenden Verteidigungsressourcen zu verfügen. Diese Strategie blieb freilich nur auf Gebiete begrenzt, in denen die Taliban über ausreichend Anknüpfungspunkte verfügten und keine entschlossene Gegenwehr zu befürchten hatten. Große Teile der Provinz Balch blieben ihnen verwehrt.

Bis 2010 kontrollierten die Taliban bereits weite Teile Tschemtals und des angrenzenden Tschehar Bulak; auf der wichtigen Straße von Masar-e Scharif nach Scheberghan hielten sie zwischen den fest installierten Polize checkpoints Autos an, trieben Steuern ein und ermahnten die Autofahrer, sich an die Regeln der Taliban zu halten. Als Reaktion führten afghanische Sicherheitskräfte und Truppen der ISAF Militäroperationen gegen Stützpunkte der Taliban und gezielte Schläge gegen einzelne Talibanführer durch, jedoch mit nur mäßigem Erfolg. Die Taliban ersetzten ihr Führungspersonal problemlos, und die temporäre Besetzung von Gebieten blieb wirkungslos. Daraufhin gingen die staatlichen Sicherheitskräfte und ISAF dazu über, Räume nicht nur zu »säubern«, sondern über eine gewisse Zeit zu halten. Allerdings zeigte sich, dass die Taliban in der Lage waren, die Kontrolle über die Bevölkerung auch dann aufrechtzuerhalten, wenn sie deren Raum selbst nicht mehr kontrollierten. Es war zahlenmäßig gar nicht möglich, durch die mäßig ausgerüsteten, ausgebildeten und motivierten afghanischen Sicherheitskräfte jedes Dorf und jedes Haus gegen ein Einsickern von Taliban zu sichern. Die Gefahr von nächtlichen Besuchen bewaffneter Aufständischer, gepaart mit dem Wissen, dass die Taliban über die Sympathien und Kooperation vieler Nachbarn verfügten, verhinderten eine aktive Zusammenarbeit der Bevölkerung mit den Sicherheitskräften. Nach wenigen Monaten hielten die Sicherheitskräfte nur noch einzelne Checkpoints, die die Bewegungen und Aktivitäten der Taliban nur marginal hemmten.

Attas Maßnahmen und Erfolgsbilanz

Provinzgouverneur Atta reagierte auf seine Weise: Er reaktivierte seine alten Netzwerke und machte ehemalige Feldkommandeure nun ganz offiziell zur »lokalen Polizei«. Deren Kämpfer lebten in den Dörfern und waren Tag und Nacht in der Lage, ihre Nachbarschaft gegen Eindringlinge zu verteidigen. Gestützt auf Attas finanzielle Ressourcen und den Respekt, den seine Stärke selbst bei eingeschworenen Gegnern hervorrief, gelang es ihm seit Herbst 2010, Teile der Provinz wieder der Kontrolle der Taliban zu entreißen, beispielsweise die Talibanhochburg Tschehar



Länderinformation Afghanistan

Landesname:	Islamische Republik Afghanistan (Da Afgānistān Islāmī Dschomhoriyat)
Hauptstadt:	Kabul, 4 Mio. Einwohner (2019)
Unabhängigkeit:	19.8.1919 von Großbritannien
Staats- und Regierungsform:	Präsidentialrepublik
Landessprachen:	Paschtu, Dari
Staatsoberhaupt:	Mohammad Ashraf Ghani (seit 29.9.2014)
Letzte Parlamentswahl:	Oktober 2018
Fläche:	652 230 km ² (2019)
Bevölkerung:	ca. 35 Mio. Einwohner (2019)
Bevölkerungswachstum:	2,69 % (2016)
Bevölkerung 0 – 14 Jahre:	ca. 41 % (2018)
Lebenserwartung:	52 Jahre (2019)
Größte Ethnien:	40 % Paschtunen, 30 % Tadschiken, 10 % Hazara
Religionen:	99,7 % Muslime (85 – 90 % sunnitisch, 10 – 15 % schiitisch), 0,3% Andere
Alphabetisierungsrate ab 15 Jahre und älter:	38,2 % (2015)
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in US-Dollar:	1 900 (2017)
Wachstum Bruttoinlandsprodukt jährlich:	2,5 % (2017)
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	44,3 % (2017)
Bevölkerungsanteil unter der Armutsgrenze:	54,5 %
Export von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	6 % (2018)
Exportgüter:	Obst, Trockenfrüchte, Teppiche, Wolle
Größte Exportpartner:	Indien, Pakistan
Importe von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	45 % (2018)
Importgüter:	Erdöl, Haushaltswaren, Medikamente, Maschinen, Nahrungsmittel
Größte Importpartner:	China, Iran, Pakistan, Kasachstan, Usbekistan
Mobilfunkverträge pro 100 Personen:	70 (2017)
Index der menschlichen Entwicklung von 189 Staaten:	168 (2018)
Korruptionswahrnehmungsindex von 180 Staaten:	172 (2018)
Rangliste der Pressefreiheit von 180 Staaten:	121
Größe der Streitkräfte:	308 693 Personen (ohne Zivilisten, davon 190 753 Angehörige von Armee und Luftwaffe sowie 117 940 Angehörige der Afghan National Police; Stand: 30.10.2018).
Verteidigungsbudget in US-Dollar:	196 Mio.

Quellen: AA (2018); CIA World Factbook (2019); Military Balance (2018); Reporter ohne Grenzen (2019); Transparency International (2018); UNDP (2018); Weltbank (2018).

Die meisten der hier gerundeten Angaben sind Schätzungen und variieren je nach Quelle, sie sind daher mit Vorsicht zu gebrauchen.

© ZMSBw
08436-06

Bulak. Hier setzte Atta vor allem auf die usbekischen Milizen um seinen langjährigen Gefolgsmann Gol. Mit der aktiven Unterstützung einiger einflussreicher Paschtunen konnte Atta den Taliban eine ausreichend starke Front entgegensetzen, die deren Aktivitäten in Tschehar Bulak drastisch erschwerte.

Anders sah es dagegen im südlich angrenzenden Tschemtal aus. Hier verfügte Atta über keine Anknüpfungspunkte, die ihm das Gewinnen von lokalen Verbündeten erlaubt hätten. Geradezu kontraproduktiv wirkte das Eingreifen des mächtigen Provinzgouverneurs in den Albors-Bergen, an der Grenze von Tschemtal, Dschaudschan und Sar-e Pol. Dieses weite, abgelegene Gebiet wird von Arabern bewohnt. Ihr wichtigster Feldkommandeur Chan Cherik war ein langjähriger Gefolgsmann Dostums. Als Atta darauf bestand, einen Dschamiat-Gefolgsmann zum neuen »starken Mann« der Albors-Berge zu ernennen, ergriff Chan Cherik die Initiative und schloss sich im Herbst 2010 den Taliban an. Bis heute kontrollieren diese die Albors-Berge und nutzen sie als Rückzugs- und Durchzugsraum.

Insofern sind diese vergleichsweise erfolgreichen Bestrebungen Attas in Balch ein gutes Beispiel, wie in unterschiedlichen Kontexten dasselbe Vorgehen unterschiedliche Ergebnisse erzielen kann. Ein Patron, der seinen Machtanspruch nicht durchsetzen und Schutzverpflichtungen nicht erfüllen kann, ist als Verbündeter nicht viel wert. Ein starker Patron dagegen, auch wenn er nicht beliebt ist, kann Konflikte überwinden und sich rivalisierenden Patronagesystemen erfolgreich entgegenstemmen.

Die Provinz Kundus und Mir Alam Khan

Ein solcher starker Patron fehlte traditionell in der Provinz Kundus. Anders als Balch fiel Kundus 1997 durch den freiwilligen Seitenwechsel der paschtunischen Kommandeure an die Taliban. Nach deren Sturz 2001 entwickelte sich der Dschamiat-Kommandeur Mir Alam Chan zum wohl stärksten lokalen Einzelakteur; ihm gelang es jedoch nie, in Kabul für sich ein offizielles Amt auszuhandeln und ein provinzweites Netzwerk zu errichten. Dies lag auch am erfolgreichen Widerstand der paschtunischen Bevölkerungsmehrheit in Kundus, gestützt auf gute

Patronagenetzwerke in Kabul. Als nach 2010 auch in Kundus Milizstrukturen der »lokalen Polizei« aufgebaut wurden, konnte Mir Alam zwar die Bewaffnung eines Teils seiner Unterkommandeure legalisieren; seine lokalen Rivalen erhielten jedoch ebenfalls die Erlaubnis, »lokale Polizeien« aufzubauen. Allen fehlten die ökonomischen Ressourcen eines Atta, um ihre Anhänger zu unterstützen. Ohne die »Besteuerung« ihrer Schutzgebiete ließ sich ihre Herrschaft nicht stabilisieren. Dadurch waren Konflikte zwischen örtlichen Unterkommandeuren um lukrative Gebiete vorprogrammiert. Mir Alam und sein Haupttrivale Omar Pachsaparan versuchten zwar, entstehende Konflikte ebenso wie Übergriffe auf die Zivilbevölkerung einzudämmen, waren aber weitaus stärker als Atta in Balch auf jeden einzelnen ihrer Unterkommandeure angewiesen, sodass sie kaum in der Lage waren, wirklich durchzugreifen.

Gerade Gräueltaten der Milizen in Kundus gegen die Zivilbevölkerung führten dazu, dass unter dem neuen Präsidenten Ghani ab 2014 Mir Alam im Machtgefüge der Provinz gezielt marginalisiert wurde. Je nach Betrachtungsweise war entweder das Fehlen von Mir Alams kampferprobten Männern entscheidend für den Fall von Kundus an die Taliban 2015 oder aber die jahrelange Ausbeutung der Bevölkerung durch Milizionäre. Der temporäre Verlust der Provinzhauptstadt an die zahlenmäßig unterlegenen Aufständischen war jedenfalls nicht nur für das Ansehen der Sicherheitskräfte ein schwerer Prestigeverlust; auch Mir Alam, dessen Anwesen geplündert und in Brand gesetzt worden war, verlor seinen ohnehin angeschlagenen Nimbus als starker Patron.

Ob sich diese Schwächung des Patronagesystems in Kundus mittelfristig für den Aufbau einer technokratischen, auf Funktion und Mandat gestützten Machtstruktur nutzen lässt, muss sich erst noch zeigen. Die Konflikte zwischen verschiedenen Patronagesstrukturen jedenfalls – und auch die Taliban stellen eine solche dar – werden das Leben in Afghanistan vermutlich noch lange prägen.

Florian Broschk



Afghanistan verfügt mit der Kabuler Regierung zwar über eine politische Zentralinstanz, doch gibt es im Land nach wie vor zahlreiche Mächtigkeitsgruppen, die sie nicht anerkennen. Die Taliban sind dabei nicht die einzigen Gegner. Ihr Führer, Mohammed Omar, bekannt als Mullah Omar, ist seit 2013 tot. Über seine Nachfolge wurde in der Talibanführung viel gestritten. In der afghanischen Bevölkerung, vor allem in der pakistanisch-afghanischen Grenzregion, genießen die Taliban immer noch Rückhalt. Auch der Islamische Staat (IS) ist mit seinem Ableger in Afghanistan weiterhin aktiv.

Mitte 2019 herrscht eine strategische Pattsituation, in der keine der beteiligten Parteien den Konflikt militärisch gewinnen kann. Die afghanischen Sicherheitskräfte verzeichnen hohe Verluste, gleichzeitig üben die Taliban Kontrolle und Einfluss in knapp der Hälfte des Territoriums aus. Diplomatische Gespräche zwischen dem US-Sondergesandten Zalmay Khalilzad, Vertretern der Taliban – auf dem Bild eine Talibandelelegation unter Führung von Mullah Abdul Ghani Baradar am 28. Mai 2019 in Moskau – und der afghanischen Regierung eröffnen möglicherweise die Chance für eine politische Lösung des Konflikts.

Die nationale Aufstandsbewegung

Die Taliban sind in den letzten Jahren wieder erstarbt und üben Einfluss auf weite Teile Afghanistans aus. Neben den Taliban sind weitere zwölf terroristische Gruppen in Afghanistan aktiv, von denen der regionale Ableger des IS die aktuell größte Bedrohung darstellt. Mit dem militärischen Flügel der Hisb-e Islami hingegen wurde im September 2016 ein Friedensabkommen unterzeichnet. Neben den terroristischen Gruppen gibt es zudem nicht-staatliche Akteure, wie regierungsnahe Milizen, regionale Warlords und organisierte kriminelle Banden, die zur Gewaltspirale beitragen. Die Entwicklung Afghanistans wird daher wesentlich von der Sicherheitslage, der zukünftigen Präsenz von US-Truppen und den Bemühungen um einen Friedensprozess mit den Taliban abhängen.

Gestiegener Einfluss der Taliban

Seit ihrem Wiedererstarken (siehe den Beitrag von Conrad Schetter, Die Taliban und die Neuordnung Afghanistans) üben die Taliban als nationale Aufstandsbewegung einen immer größeren Einfluss auf Afghanistan aus. Der Kampf zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban um Kontrolle und Einfluss auf Distrikte und Bevölkerung hält weiterhin an. Laut dem Vierteljahresbericht des Spezialinspektors für den Wiederaufbau in Afghanistan (SIGAR) standen im Oktober 2018 von den 407 Distrikten des Landes 219 unter Kontrolle oder Einfluss der afghanischen Regierung. 50 Distrikte seien unter Kontrolle oder Einfluss der Taliban oder des IS gewesen, und um 138 Distrikte habe man gekämpft. Unter Kontrolle oder Einfluss der Aufständischen befinden sich dem Bericht zufolge ca. 3,6 Millionen Menschen, während in den umkämpften Gebieten insgesamt ca. 8,5 Millionen Menschen leben (bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 32 Millionen).

Die Angaben über die Anzahl der Taliban bewegen sich zwischen 23 000 und 30 000, einige Quellen sprechen von bis zu 60 000. Die Taliban kontrollieren vor allem den ländlichen Raum,

»Kampf« in Afghanistan

Die gesellschaftlichen und ethnischen Strukturen in Afghanistan prägen die Gestalt der Kampfhandlungen. Somit differieren Gefechtsformen, Bedrohungen, Schwerpunkte, Vorgehensweisen, Ausrüstung und tribale sowie organisatorische Zugehörigkeiten der Akteure in Raum und Zeit. Hinzu kommt, dass sich einzelne Gruppen nur schwer voneinander abgrenzen lassen, da kurzfristige Bündnisse oder Konflikte auch zwischen ideologisch gleich ausgerichteten Akteuren auftreten. Aus der international zusammengesetzten Mudschaheddin-Bewegung spalteten sich ab 1992 einzelne Milizen ab, die mit lokalen Warlords und den aus Pakistan einströmenden Taliban um Macht und Einfluss zu konkurrieren begannen. Nach der Entmachtung der Taliban im Jahr 2001 wurde der Kampf gegen die ISAF- und OEF-Kräfte zunehmend verdeckt geführt. Die meisten Gefallenen und Verwundeten sind Opfer improvisierter Sprengfallen. Neben der indirekten Kampfweise kommen klassische Terror- und Guerilla-Konzepte zum Tragen, etwa gezielte Propaganda und Desinformation (»Night Letters«), Hinterhalttaktiken, Infiltration von afghanischen Sicherheitskräften, Selbstmordanschläge und das (Aus-)Nutzen von Zivilisten und ziviler Infrastruktur. Die Intensität der Kampfhandlungen ist abhängig von vielen Faktoren: der politischen Lage vor Ort und in den truppenstellenden Nationen, den Jahreszeiten, der Stärke und Zusammenarbeit einzelner Gruppierungen, der Schlafmohnernte und der ethnischen Zusammensetzung der Kämpfer in den einzelnen Provinzen und Distrikten. Die Lage in Afghanistan wird als ein »Conflict with Low Intensity« (Niedrigschwelliger Konflikt) bezeichnet. Die Bandbreite der Gefechtsformen reicht dabei vom einfachen TIC (troops in contact) bis zu hochkomplexen Lagen mit mehrstündiger Dauer, wechselnder Intensität und unter Einsatz aller lokal verfügbaren Waffen. Neben offensiven Operationen der Koalitionstruppen entwickelten sich Kämpfe maßgeblich aus Routineaufträgen wie Patrouillen, Gesprächsaufklärung oder der Überwachung von Räumen. Sie waren somit ein Begleitumstand der COIN-Strategie (Counter-Insurgency). Offensive Operationen mit deutscher Beteiligung waren: Anaconda (2002), Harekate Yolo (2007), Karez (2008), Oqab (2009), Taohid (2010) und Towse A Garbe II (2010/2011). Im internationalen Bewusstsein wurde Afghanistan zum Laboratorium der Kriege des 21. Jahrhunderts. (ts)

während die Regierung sich auf die Verteidigung und den Schutz der urbanen Zentren konzentriert, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebt und die Binnenflüchtlinge Schutz suchen. Die Taliban haben militärisch nicht ihr angekündigtes Ziel erreicht, Provinzhauptstädte zumindest zeitweise unter ihre Kontrolle zu bringen. Aber sie unterhalten Schattenregierungen auf Provinz- und Distriktebene, infiltrieren zunehmend urbane Zentren und verüben Anschläge auf internationale und Regierungseinrichtungen, die das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Sicherheitskräfte unterminieren. Trotz erbeuteter Ausrüstung und neuer Taktiken, wie dem Einsatz eigener Spezialkräfte, verzeichnen die Taliban, ebenso wie die afghanischen Sicherheitskräfte, hohe personelle Verluste. Seit Beginn der Amtszeit von Aschraf Ghani im September 2014 sind nach Regierungsangaben ca. 45 000 Sicherheitskräfte, Soldaten wie Polizisten, getötet worden. Das bedeutet im Durchschnitt 849 Tote pro Monat. Die Dunkelziffer wird weitaus höher geschätzt. Auch die Zahl ziviler Opfer ist weiterhin hoch. Für das Jahr 2018 gibt die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) 10 993 zivile Opfer an, die durch den Konflikt getötet (3804) oder verletzt (7189) wurden. Das ist ein Anstieg um 5 Prozent im Vergleich zu 2017. Die Anzahl der Toten ist die höchste, seit UNAMA die Opferzahlen aufzeichnet (2009). Dabei hat auch die Zahl der getöteten Kinder (927) zugenommen. Viele Kinder geraten bei Kampfhandlungen zwischen die Fronten oder werden Opfer detonierender Kampfmittel.

Die Taliban nach dem Tod Mullah Omars

Die Kraft der Taliban ist ungebrochen, obwohl ihre Kämpfer zu unterschiedlichen religiösen Netzwerken und Stämmen gehören. Ausschlaggebend dafür sind die Ergebenheit gegenüber Mullah Omar, die internen hierarchischen Strukturen sowie die operative Entscheidungsfreiheit auf lokaler Ebene. Doch seit dem Bekanntwerden von Mullah Omars Tod im Juli 2015 – er starb bereits im April 2013 in Pakistan – fehlt der Bewegung die spirituelle Führung. Die Ernennung von Mullah Omars Nachfolger, Mullah Akhtar Mohammed Mansur, war umstritten: zum einen aufgrund seiner Persönlichkeit und Machtposition,

zum anderen weil sich wichtige Taliban bei seiner Ernennung übergeben fühlten. Mullah Mansur hatte als Mitglied der Talibanführung bereits seit 2010 die Taliban militärisch und organisatorisch weiterentwickelt und seine Unterstützer in wichtige Positionen gebracht. Seine Ernennung aber zersplitterte die Taliban, und einige Kommandeure schlossen sich der in Afghanistan aktiven regionalen Organisation des IS an. Mit der kurzzeitigen Einnahme von Kundus im September 2015 durch die Taliban und anhaltenden Anschlägen in Kabul sank die Hoffnung der afghanischen Regierung auf baldige Friedensgespräche. Forderungen, hart gegen die Taliban durchzugreifen, wurden lauter. Eine multilaterale Initiative Pakistans, Chinas, Afghanistans und der Vereinigten Staaten, Friedensgespräche mit den Taliban in Gang zu bringen, scheiterte und endete mit der Tötung Mullah Mansurs am 21. Mai 2016 durch eine US-Drohne in Belutschistan. Mullah Mansur habe, so der damalige US-Präsident Barack Obama, Friedensgesprächen im Weg gestanden. Mit dem gezielten Angriff auf ihren Anführer sollte die Talibanbewegung in ihrer Struktur geschwächt werden. Als neues Oberhaupt ernannten die Taliban Mullah Haibatullah Achundsada, einen religiösen Rechtsgelehrten, der weder über Kampf- noch Führungserfahrung verfügte. Er hatte junge Mitglieder der Bewegung in Scharia-Recht ausgebildet und an die Front geschickt, um die spirituelle Moral der Kämpfer aufzubauen und die Scharia in den Einflusszonen der Taliban anzuwenden. Ihm zur Seite stehen Siradschuddin Haqqani, das einflussreiche, militärisch erfahrene Oberhaupt des Haqqani-Netzwerkes, und Mullah Mohammed Yaqoob, der älteste Sohn Mullah Omars. Mit Yaqoob sollte der Mythos Mullah Omars als identitätsstiftendes Bindeglied am Leben gehalten werden. Seit Januar 2019 führt Mullah Abdul Ghani Baradar als politischer Vertreter das Büro der Taliban in der katarischen Hauptstadt Doha.

Zu den Haupteinnahmequellen der Taliban zählen Drogenhandel, Schutzgelder, illegaler Bergbau, individuelle Spenden etwa aus den Golfstaaten, das Eintreiben von Telekommunikationsgebühren in von ihnen kontrollierten Gebieten und die Besteuerung von Ernte und Vermögen. Seit Beendigung der ISAF-Mission hat der Drogenanbau wieder stark zugenommen. 2017 wurden 9000 Tonnen Opium geerntet. Die Taliban verdie-

nen dabei sowohl am Anbau, an der Verarbeitung und am Export. Darüber hinaus erhalten sie Unterstützung aus Pakistan, vermutlich auch aus Russland und dem Iran. Mullah Mansur hatte zudem den lokalen Talibangruppen mehr Autonomie zugesprochen, lokale Einnahmequellen zu erschließen und für ihre eigene Finanzierung zu nutzen. Diese lokalen »Finanzierungsmodelle« machen die Talibanbewegung unabhängiger von internationalen Spendengeldern, um die sie mit anderen militanten Gruppen konkurrieren. Sie tragen zu einer nachhaltigeren Finanzierung bei und ermöglichen den lokalen Kommandeuren eine größere operative Entscheidungsfreiheit.

Die Taliban rekrutieren in Koranschulen, Moscheen, in Flüchtlingslagern in Pakistan und in Gefängnissen. Die Rekrutierung erfolgt meist durch eine lokale Zelle. Das kann eine Madrasa, ein Mullah oder ein religiöses Netzwerk sein, ebenso ein lokaler Kommandeur, ein Dorf oder ein Stamm. In der Regel versuchen die Taliban für die Rekrutierung die Unterstützung einer Gemeinde zu mobilisieren. Die Rekrutierung von Individuen ist aber auch möglich. Zu den Faktoren, die zur Mobilisierung führen, zählen, neben religiösen Überzeugungen, Arbeitslosigkeit und Armut, die als korrupt und illegitim angesehene Regierung, die Präsenz internationaler Truppen und der Verlust von Angehörigen durch Kampfhandlungen der afghanischen oder internationalen Sicherheitskräfte.

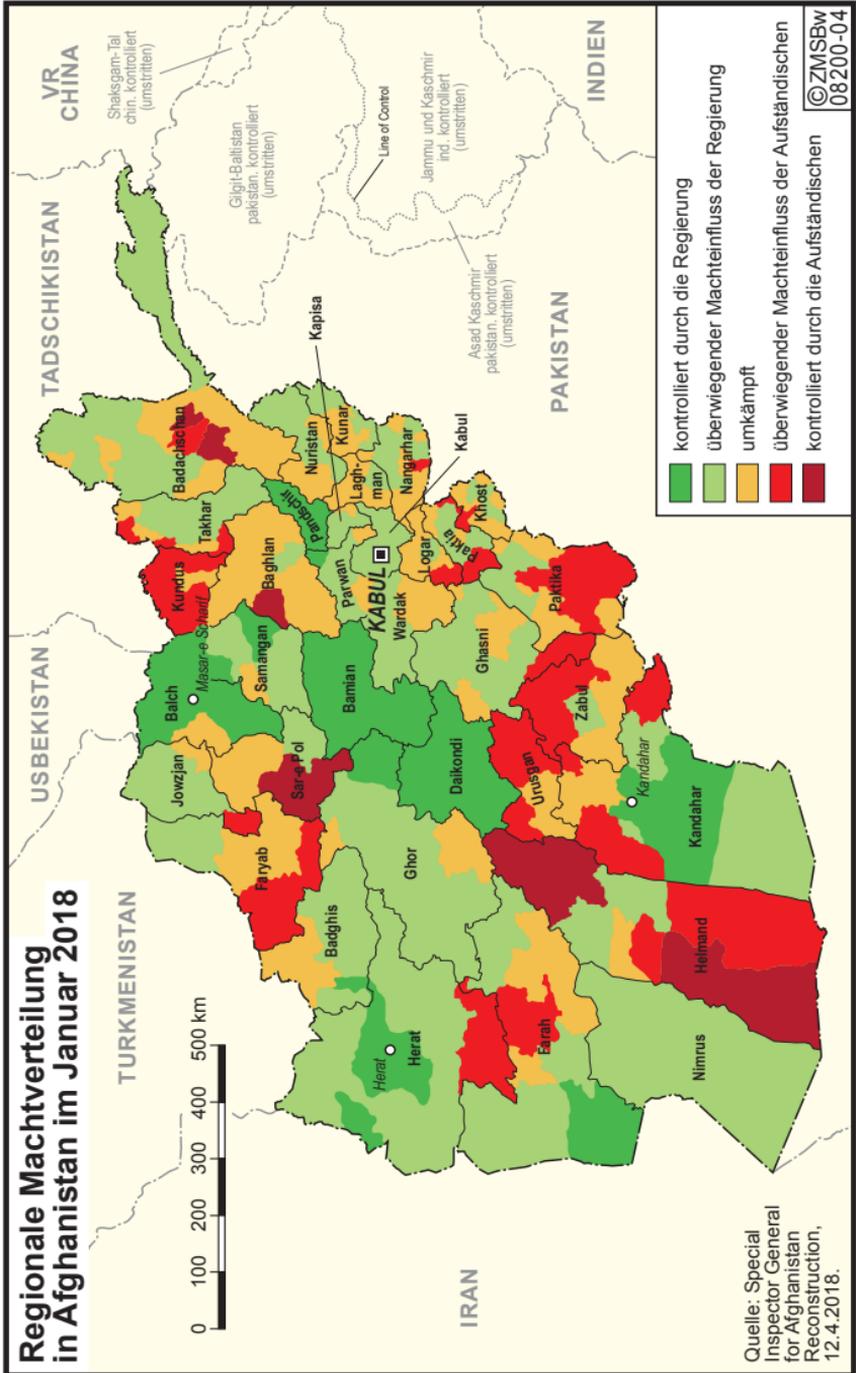
Die Taliban haben ihren Einfluss nicht nur militärisch, sondern auch durch lokale Regierungsführung und Rechtsprechung in den von ihnen kontrollierten Gebieten ausgeweitet. In der Ankündigung ihrer Frühjahrsoffensive »Operation Mansuri« (2017) unterschieden die Taliban erstmals zwischen militärischen und politischen Zielen: der Befreiung Afghanistans von der ausländischen »Okkupation« und der Einführung einer inklusiven Regierung. Wie diese aussehen könnte, wird allerdings nicht beschrieben. Auf politischer Ebene wollen sich die Taliban in ihrem Einflussbereich auf State-Building, soziale Gerechtigkeit und Entwicklung konzentrieren. Die Taliban, die sich selbst als eine in der Gesellschaft verankerte militärisch-politische Bewegung bezeichnen, praktizieren Berichten zufolge eine agilere Form der lokalen Regierungsführung und Rechtsprechung, die, ob zu Recht oder nicht, in dem Ruf steht, weniger korrupt zu sein. In

von ihnen kontrollierten Gebieten bleiben Krankenhäuser und Schulen geöffnet. Die Gehälter werden von der Regierung bezahlt, die Aufsicht wird von den Taliban geführt. Damit versuchen sich die Taliban als eine bessere Alternative zur Regierung darzustellen, sich als Repräsentanten der afghanischen Bevölkerung zu legitimieren und ihre Position zu stärken, sowohl im Hinblick auf die Fortführung des Kampfes gegen die Regierung als auch auf einen möglichen politischen Verhandlungsprozess.

Islamischer Staat in Afghanistan

Seit 2014 sind Gruppen, die sich dem Islamischen Staat (Daesh) zuordnen, auch in Afghanistan aktiv. Der Ableger in Afghanistan wird als IS in Khorasan-Provinz (ISKP) bezeichnet. Khorasan ist eine alte Bezeichnung für jene Region, die Teile des heutigen Afghanistans, Irans und Zentralasiens umfasst. An der Spitze des ISKP stehen vor allem ehemalige Kommandeure der pakistanischen Talibangruppierung (Tehrik-e Taliban). Die mittlere Führungsebene setzt sich aus vormaligen afghanischen Taliban zusammen, an der Basis kämpfen auch ausländische, meist aus Zentralasien stammende Dschihadisten. Es besteht eine lose Verbindung zur Mutterorganisation in Syrien und Irak. Name, Symbole und mediale Formate werden als Markenzeichen genutzt. Ab Mitte 2015 setzte ISKP zunehmend Gewalt ein. Er ließ Stammesälteste und Mullahs ermorden sowie Heiligenschreine zerstören, und er verbot den Opiumanbau. Dies führte zu direkten Auseinandersetzungen des ISKP mit den Taliban wie auch den Stammesgemeinschaften. In den Provinzen Zabul, Ghazni, Farah, Helmand und Faryab konnten die Taliban die Ausbreitung des IS erfolgreich bekämpfen. In Nangarhar und Kunar setzte sich der IS in den Bergen des Grenzgebietes zu Pakistan fest.

Während al-Qaida die Taliban in Fundraising und Training unterstützt, deren lokale Vorherrschaft aber nicht in Frage stellt, beansprucht der ISKP religiöse Autorität in Afghanistan. Die Feindschaft zwischen den beiden Gruppierungen konnte nicht ausbleiben. Nichtsdestoweniger macht sich der ISKP lokale Streitigkeiten und Misstände sowie Friktionen unter den Taliban zunutze, um militante Gruppen für sich zu vereinnahmen



und Unterstützer zu rekrutieren. Zur Finanzierung und Mobilisierung kann der ISKP auf salafistische Netzwerke in Afghanistan und Pakistan zurückgreifen. Seine Propaganda ruft zum Dschihad auf und beschwört die religiöse Verpflichtung, ein Kalifat zu errichten. Darüber hinaus stellt sich der ISKP als einzige legitime Kraft in der Region dar, die für den Dschihad einsteht; er versucht ein neues, den lokalen Gegebenheiten angepasstes Narrativ des Dschihad zu schaffen. Dafür werden beispielsweise Hauptwerke des Salafi-Dschihadismus in die Sprachen Paschtu und Dari übersetzt.

Die Rekrutierungswege des ISKP umfassen persönliche Kontakte wie auch soziale Medien (Facebook- und Twitter-Accounts) und Radioprogramme. Diese Mittel zielen auf unterschiedliche potenzielle Rekruten, von denen viele bereits dschihadistischen Gruppen angehören oder radikalen Strömungen nahestehen. Geworben wird ebenso um inhaftierte Taliban oder Angehörige lokaler Dschihadistengruppen, die im ISKP eine radikalere Alternative sehen. Denn verglichen mit den Taliban wendet er sich stärker gegen die Einflussnahme des pakistanischen Geheimdienstes in Afghanistan, und anders als die Taliban mit ihrem nationalen Ansatz propagiert er einen globalen Dschihad bis hin zur Neuordnung der islamischen Welt.

Der ISKP hat es in Afghanistan zwar nicht geschafft, sich in der Fläche auszubreiten und Unterstützung der Bevölkerung zu generieren, aber er kann auf Netzwerke zurückgreifen und medienwirksame Angriffe in Kabul durchführen. Laut UNAMA war ISKP im Jahr 2018 für 2181 zivile Opfer verantwortlich (681 Tote, 1500 Verletzte), davon allein 1027 in Kabul. Insgesamt waren 1918 dem ISKP 20 Prozent der zivilen Opfer in Afghanistan zuzuschreiben, den Taliban 37 Prozent. Viele der Angriffe in Kabul gelten der schiitischen Minderheit. Aus Nangarhar wird zudem von gezielten Tötungen religiöser Gelehrter berichtet.

Aussicht auf Friedensverhandlungen

Der Versuch der afghanischen Regierung, Kämpfer der Taliban durch ein Reintegrationsprogramm zum Aussteigen zu bewegen und die Talibanführung in einen politischen Prozess einzubin-

den, war viele Jahre lang nicht erfolgreich gewesen. Die Talibanführung war und ist nicht bereit, direkt mit der afghanischen Regierung zu verhandeln. Sie sieht diese als Marionette der USA an und fordert daher zuallererst Gespräche mit den USA über einen Truppenabzug. Erst seit Herbst 2018 führen die Vereinigten Staaten unter Leitung des Sondergesandten Zalmay Khalilzad Gespräche mit den Taliban über eine politische Beilegung des Konflikts. Zur Verhandlung stehen ein anhaltender Waffenstillstand, der Abzug der internationalen Truppen und die Garantie der Taliban, dass Afghanistan keine Basis für internationalen Terrorismus bietet. Khalilzad betont darüber hinaus, dass das Ziel ein umfassender Friedensvertrag und nicht nur ein Abzugsabkommen zwischen den USA und den Taliban sein muss. Es gilt daher, Gesprächsformate zu initiieren, in denen die afghanische Regierung und die Taliban in einen innerafghanischen Dialog eintreten, der u.a. auch Oppositionspolitiker, religiöse und Stammesführer miteinbezieht. Wichtig ist dabei auch, Frauen an den Verhandlungen zu beteiligen. Viele Frauen in Afghanistan befürchten, dass ihre Rechte und ihre Position in Politik und Gesellschaft mit einer Rückkehr der Taliban wieder unterdrückt werden.

Während die Gespräche zwischen den USA und den Taliban in Doha fortschreiten, halten Anschläge und Kämpfe weiterhin auf hohem Gewaltniveau an. Die US-Seite betont, dass sie so lange militärische Unterstützung leisten wird, bis ein landesweiter Waffenstillstand herrscht und sie sich darauf verlassen kann, dass Afghanistan nicht mehr von Terroristen benutzt wird, um Amerika und seine Interessen zu bedrohen. Noch laufen die Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban (August 2019). Als erster Meilenstein für einen innerafghanischen Dialog wird das Treffen zwischen Talibanvertretern, Regierungsmitgliedern, Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft in Doha im Juli 2019 gewertet. Noch sind weitere vertrauensbildende Maßnahmen und Shuttle-Diplomatie nötig, um die afghanische Regierung und die Taliban zusammen an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Bundesrepublik, die das Juli-Treffen mit veranstaltet hat, kann dabei als Vermittler auch künftig eine wichtige Rolle spielen.

Nicole Birtsch



Nicht nur wegen einer hohen Rate von Analphabeten kommt der Unterhaltung durch Gesang und Erzählungen, aber auch der mündlichen Überlieferung von Geschichte in der afghanischen Gesellschaft eine wesentliche Bedeutung zu. Historische Ereignisse werden bis in den Bereich der Legendenbildung ausgeschmückt, dabei gelegentlich auch umgedeutet oder in Teilen neu geschaffen, je nachdem, wer der Vortragende ist, in welcher Situation er sich befindet und welches Ziel mit einer Erzählung verfolgt wird. Ein reicher Schatz von Erzählungen und Heldenepen bildet einen wesentlichen Bestandteil der afghanischen Kultur. Männer, die Geschichte und Geschichten auswendig vortragen können, genießen hohes Ansehen.

■ Mündliche Tradierung von Geschichte

Die mündliche Überlieferung vergangenen Geschehens ist ein universelles Phänomen. In einer Gesellschaft wie der afghanischen kommt ihr jedoch eine besondere Bedeutung zu, und Afghanistan ist auch diesbezüglich ein Land der Vielfalt. Äußerst differenziert ausgeprägten Formen von Schriftkultur steht im gesamtgesellschaftlichen Maßstab eine eingeschränkte Verbreitung von Schriftlichkeit gegenüber, die nicht allein durch die hohe Analphabetenrate bedingt ist. Viele Bereiche des alltäglichen Lebens werden in einem weit geringeren Maße durch den Gebrauch der Schrift bestimmt, als wir es aus anderen Gesellschaften kennen. Entsprechend größer ist der Wert, der dem gesprochenen Wort beigemessen wird. Redegewandtheit, dichterische Begabung, Erzählkunst und andere rhetorische Fertigkeiten werden dabei nicht nur als schmückende Accessoires angesehen. Die Ästhetik des gesprochenen oder gar des gesungenen Wortes besitzt eine große Überzeugungskraft.

Dies trifft auch auf die Weitergabe historischen Wissens zu, sei es in der alltäglichen Kommunikation oder der Volksliteratur. Legenden, Epen, Lieder, Schwänke, Geschichten und andere Gattungen der afghanischen Folklore bieten verbürgte Antworten auf die Frage, was sich in der Vergangenheit so Wichtiges ereignete, dass es für alle Zeit im Gedächtnis bleiben muss. Letztlich geht es darum, in welchen Erinnerungen die Fundamente der eigenen Identität zu suchen sind. Die ethnische Vielfalt der afghanischen Gesellschaft findet trotz gemeinsamer oder übergreifender Themen und Motive eine direkte Entsprechung in der Vielfalt der Formen und Inhalte mündlicher Überlieferungen.

Sieht man von den wenigen verbliebenen Sikhs und Hindus ab, so bildet der Islam für alle Völkerschaften Afghanistans das gemeinsame und wichtigste Fundament ihrer Kultur. Überall sind legendenartige Erzählungen über Propheten und Heilige verbreitet, mit denen die Wahrhaftigkeit des islamischen Glaubens bezeugt wird. Mehr noch: Sogar die Ursprünge der eigenen Geschichte werden der Überlieferung nach gern in der Nähe Mohammeds gesehen (vgl. den Beitrag von Lutz Rzehak zu den Facetten des Islams).

Ursprünge

Ein wichtiges Fundament der paschtunischen Kultur bildet bis in die Gegenwart die Stammesstruktur, deren Entstehung und historische Entwicklung ebenfalls in zahlreichen Legenden überliefert wird. So sehen sich alle Paschtunen als Nachfahren eines gewissen Kais, der nach mehrheitlicher Überzeugung zu Zeiten des Propheten gelebt haben soll. Einer Überlieferung zufolge, die in letzter Zeit allerdings politisch unbequem erscheint und deshalb seltener vergegenwärtigt wird, erheben die Paschtunen sogar Anspruch auf eine jüdische Abstammung. So soll Kais über einen gewissen Malik Afghan von Malik Talut abstammen, der mit Saul, dem ersten König Israels, identifiziert wird. Nach dieser Überlieferung gehörte Kais zu jenen Stämmen Israels, die seit der babylonischen Gefangenschaft im 6. vorchristlichen Jahrhundert als verschollen gelten.

Es ist nicht wichtig, dass diese Überlieferung weder durch andere historische Quellen noch durch sprachwissenschaftliche Erkenntnisse gedeckt wird, denn sie möchte in erster Linie einem Geschichtsbild gerecht werden, nach dem historische Größe vor allem aus der Verwurzelung in historischer Tiefe hergeleitet wird. Als Kais, dem Aufruf des Propheten folgend, zum Islam übertrat, nahm er, wie es Konvertiten auch heute noch tun, einen arabischen Namen an und nannte sich fortan Abdurraschid, was in etwa »Sklave des Mutigen oder Tapferen« bedeutet. Mit seiner Frau hatte Kais alias Abdurraschid drei Söhne, nämlich Sarbun, Gurgesch und Beitan, die zu Begründern dreier großer Stammesverbände wurden. Als Ahnherr eines vierten Verbandes gilt ein gewisser Karlan, der aber selbst kein Paschtune gewesen sein soll, sondern als Findelkind von einem Paschtunen großgezogen wurde und später die Tochter seines Ziehvaters heiratete.

Ähnliche Legenden belegen, wie die Nachkommen dieser Urväter zu Begründern und Anführern kleinerer Stammlinienverbände wurden, sodass jeder Paschtune im Idealfall auch heute noch nachzeichnen kann, über welche Verbindungsglieder, die stets der väterlichen Linie folgen, er mit dem gemeinsamen Vorfahren aller Paschtunen verwandt ist. Über diese Verbindungsglieder lassen sich je nach Generationstiefe soziale Gruppen unterschiedlicher Größe definieren, die uns heute als Stammes-

verbände, Stämme oder Clans begegnen. Dieses genealogische Wissen ist in Stammbäumen niedergeschrieben, die zu Rate gezogen werden, wenn sich die mündlich tradierte Überlieferung als unzureichend erweist. Herkunftslegenden helfen den Menschen, sich das genealogische Wissen leichter einzuprägen. Sie haben somit auch eine wichtige lern- und merktechnische Funktion bei der mündlichen Weitergabe des Wissens um die eigene Abstammung. Vor allem aber begründen diese Legenden die enge Verbundenheit der Mitglieder eines Stammlinienverbandes.

Die meisten persischsprachigen Bevölkerungsgruppen Afghanistans, die sich durch eine traditionelle Sesshaftigkeit auszeichnen und mit der heute üblich gewordenen Bezeichnung »Tadschike« keineswegs vollständig erfasst werden, verfügen nicht über eine vergleichbar umfassende Stammesstruktur. Die Ursprünge ihrer Kultur werden in alten Epen beschrieben, wobei frühe Niederschriften bezeugen können, dass das Persische schon in vorislamischer Zeit über eine lebendige epische Dichtungstradition verfügte. Unter dem Titel »Schahnama« (»Königsbuch«) ist die berühmteste und umfangreichste Sammlung persischer Epen bekannt geworden. Sie wurde mit einem Gesamtumfang von 60 000 Versen von dem persischen Dichter Abu Firdausi (940–1020) zusammengestellt, der sein Werk auf der Suche nach einem Mäzen dem Fürsten Machmud von Ghasni (das heutige afghanische Ghasni) widmete. Das Schahnama berichtet von den Taten iranischer Könige und ihrer Krieger seit den mythologischen Anfängen der Geschichte bis zur arabischen Invasion im 8. Jahrhundert sowie vom Tausendjährigen Krieg zwischen den Ländern Iran und Turan. Die Entstehung des Islams gilt hier nicht als Anfang, sondern als Wendepunkt einer Geschichte, deren goldene Zeiten vor der Islamisierung gesehen werden. Große Teile des im Schahnama beschriebenen historischen Iran, einer sesshaften Ackerbaukultur, sind auf dem Territorium des heutigen Afghanistan zu verorten, wohingegen das historische Turan in den Steppen- und Wüstengebieten nördlich des Amudarja zu finden ist. Hier herrschten seit langen Zeiten turkstämmige Nomaden, die auf ihren Expansionen später bis nach Nordafghanistan und gelegentlich auch darüber hinaus bis nach Indien vordrangen.

Obwohl das Schahnama in zahlreichen, zum Teil sehr prunkvoll gestalteten Niederschriften existiert, kann man in Afghanistan auch heute noch Sänger finden, die alle darin enthaltenen Epen oder zumindest große Teile auswendig vortragen können. Mit dem Titel eines »Schahnama-chan« (»Königsbuchrezitator«) erfahren sie eine besondere Ehrerbietung. Die im Schahnama erzählten Geschichten um Rostam, Dschamsched, Faridun und andere Helden bilden den zentralen historischen und literarischen Bezugspunkt für den Großteil der persischsprachigen Bevölkerung Afghanistans. Schon die bloße Existenz dieses alten epischen Werkes belegt den Angehörigen des persischen Kulturraumes die Zugehörigkeit zu einer nicht weniger alten sesshaften Hochkultur, die sich ungeachtet wiederholter Eroberungen durch nomadische Herrscher behaupten und bewahren konnte.

Lied- und Dichtungstraditionen

Wo historische Größe aus historischer Tiefe hergeleitet oder sogar damit gleichgesetzt wird, berufen sich auch andere Völkerschaften gern auf das Schahnama. Dies gilt zum Beispiel für die Belutschen, die sich ebenfalls in dessen Geschichten aus dunkler Vergangenheit erwähnt sehen. Darüber hinaus verfügen die Belutschen aber auch über eine eigene epische Dichtungstradition. Dabei stehen Lieder mit einem Umfang von bis zu 400 Zeilen in einem engen inhaltlichen Zusammenhang, denn die meisten Geschichten kreisen um Ereignisse aus dem 16. Jahrhundert, als die belutschischen Stämme nach einem dreißigjährigen Bruderkrieg das größte geschlossene Reich ihrer Geschichte errichten konnten. Diese Lieder werden von einzelnen Sängern vorgetragen. Sie begleiten sich dabei auf einem Saiteninstrument, das mit einem Bogen gespielt wird. Die Melodie mag eintönig erscheinen, doch nicht die musikalische Unterhaltung steht im Mittelpunkt des Vortrags, sondern das Erzählen einer Geschichte aus der eigenen Historie. Da diese Lieder bis heute nur mündlich überliefert und immer auswendig vorgetragen werden, sind sie kaum kanonisiert. Bei aller Varianz im Detail vermitteln sie am Beispiel des Großmutes, der Worttreue, der Tapferkeit oder auch des Verrats ihrer Protagonisten eine sehr verbindliche Vorstel-

lung darüber, welche Taten in einer ehemals nomadischen Stammesgesellschaft als gut und welche als schlecht anzusehen sind, durch welche Werte sich die Belutschen also gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen auszuzeichnen glauben.

Nicht nur die Ursprünge eines Volkes oder besonders geschätzte Abschnitte aus einer länger zurückliegenden Vergangenheit sind Gegenstand mündlicher Überlieferungen, sondern auch Ereignisse der jeweiligen Lokal- und Zeitgeschichte. So sind Lieder überliefert, in denen der Kampf gegen die britischen Invasoren beschrieben wird, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert drei Kriege gegen Afghanistan führten. Mitunter werden die Ereignisse so detailgetreu geschildert, dass man ihren Verlauf anhand der Lieder genau rekonstruieren kann. Sogar Jahreszahlen werden gelegentlich genannt. Als der französische Forscher James Darmesteter im ausgehenden 19. Jahrhundert als erster europäischer Wissenschaftler eine Sammlung mit historischen Liedern der Paschtunen veröffentlichte, war er fest davon überzeugt, dass kaum eine ernst zu nehmende Untersuchung zur Geschichte Afghanistans geschrieben werden könne, solange die Folklore unberücksichtigt bliebe. Wörtlich heißt es bei ihm: »Stellen Sie sich einen Historiker vor, der über die Französische Revolution schreibt und die Marseillaise nicht kennt.« Diese Lieder wurden in zeitlicher Nähe zu den beschriebenen Ereignissen verfasst, weshalb die Protagonisten im Unterschied zu den oben erwähnten Epen nur selten eine übermäßige Idealisierung erfahren. Der Blickpunkt ist oft lokal begrenzt, was ebenfalls mit der Entstehungsgeschichte verbunden ist. Die Lieder wurden von lokalen Autoren verfasst, die sie in einer Zeit, da Rundfunk oder Kassettenrekorder noch vollkommen unbekannt waren, als Autorenlieder meistens nur in ihrer jeweiligen Heimatregion vortrugen.

Persischsprachige Dichter haben unter dem Eindruck des Kampfes gegen die britischen Invasoren eine spezielle Gattung von Kriegsepen (Dschangnama) geschaffen, die sich in Form und Inhalt am klassischen Vorbild des Schahnama orientieren. Welch propagandistischer Einfluss dieser Dichtung beigemessen wurde, lässt sich daran ermesen, dass die Briten ihrerseits persische Autoren bezahlten und ähnliche Werke verfassen ließen, die dann natürlich britische Interessen idealisieren sollten.

Westliche Einflüsse und örtliche Traditionen: Theater in Kabul

Laienschauspieler führten am 8. Januar 2002 im kriegszerstörten Theater von Kabul ein Stück über den Krieg in Afghanistan und die Brutalität des Taliban-Regimes auf. Die Braut (Bildmitte) symbolisierte die Rückkehr des Friedens. Zur Aufführung in der frostigen Hauptstadt kamen 200 Zuschauer und setzten damit ein Zeichen für den zaghaft einsetzenden kulturellen Neuanfang im Land. Das radikalislamische Regime hatte Theateraufführungen – ebenso wie Tanz, Spiel und andere Formen der Unterhaltung – als Sünde verdammt und mit dem Tod bedroht. Ausnahmen gab es lediglich für die Führer der Taliban selbst, die in Kabul für einen ausgesuchten Personenkreis Privatvorstellungen aufführen ließen. Ein Großteil der kulturellen Elite verließ das Land. Insgesamt setzten die Taliban einer Tradition ein Ende, die bis in die 1970er-Jahre auf dem Land neben dem freien Vortrag von Liedern, Sagen und Geschichten vielfältige Formen von Volkstheater und in den größeren Städten auch Bühnenaufführungen westlichen (bzw. sozialistischen) Typs umfasst hatte. In Kabul war in den 1960er-Jahren nach deutschen Vorbildern ein modernes Nationaltheater errichtet worden.

Ein viel beachtetes Zeichen setzte zwei Jahre später auch die im Alter von acht Jahren nach Deutschland geflüchtete afghanische Regisseurin Julia Afifi. Sie gründete 2004 das Dramatic Arts Center, das in Kabul mehrere u.a. vom deutschen Goethe-Institut geförderte Theaterfestivals organisierte. Dort trafen sich Theatergruppen aus ganz Afghanistan.



picture alliance/dpa/ Fotoreport/Rob Elliott

Immer wieder von Anschlägsdrohungen behindert, begeisterte Julia Afifi ein überwiegend afghanisches Publikum, das zum Teil noch nie eine Theater- oder Kinovorführung besucht hatte, u.a. mit einer Inszenierung der antiken Sophokles-Tragödie »Antigone«.

Während immer wieder vor allem weibliche Kulturschaffende in der Hauptstadt angegriffen oder gar getötet wurden, behauptete sich Afifi in Kabul und brachte Themen wie Krieg, Korruption, Willkür und Gewalt in leicht verständlicher Weise auf die Bühne. Figuren wie Mullahs, Warlords oder Drogenhändler zogen die Aufmerksamkeit der Zuschauer auf sich. Afifis Projekte bannten ein Publikum, das die von der Bühne herab vermittelten Botschaften in einer höchst unmittelbaren und emotionalen Weise aufnahm, wie das für europäische Verhältnisse eher ungewohnt ist.

Insbesondere einheimische Frauen riskieren mit einem Engagement als Darstellerin oder durch den bloßen Besuch einer Vorstellung Anfeindung und Strafe. Für viele konservativ denkende Afghanen bleibt das Theater ein Medium, dem man besser mit Misstrauen und aus sicherer Entfernung begegnen sollte. Dennoch bekommt das Kabuler Publikum neben Stücken von Samuel Beckett oder Molière nunmehr auch Werke junger afghanischer Autoren geboten. Einige Theatergruppen existieren mittlerweile im Lande. Dort spielen Jugendliche, die noch vor wenigen Jahren nicht einmal eine Schule besuchen konnten. Einige Truppen touren trotz drohender Anschläge durch Afghanistan und brauchen für ihre Aufführungen weder Elektrizität noch Zuschauer, die des Lesens mächtig sind. (bc)

Auch örtliche Fehden, Naturkatastrophen, ruhmreiche Wettkämpfe beim Pferdesport (Buskaschi) oder Ereignisse der Lokal- und Innenpolitik werden in Liedern besungen, die in den vielfältigsten Formen in fast allen Sprachen Afghanistans belegt sind.

Aktuelle Formen historischer Überlieferung

Historische Lieder entstehen auch heute noch, und nicht wenige von ihnen sind nach wie vor Kriegslieder. Wie früher werden sie in den verschiedensten Landesteilen verfasst und von lokalen Vorlesern und Sängern vorgetragen, doch im Gegensatz zu

früheren Zeiten ist ihre Verbreitung nicht mehr notwendigerweise lokal begrenzt. Musikkassetten, Audio-CDs und sogar DVDs mit Konzertmitschnitten werden auf allen Basaren des Landes vertrieben und verschaffen den Liedern eine wesentlich größere Verbreitung, als es früher möglich war. Einige Lieder über Ereignisse der Zeitgeschichte werden auch von Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt, sofern sie den politischen Erwartungen entsprechen. Das inhaltliche Spektrum ist äußerst vielfältig. Es gibt Hymnen, die den Heldenkult um Achmad Schah Massud stützen. Es gibt Spottlieder, in denen alle Kriegsparteien gleichermaßen verhöhnt werden. Es gibt Gebetslieder, in denen Heilige angefleht werden, Afghanistan endlich den Händen derer zu entreißen, die das Land für ein paar Dollar an Amerika verkauft haben. Und es gibt Lieder, in denen – dem Vorbild älterer Vorlagen folgend – der lokale Kriegsverlauf sehr detailgetreu geschildert wird, ohne die Protagonisten einer übermäßigen Verteufelung oder Idealisierung zu unterwerfen.

Die modernen Medien, in den letzten Jahren zunehmend auch Smartphones, haben die mündliche Überlieferung historischen Wissens medial und inhaltlich revolutioniert. DVDs mit überblicksartigen Darstellungen zur Geschichte erfreuen sich großer Beliebtheit und sind auch Personen zugänglich, die ansonsten kaum ein Geschichtsbuch lesen würden oder gar lesen könnten. Eine dieser DVDs beschreibt die Niederschlagung eines Aufstandes gefangener Taliban im November 2001 in Kala-ye Dschangi in düsteren Bildern als Verrat der Christen an den Moslems. Eine andere DVD schildert das Leben von Achmad Schah Massud in einer Weise, die als filmtechnische Umsetzung klassischer Epen gesehen werden kann. Mit allen Raffinessen professioneller Dokumentarfilmkunst stützt eine weitere DVD die Verehrung des letzten Kommunistenführers Mohammed Nadschibullah, der inzwischen nicht nur von seinen früheren Parteifreunden zum nationalen Märtyrer erhoben wird, um dem auch offiziell geförderten Kult um Achmad Schah Massud einen »Helden von unten« entgegensetzen. Die modernen Medien bieten breiten Raum für Geschichtsbilder, die der staatlichen Sicht nicht entsprechen wollen.

Die Ereignisse der jüngeren Geschichte gehören zum persönlichen Erfahrungsschatz der heute in Afghanistan lebenden

Schulbildung in Afghanistan

Der Alphabetisierungsgrad der afghanischen Bevölkerung über 15 Jahre liegt bei ca. 38 % (Männer 52 %, Frauen 24,2 %). Die Gründe für diese niedrige Rate sind in der Geschichte des Landes, dem nunmehr 40-jährigen Krieg und anderen gewaltsamen Auseinandersetzungen sowie der Bildungspolitik der Taliban zu suchen.

Traditionell führte in Afghanistan der Weg zu höherer Bildung über Religionsschulen (Madrassa, Plural: Medressen). Erst unter Habibullah I. wurde 1903/1904 die Basis des heutigen Bildungswesens geschaffen. Aktuell gibt es neben den Religionsschulen ein staatliches Schulwesen und seit 2006 sogar private Schulträger.

Derzeit (Stand 2018) sind alle öffentlichen allgemeinbildenden Schulen für schulpflichtige Kinder kostenfrei. Der National Education Strategic Plan (NESP III, 2017–2021) zielt darauf ab, Modellschulen einzuführen, die die schulische Bildung verbessern. Laufend werden neue Lehrer ausgebildet, um den drastischen Lehrermangel zu beseitigen; eine Schulklasse umfasst durchschnittlich etwa 45 Schüler oder Schülerinnen. In sicherheitsgefährdeten Gebieten wird die Bildung provisorisch organisiert. Es gibt etwa 3,7 Millionen Kinder (7–17 Jahre), die keine Schulbildung genießen, davon 60 % Mädchen. Vereinzelt übernehmen Moscheen die Bildung der Kinder; hier liegt dann der Schwerpunkt in der Islamlehre, die von einem Imam geleitet wird.

Insgesamt besuchen 3,3 Millionen Schülerinnen und 5 Millionen Schüler eine von 15 000 allgemeinbildenden Einrichtungen. Diese unterteilen sich in etwa 6000 Grundschulen, 4000 Sekundarschulen I und 5000 Sekundarschulen II. Die Schulpflicht beginnt mit dem sechsten Lebensjahr. Die Schulfächer in der Grundschule (sechs Klassenstufen) bestehen in den ersten drei Jahren aus Kunst, Religionslehre, Mathematik, Kalligrafie und Physik. Fächer wie Naturwissenschaften, Geografie und Geschichte kommen später hinzu. Diese Einteilung ist landesweit einheitlich vom Ministerium für Bildung geregelt.

Auf die Grundschule folgt die dreijährige Mittelstufe bzw. Sekundarstufe I oder eine Berufsausbildung (Technical and Vocational Education and Training, TVET); manche Kinder beginnen aber auch direkt nach der Grundschule zu arbeiten, weil in Afghanistan Kinder traditionell zur Versorgung der Familie beitragen. Nach der Mittelstufe folgt die Sekundarstufe II. Dort kann nach der 12. Stufe ein Zertifikat

(Baccalauréat, ähnlich dem deutschen Abitur) erworben werden, das zu einem universitären Studium berechtigt. Die Unterrichtssprache, in der gelehrt wird, variiert je nach Region. Im Süden des Landes wird beispielsweise Paschtu als Hauptsprache unterrichtet, in anderen Provinzen ist es Dari. Jugendliche können aber nach der Sekundarstufe I/ Mittelstufe auch eine Islamschule besuchen. Nach fünf Jahren haben sie in der 14. Klasse die Möglichkeit, mit dem Madrasa-Zeugnis der islamischen Bildung abzuschließen.

Die rund 1000 Medressen werden von 320 000 Schülerinnen und Schülern besucht (Stand 2018). Dieses Schulmodell nennt sich »Dar-ul-Huffaz« und erstreckt sich über zwölf Klassenstufen. Im Schwerpunkt lernen die Kinder das auswendige Rezitieren des Korans. Der Abschluss ist das Zeugnis der islamischen Bildung. Nach zwei weiteren Jahren auf der »Dar-ul-Uloom« (Schulstufen 13 und 14), die es derzeit nur in den Provinzhauptstädten gibt, erhalten die Absolventen und Absolventinnen dieser Schulen das Zeugnis der höheren islamischen Bildung, das berechtigt, sich an einer Universität einzuschreiben.

Die Kinder und Jugendlichen im staatlichen Schulsystem werden von rund 185 000 Lehrkräften betreut, wovon 122 000 Männer (66 %) und 63 000 Frauen sind, Zum Vergleich: In Deutschland gibt es allein schon ca. 15 500 Grundschulen (2017/2018) und etwa doppelt so viele allgemeinbildende Schulen (33 000) wie in Afghanistan. In Deutschland übernehmen rund 73 % (673 000) Frauen den Unterricht. Gleichwohl spiegelt dieser Wert eine positive Entwicklung in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung in Afghanistan wider.

Deutschland engagiert sich bereits seit 1924 im afghanischen Bildungswesen, als der Reformkönig Amanullah das Land westlichen Standards öffnete. Damals wurde in Kabul die Amani-Oberrealschule eröffnet. Derzeit unterstützt die Bundesrepublik den Ausbau zerstörter Schulen oder den Aufbau neuer Schulen. Im Zentrum stehen dabei drei Modellschulen in Kabul: die Amani-Schule für Jungen, die Aisha-e-Durani-Schule für Mädchen sowie das Lycée Jamhuriat, ein Wirtschaftsgymnasium für Mädchen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Förderung der beruflichen Ausbildung (TVET). Dabei werden in 50 Pilotschulen afghanische Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren erreicht. Ziel ist eine Verbesserung der traditionellen Lehrlingsausbildung. (aad)

Ein Junge in Herat kauft bei einem Straßenhändler Bilder indischer Pop- und Filmstars.

Menschen. Die Vergegenwärtigung dieser Ereignisse entzieht sich daher oft noch der erzähltechnischen Abstraktion, die für die Volksliteratur über ältere historische Begebenheiten charakteristisch ist. Trotzdem weist auch das freie Reden über Geschehnisse der jüngeren Vergangenheit einige Merkmale auf, die eine Anlehnung an etablierte Genres der afghanischen Erzählkunst erkennen lassen. Personen, die in einem stärkeren Maße mit dieser Erzählkunst verbunden sind, beschreiben die Vergangenheit gern in Form von Einzelerlebnissen, die kaum Hinweise auf eine zeitliche Zuordnung enthalten, aber einen bestimmten Sachverhalt möglichst anschaulich beschreiben sollen. Gern werden beim mündlichen Erinnern kleine Geschichten entwickelt, deren Struktur sich an dem in der afghanischen Folklore etablierten Genre der metaphorischen Kurzgeschichte (Rewayat) orientiert. Ist einer der Anwesenden für seine erzähltechnische Begabung bekannt, kann es sogar vorkommen, dass diese Person gebeten wird, das eine oder andere Erlebnis zu erzählen, obwohl derjenige, der diese Begebenheit erlebt hat, selbst anwesend ist. Erinnerung wird somit delegiert. Personen, die mit der mündlichen Erzähltradition auf eine besondere Art und Weise verbunden sind, werden zu informellen Hütern der erzählenden Erinnerung ernannt, weil die Ästhetik der Rede rhetorische Überzeugungskraft besitzt. Auch wenn solche Geschichten erzähltechnisch oft noch etwas unausgereift erscheinen, ist die Absicht nicht zu verkennen: Erinnerung soll mit einer metaphorischen Idee verbunden werden, um ihr den Charakter einer bedeutungsvollen Geschichte für die Gegenwart zu verleihen. Die oft humorvolle Gestaltung solcher Geschichten kann helfen, Schmerz und Trauer zu überwinden und durch eine sinnstiftende Erinnerung zu ersetzen.



Lutz Rzehak



ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Die durch den Islam geprägte Kultur in Afghanistan weist Frauen und Männern unterschiedliche Rollen zu. Diese können allerdings in Abhängigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen sehr stark variieren. Generell fällt es traditionell denkenden afghanischen Männern schwer, das öffentliche Auftreten von Frauen außerhalb des Familienverbandes zu akzeptieren. Auch das Rollenverständnis in den Städten – insbesondere in der Hauptstadt Kabul – unterscheidet sich maßgeblich von jenem in ländlichen Gebieten. Dort sind noch immer viele Mädchen und junge Frauen selbst von elementarer Schulbildung ausgeschlossen, obwohl der afghanische Staat und die internationale Gemeinschaft in diesem Bereich seit 2001 eine respektable Erfolgsbilanz vorweisen können. Das Bild zeigt eine Straßenszene in Masar-e Scharif in Nordafghanistan am 10. April 2010.

■ Eine Frage der Ehre: Rollenbilder von Frauen und Männern in Afghanistan

Das rückständige Land öffnen und modernisieren: Das war das Lebensprojekt des afghanischen Königs Amanullah, der von 1919 bis 1929 regierte. Der Herrscher war sich bewusst, dass eine solche Reform nicht möglich war, ohne die Lage der afghanischen Frauen zu verändern und sie am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen. 1921 erließ der König ein neues Ehegesetz: Zwangs- und Kinderheiraten wurden verboten, die Polygamie eingeschränkt und der Brautpreis abgeschafft. Amanullah verkündete eine konstitutionelle Verfassung, gründete Schulen für Jungen und Mädchen und schickte junge Afghaninnen zum Studium in die Türkei; denn Atatürks Modernisierung und Säkularisierung der Türkei galten dem reformfreudigen afghanischen König als Vorbild.

Doch bei den konservativen Kräften des Landes, vor allem bei religiösen Autoritäten und den Stammesführern, weckte dies Unmut und Widerstand. Man befürchtete, der König werde seiner Funktion als Hüter der Religion nicht gerecht; man munkelte, er propagiere westliche Vorstellungen und untergrabe islamische Werte. Erste Revolten brachen aus.

1927 unternahm Amanullah mit seiner Frau, Königin Soraya, eine Europareise. In den europäischen Städten zeigte sich die Königin unverschleiert und mit Dekolleté – für die Konservativen eine Provokation und zugleich ein willkommener Anlass, die Tugendhaftigkeit der Königin in Frage zu stellen und die Autorität des Königs zu untergraben: Sie druckten Fotos der unverschleierten Königin nach, die während der Europareise entstanden waren, und verteilten sie in den ländlichen Regionen. Das Ziel war, die Landbevölkerung gegen den König aufzubringen.

Amanullah aber ließ sich nicht von seinem Reformkurs abbringen. Nach seiner Rückkehr verordnete er die Trennung von Staat und Religion. Er verfügte das Tragen westlicher Kleidung in Kabul, die Entschleierung der Frauen und die Abschaffung der Tradition, Frauen wegzuschließen. Das wurde weithin als Provokation empfunden. Neue Stammesrevolten brachen aus. 1929 wurde Amanullah gestürzt, und nach einem blutigen sechsmon-

natigen Intermezzo unter Habibullah II. kam Mohammed Nadir Schah auf den Thron. Der neue König machte die Frauenreformen sofort rückgängig: Die Afghaninnen verschwanden erneut hinter dem Schleier und hinter den vier Wänden ihrer Häuser. Die Mädchenschulen wurden geschlossen, die Studentinnen aus der Türkei zurückbeordert. Neuerungen zugunsten der Frauen, die die patriarchale Grundlage des afghanischen Staates antasteten, wurden für viele Jahre zum Tabu; neue Reformversuche gab es erst in den 1950er-Jahren. Das Scheitern von Amanullahs Modernisierung von oben war ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte des Landes, das bis heute nachwirkt. Es blockierte jahrzehntelang die Entwicklung Afghanistans.

Historische Konflikte um die Rolle der Frau

Die Frage, wie sich Frauen zu benehmen und zu kleiden haben, welche Rechte ihnen zustehen und welches ihr Platz in der Gesellschaft ist, war in Afghanistan seit Anfang des 20. Jahrhunderts immer wieder Auslöser für Konflikte. Denn eine Veränderung der Stellung der Frau stellt letztlich die gesamte Gesellschaftsordnung in Frage. Als sich 1978 die prosovjetsche Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) an die Macht putschte, tappte sie in dieselbe Falle wie zuvor König Amanullah. Sie versuchte, emanzipatorische Reformen mit Druck von oben durchzusetzen, ja sogar mit Gewalt. So sollte die gesamte erwachsene Bevölkerung Afghanistans innerhalb eines Jahres lesen und schreiben lernen. In der Hauptstadt führte das kaum zu Problemen, hatte doch die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung Afghanistans den Kabuler Frauen bereits Freiräume eröffnet: Viele begannen ihren Ganzkörperschleier, die Burka, abzulegen; einige studierten oder gingen sogar einer Lohnarbeit nach.

Doch auf dem Land – und Afghanistan ist überwiegend ländlich geprägt – stieß die Alphabetisierungskampagne auf heftigen Widerstand. Dorfbewohner weigerten sich, ihre Frauen und Töchter zur Schule zu schicken, weil dort die Geschlechtertrennung nicht eingehalten und der Kommunismus gepredigt wurde. Die traditionellen Stammesführer und die religiösen Autoritäten befürchteten, dass Frauen durch Bildung und Berufs-

tätigkeit von »unmoralischen« westlichen und weltlichen Ideen beeinflusst würden und diese dann an ihre Kinder weitergäben. Der Widerstand gegen die Volkspartei formierte sich schnell, man sah den Islam bedroht. Ende 1979 marschierte die Sowjetarmee in Afghanistan ein, um die in Bedrängnis geratene Volkspartei zu unterstützen. Doch das verschlimmerte die Situation: Das Eingreifen der UdSSR war in den Augen vieler Afghanen der Versuch, das Land zu unterwerfen und die althergebrachte Gesellschaftsform zu verändern. Jahre des Krieges folgten.

Die Taliban wiederum, die in den neunziger Jahren in Erscheinung traten, waren wie alle radikalen Islamisten besessen vom Thema Frauen. Sie bezogen sich in ihrer Geschlechterpolitik auf Wertvorstellungen, die in Afghanistan vor den ersten Modernisierungsschritten gegolten hatten. Aber nicht nur das: Sie übersteigerten diese alten Werte noch. In den Städten setzten sie ihre rigiden Gesetze besonders brutal durch, weil die Modernisierung dort am meisten Spuren hinterlassen hatte. Vor allem Kabul galt als dekadent und als Hort des Kommunismus. Bei ihrer Machtübernahme 1996 verbannten die Taliban die Frauen völlig aus dem öffentlichen Leben: Sie zwangen sie zum Tragen der Burka, verboten ihnen zu arbeiten und schlossen die Mädchenschulen. Ehebrecherinnen, auch vermeintliche, wurden öffentlich gesteinigt.

Der traditionelle Wertekanon

Die Taliban sind weniger von den Moralvorstellungen der islamischen Scharia als von den Wertvorstellungen des Paschtunwali geprägt, dem Rechts- und Ehrenkodex der Paschtunen, der größten Volksgruppe in Afghanistan. Dieses Paschtunwali kreist wesentlich um die Begriffe »Ehre« und »Schande« und sieht vor, dass Frauen in strenger Abgeschiedenheit leben müssen. Frauen sind den Männern untergeordnet und müssen geschützt werden, da sie als schwächer und moralisch anfälliger gelten. Sexuelle Aktivitäten sind nur in der Ehe gestattet. Durch den Schutz und die Kontrolle der Frauen wachen die Männer über ihre eigene Ehre, über diejenige der Familie und der ganzen Stammesgesellschaft. Das führt dazu, dass die Paschtunen die Mobilität ihrer



Gemüseverkäuferin auf dem Basar von Baharak.

Frauen massiv einschränken, damit diese keinen oder nur sehr beschränkten und klar geregelten Umgang mit Männern außerhalb der Kernfamilie haben.

Dieses System der Isolierung der Frauen wird »Purda« genannt. Purda ist die verhüllende Burka, Purda diktiert die Architektur der Häuser mit den hohen Mauern und den Männer- und Frauenräumen. Unter Berufung auf Purda kann der Mann seiner Frau verbieten, das Haus zu verlassen – selbst zum Besuch bei den Eltern oder bei einem Arzt. Das Paschtunwali erlaubt außerdem, dass Streitigkeiten durch den Austausch von Frauen geschlichtet werden: So kann die Familie eines Mörders die Tat sühnen, indem sie eine ihrer Frauen einem Mann der Opfer-Familie zur Ehefrau gibt. Dieser für die Frauen oftmals traumatische Tausch ist bis heute Praxis in Afghanistan.

Das Stammesrecht der Paschtunen ist die Grundlage einer Gesellschaft, in der die sozialen Kernaufgaben vormodern organisiert sind. Pflichterfüllung wird nicht mit Geld, sondern mit Ehre und Ansehen entlohnt, Pflichtvergessenheit hingegen wird mit Schande und Ausstoßung bestraft, unter Umständen sogar mit dem Tod. Das rigide Geschlechterverhältnis geht von einer eindeutigen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau aus. Der



picture alliance/AP Photo/Anja Niedringhaus

Ein Mann in Kabul hängt frisch gewaschene Wäsche auf.

Mann muss Schwache schützen und mit der Waffe so umgehen können, dass er Frauen, Familie, Boden und Ehre erfolgreich verteidigen kann. Den Frauen ist die Rolle der Ehefrauen und Mütter zugewiesen. Sie müssen den Großhaushalt führen und gewisse Bereiche der landwirtschaftlichen Produktion übernehmen. Und sie geben den muslimischen Glauben und die Traditionen von einer Generation zur nächsten weiter. Deshalb ist ihre Rolle in der Gesellschaft so zentral.

Diese Traditionen sind nicht in allen Regionen gleich virulent. Bei den Tadschiken, Usbeken und Hasara herrschen andere Normen in Bezug auf Frauen. Die drei Volksgruppen schränken die Mobilität ihrer Frauen weniger stark ein als die Paschtunen. Bei den Nomaden schließlich sind es die Lebensumstände, die die Wertvorstellungen beeinflussen: Die Familien sind ständig unterwegs, und deshalb unterstehen die Nomadinnen nicht denselben strikten Tabus wie andere Afghaninnen, was den Kontakt mit Fremden anbelangt. Nomadenfrauen tragen deshalb keine Burka. Dasselbe gilt für die armen Frauen auf dem Land, sogar für Paschtuninnen, denn sie könnten ihre harte Arbeit mit dem Ganzkörperschleier gar nicht verrichten. Kommt ein Fremder vorbei, begnügen sie sich damit, das Gesicht abzuwenden.

Die Kraft der Bilder: Anja Niedringhaus' Wahrheitsliebe

Die am 4. April 2014 in Afghanistan ermordete deutsche Fotografin Anja Niedringhaus dokumentierte das Leben in zahlreichen Kriegsländern. In Afghanistan zeigte sie ein tiefgründiges Bild von der Zerrissenheit der Gesellschaft durch Krieg, Terror, Korruption und Angst, die den Alltag der Menschen des Landes überschatten. Niedringhaus richtete ihr Augenmerk neben dem Einsatz der ISAF-Soldaten auch auf die Frauen unter der Burka in einem aus westlicher Sicht fragwürdigen Herrschaftssystem. Mit diesen Fotos verdeutlichte sie die Bevormundung der Frauen in Form von Kleidervorschriften, zugleich reflektierte sie damit die politische Entwicklung des Landes.

Niedringhaus engagierte sich für junge Frauen, die in der afghanischen Gesellschaft eine aktive Rolle spielen, etwa weibliche Parlamentsabgeordnete, denen sie nur wenige Tage vor ihrer Ermordung begegnete. Sie rückte sie in den künstlerischen Fokus, bezog sich auf die Stellung der Frau zwischen Religion und Selbstbestimmung und trat für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Das alles war lebensbedrohlich. Porträts waren unerwünscht. Diese Frauen hatten teilweise Leibwächter, erhielten zunehmend von radikalislamischen Taliban-kämpfern und von der Terrormiliz »Islamischer Staat« Morddrohungen.

Niedringhaus war ebenso der Gefahr ausgesetzt, denn sie war Teil des Krieges. Sie fotografierte nicht im Atelier und zeigte in den schwierigsten Situationen ein alle Barrieren einreißendes Mitgefühl.

Anja Niedringhaus prägte die Fotografie im Krieg der Gegenwart. Sie reiste zu den Brennpunkten dieser Erde: in den Kosovo, nach Libyen, Israel und Irak. Niedringhaus gehörte zu den wenigen Frauen auf diesem Gebiet, die eine exponierte

picture alliance/AP Photo



Pakistanische Journalisten gedenken der Associated-Press-Fotografin Anja Niedringhaus, 7. April 2014.



picture alliance/AP Photo

Eine Gefangene mit ihrem Kind im Zentralen Frauengefängnis in Kabul. Foto vom 28. März 2013 von Anja Niedringhaus.

Stellung erreichten: 2003/2004 war sie als freie Kriegsphotografin »embedded« mit der US-Armee bei der Schlacht um Falludschah im Irak. Unter zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen erhielt sie als erste deutsche Fotografin für ihre Berichterstattung aus diesem Krieg den Pulitzer-Preis. Seit 2001 reiste sie immer wieder ins erschütterte und zerstörte Afghanistan, bis sie kurz vor der Präsidentschaftswahl 2014 durch eine in Polizeiuniform gekleidete Sicherheitskraft in Ost-Afghanistan erschossen wurde. Anja Niedringhaus wurde nur 48 Jahre alt.

Die unerbittliche Gewalt in Afghanistan traf besonders Zivilisten. Wann immer das menschenverachtende Regime gegen die Bevölkerung vorging, waren es Frauen und Kinder, die diese Gewalt zuerst zu spüren bekamen: Ihnen wie allen Opfern widmete Niedringhaus Aufmerksamkeit. Sie hinterließ Spuren – in Gestalt zahlreicher Bilder. Sie hielt unermüdlich auch die hoffnungsvollen Augenblicke in diesem Land fest und machte Mut zum kulturellen Aufbruch. Den Frauen Afghanistans gab sie mit ihrer Arbeit einen Teil der Würde zurück. Die Fotos von Anna Niedringhaus finden weltweit Beachtung. Sie zeigen, dass ihr Werk nichts an Aktualität eingebüßt hat.

(ms)



picture alliance/AP Images/Anja Niedringhaus

»Wahlwerbung« in Afghanistan, März 2014: Das Plakat fordert als gleiches Recht für Mann und Frau das Recht zu wählen ein.

Die Burka ist ursprünglich ein städtisches Phänomen. Sie ist außerdem für die Afghaninnen nicht generell ein Symbol der Unterdrückung. Viele Afghaninnen verstehen sie bis heute als Teil ihrer Tradition oder sogar als Statussymbol. Die Burka hat neben den unpraktischen auch praktische Seiten: Die Frauen können sich darunter kleiden, wie es ihnen gefällt, und sich sogar schminken. Und sie können sich unerkant in der Öffentlichkeit bewegen.

Aktuelle Entwicklungen

Die westliche Intervention und der Sturz der Taliban 2001 haben auf den ersten Blick viel zur Verbesserung der Lage der Afghaninnen beigetragen. Im Land gibt es Politikerinnen, Journalistinnen, engagierte Menschenrechtlerinnen, und die Frauen verfügen über mehr Rechte als zuvor. Doch vieles davon ist Schönfärberei, denn diese Rechte existieren meist nur auf dem Papier und werden nicht umgesetzt. Der Staat, der sie durchset-

zen müsste, ist schwach, korrupt oder vielerorts inexistent; engagierte Frauen werden durch Islamisten eingeschüchtert oder ermordet. Dies geschieht nicht nur in den Gebieten, in denen etwa die Taliban wieder das Sagen haben. Auch in Kabul sind Islamisten und ihr reaktionäres, frauenfeindliches Gesellschaftsbild stark und mächtig. Denn auch die führenden Mudshaheddin waren Islamisten, und einige von ihnen sitzen in der Regierung oder sind mit ihr gut vernetzt.

Die prekäre wirtschaftliche Situation, die riesige Zahl von Vertriebenen und Flüchtlingen und die anhaltenden Kämpfe mit Aufständischen sind die schlimmsten Feinde der Frauenrechte. Arme Frauen und Mädchen haben keine Lobby, minderjährige Mädchen werden an solvente Ehemänner verkauft, um Schulden zu tilgen. Polygamie ist weit verbreitet. Die anhaltende Unsicherheit und die Anschläge führen außerdem dazu, dass Mädchen nicht zur Schule dürfen und Frauen nicht aus dem Haus.

Am meisten Fortschritte gab es seit 2001 im Bereich der Schulbildung, wo ein Gesinnungswandel stattgefunden hat. Mit Hilfe der internationalen Geldgeber wurden Tausende von Schulen gebaut und Zehntausende Lehrer ausgebildet. Die Gesellschaft hat einen regelrechten Bildungshunger entwickelt – alle wollen eine gute Bildung, um später eine gutbezahlte Arbeit zu finden. Viele Männer haben begriffen, dass sich die Investition in die Bildung der Mädchen früher oder später auszahlt. Allerdings ist die Qualität der Bildung oft schlecht und kaum nachhaltig.

Bei den meisten Afghanen, vor allem bei der Landbevölkerung, leben jedoch die alten patriarchalen Vorstellungen weiter. Diese Menschen verstehen die Forderungen der Frauen nach größerer Freiheit und mehr Rechten als Ausflüsse einer westlichen und unislamischen Ideologie, die ihnen durch die Fremden aufgezwungen wird. Der Westen wird mit Alkoholkonsum und Prostitution gleichgesetzt; tatsächlich hat beides mit der fremden Intervention in Afghanistan vermehrt Einzug gehalten.

Es zeigt sich einmal mehr, dass Frauenrechte in Afghanistan nicht von oben verordnet werden können. Nur Frieden, Sicherheit und eine blühende Wirtschaft schaffen die Bedingungen für eine langsame, aber stetige Verbesserung der Lage der afghanischen Frauen.

Judith Huber

Sport in Afghanistan

Im Land am Hindukusch gilt Buskashi als Nationalsport. Das Reiter-spiel, bei dem es darum geht, ein Tier, meist eine Ziege, zu greifen und einem Preisrichter vorzulegen, wird auch in anderen Teilen Zentralasiens praktiziert und erlangte im Westen u.a. durch eine Szene im US-Actionfilm »Rambo III« (1988) größere Bekanntheit.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts versuchte Habibullah Khan im Zuge seines Reformprogramms westliche Sportarten wie Tennis oder Golf in Afghanistan einzuführen – allerdings ohne großen Erfolg. Unter Amanullah Khan wurde 1923 immerhin das Ghazi-Stadion in Kabul gebaut, in dem die afghanische Fußballnationalmannschaft 1941 das erste Länderspiel gegen den Iran bestritt. Im Vergleich zu Deutschland führt Fußball in Afghanistan eher ein Schattendasein. Zwar wurde bereits 1922 eine afghanische Fußballnationalmannschaft und 1933 die Fußballföderation (Afghanistan Football Federation, AFF) geschaffen, doch nahm Afghanistan, seit 1948 Mitglied im Weltfußballverband FIFA, nur sehr unregelmäßig an internationalen Turnieren teil. Von 2005 bis 2015 gehörte das Land der South Asian Football Federation (SAFF) an und war 2013 Südasienmeister. 2015 verließ es diesen Verband, um Gründungsmitglied der Central Asian Football Federation (CAFF) zu werden. Seit 2017 trainiert Otto Pfister die afghanische Nationalmannschaft, die bereits mit anderen deutschen Trainern Erfahrungen gesammelt hat. Seit 2004 gibt es auch Frauenfußballvereine und seit 2006 ein Frauennationalteam.

Sehr viel bedeutsamer als Fußball ist Cricket. 1995 wurde in Pakistan die Afghanistan Cricket Federation gegründet, aus der das Afghanistan Cricket Board hervorging. Inzwischen gibt es 320 Cricket-Vereine und Dschalalabad gilt als Hauptstadt dieser Sportart. Seit 2001 Anwärter, ist Afghanistan seit 2017 Vollmitglied im International Cricket Council (ICC). Im Ranking der Cricket-Nationen steht Afghanistan auf Platz 10 weltweit. Während der Talibanherrschaft war Cricket ebenso wie andere Sportarten verboten, weil die Taliban Sport als Ablenkung von den religiösen Pflichten werten. Im Verlauf des Ramadan-Cup 2018 kam es am 18. Mai im Stadion von Dschalalabad zu einem Anschlag mit mindestens acht Toten und etwa 45 Verletzten. Im September 2018 erfolgte ein Anschlag auf ein Sportzentrum im Kabuler Stadtteil Dascht-e Bartschi mit 20 Toten und 70 Verletzten.

Zum Trendsport entwickelte sich in Afghanistan in den letzten Jahren Bodybuilding. Der nationale Bodybuildingverband wurde bereits 1965 geschaffen. Doch kam 1993 bei einem Flugzeugabsturz in Masar-e Scharif das gesamte Nationalteam ums Leben. Beim 9. World Bodybuilding and Physique Sports Championships (WBPF) 2017 in der Mongolei siegte der Afghane Achmad Yasin Salik Qaderi.

Hamid Rahimi (geb. 1983 in Kabul) ist ein deutsch-afghanischer Profiboxer aus Hamburg. Er ist aktueller Titelträger der Pan Asian Boxing Association (PABA) und Global-Boxing-Council-Weltmeister. Ein Profiboxkampf unter dem Motto »Fight for Peace« wurde am 30. Oktober 2012 in seiner Heimatstadt Kabul ausgetragen. Dieser wurde als erster Profiboxkampf überhaupt und zudem als offizieller Interkontinental-Meisterschaftskampf der World Boxing Organization (WBO) zu einem Symbol für »Frieden durch Sport« in Afghanistan.

Sportarten wie Handball, Rugby oder Radrennen führen noch ein Schattendasein, wohl auch deshalb, weil Sport selten Schulfach ist. Im Oktober 2015 fand der erste Marathon statt, wobei die einzige weibliche Teilnehmerin (Zainab) zugleich die erste Frau war, die in Afghanistan einen Marathon gelaufen ist. Bereits im Juni 2015 durchquerte sie in einem 250-km-Rennen die Wüste Gobi. Im Jahr 2016 nahmen beim Marathon im Tal von Bamiyan, dem einzigen Sportereignis, das Männer und Frauen gleichzeitig bestreiten können, bereits sechs Afghaninnen teil.

khl

»Fight for Peace« in Kabul, 30. Oktober 2012: Hamid Rahimi gegen Said Mbelwa. Als Sieger des Kampfes geht der aus Kabul gebürtige Rahimi hervor. Das hochgehaltene Foto links oben zeigt Rahimis Vater.





Mit etwas über 34 Millionen Einwohnern im Juli 2017 (Deutschland: 80,6 Mio.) und einer Fläche von 652 230 Quadratkilometern (Deutschland: 357 022) ist Afghanistan dünn besiedelt. Etwa 73 Prozent der Afghanen leben auf dem Land. Von den Stadtbewohnern sind mehr als viereinhalb Millionen im Großraum Kabul zu Hause. Erhebliche Teile des Territoriums, dessen Gebirge bis zu rund 7500 m hoch sind, können landwirtschaftlich nicht genutzt werden. Dennoch ist die Landwirtschaft der dominierende Faktor der afghanischen Ökonomie. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt bei etwa 2000 US-Dollar pro Kopf (Deutschland: 48 400 \$). Afghanistan gehört nach wie vor zu den infrastrukturell am schlechtesten versorgten Ländern der Erde: Lediglich 114 192 Afghanen verfügten 2016 (Ende 2008: 280 000) über einen Telefonanschluss, immerhin ca. 21,5 (2008: 2,5) Millionen über ein Mobiltelefon und ca. 3,5 Millionen (2008: 535 000) über einen Internetanschluss (Zahlen nach CIA World Factbook 2008 und 2018).

■ Traditionelle Wirtschaftsformen: Landwirtschaft und Nomadismus

Die Topografie Afghanistans erlaubt menschliche Siedlungen nur in einigen Gunsträumen. Fast drei Viertel der Oberfläche Afghanistans sind von jeglicher Nutzung ausgeschlossen. Zentrales Merkmal ist die Zugehörigkeit zum iranisch-afghanischen Hochland, das zur Kammerung des Landes beiträgt. Die aufgefächerten nördlichen und südlichen Randketten werden im Nordosten zum Hindukusch zusammengeführt. Damit ergibt sich die Großgliederung in den gebirgigen Nordosten (mit Gipfeln von über 7000 m Höhe in Pamir und Hindukusch), der das Grenzgebiet zu Pakistan und Tadschikistan sowie das Zentrum Afghanistans umfasst. Der Süden und der Westen sind wesentlich flacher und wüstenhaft, ebenso wie die baktrische Tiefebene im Norden, die im Höhenbereich um 300 m Meereshöhe von dem Grenzfluss Amu Darja durchschnitten wird. Zwischen Peschawar und Kabul führt die historische Verbindung durch eine grenznahe Landsenke bei Dschalalabad. Hier bildet der nur knapp 1100 m hohe Khyber-Pass das verkehrsgeografische Verbindungsglied ebenso wie der Khojak-Pass zwischen Quetta und Kandahar den Übergang vom pakistanischen Indus-Tiefland ins zentrale Afghanistan erlaubt. Der Kabul-Fluss ist der einzige Fluss, der über das Indus-System zum Arabischen Meer entwässert; alle anderen Gewässer versickern oder enden in Seen.

Afghanistan liegt fast vollständig im zentralasiatischen Trockengürtel, der hier in gleicher Breitenlage wie Nordafrika durch Wüsten und Steppengebiete ausgeprägt ist. Natürliche Waldgebiete sind spärlich im Osten des Landes zu finden. Wasserverfügbarkeit in Form von Niederschlägen ist ein wichtiger Begrenzungsfaktor für menschliches Wirtschaften. Wüstenhafte Bedingungen charakterisieren die westliche Beckenzone mit ihren Salzseen an der Grenze zum iranischen Sistan und im Süden die Steinwüste Dasht-e Margo sowie die Dünenfelder der salzreichen Registan-Wüste.

Allgemein sind in den tief liegenden Gebieten die Niederschläge gering, für eine ackerbauliche Nutzung sind sie in der Regel nicht ausreichend. Höhere Niederschlagswerte werden

in den fächerförmig auslaufenden Ketten des Hindukusch verzeichnet, die im Osten und Nordosten beträchtliche Werte erreichen und in einzelnen Gebirgsinseln über 1000 mm verzeichnen. Hier begrenzen jedoch starke Hanggefälle die Verfügbarkeit von terrassierbaren Anbauflächen. Mit weiter ansteigender Höhe bildet die Kombination aus Hochgebirgsökologie und kontinentaler Lage eine klimatische Grenze für Vegetation sowie Agrar- und Weidewirtschaft.

Intensiver Ackerbau im Bewässerungsfeld

Die Feldwirtschaft ist in Afghanistan verstärkt auf künstliche Bewässerung angewiesen, während in den hierfür kaum nutzbaren Gebieten nomadische Viehzucht vorherrscht. Die agrarökologische Topografie Afghanistans ist durch den Gegensatz eines intensiven Ackerbaus in Flussoasen und durch extensive und saisonale Weidewirtschaft in mehr als vier Fünfteln des Landes bestimmt. In den ackerbaulichen Gunsträumen – sie machen ungefähr ein Achtel der Landesfläche aus – spielen spezifische agrarsoziale Strukturen eine wesentliche Rolle. Trotz aller Umbrüche in den vergangenen 250 Jahren weisen die agrarsozialen Strukturen Afghanistans erhebliche Beharrlichkeit auf.

Die Eigentumsverhältnisse an den Schlüsselressourcen Wasser und Boden sind in einem Land, in dem drei Viertel der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Landwirtschaft leben, von zentraler Bedeutung. Sie variieren und sind sowohl durch einen hohen Anteil an kleinbäuerlichen Strukturen (ungefähr zwei Drittel) als auch durch einen augenfälligen Großgrundbesitz geprägt (ein Drittel der Erntefläche). Großer Landbesitz ist mit Herrschaftsstrukturen verbunden, die sich aus den Eliten der traditionellen Stämme, der Fürstenfamilien und auch des Klerus ableiten. In jüngster Zeit sind ökonomisch einflussreiche Schichten wie städtische Händler und bewaffnete Kommandanten hinzugekommen, die von Kriegswirtschaft und Drogenhandel profitieren. Ihren Einfluss machen sie geltend, indem sie in Handel, aber auch in Landbesitz investieren. Die Betriebsgrößen sind hingegen überwiegend kleinteilig, da auch Großgrundeigentum in eine Vielzahl von ausgegliederten Pachtbetrieben zerfällt.

Regionale Unterschiede sind hinsichtlich Teilbau- und Pachtstrukturen zu berücksichtigen, und auch staatliche Großbetriebe im Norden Afghanistans stellen eine Ausnahme von der weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft dar. Einen grundsätzlichen Einschnitt beabsichtigte die Landreform von 1979, die als zentrales Anliegen der Revolution zwar propagandistisch ausgeschlachtet wurde, jedoch in ihrer Wirkung weit hinter den Zielen zurück blieb. In der Taliban-Zeit haben sich vorrevolutionäre agrarsoziale Strukturen verfestigt, die die afghanische Landwirtschaft bis heute prägen. Militärische Macht und politischer Einfluss bilden sich in den ländlichen Strukturen ab, die durch eine Vielzahl von Kleinbauern und Pächtern erhalten bleiben. Diese Strukturen sind das ackerbauliche Rückgrat der afghanischen Gesellschaft.

Ergänzende extensive Landnutzung durch Viehzucht

Der ländliche Raum ist im Gebirgsbereich durch lang gestreckte Flussoasen, ansonsten durch gegliederte Oasensiedlungen charakterisiert. Dezentralität und Isolation kennzeichneten die ländlichen Siedlungen vor der Saur-Revolution im April 1978. Gleiches gilt für die bedeutende Gruppe der Nomaden und Bergbauern, die in extensiver Wirtschaftsweise das karge Nahrungspotenzial der Naturweiden nutzen. Im jahreszeitlichen Rhythmus erschließen sie weit verstreute Einzugsgebiete. Saisonalität und regionale Differenzierungen gliedern die räumlichen Nutzungsstrategien. Die besten Weidegründe finden sich in der Baktrischen Ebene Nordafghanistans. Traditionell gab es hier den höchsten Viehbesatz an Kleinvieh, das auch durch die Karakul-Schafzucht erheblich zum Exportvolumen Afghanistans in Form von »Persianer«- bzw. »Astrachan«-Fellen beitrug. Die südlichen wüstenhaften Weideflächen dienten weitschweifenden Nomaden und ihren Herden als extensives Nutzungsfeld. Im Laufe des 20. Jahrhunderts engte sich der Weidespielraum durch ackerbauliche Maßnahmen vor allem im Norden ein. Diese Tendenz dürfte sich in Zukunft noch verstärken, wenn neu



Hochebenen und Gebirge beschränken die landwirtschaftliche Nutzung.

geplante Bewässerungsprojekte am Amu Darya verwirklicht werden. Der Anteil nomadischer Viehzucht ist zwar kontinuierlich geschrumpft. Bestimmte Muster saisonaler Nutzung zwischen Winterweidegebieten in den tieferliegenden Arealen der Baktrischen Ebene, des Beckens von Nangarhar, aber auch der südlichen Steppen und Wüsten lassen sich jedoch im Wanderwechsel mit den produktiven Hochweiden des gebirgigen Kernlandes der Hindukuschketten und des Pamir weiterhin beobachten. Die Nutzung natürlicher Weiden über große Distanzen und Höhenunterschiede charakterisiert den nomadischen Bereich. Der Viehzuchtsektor wird ergänzt durch die bäuerliche Haltung von Klein- und Großvieh, das auf Tagesweiden oder im Sommer auf Hochweiden gehütet wird. Viehzucht ist ein wichtiges Element der Fleischversorgung für die städtischen Basare.

Selbst angesichts der erheblichen Gefährdung durch Landminen gehen Nomaden und sesshafte Viehzüchter nach wie vor einer mobilen Weidewirtschaft nach. Gerade in Zeiten der Krise nimmt der Druck auf die natürlich vorhandenen Ressourcen weiterhin zu. In Afghanistan bilden die weiten, nur extensiv nutzbaren Vegetationsdecken den Überlebensraum für Nomaden und Sesshafte.

Gunsträume und Siedlungsschwerpunkte

Der Gegensatz von Wüste und Oase prägt das Siedlungsbild Afghanistans. Siedlungen konzentrieren sich entlang der wenigen ganzjährig wasserführenden Flussachsen, so an der Ost-West-Achse vom Becken von Dschalalabad über Kabul ins Tal des Harirud mit dem westlichen Zentrum um Herat. Diese klassische Zentralroute durch Afghanistan war in der Blütezeit des Karawanenhandels stark frequentiert. Im Süden finden sich Siedlungskonzentrationen im oberen Helmand-Tal und im Arghandab-Tal um Kandahar. Der dritte wichtige Siedlungsraum liegt in der baktrischen Tiefebene um Masar-e Scharif und erstreckt sich über Kundus bis hin zum östlich anschließenden Badachschan, das bis heute das Zentrum der Nordallianz in Faisabad beherbergt. In diesen Gunsträumen, in denen die agrarische Produktivität allenthalben durch künstliche Bewässerung sichergestellt wird, befinden sich die Bevölkerungsschwerpunkte Afghanistans. Hier liegen die großen Städte Kabul, Kandahar, Herat, Dschalalabad und Masar-e Scharif. Sie sind im Zuge der Kriegswirkungen weiter gewachsen und haben fast alle die Millionen-Einwohner-Schwelle überschritten. Sie waren durch die in den 1960er-Jahren fertiggestellte Ringstraße Afghanistans miteinander verbunden und für den motorisierten Verkehr nutzbar. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wurde durch dieses Straßenbauprojekt, das mehrheitlich von den USA und der Sowjetunion finanziert worden war, weiter verschärft. Diese Siedlungskonzentrationen sind wesentliche Absatz- und Versorgungszentren für den ländlichen Raum Afghanistans. Aus den Basarorten machen sich mobile Aufkäufer in die abgelegenen ländlichen Regionen auf, um im Tauschhandel wertvolle agrarische und viehwirtschaftliche Produkte zu erwerben. Auch wenn die Kriegswirtschaft und die machtvolle Kontrolle der regionalen Kommandanten viel zur Modifizierung der örtlichen Versorgungsstrukturen beigetragen haben, bleiben diese Stadt und Land verbindenden Beziehungsnetze doch weitgehend erhalten.

Hermann Kreutzmann



Auf ihrem Feld in der südafghanischen Stadt Kandahar gewinnen Bauern Rohopium aus Mohnkapseln. Jahre nach der Vertreibung der Taliban aus Kabul ist die Drogenwirtschaft eine zunehmende Belastung für die afghanische Regierung wie auch für die internationale Gemeinschaft. Die Anti-Drogenpolitik der afghanischen Regierung gleicht trotz westlicher Hilfe bislang einem Kampf gegen Windmühlen. Örtlichen Erfolgen afghanischer und ausländischer Bekämpfungsversuche stehen politische, wirtschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen entgegen, die Anbau, Verarbeitung und Verkauf von Drogen für einen erheblichen Teil der Bevölkerung zum einzigen lukrativen Wirtschaftszweig machen. Will die Zentralregierung von Kabul aus die Drogenökonomie in die Knie zwingen, muss sie zwangsläufig dieses Umfeld verändern. Neben der Ausbildung eines verlässlichen Staatsapparates bedeutet dies vor allem die Schaffung von Erwerbsalternativen – angesichts der dafür notwendigen Investitionen bis auf Weiteres eine unlösbare Aufgabe.

Die Rolle der Drogenökonomie in Afghanistan

Afghanistan ist ein ländlich geprägter Wirtschaftsraum. Obwohl die kultivierbare Fläche lediglich zwölf Prozent der Landesfläche ausmacht, werden aktuell ungefähr 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 65 bis 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft erarbeitet (vgl. den Beitrag von Hermann Kreuzmann). Dies schließt die Drogenökonomie noch nicht ein. Auf nationaler Ebene machten Drogenanbau, -verarbeitung und der Wert der für den Export bestimmten Drogenbestände 2016 allein 16 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Produktionskraft (BIP) Afghanistans oder 3,02 Mrd. US-Dollar aus. Das Exportvolumen von Opiaten (2,92 Mrd. US-Dollar 2016, 15 Prozent des BIP) betrug damit mehr als das Zweifache aller regulären Güter- und Dienstleistungsexporte zusammengenommen (7,3 Prozent des BIP 2015). Noch vor zehn Jahren wurden Afghanistan 92 Prozent der weltweiten Opiumproduktion zugeschrieben, heute sind es etwa 80 Prozent. Die Drogenwirtschaft – Schlafmohnanbau zur Gewinnung von Rohopium, Verarbeitung zu Derivaten bis hin zu Heroin in speziell eingerichteten Labors sowie der Schmuggel dieser Produkte – dominiert die ökonomischen Aktivitäten Afghanistans seit Anfang der 1990er-Jahre.

Die Anbaufläche von Schlafmohn und die Erträge haben sich dabei trotz gelegentlicher Schwankungen stetig erhöht. Die jährliche Produktionsrate von Rohopium lag zwischen 2002 und 2016 zwischen 3300 und 7400 t (siehe Grafik S. 187). Gelegentliche Ernteeinbrüche sind in den letzten Jahren weniger auf Vernichtungsmaßnahmen zurückzuführen als auf Pflanzenkrankheiten, so zum Beispiel der Niedrigstertrag von 2015 (3300 t Rohopium, 48 Prozent Einbruch gegenüber 2014). Nach der Einführung genveränderten Saatguts aus China steigen Anbaufläche (plus 10 Prozent) und Produktion von Rohopium (plus 43 Prozent) seit 2016 wieder an.

Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 50 Prozent des geernteten Rohopioms noch in Afghanistan zu Morphinen oder Heroin mit unterschiedlichem Reinheitsgehalt verarbeitet werden. Zudem wird angenommen, dass dezentral umfang-

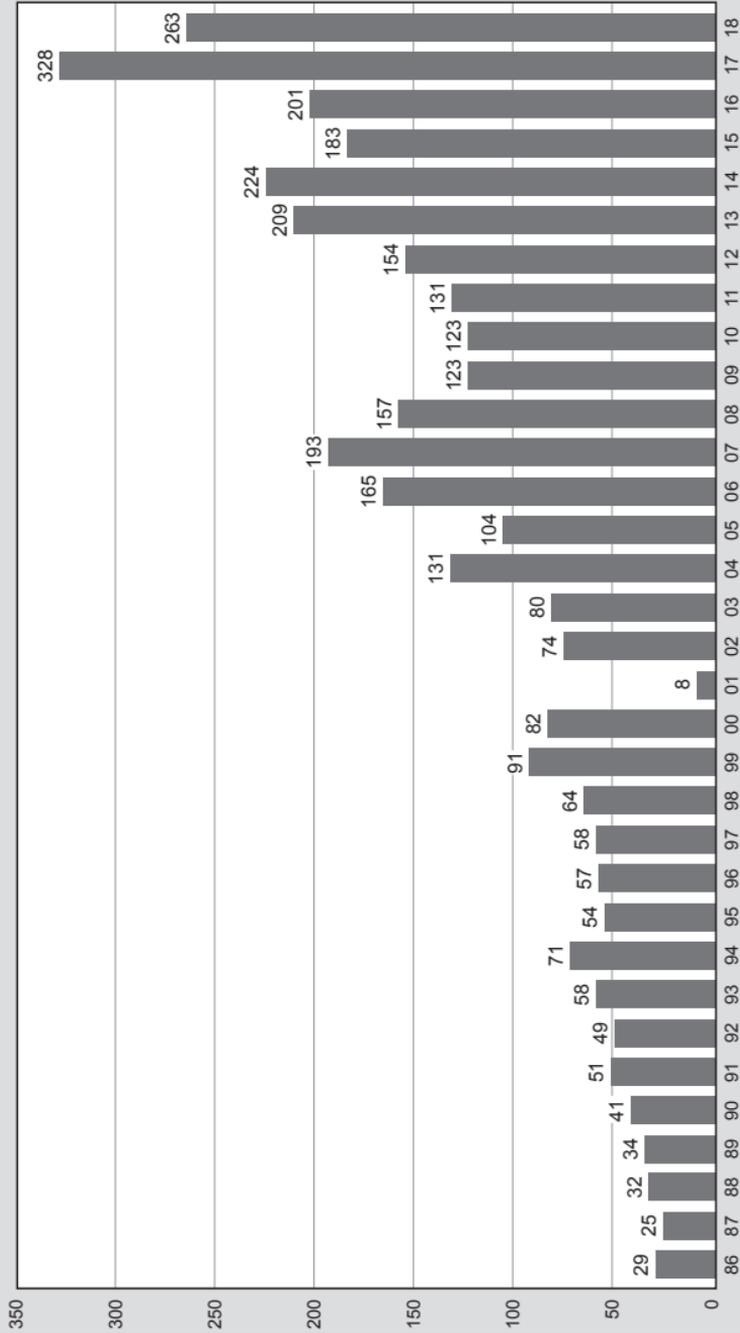
reiche Lagerbestände von Rohopium in Afghanistan existieren, die im Fall von Ernteeinbrüchen genutzt werden, um flexibel Engpässe der Erzeuger zu überwinden und globale Märkte zu versorgen. Seit 2005 haben auch die Anbaufläche für Hanf (Cannabis) und die Produktion von Cannabis-Harz im Schatten der Opiumökonomie explosionsartig zugenommen. 2010 hatte Afghanistan kurzzeitig Marokko als weltweit bedeutendsten Cannabis-Produzenten überholt; nach wie vor ist es der zweitgrößte Produzent. Obwohl mit Cannabis fast schon ähnliche Preise wie für Rohopium erzielt werden, steht in der öffentlichen Diskussion vor allem die Opium- und Heroinproduktion samt ihrer sozioökonomischen Auswirkungen für das In- und Ausland im Vordergrund.

Ursachen für die Schlafmohnkultivierung

Die Kultivierung von Schlafmohn zur Rohopiumgewinnung für den Eigenbedarf hat in einzelnen Landesteilen wie der Hochgebirgsprovinz Badachschan im Nordosten eine lange Tradition. Eine nennenswerte Ausweitung des Anbaus und Handels mit Opiaten setzte jedoch erst zu Beginn der 1990er-Jahre ein, nachdem im Kriegsjahrzehnt zuvor der Konsum aufgrund der schwierigen sozioökonomischen Verhältnisse erstmals merklich angestiegen war: Einheimische wie auch sowjetische Soldaten griffen vermehrt auf örtlich angebaute Rauschmittel zurück. 1989 verbot das Nachbarland Pakistan Anbau und Konsum von Opium, zudem erlangte Heroin insbesondere in westlichen Ländern im Laufe der 1980er-Jahre große Popularität. Beides rief eine verstärkte Nachfrage nach Opiaten hervor. Die südliche Mohnanbauregion Helmand–Kandahar–Urusgan produzierte zwischen 1994 und 2000 rund 60 Prozent des insgesamt in Afghanistan angebauten Schlafmohns, die östliche Provinz Nangarhar 25 bis 40 Prozent.

Der Abzug der Roten Armee sowie die Auflösung der UdSSR hatten zur Folge, dass die Supermächte USA und Sowjetunion/Russland Militärhilfe und weitere Unterstützungsleistungen an die verschiedenen Widerstandsparteien in Afghanistan einstellten. Diese gingen nun dazu über, sich gegenseitig zu bekrie-

Opiumanbau in Afghanistan von 1986 bis 2018 (in tausend Hektar)



Quelle: Afghanistan Opium Survey 2006 Executive Summary, S. 2; Opium Survey 2008, S. 7; Opium Survey 2018 Cultivation and Production, S. 6.
©ZMSBw
08433-03

gen (vgl. den Beitrag von Katja Mielke zum Bürgerkrieg). Auf der Suche nach alternativen Einkommensquellen zur Finanzierung der militärischen Unternehmungen begannen Akteure wie beispielsweise Gulbuddin Hekmatyar, Führer der konservativ-fundamentalistischen Partei Hisb-e Islami, den Opiumanbau und -handel mit Nachdruck zu fördern. So verlagerte sich in den frühen 1990er-Jahren der Schwerpunkt der großflächigen Schlafmohnproduktion und der Rohopiumerzeugung von Südostasien (»Goldenes Dreieck«) nach Afghanistan.

In den letzten zehn Jahren ließ sich eine hohe Dynamik hinsichtlich der Ausbreitung der Anbauggebiete beobachten. Während 1999 lediglich 18 von 34 Provinzen Schlafmohn kultivierten, waren zwischen 2003 und 2006 fast alle – nämlich 28 – Verwaltungseinheiten betroffen, 2007 noch 21, dann 2009 und 2010 nur noch 14 Provinzen. Die Zahl der Provinzen mit mehr als 100 Hektar Mohnanbau steigt seit 2011 erneut, zuletzt waren es wieder 21 im Jahr 2016. Dabei bestehen erhebliche regionale Unterschiede: Einer kleinen Zahl von Distrikten in einzelnen Provinzen mit außerordentlich hohen Anbauquoten stehen opiumfreie Distrikte gegenüber. Auf Landesebene besteht ein Zusammenhang zwischen der Zunahme der Distrikte, die sich außerhalb staatlichen Einflusses befinden, und steigendem Opiumanbau. 2016 wurde in jedem dritten afghanischen Dorf Schlafmohn angebaut, in Helmand in neun von zehn Dörfern, in den östlichen Provinzen in jedem zweiten. Die Zentralregion (acht von neun Provinzen rund um Provinz und Hauptstadt Kabul) ist weitgehend opiumfrei.

Der wesentliche Grund für den Anbau von Opium liegt im Fehlen alternativer legaler Einkommensmöglichkeiten in den peripheren Regionen des Landes. Fruchtbare Land ist knapp, Dürre und Klimaverhältnisse vernichten immer wieder die Ernten herkömmlicher Anbaukulturen. Die Schlafmohnkultivierung ermöglicht Zugang zu Land und Krediten. Opiumaufkäufer und -händler, die in der Regel die einzige Kreditquelle im ländlichen Raum darstellen, gewähren Kleinbauern und Pächtern Darlehen auf eine zukünftige Ernte. Dabei ist das Risiko vergleichsweise gering, da Ankauf und Verkauf von Opium garantiert sind. Dörfer mit Opiumanbau sind nachweislich weniger arm als andere. Die Kultivierung von Schlafmohn eröffnet Bauern und Arbeitern

somit Wege aus hoher Verschuldung und Armut, da sie angesichts fehlender staatlicher Unterstützung oder sozialer Sicherungssysteme oftmals die einzige Möglichkeit bietet, ein Einkommen zu erwirtschaften.

Opium erbringt durchschnittlich zwölf Mal höhere Gewinne als andere Anbaukulturen, so etwa das Neun- bis Zehnfache im Vergleich zu Weizen. Darüber hinaus kommt die klimatisch robuste Mohnpflanze mit viel weniger Wasser aus als Getreidesorten. Angesichts der in verschiedenen Regionen periodisch auftretenden, lang anhaltenden Dürren und der im Krieg weitgehend zerstörten Bewässerungsinfrastruktur kommt diesem Faktor erhebliche Bedeutung zu. Dazu lässt sich Rohopium unkompliziert lagern und es kann zur Befriedigung verschiedenster Bedürfnisse – Ernährungssicherheit, Hochzeit, Krankheit usw. – auch kurzfristig verkauft oder wie eine Währung gehandelt werden. Die Absatz- und Handelsmärkte für Opiate sind gut ausgebaut, was man für andere Landwirtschaftserzeugnisse nach wie vor nicht behaupten kann. Zudem ernährt der Opiumanbau Tausende saisonale Arbeitskräfte, die für die Ernte in den Hauptanbauregionen aus dem ganzen Land angeworben werden. Sie sorgen dafür, dass die arbeitsintensive Ernte des Rohopiums in der Regel kein Problem darstellt. Für 2016 wurde errechnet, dass der Mohnanbau 47 Millionen Tagesjobs geschaffen hat – das entspricht 235 100 Vollzeitjobs – mit einem Lohnvolumen von 396 Millionen US-Dollar. Im Vergleich zu Getreide oder anderen Kulturen erfordert der Schlafmohnanbau das Zehnfache an Arbeitskraft. Ein Fruchtwechsel von Getreide zu Opium schafft mindestens fünf zusätzliche Arbeitsplätze pro Hektar Anbaufläche. Bis auf den Ernteprozess haben Frauen und teilweise auch Kinder einen erheblichen Anteil am Anbauprozess und tragen so maßgeblich zum Familieneinkommen bei.

Rahmenbedingungen für die Drogenwirtschaft

Das häufig von Politikern vorgebrachte Argument, es gebe einen Zusammenhang zwischen fehlender Sicherheit und Drogenanbau, hält einer genaueren Betrachtung nicht wirklich stand. Offiziellen Darstellungen zufolge werden in einer Region umso

Dorfstrukturen in Afghanistan

Die Gestalt afghanischer Dörfer weicht in all ihren regionalen Facetten stark von Erscheinungsformen in Deutschland ab. Das Dorf – auf Dari *mantika*, *karia*, *kischlok* oder auf Paschto *keley* – stellt weder rechtlich noch faktisch eine Ebene der administrativen Gliederung dar. Im Laufe der Geschichte vermochte es bislang keine afghanische Regierung, den ländlichen Raum politisch zu durchdringen. Die zumeist vom Ackerbau lebenden Bewohner der Siedlungen und Dörfer bewahrten über weite Etappen der Vergangenheit ihre Autonomie gegenüber dem Staat. Dies hat weitreichende Konsequenzen: Zum einen weiß heute niemand genau, wie groß eigentlich die Bevölkerungszahl des Landes ist. Geburten und Todesfälle werden in der Regel nicht registriert. Personaldokumente (*taskira*) besitzt nur eine Minderheit der Afghanen, wobei selbst in diesen Dokumenten weder der genaue Wohnort noch eine konkrete Adresse vermerkt sind. Zum anderen ist unbekannt, wo sich welche Siedlungen befinden, und wie viele landesweit überhaupt bestehen. Selbst die Zahl der Distrikte lässt sich nur schwer erfassen, weil es regelmäßig neue Gebietsaufteilungen und Verschiebungen innerhalb der derzeit 34 Provinzen gibt. Auch die afghanische Verfassung von 2004 bleibt in den Artikeln zur Verwaltungshierarchie recht vage und benennt lediglich die Provinz als administrative Einheit.

Die Bewohner ländlicher Siedlungen definieren sich nicht über die Zugehörigkeit zu staatlichen Verwaltungseinheiten. Sie begreifen ihr Zuhause eher als sozialen und wirtschaftlichen Raum, in dem sie ihr tägliches Leben bestreiten, in dem ihre Großfamilie wohnt, wo sie ihre Felder bestellen und Dinge des täglichen Bedarfs einkaufen, eigene Erzeugnisse vermarkten, Nachbarn besuchen, auf Hochzeiten und Begräbnisse oder zum Freitagsgebet gehen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist das örtliche Netz von Verwandtschafts- und Klientelbeziehungen in sich jedoch meist nicht mehr vollständig auf sich bezogen und von der Außenwelt abgeschnitten. Vielmehr unterhalten Dorfbewohner inzwischen landesweit und international Verbindungen durch saisonale und längerfristige Arbeitsmigration einzelner Familienmitglieder, so etwa in den Iran und nach Pakistan. Vertreibung und Exil während der Kriegsjahre sowie Landflucht in die Städte haben gleichfalls zur Aufweichung dörflicher Strukturen beigetragen.

Die zu ca. 80 Prozent auf dem Land lebende Bevölkerung Afghanistans ist im Laufe des 20. Jahrhunderts stark gewachsen. In Oasenlandschaften wie in der Umgebung von Kundus beispielsweise hat dies zu einer weiträumigen Ansiedlung und späteren Zersiedlung entlang von Bewässerungskanälen geführt. In gebirgrigeren Zonen ließen sich Dörfer allerdings nicht unbegrenzt ausweiten. Aus diesem Grund gibt es heute in den Vor- und Hochgebirgsregionen Nordafghanistans klar erkennbare und naturräumlich abgegrenzte Siedlungsstrukturen, also Ortschaften mit eigener Tradition, die bereits in der Vergangenheit als Dörfer mit einem bestimmten Namen und einer Moschee bekannt waren. In den Oasengebieten findet man hingegen Ortsteile und »neue« Dörfer dort, wo im Verlauf der letzten Jahrzehnte mehrere Familien Höfe, Häuser und schließlich eine Moschee errichtet haben. Diese Orte sind in keiner Statistik verzeichnet. Während der sowjetischen Besatzung und des Bürgerkrieges wurden zahlreiche Siedlungen verwüstet und von den Einwohnern aufgegeben. Auch hierüber existieren meist keine Aufzeichnungen.

Die Benennung von Ansiedlungen wechselt häufig mit dem Verschwinden der jeweiligen Namenspatrone, oft regionale Führer wie Mudschaheddin-Kommandeure, Mullahs oder Dorfälteste. Die Lokalverwaltungen auf Distriktebene registrieren solche Veränderungen nicht einmal. Wer ihre Auflistungen über Dörfer und Gemeinden benutzt, die sich kaum jemals auf aktuellem Stand befinden, wird nach vielen der dort verzeichneten Ortschaften vergeblich suchen.

mehr Drogen angebaut, je instabiler dort die Sicherheitslage ist. Diese Behauptung erklärt scheinbar das Vordringen der Taliban ebenso wie die Finanzierung des internationalen Terrorismus. Dabei richtet sich der Blick westlicher Analysten meist auf den instabilen Süden (insbesondere Helmand, Kandahar, Urusgan) und Westen (Farah, Nimrus), wo 2016 mit etwa 3700 t 77 Prozent der gesamtafghanischen Produktion (ca. 4800 t) ihren Ursprung hatten. Als Paradebeispiel gilt seit Jahren das Ausmaß des Schlafmohnanbaus in der Provinz Helmand, in der allein zwischen zwei Drittel (2008) und 40 Prozent (2016) der gesamtafghanischen Anbauflächen liegen. Aber schon zwei weitere Beispiele sprechen gegen allzu einfache Erklärungen. So kommt in



picture alliance / gpa

Drogenhandel: Fahrzeugkontrolle an der insgesamt unzureichend gesicherten afghanisch-tadschikischen Grenze.

der ebenfalls als Unruheherd geltenden Provinz Paktika gar kein Opiumanbau vor. Relative Produktionseinbrüche in Nangarhar 2015 und 2016 gehen vor allem auf das Anbauverbot des »Islamischen Staates« in den von der Terrorgruppe kontrollierten Distrikten zurück.

Die Gründe für die in den letzten Jahrzehnten stattgefundene Ausbreitung der Drogenwirtschaft in Afghanistan müssen daher aus dem komplexen Zusammenwirken mehrerer Umstände abgeleitet werden. Hierzu zählen die verbreitete Armut und funktionierende Absatzmärkte für Opium, aber auch naturräumliche Ursachen wie Klima und Naturkatastrophen. Dürren zwingen Bauern regelmäßig, in größerem Maßstab auf die Kultivierung von Opium zurückzugreifen. Kulturell-historische Einflüsse wie die lange Tradition des Opiumanbaus treten neben gesellschaftlich-politische Rahmenbedingungen wie die fehlende Ordnungsmacht des Staates in abgelegenen Regionen. Obwohl der Islam den Anbau, Handel und Konsum von Rauschgift verbietet, bilden die genannten Faktoren in ihrer Summe einen idealen Nährboden für die Drogenökonomie.

Auch die Argumente gegen den Mohnanbau sind vielschichtig. Das zuständige UN-Büro für Drogen und Kriminali-

tät (UNODC) führt seit 2006 Erhebungen zu der Frage durch, warum viele Bauern trotz ökonomischer Schwierigkeiten nicht auf Schlafmohnanbau umsteigen. Dabei gab 2006 immerhin ein Drittel der Befragten an, sie würden aus religiösen Gründen niemals Opium produzieren, während 2016 Pflanzenkrankheiten, gewinnbringende Anbaualternativen und das Fehlen von wichtigen bevorstehenden Ausgaben als wichtige Gründe noch vor dem Islam genannt wurden. Angst vor Abhängigkeit oder möglichen Ernteausfällen aufgrund von Mohnvernichtungsmaßnahmen durch Regierungstruppen, Polizei oder internationale Einheiten stellen für die Befragten damals wie heute keine überzeugenden Argumente gegen den Anbau von Schlafmohn dar.

Versuche der Eindämmung

Der Taliban-Regierung gelang es in der Erntesaison 2001 erfolgreich, einen vom damaligen Talibanführer Mullah Omar verhängten Opiumbann in den von ihr kontrollierten Gebieten durchzusetzen, trotz einer vorangegangenen dreijährigen Dürreperiode. Allerdings hatte der saisonale Erfolg viel damit zu tun, dass internationale humanitäre Hilfe in Aussicht gestellt wurde. Die Taliban erhofften sich durch die Reduzierung der Opiumproduktion internationale Anerkennung und damit einhergehend materielle Hilfe, die wiederum ihre Legitimität in den Augen der Bevölkerung (und der Opiumbauern) steigern sollte. Aufgrund der Ereignisse vom 11. September 2001 lässt sich nicht sagen, ob und wie die Strategie der Taliban aufgegangen und sie in der Lage gewesen wären, die Einkommensverluste der Opiumbauern erfolgreich zu kompensieren und damit ihre fragile Herrschaft weiter aufrechtzuerhalten. Ihre politischen Gegner, die Nordallianz unter Führung Achmad Schah Massuds, hatten bereits 1999 die Drogenproduktion verurteilt. Sie konnten ihrem Verbot jedoch keine Geltung verschaffen, weil sie das Territorium nur unzureichend kontrollierten und lokale Kommandeure im Opium eine Quelle zur Selbstbereicherung wie für den Kauf von Waffen und Munition sahen. Heute stellt die lokale Besteuerung von Opiumanbau und -handel eine wichtige Einkommensquelle (geschätzte 160 Millionen US-Dollar 2016) sowohl für re-

gierungsfeindliche Gruppen und lokale Machthaber als auch für lokale Vertreter staatlicher Sicherheitsorgane dar.

Die Übergangsregierung unter Führung von Hamid Karzai richtete Ende 2001 ein Ministerium zur Drogenbekämpfung ein. Der Präsident selbst rief Anfang 2002 öffentlich zum »Heiligen Krieg« (Dschihad) gegen Opiumproduktion, Schmuggel und Drogenkonsum auf und 2004 eine Task Force für die Drogenfeldvernichtung (Eradication) ins Leben. Diese weist eine gemischte Erfolgsbilanz auf: 2006 und 2007 wurden offiziellen Angaben zufolge enorme Flächen an Opiumkulturen – 2007 angeblich mehr als 19 000 Hektar – zerstört, trotzdem kam es zu Rekordernten. Durch den Kontrollverlust der Regierung seit 2009 werden heute nur noch auf einem Bruchteil der Anbaufläche Vernichtungsmaßnahmen durchgeführt. Die fast ausschließlich auf die Vernichtung der Feldbestände und Ernten ausgerichteten Ansätze zur Bekämpfung der Drogenökonomie hatten nur temporär und sehr begrenzt Erfolg. Vernichtungskampagnen treffen allein die Bauern, die in der Regel am wenigsten von der Opiumproduktion profitieren. Regionale Händler und die in den internationalen Drogenschmuggel verwickelten Akteure, die ca. 80 Prozent der Profite abschöpfen, bleiben hingegen ungeschoren. Von der Regierung und ihren Verbündeten angestoßene Vernichtungsaktionen – am stärksten engagiert waren dabei die USA und Großbritannien – führen insbesondere im Süden Afghanistans zu einer verstärkten Hinwendung der einfachen Leute zu den Taliban, weil sie als Bauern ihre Felder vor Übergriffen schützen wollen, um so ihr Überleben zu sichern. Dies hat neue Fronten im bewaffneten Kampf zwischen Regierungstruppen, Alliierten und Taliban eröffnet. Im Teufelskreis von Verbrechen und zunehmender Destabilisierung sorgen korrupte Polizei- und Regierungskräfte dafür, dass gerade die ärmsten Bauern am härtesten von Vernichtungsaktionen betroffen sind: Sie können es sich nicht leisten, Bestechungsgelder an die für die Bekämpfung Verantwortlichen sowie Angehörige von Sicherheitsorganen zu zahlen.

Die weit verbreitete und auf allen Ebenen existierende Korruption bildet ein grundlegendes Hindernis für umfassende Drogenbekämpfungsmaßnahmen. Die Verwicklung hochrangiger Regierungsvertreter in die Drogenökonomie hat zu einem Glaubwürdigkeits- und Legitimitätsverlust der politischen Füh-

rer in Kabul maßgeblich beigetragen. Daran ändert auch der 2015 von der Ghani-Abdullah-Regierung aufgelegte Nationale Drogenaktionsplan nichts. Seine Umsetzung geht nur schleppend voran. Die Bevölkerung sieht sich vor allem mit einer Doppelmoral konfrontiert. Einerseits prangert die afghanische Führung alle Rauschgiftaktivitäten an und bedroht mit Vernichtungskampagnen grundlegende Einkommensmöglichkeiten jener Teile der Bevölkerung, die auf den Anbau von Opium angewiesen sind. Andererseits zählen Regierungsvertreter selbst zu den größten Nutznießern der Drogenwirtschaft, indem sie beispielsweise Heroinlabore betreiben oder Schmuggel ermöglichen.

Um die Drogenwirtschaft in Afghanistan langfristig in den Griff zu bekommen, muss auf mehreren Ebenen angesetzt werden. Dies beinhaltet einerseits sozialpolitische Maßnahmen zur Reduzierung der Nachfrage nach Heroin und anderen Drogen im Westen, andererseits multisektorale Interventionen im Produktionsland. Die unter den Begriffen »alternative Entwicklung« angesiedelten Ansätze gehen davon aus, dass der Kampf gegen die Armut eine der wirksamsten Strategien zur Drogenbekämpfung darstellt. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Einführung alternativer Kulturen, z.B. dem Anbau von Rosen zur Rosenölgewinnung und Safran, aber auch von Heilpflanzen oder Trockenfrüchten, die den Bauern vergleichbare Gewinne in Aussicht stellen können wie der Schlafmohn. Am erfolgversprechendsten erscheint eine Kombination wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen. Hierzu zählen die Schaffung eines sicheren Umfeldes ebenso wie der Aufbau funktionierender Marktstrukturen mit entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Vergabe landwirtschaftlicher Kredite und Subventionen. Infrastrukturelle Leistungen wie im Bereich der Bewässerung sollten neben die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch Korruptionsbekämpfung und die Verfolgung von Zwischenhändlern und Schmugglern treten. Soziale Maßnahmen wie Einrichtung und Unterhalt von Entzugskliniken zur Behandlung der steigenden Zahl von Drogenabhängigen werden den Umbau des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes begleiten müssen, soll der Drogenwirtschaft auf Dauer der Boden entzogen werden.

Katja Mielke



Nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 unterstützte Deutschland die von den Vereinigten Staaten gebildete internationale Koalition im Kampf gegen den Terrorismus. Während es sich jedoch aus amerikanischer Sicht um einen »Krieg« handelte, mieden die Verantwortlichen für die deutsche Sicherheitspolitik diesen Begriff lange Zeit. So wurden im Einsatz getötete Soldaten erst ab 2008 offiziell als »Gefallene« bezeichnet. In Afghanistan erlebten die Soldaten eine andere Realität, insbesondere nachdem sich ab 2006 vor Ort die Sicherheitslage verschlechtert hatte. Erst ab der Jahreswende 2009/2010 wurden die »kriegsähnlichen Zustände« in Afghanistan offen und kontrovers in der deutschen Politik und Öffentlichkeit zur Sprache gebracht. Die Bandbreite des Einsatzspektrums der Bundeswehr in Afghanistan lässt indessen deren pauschale Einordnung als »Krieg« kaum zu. Gleichwohl gehören Gefechte, Tod und Verwundung genauso wie die physische Bedrohung und die psychischen Belastungen zur Einsatzrealität.

Das Foto vom 24. April zeigt den Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg unmittelbar nach seiner Rede bei der zentralen Trauerfeier der Bundeswehr im Ingolstädter Liebfrauenmünster für vier am 15. April bei Baghlan gefallene Bundeswehrsoldaten.

»Fraglos kriegsähnliche Zustände«. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Die Debatte um »Krieg« oder »Nicht-Krieg« in Afghanistan ist Teil der Bundeswehrgeschichte geworden. Sechs Tage nach seinem Amtsantritt als Bundesverteidigungsminister am 3. November 2009 brach Karl-Theodor zu Guttenberg ein Tabu, als er der »Bild«-Zeitung ein Interview gab und angesichts der verschärften Sicherheitslage in Teilen Afghanistans von »fraglos kriegsähnlichen Zuständen« sprach. Damit bezog er sich einerseits auf die Kritik der einsatzkritischen Oppositionsparteien im Bundestag, die die Bundeswehr-Einsätze schon vorher ablehnend als »Krieg« kritisiert hatten. Andererseits rechtfertigte der junge Minister den Sprachgebrauch der Truppe: »Ich verstehe jeden Soldaten, der sagt: In Afghanistan ist Krieg, egal ob ich nun von ausländischen Streitkräften oder von Taliban-Terroristen angegriffen werde.« Noch im Herbst 2009 hatte Verteidigungsminister Franz Josef Jung bei einem Truppenbesuch in Afghanistan bestritten, dass sich deutsche Soldaten im Krieg befänden. Damit knüpfte er an die Haltung aller seiner Vorgänger im Amt an. Prompt folgte die undiplomatisch offene Reaktion des US-amerikanischen Generals und Befehlshabers der International Security Assistance Force (ISAF) David McKiernan: »Natürlich sind wir im Krieg«.

Das weitgestreckte Einsatzspektrum der Bundeswehr in Afghanistan lässt sich formaljuristisch in der Tat keineswegs pauschal als »Krieg« qualifizieren. Als Minimaldefinition kann der Krieg als ein wechselseitiger Großkonflikt mit tödlicher Waffengewalt verstanden werden, klassischerweise also als militärische Gewalt zwischen etablierten Staaten. Obwohl es sich weder beim Terrornetzwerk der al-Qaida und ihren Nachfolgeorganisationen noch bei komplexen Kräftegruppierungen wie den Taliban um staatliche Akteure handelt, kamen weder die deutschen Streitkräfte noch Politik, Medien und Öffentlichkeit um das »K-Wort« herum, nachdem die Gefährdungslage auch im deutschen Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans deutlich angestiegen war – und nachdem bald auch hier Gefechte hoher Intensität zur Einsatzrealität gehörten. Am 29. April 2009 fiel

mit dem Hauptgefreiten Sergej Motz erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg ein deutscher Soldat im Feuergefecht, vier weitere wurden verwundet. Der Vater des Gefallenen, der selbst als sowjetischer Soldat in Afghanistan gedient hatte, beschwor ihn noch vor dem Einsatz, der offiziellen Charakterisierung des ISAF-Einsatzes keinen Glauben zu schenken: »Ich habe ihm gesagt, das ist Krieg, Sergej, Krieg! Keine Friedensmission!«

Entwicklung der Auslandseinsätze seit den 1990er-Jahren

Das Selbstbild der bundesdeutschen Armee war das einer Friedensarmee. Angesichts der militärischen und moralischen Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und der rassenideologischen Vernichtungsexzesse des NS-Regimes favorisierte die Bundeswehr einen Soldatentypus, der sich vom Kämpferideal des Nationalsozialismus klar abhob. In diesem Sinn verknüpfte der Gründer der Konzeption der »Inneren Führung«, Wolf Graf von Baudissin, das neue Leitbild des »Soldaten in der Demokratie« mit dem »Soldaten für den Frieden«. Trotz des zunehmenden Bundeswehrengagements im Ausland seit den 1990er-Jahren vermieden die Bundesregierungen unter Helmut Kohl daher noch sorgsam jegliche Bezugnahme auf den Begriff »Krieg«.

Das Ende des Kalten Krieges, die massive Abrüstung in Ost- und Westeuropa sowie überhaupt die Hoffnung auf eine neue Zeit verdichteten sich damals in der Vorstellung von einem »Ende der Geschichte«. Der weitere Gang der Geschichte schien nur denkbar unter dem Vorzeichen eines westlichen, liberal-demokratischen Entwicklungsmodells. Bestätigt wurde diese Erwartung durch die 1995 ins Leben gerufene Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in der sich die Länder Europas, der ehemaligen Sowjetunion, die Mongolei sowie Kanada und die USA zusammenfanden. Die Hoffnung auf eine dauerhafte Friedensordnung wurde schon bald brüsk enttäuscht: durch die Eskalation der Gewalt in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens ab 1991 und durch die Annexion Kuwaits durch den Irak unter Saddam Hussein 1990. Die US-geführte

Intervention im Irak schürte 1991 eine regelrechte Kriegsangst in Deutschland: Erstmals seit 1949 fiel der Rosenmontagszug in Köln aus. Angesichts der angefragten Unterstützung bei der Entsendung internationaler Truppen »out of area« – also außerhalb des NATO-Gebiets – stand die Bundesregierung vor einem Dilemma: Einerseits galt es, die bewährte Politik der Bündnistreue fortzuführen, andererseits die Tradition der bundesdeutschen militärischen Zurückhaltung zu wahren.

Einige Jahre später bestand kein Zweifel, dass »die Geschichte« doch weiterging. Die internationale Gemeinschaft war 1994 nicht in der Lage, den Genozid im ostafrikanischen Ruanda zu verhindern. Im Sommer 1995 illustrierte das an Bosniern verübte Massaker von Srebrenica, dass ein gewaltfrei konzipierter UN-Blauhelm-Einsatz ein Massenverbrechen nicht abwenden konnte, wenn dahinter nicht eine gewisse Entschiedenheit zur Androhung und Durchführung bewaffneter Gewalt seitens der Weltgemeinschaft stand. Nun rückte das Konzept der Schutzverantwortung – der Responsibility to Protect (R2P) – in den Vordergrund völkerrechtlicher Erörterungen, bis es im Oktober 2005 von den Vereinten Nationen anerkannt wurde. Wie zuvor in Kambodscha 1992/1993 und in Somalia 1993/1994 begannen die Bundeswehr-Einsätze im Sommer 1995 auf dem Balkan zunächst unter humanitärem Vorzeichen. Diese erweiterten sich zur Stabilisierungsmission, nach wie vor unter der Vermeidung des Wortes »Krieg«. Das Feuergefecht, das sich im März 1997 im Rahmen der Evakuierungsoperation »Libelle« für deutsche Staatsbürger in Albanien entwickelte, nahm die deutsche Öffentlichkeit – ungeachtet der Risiken und Gefährdungen in bisherigen Einsatzlagen – als erste bewaffnete Auseinandersetzung der Bundeswehr zur Kenntnis.

Im September 1998 hatte sich die neu gewählte rot-grüne Regierungskoalition der Kriegsfrage zu stellen. Das damals (bis 2008) noch zu Serbien/Jugoslawien gehörende Kosovo war Schauplatz von massiver Diskriminierung geworden: Vertreibungen und gewaltsame Ausschreitungen gegen Kosovaren – und von entsprechender paramilitärischer Gewalt seitens koso-vo-albanischer Milizionäre gegen serbische Sicherheitskräfte. In Übereinstimmung mit den NATO-Partnern, doch ohne UN-Mandat zur militärischen Gewaltanwendung verließ die Bundesregie-

rung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die bisherige Linie, Bundeswehreinätze nur dort zuzulassen, wo das Risiko, auch militärische Waffengewalt einzusetzen, gering war. Die im deutschen Parlament mehrheitlich gebilligte, doch in der Öffentlichkeit hoch umstrittene Entscheidung zur deutschen Beteiligung an den NATO-Luftschlägen gegen die jugoslawische (serbische) Armee rechtfertigte Schröder am 24. März 1999 im Anschluss an die Tagesschau. »Der jugoslawische Präsident«, so der deutsche Bundeskanzler, »führt dort einen erbarmungslosen Krieg.« Doch sofort darauf stellte er klar: »Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.« Trotz der Bekämpfung der jugoslawischen Flugabwehr durch Bundeswehr-Tornados und trotz des Einsatzes von Kampftruppen des deutschen Heeres im Rahmen der Kosovo Force (KFOR) – einschließlich einzelner Feuergefechte – wurden diese Einsätze nicht als »Krieg« bezeichnet.

Die im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik besonders im politischen linken Lager vernehmbare Kritik bezog das Wort »Krieg« auf den rassenideologischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg des NS-Staates. Ein Bundeswehreinatz, der als »Krieg« qualifiziert werden konnte, schien in dieser Perspektive als Rückschritt in eine unheilvolle Vergangenheit. Mit dem drohenden Völkermord im zerbrochenen Jugoslawien schien es nun aber geboten, auch deutsches Militär im Interesse der Weltgemeinschaft einzusetzen. In diesem Sinne äußerte Bundesaußenminister Joschka Fischer auf der Sonderbundesdelegiertenkonferenz seiner Partei am 13. Mai 1999: »[I]ch stehe auf zwei Grundsätzen, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermorde, nie wieder Faschismus. Beides gehört bei mir zusammen.« Die Verhinderung einer humanitären Katastrophe mit Waffengewalt, doch formaljuristisch ohne Krieg, bildete den Erfahrungshorizont für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Die Eskalation der Gewalt

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 rief die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus. Im Gefolge der vom 27. November bis zum 5. Dezember bei Bonn

ausgerichteten (ersten) Petersberger Konferenz und der Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates wurde die ISAF aufgestellt. Im Gegensatz zum Antiterrorereinsatz der Operation »Enduring Freedom« – in deren Rahmen auch deutsche Soldaten des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan zum Einsatz kamen – stand die ISAF-Mission im Zeichen von Stabilisierung und Wiederaufbau. Daran hielten die Bundesregierung und auch die Bundeswehrführung – wie bei den Missionen auf dem Balkan – offenkundig auch dann noch fest, als sich die Sicherheitslage vor Ort deutlich änderte.

Am 2. Januar 2002 erreichte ein Vorauskommando der deutschen ISAF-Kräfte Kabul. Der Einsatz lässt sich in fünf Phasen einteilen, wobei sich im Laufe der Jahre das Engagement der Bundeswehr räumlich, zeitlich und hinsichtlich der militärischen Aufgaben zunehmend ausdehnte: Zunächst (1.) waren Soldaten der Bundeswehr im Großraum Kabul eingesetzt. Ab Sommer 2006 (2.) erweiterte sich der deutsche ISAF-Einsatz auf Nordafghanistan, wo nun alle Bündniskräfte von einem Bundeswehrgeneral geführt wurden. Ab 2007 (3.) entwickelten sich Hinterhalte afghanischer Aufständischer, die zunehmend aus den südlichen Landesteilen und den Grenzregionen zu Pakistan in den deutschen Verantwortungsbereich einsickerten, zu Feueregefechten. Die Umgliederung und Neuausrichtung des deutschen Kontingents ermöglichten ab August 2010 (4.) auch offensive Maßnahmen. Ab Mitte Juli 2014 (5.) schließlich erfolge der Übergang zur Folgemission »Resolute Support«, in der die Befähigung zum aktiven Kampf afghanischen Sicherheitskräften übertragen wurde.

Eine – sehr unvollständige – Aufzählung von Kampfhandlungen oder Anschlägen mit Todesfolge für deutsche Soldaten vermittelt eine Ahnung vom Ausmaß »kriegsähnlicher« militärischer Gewalt. Eine umfassende Geschichte über den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan ist dagegen noch zu schreiben. Doch vermitteln Presse- und Zeitzeugenberichte sowie einige offizielle Dokumente einen Einblick in die im Heimatland lange verdrängten »kriegsähnlichen« Verhältnisse.

Schon im März 2002 starben zwei deutsche Soldaten beim Entschärfen von Munition. Am 7. Juni 2003 verübte ein Selbstmordkommando ein Attentat auf einen Bus, in dem sich deutsche Soldaten auf dem Weg zurück nach Deutschland befanden.

»Krieg« – Ein deutsches Problem

Die deutsche Wiedervereinigung weckte bei vielen NATO-Partnern die Furcht vor einem starken Deutschland; sie wich bald der Hoffnung auf dessen bündnispolitisches Engagement. Geduld und Vertrauen der Bündnispartner wurden bisweilen auf die Probe gestellt: durch die emotional aufgeladene Debatte um einen Bundeswehreininsatz in Ex-Jugoslawien, der von Außenminister Joschka Fischer am 13. Mai 1999 mit dem Ausspruch »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz« als Verhinderung eines Völkermordes gerechtfertigt wurde; die Weigerung der Regierung Schröder 2001, sich mit Truppen in die Irak-Intervention einzubringen; schließlich die anfänglich zurückhaltende Beteiligung an der ISAF (kein Kampfeinsatz, nur Stabilisierung und Wiederaufbau). Im Jahr 2009 sprach der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg nach langen Debatten erstmals von »kriegsähnlichen Zuständen« in Afghanistan. Der Bundesminister und manche Abgeordnete äußerten danach wiederholt, es handle sich um einen gefühlten, aber nicht faktischen Krieg. Im offiziellen, völkerrechtlich korrekten Sprachgebrauch gilt der Begriff »nichtinternationaler bewaffneter Konflikt«. Dies kollidierte mit der Wahrnehmung der eingesetzten Soldaten, aber auch mit der von Kritikern des Militäreinsatzes.

Die Komplexität des Afghanistan-Einsatzes erschwerte das Ausformulieren klar gefasster Regeln und eindeutiger Begriffe. Bezeichnend hierfür ist die Forderung nach einer Einsatzgesetzgebung für Soldaten in mehreren Bundestagsdebatten im Jahr 2011. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 34 Soldaten gefallen und die Bundeswehr war seit neun Jahren in Afghanistan präsent. In dieser Zeit waren Versuche unternommen worden, westliches Rechtsverständnis und im deutschen Verantwortungsbereich im Friedensbetrieb geltende Verwaltungsvorschriften auf eine Extremsituation kleinteilig anzuwenden, samt Straßenverkehrsordnung und Umweltschutzbestimmungen. Im Spannungsfeld zwischen Parlamentskontrolle und Krisenreaktion, Friedensauftrag und Gefecht, Bündnisintegration und deutschen Vorbehaltsrechten, NATO-Standards und Bundeshaushalt befinden sich deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und die Bundeswehr in einem permanenten »Dilemma-management« (so der Historiker Klaus Naumann) auf allen Ebenen.

(ts)

Dabei starben vier Soldaten, weitere 29 wurden teils schwer verwundet. Nach der Erweiterung des Aufgabengebiets trafen erste deutsche Soldaten im Oktober 2003 in Kundus ein, vier Monate später auch in Taloqan und im Juli 2004 in Faisabad. Eine Munitionsexplosion tötete im Juni 2005 zwei deutsche Soldaten, ein ähnlicher Anschlag im November dieses Jahres tötete einen weiteren. Am 19. Mai 2007 fielen drei deutsche Soldaten einem Selbstmordanschlag in Kundus zum Opfer. Von nun ab wurden zunehmend deutsche Soldaten bei Patrouillenfahrten angesprengt oder in Feuergefechte verwickelt: so im August 2008, als ein Soldat fiel und drei weitere verwundet wurden; so zwei Monate später, als ein Selbstmordattentäter zwei deutsche Soldaten auf Patrouille tötete.

Eine erste größere Operation unter Beteiligung deutscher Soldaten im Verbund mit afghanischen, norwegischen und anderen Partnerarmeen erfolgte Anfang November 2007 mit der Operation »Harekate Yolo II« in mehreren Provinzen Nordafghanistans. Am 29. April 2009 entwickelte sich ein Hinterhalt gegen eine deutsche Patrouille bei Kundus zu einem Feuergefecht, bei dem der Soldat Sergej Motz fiel. Dies waren nun Gefechtslagen, die eindeutig dem klassischen Bild von »Krieg« entsprachen. Am 4. und am 7. Mai wehrten Soldaten der Bundeswehr bis zur Kompaniestärke gut organisierte Feindkräfte im Gegenangriff ab. Zahlreiche Treffer auf die geschützten Fahrzeuge belegten die Intensität dieser Gefechte. Auch sie erfolgten nur wenige Kilometer vom Feldlager Kundus entfernt. Am 23. Juni 2009 kam es zu einem weiteren Gefecht mit Handwaffen, bei dem ein Transportpanzer vom Fahrweg abkam und sich überschlug, was drei weiteren Soldaten das Leben kostete.

Vor Ort verstärkte sich der Eindruck, dass dieses Vordringen der Aufständischen in den Nahbereich des deutschen Feldlagers möglicherweise Folge einer überoptimistischen Fehleinschätzung der Sicherheitslage seitens der militärischen oder gar politischen Führung im Heimatland war. Nicht wenige Soldaten machten die ihnen auferlegte sehr defensive Vorgehensweise für die Verschlechterung der Sicherheitslage verantwortlich. Als sich am 4. September 2009 zwei vollbeladene Tanklastzüge nur sieben Kilometer vom deutschen Feldlager entfernt in einer Furt durch den Kundusfluss festfuhren, daraufhin von Taliban gekapert

wurden und ein Anschlag auf das Lager möglich schien, befahl der Kommandeur des Provincial Reconstuction Team in Kundus einen Angriff durch zwei US-Flugzeuge. Gleichzeitig waren in den ersten beiden Septemberwochen deutsche Soldaten in Gefechten rund 60 Kilometer nördlich von Kundus gebunden.

In der folgenden Zeit intensivierten sich die Kämpfe unter Beteiligung der Bundeswehr. Am 2. April 2010 wurde nur etwa neun Kilometer vom Feldlager Kundus entfernt eine deutsche Patrouille von Aufständischen mit Handwaffen beschossen. Bei diesen bald als »Karfreitagsgefecht« bezeichneten Kämpfen fielen drei deutsche Soldaten. Schon zwei Wochen später folgten weitere Kampfhandlungen bei Baghlan, bei denen vier Soldaten getötet wurden. Bei einem Gefecht im Oktober 2010 fiel erneut ein deutscher Soldat, über ein Dutzend wurde verwundet. Weiterhin kam es im Februar 2011 zu Kampfhandlungen mit drei Gefallenen und mehreren Verwundeten. Im Mai und Juni 2011 erfolgten Sprengstoffanschläge auf Patrouillen und auf ein Treffen des deutschen Regionalkommandeurs mit dem Provinzgouverneur von Takhar mit mehreren Toten, bei dem der Regionalkommandeur selbst verwundet wurde. Darüber hinaus befanden sich Soldaten der Bundeswehr im Verbund mit Partnerarmeen im Gefecht, teilweise auch im heftig umkämpften Süden Afghanistans.

Diese Kämpfe erfolgten parallel zum Truppenaufwuchs der US-Streitkräfte ab 2011 und zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Die zunehmend offensive Ausrichtung des Bundeswehreinsatzes zeigte unter anderem die Operation »Halmazag« vom 31. Oktober bis zum 4. November 2011: Nur rund sieben Kilometer Luftlinie vom Feldlager Kundus entfernt führte ein deutsches Ausbildungs- und Schutzbataillon zusammen mit afghanischen Militär- und Polizeiverbänden, amerikanischen, belgischen und anderen Soldaten eine erfolgreiche Operation im Rahmen der Aufstandsbekämpfung (Counter-Insurgency) durch. Auch später waren deutsche Soldaten im Verbund mit Partnernationen und der afghanischen Armee in teilweise hochintensive Gefechte eingebunden. Neben den Gefallenen verdeutlicht die hohe Zahl der infolge von Verkehrs-, Flug- und Schusswaffenunfällen zu Tode gekommenen Soldaten sowie die traurig hohe Zahl von Suiziden die erheblichen Belastungen der Truppe.

Das Dilemma im Einsatz

Die für die Truppe – und für die Menschen in Afghanistan – spürbare Eskalation der Gefechte wurde in Deutschland mit deutlicher Verspätung zur Kenntnis genommen. Unter dem Eindruck der Balkaneinsätze – und nach teils zähem Ringen mit den Verwaltungsinstanzen – waren seit 2004 Regelungen für die Versorgung oder Weiterverwendung von Einsatzgeschädigten getroffen worden. Erstmals am 24. Oktober 2008 sprach Bundesverteidigungsminister Jung von deutschen »Gefallenen«. Zwei Wochen zuvor hatte er mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit die nunmehr »kriegsähnliche« Realität faktisch anerkannt; genauso wie durch die Einweihung des Ehrenmals der Bundeswehr am Bendlerblock, dem Sitz des Verteidigungsministeriums in Berlin, im November 2008. Genau zwei Jahre später stiftete sein Nachfolger Guttenberg die Einsatzmedaille Gefecht.

Für die deutsche Öffentlichkeit wurde die Gefechtsrealität erst mit der Jahreswende 2009/2010 zum Thema. Neben der Gewalt, der deutsche Soldaten ausgesetzt waren, stand die von ihnen selbst ausgeübte Gewalt im Fokus des Interesses. Der Luftangriff auf die beiden Tanklaster vom 4. September 2009 bei Kundus tötete vermutlich rund 90 Menschen – neben Taliban auch Zivilisten und sogar Minderjährige. Dieser in den folgenden Jahren im Bundestag, in der deutschen Öffentlichkeit und vor Gericht kontrovers diskutierte Vorfall bildete den Hintergrund zu Guttenbergs Rede von den »kriegsähnlichen Verhältnissen«. Am 14. November 2009 konzidierte auch die Bundeskanzlerin, »dass aus der Sicht unserer Soldaten kriegsähnliche Zustände in Teilen Afghanistans herrschen, auch wenn der Begriff Krieg aus dem klassischen Völkerrecht für die jetzige Situation nicht zutrifft«. Ein Jahr später qualifizierte der Bundesgerichtshof den Afghanistan-Einsatz als »nichtinternationalen bewaffneten Konflikt im Sinne des Völkerstrafgesetzbuches und des humanitären Völkerrechts«.

Welche Rolle der Kampf für diesen Einsatz inzwischen spielte, verdeutlichte auch die Ende Februar 2010 vom Bundestag erhöhte Mandatsobergrenze für das deutsche ISAF-Kontingent auf 5300 Soldaten. Parallel dazu wurde das Kontingent so um-



picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Am 9. September 2009 protestieren Demonstranten in München gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

gegliedert, dass auch Gefechte im Rahmen von Bataillonsverbänden führbar waren. Trotz der schrittweisen Anpassung an eine komplexe Einsatzrealität, die mit dem Wort »Krieg« nur unzureichend beschrieben ist, blieb die Diskrepanz zwischen Einsatzrealität und offizieller Sprachregelung lange eklatant. Im Anschluss an einen Truppenbesuch in Afghanistan sprach auch Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai 2010 von »kriegsähnlichen Verhältnissen«. Seine zusätzliche Überlegung, die internationalen Handelswege im Interesse der Staatengemeinschaft gegebenenfalls auch militärisch zu schützen, traf auf derart heftige öffentliche Kritik, dass er sich veranlasst fühlte, vom Amt zurückzutreten. Zweifellos war – und ist – der Diskurs über Krieg und Frieden ein politisches Minenfeld.

In Afghanistan erlebten die Angehörigen der Bundeswehr – als Handelnde wie als Betroffene – erstmals Gefechte hoher Intensität, wie sie Soldaten anderer Nationen schon lange kennen. Damit verbindet sich das stete Dilemma, dass sowohl Handeln als auch Nichthandeln negativ sanktioniert werden kann. Nicht selten kollidieren Regeln des militärischen Grundbetriebes mit den Anforderungen im Gefecht: Je »kriegsähnlicher« die Bedin-

gungen werden, desto weniger entsprechen sie oft vorschriftskonformem Verwaltungshandeln. Wiederholt stellte sich die taktische Lage für die beteiligten Soldaten auf Patrouillenfahrten anders dar, als sie von den Verantwortlichen in den Operationszentralen in berechtigter oder übertriebener Vorsicht bewertet wurde. Auch führte die Integration in multinationale Kommandostrukturen immer wieder zu widersprechenden Weisungen auf dem internationalen und dem deutschen Führungsstrang. Ähnliche Herausforderungen – und manche Inkonsistenzen – verbinden sich mit dem »Vernetzten Ansatz«, also der ressortgemeinsamen Zusammenarbeit von Militär und zivilen Regierungs- oder Nichtregierungsorganisationen.

Ganz ohne Zweifel haben die Afghanistan-Missionen der deutschen Politik und Gesellschaft eine »kriegsähnliche« Einsatzrealität der Bundeswehr verdeutlicht. Das ändert nichts daran, dass die militärischen Aufgaben in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine weite Bandbreite aufweisen und die Einsätze selbst zudem sehr unterschiedlich ablaufen können – mitunter auch in ein und derselben Mission. Die Einsätze reichen von humanitären über Stabilisierungs- bis hin zu Kampfoperationen. Somit ist die Realität des »Einsatzes« komplexer als die historisch überkommene Vorstellung vom »Krieg«.

Martin Rink

Geschichte im Überblick

Von der Antike bis zur Herrschaft der Paschtunen

- 2000–1500 v.Chr.** Einwanderung indogermanischer Steppenvölker; Gründung der Stadt Kabul
- 559–330 v.Chr.** Achämeniden-Reich; Darius der Große gliedert den größten Teil des heutigen Afghanistan in das Perserreich ein
- 330–323 v.Chr.** Zug Alexanders des Großen durch das heutige Afghanistan
- 320–364 v.Chr.** Seleukiden-Dynastie; Herrschaft eines Feldherren Alexanders
- Mitte 3. Jh. bis 1. Jh. v.Chr.** Griechisch-Baktrisches Reich
- 45 n.Chr.** Gründung des Kuschan-Reiches. Es wird wirtschaftliche und kulturelle Drehscheibe zwischen Römischem Reich sowie China und Indien und existiert bis ins 3. Jh.
- 226–642** Herrschaft der Sassaniden
- 5.–6. Jh.** Herrschaft der Weißen Hunnen
- 6. Jh.** Bis zum 6. Jh. ist das heutige Afghanistan überwiegend buddhistisch geprägt
- 6. Jh.** Schaffung der Buddha-Statuen von Bamian
- 570–632** Wirken Mohammeds in Mekka und Medina
- 649 u. 663** Araber erobern Khorasan und Baktrien (Balch)
- 874–999** Samaniden-Herrschaft in Samarkand
- 977–1010** Der Dichter Abu Firdausi (940–1020) schreibt das »Schahnama« (Königsbuch), eines der berühmtesten persischen Literaturwerke
- 977–1186** Ghasnawiden-Reich mit Ghasni als Zentrum
- bis Ende 10. Jh.** Islamisierung nördlich und westlich des Hindukusch

Von der Antike bis zur Herrschaft der Paschtunen

1162–1202 Ghoriden-Reich

1221 Dschingis Khan verwüstet Herat, Balch, Bamian, Ghasni

1273 Marco Polo durchquert das heutige Afghanistan auf seiner Reise von Italien nach China

1370–1405 Timur Leng (Tamerlan), ein Nachfahre Dschingis Khans, beherrscht Zentralasien bis zum Mittelmeer. Herat wird zur Machtbasis der Timuriden, der Nachfahren Timur Lengs

Anfang 16. Jh. bis Mitte 18. Jh. Teilung des heutigen Afghanistan zwischen den Moguln in Nordindien, den usbekischen Schaibaniden in Mittelasien und den persischen Safawiden. Die Stämme im heutigen Afghanistan wurden häufig nur von Statthaltern und Besatzungstruppen beherrscht

um 1700 Im Westen und Südosten des heutigen Afghanistan etablieren sich die miteinander zerstrittenen paschtunischen Stammeskonföderationen Abdali (Durrani) und Ghilsai. Machtzentren sind Herat und Kandahar

1709 Mir Wais Hotak aus der Stammeskonföderation der Ghilsai vertreibt die Safawiden aus Kandahar

1722 Machmud, Sohn Mir Wais', vertreibt die Safawiden aus Isfahan und beendet ihre Herrschaft. Entstehung des Mythos einer »nationalen« afghanischen Erhebung gegen die Safawiden als Grundlage afghanischer Staatlichkeit

1736 Der persische Herrscher Nadir Schah besetzt den Südwesten und später Kandahar; er dehnt seine Herrschaft bis zu seiner Ermordung 1747 bis nach Indien aus

Durrani-Reich

1747–1773 Gründung eines selbstständigen Königreiches in Kandahar durch den paschtunischen Stammesführer Ahmad Schah Durrani, das sich vom Osten Persiens bis nach Indien ausdehnt. Durranis Reich ist ein lockerer Herrschaftsverbund von Stämmen und Fürstentümern. Ahmad Schah benennt seinen Stamm Abdali in Durrani um und macht Kandahar zu seiner Hauptstadt

Durrani-Reich

- 1773–1793 Timur Schah, Sohn Ahmad Schahs
- 1776 Verlegung der Hauptstadt von Kandahar nach Kabul
- 1793–1826 Schwächung des Durrani-Reiches durch innere Machtkämpfe. Neben Kabul entstehen gleichwertige Machtzentren in Herat, Kandahar und Peschawar
- 1801 Erste namentliche Erwähnung »Afghanistans« (Land der Afghanen) im Anglo-Persischen Friedensvertrag

Zwischen den Kolonialmächten England und Russland

- ab 1813 Entstehung persischsprachiger Kriegsepen (Dschangnama) vom Kampf gegen die Engländer
- 1826–1863 Dost Mohammed herrscht über Afghanistan
- 1830er »Forward Policy« Englands mit dem Ziel, in Afghanistan einen Pufferstaat gegen das Vordringen Russlands zu etablieren
- 1838–1842 Erster Anglo-Afghanischer Krieg; mit englischer Hilfe besteigt Schah Schoja den Thron
- Jan. 1842 Tod von etwa 15 000 britischen Soldaten und Zivilisten bei Chord Kabul; nur der Militärarzt William Brydon erreicht Dschalalabad
- Sep./Okt. 1842 Zerstörung von Istalif und Tscharikar durch britische Truppen, Massaker an der Zivilbevölkerung, Plünderung und Zerstörung des Basars von Kabul
- 1853–1856 Krimkrieg
- 1863–1878 Regentschaft des Scher Ali, Sohn Dost Mohammeds
- 1864–1884 Das Russische Reich vereinnahmt große Teile Zentralasiens
- 1878–1880 Zweiter Anglo-Afghanischer Krieg
- 1878 Berliner Kongress mit Absprachen Russlands und Großbritanniens zu Afghanistan
- 26.5.1879 Der Vertrag von Gandomak macht Afghanistan zum halbautonomen Protektorat Britisch-Indiens; Stationierung britischer Truppen in Afghanistan

Monarchie und britisches Protektorat

- 1880–1901 Emir Abdurrachman Khan herrscht über Afghanistan
- 27.7.1880 Niederlage der britischen Armee in offener Feldschlacht in Maiwand bei Kandahar. Zur mythischen Volksheldin wird die Paschtunin Malalai, die in der Schlacht angeblich mit einer afghanischen Flagge den englischen Truppen entgegenstürmte
- 1881 Im April verlassen die letzten britischen Truppen das Land
- 1888–1893 Unterwerfung der schiitischen Hasara
- 12.11.1893 Ein Vertrag zwischen Sir Mortimer Durand und Abdurrachman Khan legt die Grenze zu Britisch-Indien (heute: Pakistan) vermeintlich für 100 Jahre fest; Teilung des paschtunischen Siedlungsgebietes
- 1901–1919 Habibullah I., Emir von Afghanistan
- 31.8.1907 Vertrag von St. Petersburg: Großbritannien und Russland regeln ihren Umgang mit Afghanistan
- 1914–1918 Erster Weltkrieg; Oskar Ritter von Niedermayer versucht vergeblich, afghanische Truppen für den Kampf in den englischen Kolonien zu mobilisieren (Niedermayer-Henting-Expedition)
- 24.1.1916 Ein deutsch-afghanischer Freundschafts- und Handelsvertrag sichert Afghanistan die Anerkennung seiner Unabhängigkeit zu
- 29.1.1916 Erste Große Ratsversammlung (Loya Dschirga), vor der Habibullah I. die Gründe für die Neutralität im Ersten Weltkrieg darlegt
- 20.2.1919 Tödliches Attentat auf Habibullah I.; Nachfolger wird sein westlich geprägter Sohn Amanullah Khan (bis 1929)

Unabhängige Monarchie

- 13.4.1919 Amanullah Khan proklamiert die Unabhängigkeit von Großbritannien
- 6.5.1919 Dritter Anglo-Afghanischer Krieg

Unabhängige Monarchie

- 8.8.1919 Der Vertrag von Rawalpindi beendet den Krieg und sichert die Unabhängigkeit Afghanistans
- 1921 Freundschaftsvertrag mit der UdSSR
- 10.4.1923 Verkündung einer konstitutionellen Verfassung; die Modernisierung nach dem Vorbild der Türkei Kemal Atatürks ruft erbitterten Widerstand unter den afghanischen Stämmen hervor
- April 1924 Einrichtung der deutschen Amani-Oberrealschule in Kabul; unter Leitung des deutschen Architekten Walter Horten entstehen der Königspalast und der neue Vorort Darulaman sowie Bauten wie die Horten-Brücke, das Kabul-Museum, das Postgebäude, die Moschee Schah-e Doschamschera
- 1926–1973 Königreich Afghanistan
- April 1926 Deutsch-afghanischer Freundschaftsvertrag
- 1927 Europareise Amanullahs; Khost-Revolte in Afghanistan
- 1928 Staatsbesuch Amanullahs in Berlin und deutscher Großkredit
- 16.1.1929 Sturz Amanullahs durch Habibullah II.; neunmonatiger Bürgerkrieg
- 1930–1933 Nadir Schah, ein Onkel Amanullahs, wird neuer König
- 1930er Jahre Enge Beziehungen zu Deutschland, Italien, Japan und den USA
- 31.10.1931 Neue Verfassung mit religiösen Akzenten
- 1933–1973 Nominelle Regierung Sahir Schahs
- 8.11.1933 Nadir Schah wird ermordet; sein Sohn Mohammed Sahir Schah besteigt den Thron (bis 1973)
- 1933–1946 Führung der Regierungsgeschäfte durch Mohammed Haschem Khan
- 1936 Aufbau einer »Musterdivision« sowie der afghanischen Luftwaffe mit deutscher Hilfe; Großkredit für Warenaustausch und Rüstungshilfe

Unabhängige Monarchie

- 18.10.1937 Verwaltungsabkommen mit Deutschland über den Austausch von Ingenieuren und Studenten
- 1.8.1938 Aufnahme der Flugverbindung Berlin–Kabul durch die Lufthansa
- 3.8.1939 Deutsch-afghanisches Kreditabkommen
- 1939–1945 Zweiter Weltkrieg
Deutschland versucht erneut, von Afghanistan aus die Paschtunen in Britisch-Indien zum Aufstand zu bewegen
- 6.12.1939 Afghanistan erklärt seine Neutralität im Zweiten Weltkrieg
- Okt. 1941 Ausweisung deutscher Berater und Fachleute
- 1946–1953 Führung der Regierungsgeschäfte durch Schah Mahmud Khan
- 14.8.1947 Gründung Pakistans; bis 1970 Paschtunistan-Konflikt mit Grenzzwischenfällen und Handelsblockaden
- Okt. 1947–
Jan. 1949 Erster Kaschmir-Krieg zwischen Pakistan und Indien
- 1949 Afghanistan erklärt die Durand-Linie für ungültig
- 9.9.1953–
1963 Führung der Regierungsgeschäfte durch Mohammed Daoud Khan, einen Vetter und Schwager König Sahirs
- 22.12.1954 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland
- 4.9.1956 Waffenlieferungsabkommen mit UdSSR und ČSSR
- 31.1.1958 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland über technische Zusammenarbeit
- 1959 Aufhebung des Schleierzwanges für Frauen
- 1961 Paschtunistan-Konflikt eskaliert; Pakistan schließt die Grenze
- 17.6.1962 Wirtschafts- und Kreditabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland

Konstitutionelle Monarchie

- 1.10.1964** Konstitutionelle Verfassung in Anlehnung an den westlichen Parlamentarismus
- Aug./Sept. 1965** Parlamentswahlen; Fertigstellung der afghanischen Ringstraße; Zweiter Kaschmir-Krieg zwischen Pakistan und Indien
- 1967** 3. Fünfjahresplan (mit westdeutscher Aufbauhilfe für die Provinz Paktia)
- 1969** Parlamentswahlen
- 1971** Indisch-Pakistanischer Krieg endet mit der Loslösung Bangladeschs von Pakistan
- 17.1.1973** Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR
- 17.7.1973** Putsch Mohammed Daoud Khans während einer Europareise seines Onkels Mohammed Sahir Shah

Republik Afghanistan (1973–1978)

- 1974** Loya Dschirga zur Durand-Linie
- 14.2.1977** Die Neue Verfassung spiegelt die autoritäre Stellung Daouds wider und soll einen republikanischen und demokratischen Einheitsstaat schaffen

Demokratische Republik Afghanistan (1978–1992)

- 1978–1979** Kommunistische Regierung Nur Mohammed Tarakis
- 27.4.1978** Sturz Daouds und Machtübernahme (Saur-Revolution) durch die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA); Nur Mohammed Taraki wird Präsident
- 5.12.1978** Vertrag über »Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit« zwischen Afghanistan und der UdSSR; Kämpfe zwischen Truppen der kommunistischen Regierung, königstreuen, islamischen und moderaten Kräften
- 20.4.1979** Massaker von Kerala (Provinz Kunar)
- 16.9.1979** Hafisullah Amin ernennt sich zum Präsidenten
- 9.10.1979** Ermordung Tarakis
- 25.–27.12.1979** Sowjetischer Einmarsch; Beginn des Afghanistan-Krieges

Demokratische Republik Afghanistan (1978–1992)

- 27.12.1979** Liquidierung Amins; Babrak Karmal wird als Präsident eingesetzt
- 1981** Nach UN-Angaben sind 1,7 Millionen Afghanen nach Pakistan geflohen
- 1985** Neue afghanische Verfassung
- 4.5.1986** Mohammed Nadschibullah wird auf Weisung Moskaus neuer Regierungschef
- 1986/1987** Die USA liefern Luftabwehrraketen »Stinger« an die Mudschaheddin
- 30.9.1987** Nadschibullah wird Präsident
- 30.11.1987** Neue afghanische Verfassung und Bezeichnung »Republik Afghanistan«
- 14.4.1988** Friedensvertrag zwischen den Regierungen Afghanistans, Pakistans, der USA und der UdSSR (Genfer Afghanistan-Abkommen)
- 29.8.1988** Erster afghanischer Kosmonaut
- 15.2.1989** Abzug der letzten sowjetischen Truppen über Termes
- 30.11.1989** Vereinigung der Rebellenführer Gulbuddin Hekmatyar und Burhanuddin Rabbani
- Juni 1990** Verfassungsreform
- April 1991** Khost fällt an die Mudschaheddin

Islamische Republik Afghanistan und Bürgerkrieg (1992–1996)

- 1.1.1992** Ende der militärischen Unterstützung durch die USA und die UdSSR bzw. Russlands
- 26.4.1992** Peshawar Accord: Absprachen der Mudschaheddin (ohne Hekmatyar) zur Regierungsbildung
- 28.4.1992** Sturz Nadschibullahs; Regierungsübernahme durch die Mudschaheddin: Rabbani wird Präsident, Achmad Schah Massud Verteidigungsminister. Zerfall Afghanistans in die Einflussbereiche verschiedener Warlords und weitgehende Zerstörung Kabuls

Islamische Republik Afghanistan und Bürgerkrieg (1992–1996)

- Feb. 1993** Massaker von Afschar an mehreren Hundert Hasara in Kabul durch mit Massud verbündete Truppen
- 7.3.1993** Islamabad Accord: Absprachen zur Regierungsbildung; Rabbani bleibt Präsident
- 17.5.1993** Hekmatyar wird Ministerpräsident; weiterhin Kämpfe um Kabul
- 1994** In Südostafghanistan treten im Sommer die Taliban auf, die in der Folge von Pakistan und Saudi-Arabien unterstützt werden

Herrschaft der Taliban (1996–2001)

- 1996–2001** Das Pandschir-Tal und Teile der Provinz Badachschan sind der Kontrolle der Taliban entzogen (Ahmad Schah Massud); im Rahmen der Kämpfe um Masar-e Scharif Massaker an 600 Taliban-Kämpfern und Hasara-Zivilisten; usbekische Einheiten ermorden in den Nordprovinzen 2000 gefangene Taliban
- 27.9.1996** Die Taliban erobern Kabul und errichten das Islamische Emirat Afghanistan mit Anwendung der Scharia Bündnis zwischen Hekmatyar und Rabbani
- 10.10.1996** Bildung der Nordallianz (Nationale Islamische Vereinte Front zur Rettung Afghanistans, kurz: Vereinte Front), die von Iran und Russland unterstützt wird
- 25.5.1997** Pakistan erkennt als erstes Land der Welt die Taliban-Regierung an
- 7.8.1998** Terroranschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam. Auftraggeber soll Osama bin Laden sein, der seit 1996 in Afghanistan ist
- 12.8.1998** Zweite Einnahme Masar-e Scharifs durch die Taliban; Ermordung von 4000 bis 5000 Hasara in der Stadt
- 1999** Neuerliche militärische Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir
- 11.2.1999** Erdbeben in Wardak und Logar mit mindestens 67 Toten

Herrschaft der Taliban (1996–2001)

- 27.8.1999 Der UN-Sicherheitsrat verurteilt Pakistan wegen der Unterstützung afghanischer Taliban
- 14.10.1999 UN-Sicherheitsrat verkündet Wirtschaftsembargo, sollte Osama bin Laden nicht ausgeliefert werden
- 12.10.2000 In Aden (Jemen) werden bei einem Anschlag auf den US-Zerstörer »Cole« 17 Matrosen getötet. Die USA machen Osama bin Laden verantwortlich
- 19.12.2000 UNO-Resolution 1333 wirft den Taliban Unterstützung des Terrorismus, Menschenrechtsverletzungen und Drogenhandel vor
- 12.3.2001 Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamian
- 9.9.2001 Der Führer der Nordallianz, Achmad Schah Massud, wird ermordet
- 11.11.2001 Terroranschläge auf die USA
- 7.10.2001 Beginn der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan; Offensive der Nordallianz unter Führung und mit massiver Unterstützung der USA
- 8.11.2001 Einnahme von Masar-e Scharif durch die Nordallianz
- 12./13.11.2001 Fall von Kabul an die Nordallianz
- Nov. 2001 Über 2000 gefangene Taliban werden von Kämpfern des usbekischen Warlords Raschid Dostum ermordet
- 16.11.2001 Der Bundestag erteilt das Mandat für die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom

Übergangsregierung

- 27.11.–5.12.2001 1. Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn
- 4.12.2001 Hamid Karzai wird Präsident der Übergangsregierung
- 7.12.2001 Mit Kandahar verlieren die Taliban ihre letzte Hochburg
- 20.12.2001 Die Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates legt Mandat und Auftrag einer internationalen Sicherheitsbei-

- standstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) fest
- 22.12.2001** Der Bundestag erteilt das Mandat für die deutsche Beteiligung am ISAF-Einsatz
Ende der Taliban-Herrschaft und Installierung der Übergangsregierung unter Hamid Karzai
- 21./22.1.2002** Afghanistan-Konferenz in Tokio: Zusage von Wiederaufbauhilfen und Zuordnung von Zuständigkeiten. Deutschland unterstützt den Aufbau der Polizei und richtet in Kabul das German Police Project Office (GPPO) ein
- 28.3.2002** Der UN-Sicherheitsrat ruft die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) ins Leben
- 11.–19.6.2002** Bestätigung Karzais als Präsident der Übergangsregierung durch eine Emergency Loya Jirga (Außerordentliche Große Ratsversammlung)
- 2.12.2002** 2. Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn über den Wiederaufbau im Lande
- 21.12.2002** Beim Absturz eines Militärhubschraubers durch technischen Defekt sterben sieben deutsche Soldaten nahe Kabul
- 24.12.2002** Kabul Declaration on Good Neighborly Relations
- 27.12.2002** Vertrag zum Bau der Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Pipeline (TAPP)
- 2003** Afghanistan wird Kooperationspartner der OSZE
- April 2003** Einrichtung der Tripartite Commission durch die USA, Afghanistan und Pakistan, um (Grenz-)Konflikte auf hoher militärischer Ebene zu klären
- 7.6.2003** Bombenanschlag in Kabul auf Busse mit deutschen ISAF-Soldaten (4 Tote und 29 Verwundete)
- 14.12.–5.1.2004** Verabschiedung einer Verfassung durch eine Constitutional Loya Jirga (Verfassunggebende Große Ratsversammlung)

Übergangsregierung

- 26.1.2004** Verkündung der Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan, die Werte des Islams mit Demokratie nach westlichem Vorbild verbindet
- 9.2.2004** Das BMVg beschließt die militärische Beteiligung an UNAMA; bis Ende 2017 sind 13 deutsche Offiziere als Militärberater tätig
- 31.3.–
1.4.2004** Internationale Afghanistan-Konferenz in Berlin endet mit der »Berliner Erklärung«
- 13.–29.8.
2004** An der Olympiade in Athen nehmen erstmals afghanische Frauen teil (Robina Muqimyar und Friba Razayee)

Erste Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 9.10.2004** Hamid Karzai wird in den ersten freien Präsidentschaftswahlen bestätigt
- 23.5.2005** Die Joint Declaration of the United States-Afghanistan Strategic Partnership sagt Afghanistan ein dauerhaftes Engagement der USA zu
- 18.9.2005** Parlamentswahlen
- 5.12.2005** Erste Regional Economic Cooperation Conference on Afghanistan (RECCA). Das Forum soll Afghanistan und Süd- und Zentralasien insgesamt durch wirtschaftliche Integration stabilisieren
- 19.12.2005** In Kabul tritt erstmals seit 32 Jahren ein afghanisches Parlament zusammen. Damit endet formell der 2001 auf dem Petersberg vereinbarte Demokratisierungsprozess
- 2006** Im Jahresverlauf eskalieren in mehreren südlichen Provinzen die Kämpfe mit den Taliban
- 31.1.–1.2.
2006** Die Afghanistan-Konferenz in London endet mit dem Afghanistan-Vertrag, der bis 2011 die Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und der internationalen Gemeinschaft regelt
- 8.9.2006** Bei einem Selbstmordanschlag nahe der US-Botschaft sterben in Kabul mindestens 17 Menschen

Erste Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 6.10.2006** Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR meldet, wegen der Kämpfe im Süden des Landes hätten bis zu 90 000 Menschen die Flucht ergriffen
- 7.10.2006** Ermordung zweier deutscher Journalisten in Nordafghanistan
- 4.1.2007** Pakistanisch-afghanische Gespräche in Kabul. Pakistan kündigt an, einen Grenzzaun zu errichten
- 15.2.2007** US-Präsident George W. Bush gibt die Verstärkung der US-Truppen in Afghanistan bekannt
- 8.3.2007** Ermordung eines deutschen Entwicklungshelfers in Sar-e Pol
- 9.3.2007** Der Deutsche Bundestag beschließt den Einsatz von sechs Tornados (RECCE) und 500 zusätzlichen Soldaten in Afghanistan
- 3./4.4.2007** Afghanistan wird 8. Mitglied der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC)
- 19.5.2007** Bei einem Selbstmordanschlag im Stadtzentrum von Kundus werden drei Bundeswehrsoldaten getötet
- 17.6.2007** Start der EU-Polizeimission EUPOL, die das 2002 eingerichtete bilaterale German Police Project Office in Kabul ablöst; die deutschen Angehörigen bilden das German Police Project Team (GPPT)
- 9.–12.8.2007** Friedens-Dschirga mit Autoritäten aus Afghanistan und Pakistan
- 4.9.2007** Das Bundeskabinett verabschiedet das neue Afghanistan-Konzept
- 29.–30.11.2007** Treffen des OSZE-Ministerrats in Madrid endet mit Beschluss Nr. 4/07; Engagement der OSZE für Afghanistan
- Jan. 2008** Afghanische Behörden verbieten Marc Forsters Film »Drachenläufer«
- 28.1.2008** Der US-Kongress richtet das Kontrollorgan Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR) ein

Erste Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 17.2.2008** 80 Tote durch Anschlag während eines Hundekampfes in Kandahar
- 27.4.2008** Anschlag während einer Militärparade in Kabul; unter den drei Toten ist der Parlamentsabgeordnete Nasir Ahmad Latifi
- 12.6.2008** Pariser Afghanistan-Konferenz; Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier beziffert das zivile Gesamtengagement Deutschlands bis zum Jahr 2010 mit mehr als einer Milliarde Euro
- 1.7.2008** Die Bundeswehr übernimmt die Verantwortung für die Quick Reaction Force des RC North von Norwegen
- 7.7.2008** 44 Tote bei einem Anschlag auf die indische Botschaft in Kabul
- 18.8.2008** Zehn französische Marineinfanteristen sterben durch einen Hinterhalt 50 Kilometer östlich von Kabul
- 8.–24.8.2008** Bei den Olympischen Sommerspielen in Peking gewinnt Rohullah Nikpai die erste Medaille für Afghanistan
- 26.8.2008** Die UN bestätigen den Tod von 90 Zivilisten bei einem US-Luftangriff in der westafghanischen Provinz Herat
- 20.9.2008** Bombenanschlag auf das Marriott-Hotel in Islamabad mit mehr als 50 Toten und fast 300 Verletzten
- 29.10.2008** Das Bundeskabinett stellt die Beteiligung an OEF für Afghanistan ein
- 16.2.2009** Die pakistanischen Behörden lassen die Einrichtung von Scharia-Gerichten im umkämpften Swat-Tal im Nordwesten des Landes zu
- März 2009** Präsident Barack Obama erklärt die Aufstockung der afghanischen Sicherheitskräfte auf 400 000 Mann zum Ziel der US-Regierung
- 17.3.2009** Feierliche Beisetzung von Mohammed Daoud Khan (Präsident von 1973 bis 1978) in Kabul
- April 2009** Ein schiitisches Familiengesetz schränkt die Rechte der Frau ein

Erste Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 1.4.2009** Die Internationale Kontaktgruppe zu Afghanistan und Pakistan (International Contact Group, ICG) wird gegründet. Die Bundesregierung koordiniert die Gruppe und führt den Vorsitz
- 20.8.2009** Präsidentschaftswahlen stehen unter dem Vorwurf massiver Wahlfälschungen. Karzai verfehlt die absolute Mehrheit
- 4.9.2009** Auf Bundeswehnanforderung Luftangriff etwa 15 Kilometer südlich der Stadt Kundus auf zwei von Taliban entführte Tanklastwagen. Unter den zahlreichen Toten sind auch Zivilisten

Zweite Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 7.11.2009** Ex-Außenminister Abdullah Abdullah verzichtet auf die Stichwahl. Die Wahlkommission bestätigt Karzai als Präsident. Vizepräsident wird der Tadschike Mohammed Qasim Fahim (»Marschall auf Lebenszeit«)
- 2.12.2009** Bundestag beauftragt den Verteidigungsausschuss, die Vorgänge beim Luftangriff auf Kundus vom 4. September aufzuklären
- Dez. 2009** Obama gibt die neue Afghanistan-Strategie bekannt
- 2010** Bundesregierung verkündet den »Partnering«-Ansatz: Zum Jahresende sollen zwei Bataillone die afghanischen Partner ausbilden
- Feb. 2010** Niederländische Regierung zerbricht am Streit um die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes
- 2.4.2010** Beim Karfreitagsgefecht im Distrikt Char Darreh fallen drei deutsche Soldaten
- 15.4.2010** Vier deutsche Soldaten fallen bei Baghlan
- 22./23.4. 2010** NATO-Außenminister bringen in Tallinn ein Programm zur Wirtschaftsentwicklung Afghanistans (Afghan First Policy) auf den Weg
- Mai 2010** Die ersten drei Panzerhaubitzen 2000 der Bundeswehr werden als Reaktion auf die Talibanangriffe vom 2. April nach Afghanistan verlegt

Zweite Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 2.–4.6.2010** Friedens-Dschirga mit 1600 Delegierten in Kabul. Karzai bietet Taliban- und al-Qaida-Kämpfern Straffreiheit an. Wegen der schlechten Sicherheitslage entlässt Karzai den Innenminister Mohammad Hanif Atmar und den Geheimdienstchef Amrullah Saleh
- 23.6.2010** Obama entlässt den NATO-Oberbefehlshaber für Afghanistan, General Stanley McChrystal; Nachfolger wird General David Petraeus
- 25.–27.6.2010** Der britische Premierminister David Cameron verkündet auf dem G-8-Gipfel in Toronto den Abzug der britischen Soldaten bis 2015 aus Afghanistan
- 20.7.2010** Konferenz in Kabul: Verabschiedung des Kabul-Prozesses, der den Afghanistan-Vertrag von 2006 ablöst
- Aug. 2010** Das Bundeswehr-»Ausbildungs- und Schutzbataillon« beginnt seinen Einsatz (»Partnering«)
- 18.9.2010** Parlamentswahlen mit geringster Wahlbeteiligung seit 2001
- 30.9.2010** Pakistan schließt nach dem Tod von drei Grenzsoldaten durch NATO-Helikopter seine Grenze zu Afghanistan
- 5.10.2010** Karzai richtet den Hohen Rat für den Frieden ein. Vorsitzender ist der frühere Präsident Burhanuddin Rabbani
- Okt. 2010** Afghanisch-Pakistanisches Transit-Handelsabkommen (APTTA)
- Okt./Nov. 2010** Operation Halmazag (erste deutsche Offensive seit dem Zweiten Weltkrieg) in der Provinz Kundus
- 24.12.2010** Verkündung des Wahlergebnisses der Unterhauswahlen
- 20.1.2011** Karzai verschiebt die Eröffnung des Parlaments. In der Nacht vom 25. auf den 26. Januar besetzen etwa 200 Demonstranten den Präsidenschaftspalast und erzwingen die Parlamentseröffnung
- 25.1.2011** »Jahresbericht 2010« des Wehrbeauftragten, worin u.a. das Fehlen geeigneter Fahrzeuge für die Aufgabe »Route Clearance« beklagt wird

Zweite Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 18.2.2011** Drei deutsche Soldaten werden im Observation Point North (OP North) von einem Uniformträger der Afghanischen Nationalarmee (ANA) erschossen (Innentäterangriff)
- 14.3.2011** Die Präsidenten Afghanistans, Pakistans und Turkmenistans sowie der indische Öl- und Gasminister unterzeichnen eine Übereinkunft zur Errichtung einer »Trans-Afghanistan-Pipeline« (TAPI)
- 25.4.2011** Mehr als 500 Inhaftierte fliehen aus einem Gefängnis in Kandahar. Die Gefängnisleitung ist offenbar in die Fluchtaktion verwickelt
- 1.5.2011** Soldaten eines US-Sonderkommandos töten im pakistanischen Abbottabad al-Qaida-Führer Osama bin Laden
- 11.5.2011** Das pakistanische Parlament verurteilt den US-Einsatz vom 1. Mai, wertet ihn als Bruch der Souveränität und droht, NATO-Militärtransporte durch Pakistan zu verbieten. Die USA verlagern die Versorgung ihrer Truppen verstärkt auf das Northern Distribution Network (NDN), das das Schwarze Meer und die Ostsee über Zentralasien mit Afghanistan verbindet
- 27.5.2011** Taliban verüben einen Anschlag auf eine Sicherheitskonferenz. Ein Major und ein Hauptfeldwebel fallen, Generalmajor Kneip wird verwundet
- Juni 2011** US-Präsident Obama kündigt eine Truppenreduzierung und die Übergabe der Sicherheitsverantwortung bis Ende 2014 an afghanische Kräfte an
- 22.6.2011** Beginn des Rückzugs der französischen Truppen
- 12.7.2011** Ahmad Wali Karzai, Halbbruder des Präsidenten, wird ermordet
- 20.7.2011** Die britischen Streitkräfte übergeben die Verantwortung für den Distrikt Helmand an die ANA
- Aug. 2011** Eröffnung der Eisenbahntrasse von Masar-e Scharif nach Usbekistan

- 20.9.2011** Der Warlord und ehemalige Staatspräsident Afghanistans, Burhanuddin Rabbani, fällt einem Attentat zum Opfer
- 7.10.2011** Der frühere Generalinspekteur General a.D. Harald Kujat und der ehemalige US-Oberbefehlshaber Stanley McChrystal äußern Skepsis über den Erfolg in Afghanistan
- 16.–19.11. 2011** Loya Dschirga zur Zusammenarbeit mit den USA und Friedensverhandlungen mit den Taliban
- 26.11.2011** Luftstreitkräfte der NATO greifen Ziele im pakistanischen Grenzgebiet an und töten 24 pakistanische Soldaten. Pakistan fordert die Räumung von US-Stützpunkten und sperrt seine Grenzen für NATO-Transporte
- 2.11.2011** Afghanistan-Konferenz in Istanbul endet mit Beschluss des Istanbul-Prozesses
- 5.12.2011** Internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn: Die »Bonner Erklärung« stellt die Weichen für die Zeit nach dem Abzug der internationalen Kräfte Ende 2014
- 6.12.2011** Eine pakistanische Terrororganisation bekennt sich zu dem Anschlag auf Schiiten in Kabul, bei dem fast 60 Menschen getötet wurden
- 7.12.2011** Beschluss Nr. 4/11 der OSZE zur Verstärkung des Afghanistan-Engagements
- 12.1.2012** Ein Video, das US-Soldaten und ihren Umgang mit getöteten Taliban zeigt, löst Proteststürme aus
- 20.1.2012** Nach dem Anschlag auf französische Soldaten (vier Tote) droht Staatspräsident Nicolas Sarkozy mit dem Abzug seiner Truppen
- 24.1.2012** Die Bundeswehr übergibt die Verantwortung am Standort Faisabad an die afghanischen Sicherheitskräfte. Einen Tag später wechselt auch das Kommando in der Provinz Balch (Masar-e Scharif)
- 20.2.2012** Afghanistan und China unterzeichnen ein Abkommen zur Förderung von Erdöl

Zweite Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- 21.2.2012 US-Soldaten verbrennen in Kabul Exemplare des Koran. Proteste gegen die ISAF-Kräfte eskalieren. Die Bundeswehr räumt vorzeitig den Stützpunkt Taloqan
- 5.3.2012 Der Religionsrat in Afghanistan schränkt die Rechte der Frauen ein
- 11.3.2012 Ein Amokläufer der US-Armee erschießt 16 Zivilisten
- 18.4.2012 Soldaten der US-Streitkräfte posieren für Fotografien erneut mit sterblichen Überresten Aufständischer
- 20.5.2012 Der neugewählte französische Präsident François Hollande plant, das französische Kontingent bereits 2012 aus Afghanistan abzuziehen
- 14.6.2012 1. Folgekonferenz des Istanbul-Prozesses in Kabul unter dem Titel »Heart of Asia«. Der regionale Ansatz umfasst alle Anrainerstaaten Afghanistans
- 7.7.2012 Die USA erheben Afghanistan in den Status eines »wichtigen Verbündeten« und erleichtern damit den Zugang zu US-Rüstungsgütern
- 8.7.2012 Die internationale Gemeinschaft sagt Afghanistan in Tokio zivile Hilfe gegen Auflagen zu (Tokyo Mutual Accountability Framework, TMAF)
- 11.7.2012 Die Bundeswehr übergibt die Verantwortung in der Provinz Kundus an die afghanischen Sicherheitsbehörden
- 5.9.2012 Karzai entlässt Hunderte afghanischer Soldaten wegen anhaltender Angriffe auf Angehörige der ISAF-Truppe (Innentäterangriffe)
- 7.9.2012 Die USA stufen das pakistanische Haqqani-Netzwerk als Terrororganisation ein
- 10.9.2012 Die USA überantworten das Militärgefängnis in Bagram den afghanischen Sicherheitsbehörden, behalten aber etwa 50 pakistanische und 600 afghanische Gefangene im eigenen Gewahrsam
- In den USA taucht auf YouTube ein 15-minütiger Trailer zu einem Film auf, der das Glaubensempfinden der Muslime beleidigt. Im muslimischen Einflussraum ent-

- flammen Proteste gegen die USA und die westliche Welt; zahlreiche Anschläge auf westliche Einrichtungen folgen
- 16.9.2012** Bei einem Luftangriff der NATO werden nach afghanischen Regierungsangaben acht Frauen getötet und sieben verwundet
- 17.9.2012** In Kabul gibt es Proteste wegen des Videos vom 10. September; Anschläge folgen
- 20.11.2012** Abkommen zur Grenzkoordination: Tripartite Commission of Afghanistan, Pakistan and ISAF
- 2013** Einigung über die Eröffnung eines Vertretungsbüros der Taliban in Doha. Die Umsetzung scheitert zunächst an Kontroversen um Flagge und Bezeichnung
- 30.1.2013** Vier Hubschrauber Tiger beginnen in Afghanistan ihren Einsatz
- 20.2.2013** Hamid Karzai verbietet den ANSF, bei Operationen in Wohngebieten Luftunterstützung mit Waffeneinsatz durch ISAF-Luftfahrzeuge anzufordern
- 15.3.2013** Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Türkei und Deutschland für Einrichtung und Betrieb des Logistischen Umschlagpunkts (LogUgPkt) Trabzon
- 4.5.2013** Bei einer gemeinsamen Operation des Kommandos Spezialkräfte (KSK) und der afghanischen Polizei bei Baghlan fällt der erste Angehörige des KSK
- Juli 2013** Beginn »Forward Air Medevac« mit dem NH 90
- 13.7.2013** Beginn der Rückverlegung von Fahrzeugen und Material über den Logistischen Umschlagpunkt Trabzon
- 6.10.2013** Das unter deutscher Führung stehende Feldlager Kundus wird an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben
- 24.10.2013** Die Partnering and Advisory Task Force (PATF) Kundus wird im Rahmen eines Appells in Masar-e Scharif aufgelöst
- 8.11.2013** Absturz eines unbemannten Aufklärungssystems Heron 1 der Bundeswehr im Bereich des RC Nord

Zweite Amtszeit von Präsident Hamid Karzai

- Nov. 2013** Loya Dschirga zum Sicherheitsabkommen mit den USA
- 5.4.2014** Die Präsidentschaftswahl bleibt ohne Sieger im ersten Wahlgang
- 2.5.2014** Bei einem Erdbeben in der Provinz Badachschan kommen mehrere Hundert Menschen ums Leben
- 27.5.2014** US-Präsident Obama will das US-Kontingent in Afghanistan bis Ende 2016 auf etwa 1000 Soldaten reduzieren
- 31.5.2014** Der US-Soldat Bowe Bergdahl wird nach fast fünfjähriger Gefangenschaft im Gegenzug für fünf in Guantanamo inhaftierte hochrangige Taliban-Führer freigelassen. An den Verhandlungen waren Vertreter der Taliban in Doha beteiligt
- 14.6.2014** Stichwahl um das Präsidentenamt
- 30.6.2014** Der Einsatz des Unterstützungshubschraubers Tiger in Afghanistan endet
- Juli 2014** Erste Direktgespräche in Pakistan im Rahmen der Quadrilateral Coordination Group (QCG), bestehend aus Afghanistan, China, Pakistan und den USA
- 1.8.2014** Das Train Advise Assist Command (TAAC) Nord übernimmt die Aufgaben des ehemaligen RC North
Der Einsatz des Hubschraubers NH 90 endet. Die MedEvac-Rettungsflüge übernimmt die dänische Luftwaffe mit dem CH-53
- 5.8.2014** Im Camp Qargha in Kabul eröffnet ein Innentäter das Feuer auf eine hochrangige Delegation; US-Generalmajor Harold J. Greene fällt

Präsidentschaft Aschraf Ghani

- 21.9.2014** Die Unabhängige Wahlkommission (IEC) erklärt Aschraf Ghani zum Gewinner der Präsidentschaftswahlen. Sein Gegenkandidat Abdullah Abdullah wird am 29. September Regierungsvorsitzender
- 30.9.2014** Präsident Aschraf Ghani unterzeichnet das bilaterale Sicherheitsabkommen mit den USA (ausgehandelt durch

- Hanif Atmar und US-Botschafter James Cunningham) und das Truppenstatut mit der NATO
- 18.12.2014** Der Deutsche Bundestag beschließt die Beteiligung der Bundeswehr an der Resolute Support Mission (RSM). Die Mandatsobergrenze liegt bei 850 Soldaten
- 31.12.2014** Ende des ISAF-Einsatzes nach 13 Jahren
- 1.1.2015** Beginn der NATO-geführten RSM mit einem Gesamtumfang von ca. 12 000 Soldaten. Neben den NATO-Mitgliedstaaten sind noch 14 weitere Nationen beteiligt (operationelle Partner)
Die afghanische Regierung übernimmt die Sicherheitsverantwortung für das Land
- 7.1.2015** Terroranschlag auf das französische Satiremagazin »Charlie Hebdo«. Elf Mitarbeiter und ein Polizist werden getötet
- 31.3.2015** Auflösung des Logistischen Umschlagpunktes Trabzon
- 5.9.2015** Self-Reliance through Mutual Accountability Framework (SMAF) – Rahmenkonzept zur Zusammenarbeit der afghanischen Regierung mit der internationalen Gemeinschaft
- 29.9. bis Mitte Okt. 2015** Bei ihrer Gegenoffensive gewinnen die afghanischen Sicherheitskräfte, unterstützt durch US-Kräfte, das von den Taliban kurz zuvor eingenommene Stadtgebiet Kundus wieder vollständig zurück
- 3./4.10.2015** Bei einem versehentlichen US-Luftangriff auf eine medizinische Einrichtung der Hilfsorganisation »Ärzte ohne Grenzen« gibt es mehrere Tote
- 14.10.2015** Bericht der G36-Kommission (Winfried Nachtwei)
- 15.10.2015** US-Präsident Obama kündigt an, die US-Truppenstärke bis Ende 2016 bei ca. 10 000 US-Soldaten zu belassen
- 26.10.2015** Bei einem Erdbeben in Nordafghanistan werden ca. 100 Menschen getötet und 400 weitere verletzt
- 11.11.2015** Nach der Ermordung von sieben Hazara in der Provinz Zabul kommt es in Kabul zu Demonstrationen

- 13.11.2015** Bei sechs Anschlägen in Paris ermorden »Kämpfer des IS« 130 Menschen und verletzen mehr als 650. Frankreich ersucht seine EU-Partner um Beistand gemäß Art. 42 (7) der EU-Verträge
- 2.12.2015** Präsident Aschraf Ghani besucht Berlin
- 4.12.2015** Der Deutsche Bundestag beschließt die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation Counter Daesh mit bis zu 1200 Soldaten
- 11.11.2015** Auflösung des Strategischen Lufttransportstützpunktes Termes
- 1.2.2016** Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Polizeistation in Kabul werden 20 Polizisten getötet
- Feb. 2016** Beginn eines multilateralen Friedensprozesses in Moskau
- Frühjahr 2016** »Roadmap to Peace« von afghanischen Zivilgruppen
- 19.4.2016** Sprengstoffanschlag der Taliban auf die Geheimdienstzentrale in Kabul; 64 Menschen kommen ums Leben, 347 werden verletzt
- Juni 2016** Bei einer Serie von Anschlägen (z.B. 30.6.) durch die Taliban werden mehrere Dutzend Menschen getötet und verletzt
- 30.6.2016** Ghani dekretiert das Anti-Corruption Justice Center (ACJC)
- 8./9.7.2016** NATO-Gipfel in Warschau. Ergebnisse sind u.a. Beschlüsse zur Stärkung der Vornepräsenz und zur Unterstützung der Ukraine und Afghanistans (Fortsetzung von RSM über 2016 hinaus)
- 14.7.2016** Am französischen Nationalfeiertag rast in Nizza ein IS-Sympathisant mit einem Lkw in eine Menschenmenge; er tötet 84 Menschen und verletzt Hunderte
- 23.7.2016** Bei einem Sprengstoffanschlag des IS auf eine Demonstration in Kabul werden über 80 Menschen getötet und über 230 verletzt

Präsidentschaft Aschraf Ghanis

- 29.7.2016** Afghanistan wird 164. Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO)
- 15.8.2016** Afghanische Reformagenda Afghan National Peace and Development Framework (ANPDF) für die Jahre 2016–2021
- 22.9.2016** Friedensschluss der Regierung in Kabul mit der Islamischen Partei Afghanistans (IPA), Hisb-e Islami, von Gulbuddin Hekmatyar
- 4./5.10.2016** Afghanistan-Konferenz in Brüssel. Die Bundesrepublik Deutschland sagt bis 2020 jährliche Unterstützungen von bis zu 250 Millionen Euro für Entwicklungszusammenarbeit und 180 Millionen für zivile Stabilisierungsvorhaben zu
- 10.11.2016** Anschlag auf das Deutsche Generalkonsulat in Masar-e Scharif; das Gebäude wird zerstört und das Konsulat ins Camp Marmal verlegt
- Frühjahr 2017** Ghani verkündet die »Afghan National Defense and Security Forces Roadmap«, die auf vier Jahre angelegt ist
- 8.3.2017** Angriff auf Militärhospital in Kabul mit mehr als 30 Toten
- 13.4.2016** Eine US-Fliegerbombe tötet mindestens 94 Taliban
- 22.4.2017** Angriff auf Militärbasis der afghanischen Armee in Masar-e Scharif mit etwa 140 Toten und 160 Verletzten
- Ende April 2017** Hekmatyar ruft die Taliban auf, den Krieg zu beenden
- Mai 2017** Vizepräsident Abdul Raschid Dostum setzt sich in die Türkei ab; seine Partei Jombesch führt einstweilen sein Sohn, Batur Dostum
- 31.5.2017** Anschlag im Kabuler Diplomatenviertel mit mindestens 80 Toten; die Deutsche Botschaft wird stark beschädigt
- 6.6.2017** Erste Runde des »Kabuler Prozesses für Frieden und Sicherheitszusammenarbeit«
- 21.8.2017** Bekanntgabe der US-Südasiensstrategie

- Sept. 2017** Markus Potzel wird Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan
- Okt. 2017** Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) schließt seine Büros in den nordafghanischen Provinzen Kundus und Fariab
Zahlreiche Anschläge mit mehr als 90 Toten
- 23.10.2017** Ghani setzt das Afghanisch-Pakistanische Transit-Handelsabkommen (APTTA, 2010) außer Kraft
- Nov. 2017** Der letzte deutsche Militärberater verlässt die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)
Chefanklägerin Fatou Bensouda beantragt beim Internationalen Strafgerichtshof ein Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in Afghanistan
Bericht des UN-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), wonach zwischen 1. Januar und 19. November 343 958 Afghanen heimatlos geworden sind
- 19.12.2017** US-Präsident Donald Trump kündigt den Rückzug aus Afghanistan und Syrien an; am Tag darauf tritt US-Verteidigungsminister James N. Mattis zurück
- 28.12.2017** Anschlag der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf schiitisches Kulturzentrum in Kabul mit mehr als 50 Toten
- 2017** In diesem Jahr gab es allein in Kabul insgesamt mehr als 20 schwere Anschläge der Taliban und des IS mit insgesamt mehr als 500 Toten
- 31.12.2017** In Deutschland leben über 250 000 afghanische Staatsangehörige
- 3.1.2018** Pakistanisches Kabinett beschließt Ultimatum zur Rückkehr afghanischer Flüchtlinge
- 23.–26.1. 2018** Ghani gibt auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos bekannt, dass seit 2015 etwa 45 000 Angehörige der afghanischen Sicherheitskräfte getötet wurden
- Jan. 2018** Anschlagserie in Kabul mit mehr als 100 Toten, davon allein beim Anschlag vom 27.1. mit einem Krankenwagen mehr als 95

- 23.2.2018** Baubeginn der Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien-Pipeline (TAPI) in Afghanistan
- 28.2.2018** Ghani schlägt auf einer Friedenskonferenz in Kabul den Taliban eine Waffenruhe vor
- 30.4.2018** Doppelanschlag in Kabul mit etwa 30 Toten und 50 Verletzten
- 15.5.2018** Die Taliban erobern die Provinzhauptstadt Farah
- 11./12.7. 2018** Der NATO-Gipfel in Brüssel beschließt, die Mission RS bis 2024 zu verlängern und macht den ANDSF Finanzzusagen. Mit Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten erhöht sich die Anzahl der operationellen Partner von 12 auf 14
- Juli 2018** US-Südasiens-Gesandte Alice Wells trifft sich in Katar mit den Taliban
- 25.8.2018** Der nationale Sicherheitsberater Hanif Atmar (seit 30.9.2014) tritt zurück. Verteidigungsminister Tarek Schah Bahrami, Innenminister Wais Ahmed Barmak und Geheimdienstchef Massum Staneksai reichen ihre Rücktritte ein, die Ghani aber abweis
- 5.9.2018** Zalmay Mamozy Khalilzad wird US-Sonderbeauftragter für Afghanistan
- Okt. 2018** Seit Oktober 2001 sind 2401 US-Soldaten in Afghanistan gefallen
- 20.10.2018** Parlamentswahl (ohne die Provinz Ghazni)
- 9.11.2018** Afghanistan-Konferenz in Moskau
- 27.–28.11. 2018** Internationale Afghanistan-Ministerkonferenz in Genf. Ergebnis ist u.a. das Geneva Mutual Accountability Framework (GMAF)
- 28.11.2018** Mohammad Hanif Atmar kündigt seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2019 an
- Nov. 2018** Die Mission Resolute Support umfasst 16 910 Soldaten aus 41 Ländern, davon 27 NATO-Staaten

- 26.12.2018** Die Unabhängige Wahlkommission verschiebt den Termin für die Präsidentschaftswahl im April 2019 auf unbestimmte Zeit
UNAMA stellt für das Jahr 2018 mit 3804 getöteten Zivilisten den Höchststand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2009 fest
- 11.1.2019** Kabuls Luftqualität ist nach Angaben der WHO die weltweit schlechteste
- Jan. 2019** Im Weltverfolgungsindex 2019 zur Christenverfolgung rangiert Afghanistan hinter Nordkorea auf Platz 2
- 19.1.2019** Amrullah Saleh tritt als Innenminister zurück, um bei den Präsidentschaftswahlen als Vizepräsident von Aschraf Ghani anzutreten
- 24.1.2019** Mullah Abdul Ghani Baradar wird Verhandlungsführer der Taliban
- Feb. 2019** Ghani entlässt die Unabhängige Wahlkommission
- 28.2.2019** USA planen einen Truppenabzug innerhalb von 5 Jahren aus Afghanistan
- März 2019** Angriffe der Taliban auf das Hauptquartier des 215. Korps der ANA in Helmand
- 5.3.2019** Neue Unabhängige Wahlkommission (IEC) unter Hawa Alam Nuristani von der afghanischen Menschenrechtskommission
- April 2019** Nach UNAMA sind im ersten Quartal 2019 erstmals durch die USA und ihre Verbündeten mehr Zivilisten getötet worden als durch die Aufstandsgruppen
Der Internationale Strafgerichtshof lehnt den Ermittlungsantrag vom November 2017 wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan ab
Seit dem Ende des Abschiebestopps wurden in 22 Flügen 533 Afghanen aus Deutschland zurückgebracht
In Afghanistan leiden etwa 10,6 Millionen Menschen unter akutem Hunger (Global Report on Food Crises 2019)

Präsidentschaft Aschraf Ghanis

- 26.4.2019** Übereinkunft zwischen den USA, Russland und China zum Abzug ausländischer Truppen aus Afghanistan
- 29.4.–2.5. 2019** Loya Dschirga fordert Waffenstillstand
- 16.5.2019** Bei einem US-Luftangriff bei Lashkar Gah werden irrtümlich 18 afghanische Polizeioffiziere getötet
- 22.6.2019** Afghanische Friedenskonferenz im pakistanischen Bhurban (Lahore-Prozess)
- 25.6.2019** US-Außenminister Mike Pompeo sagt in Kabul, Washington strebe bis September 2019 einen Friedensvertrag an
- 7./8.7.2019** Deutschland und Katar richten in Doha eine innerafghanische Dialogkonferenz aus
- 28.9.2019** Präsidentschaftswahl

Erinnerungstage, Festtage, Feiertage

Bei schwarzen und roten Einträgen handelt es sich um Feier- oder Gedenktage nach dem Sonnenkalender (365 Tage); grüne Einträge bezeichnen Feiertage nach dem islamischen Mondkalender (354 Tage). Die angegebenen Daten gelten für 2020.

Das islamische Mondjahr besteht aus zwölf Monaten á 29 Tagen, die jeweils zum Neumond beginnen. Somit ist das islamische Mondjahr mit 354 Tagen kürzer als unser Sonnenjahr, und die islamischen Feste »wandern« im Laufe von 33 Sonnenjahren einmal durch alle Jahreszeiten.

Die genaue Festlegung der Kalenderdaten der islamischen Feiertage richtet sich nach der tatsächlichen örtlichen Mondbeobachtung. Erst wenn die islamischen Geistlichen beispielsweise den Neumond gesichtet haben, beginnt der Feiertag Id al-Fitr. Es ergeben sich aufgrund der geografischen Lage bzw. unterschiedlicher Zeitzonen zwischen den einzelnen islamischen Ländern Verschiebungen um einen oder mehrere Tage. Da der islamische Tag mit dem Sonnenuntergang beginnt, finden die eigentlichen Feiern oft am Vorabend des angegebenen Datums statt.

Datum	Bezeichnung	Bezug
6.1.	Niederlage der Briten bei Kabul	Vernichtung der britisch-indischen Armee bei Chord Kabul 1842
15.2.	Tag der Befreiung	Sowjetischer Abzug 1989
21.3.	Naurus (Tulpenfest)	Neujahr nach dem persischen Kalender
24.4.	Erster Tag des Ramadan	Beginn des Fastenmonats
1.5.	Maifeiertag	Internationaler Tag der Arbeit
24.5–26.5.	Id al-Fitr (Fastenbrechen)	Dreitägiges Fest beginnend am letzten Abend des Ramadan
26.5.	Vertrag von Gandomak	Afghanistan wird 1879 zum halbautonomen britischen Protektorat
27.5.	Unabhängigkeitstag	Sieg General Nadir Schahs (des späteren Königs) gegen die Engländer 1919

Erinnerungstage, Festtage, Feiertage

17.7.	Republiktag	Gründung der Republik unter Mohammed Daoud Khan 1973
27.7.	Schlacht bei Maiwand	Niederlage der britischen Armee in offener Feldschlacht 1880
31.7.–2.8.	Id al-Adha (Opferfest)	Gedenken an das biblische Opfer Abrahams
19.8.	Unabhängigkeitstag	Unabhängigkeit 1919, Nationalfeiertag
20.8.	El am Hejir	Neujahr nach dem islamischen Mondkalender (1431 n.H.)
29.8.	Aschura	Gedenk- bzw. Trauertag der Schiiten anlässlich des Martyriums Husseins
9.9.	1. Tag der Nationalversammlung 2. Attentat von Chodscha Bahaudin	1. begangen unter der Regierung Daoud in den 1970er-Jahren 2. Todestag von Achmad Schah Massud
28.10.	Maulid an-Nabi	Geburtstag des Propheten
12.11.	Durand-Linie	Durand-Vertrag legt 1893 die Grenzziehung zwischen Afghanistan und Britisch-Indien fest und teilt das paschtunische Siedlungsgebiet
27.11.	Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg	Beginn der wichtigsten internationalen Beratung 2001 bei Bonn
19.12.	Konstituierung des Parlaments	erste Zusammenkunft nach den Wahlen 2005
22.12.	Ende der Taliban-Herrschaft	Einsetzung der Übergangsregierung Karzai 2001
25.12.	Beginn der sowjetischen Besatzung	Einmarsch 1979

Literatur, Filme und neue Medien

Wissenschaftliche Literatur.....

Empfohlen sei an dieser Stelle die Website des Afghanistan Analysts Network, die zahlreiche, immer auch aktuelle Beiträge zum Thema bereithält.

2019. Vorwärts in die Vergangenheit? Frieden braucht Partner. Friedensgutachten. Hrsg. vom Bonn International Center for Conversion (BICC) [u.a.], https://friedensgutachten.de/user/pages/02.2019/01.Gutachten_Gesamt/friedensgutachten_2019_web.pdf
- Abbas, Hassan, *The Taliban Revival. Violence and Extremism on the Pakistan-Afghanistan Frontier*, New Haven, CT, London 2014
- Abdali, Shaida Mohammad, *Afghanistan, Pakistan, India: A Paradigm Shift*. Foreword by Hamid Karzai, New Delhi 2016
- Adamec, Ludwig W., *Historical Dictionary of Afghanistan*, 4. ed., Lanham [u.a.] 2012
- Afghanistan Analyst Bibliography 2019. Compiled by Christian Bleuer, <https://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/2019/03/AfghanistanBibliography2019.pdf>
- Afghanistan – A Country Without a State? Hrsg. von Christine Nölle-Karimi, Conrad Schetter und Reinhard Schlagintweit, Frankfurt a.M. [u.a.] 2002
- Afghanistan: Identity, Society and Politics Since 1980. Ed. by Micheline Centlivres-Demont, London 2015
- Afghanistan in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Conrad Schetter und Almut Wieland-Karimi, Frankfurt a.M. 1999
- Am Hindukusch – und weiter? Die Bundeswehr im Auslandseinsatz. Erfahrungen, Bilanzen, Ausblicke. Hrsg. von Rainer L. Glatz und Rolf Tophoven, Bonn 2015
- Armitage, David, *Bürgerkrieg. Vom Wesen innerstaatlicher Konflikte*, Stuttgart 2018
- Auch. Wir. Dienen. Deutschland. Über die Zusammenarbeit mit afghanischen Ortskräften während des ISAF-Einsatzes. Hrsg. von Nadine Düe und Fabian Forster, Bonn 2018
- Auftrag Auslandseinsatz. Neueste Militärgeschichte an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Streitkräften. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari, Freiburg i.Br. [u.a.] 2012 (= Neueste Militärgeschichte. Analysen und Studien, 1)
- Der Auslandseinsatz der Bundeswehr und das Parlamentsbeteiligungsgesetz. Hrsg. von Dieter Wiefelspütz, 2., akt. und erw. Aufl., Frankfurt a.M. 2012

- Bandeira, Luiz Alberto Moniz, *Der zweite Kalte Krieg. Zur Geopolitik und strategischen Dimension der USA*. Vorw. von Samuel Pinheiro Guimarães, Wiesbaden 2016
- Baraki, Matin, *Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1978*, Frankfurt a.M. 1996 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 31: Politikwissenschaften, 299)
- Beerenkämper, Florian [u.a.], *Der innerafghanische Friedens- und Aussöhnungsprozess. Folgerungen für die künftige deutsche Beteiligung an internationalen Operationen zur Krisenbewältigung in fragilen Staaten*, Berlin 2016 (= Standpunkte und Orientierungen, 8)
- Beyond Swat: *History, Society and Economy along the Afghanistan-Pakistan Frontier*. Ed. by Benjamin D. Hopkins and Magnus Marsden, New York 2013
- Bohnert, Marcel, *Innere Führung auf dem Prüfstand. Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr*, Norderstedt 2017
- Breshna, Zahra, *Das historische Zentrum von Kabul, Afghanistan: Grundlagenermittlung für eine Strategie der Wiederbelebung*, Karlsruhe 2007
- Buchholz, Benjamin, *Loya Jirga. Afghanischer Mythos, Ratsversammlung und Verfassungsorgan*, Freiburg i.Br. [u.a.] 2013 (= Neueste Militärgeschichte. Analysen und Studien, 2)
- Chiari, Bernhard, *Die Bundeswehr als Zauberlehrling der Politik? Der ISAF-Einsatz und das Provincial Reconstruction Team (PRT) Kunduz 2003 bis 2012*. In: *Militärgeschichtliche Zeitschrift*, 72 (2013), H. 2, S. 319–351
- Deinhardt, André, *Afghanistan-Krieg 2005: Edition von Feldpostbriefen aus dem 7. Deutschen Einsatzverband ISAF KABUL*, Norderstedt 2015
- Deutschland und Afghanistan. Verwobene Geschichte(n)*. Hrsg. von Volker Bausch [u.a.], Berlin, Boston 2018
- Edwards, David B., *Caravan of Martyrs. Sacrifice and Suicide Bombing in Afghanistan*, Oakland, CA 2017
- Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*. Hrsg. von Anja Seiffert, Phil C. Langer und Carsten Pietsch, Wiesbaden 2012
- Die ethnischen Gruppen Afghanistans – Fallstudien zu Gruppenidentität und Intergruppenbeziehungen*. Hrsg. von Erwin Orywal, Wiesbaden 1986 (= Beihefte zum Tübinger Atlas des Vorderen Orients. Reihe B, 70)
- Eppler, Christoph J., *Söldner, Schädel und Soldaten. Kritische Anmerkungen zur Militärgeschichte von der Antike bis Afghanistan*, München 2018
- From Venus to Mars? Provincial Reconstruction Teams and the European Military Experience in Afghanistan, 2001–2014*. Im Auftrag

- des ZMSBw hrsg. von Bernhard Chiari, Freiburg i.Br. [u.a.] 2014 (= Neueste Militärgeschichte. Analysen und Studien, 3)
- Ganser, Daniele, *Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien*, 3. Aufl., Zürich 2016
- Glatz, Rainer, und Markus Kaim, *Der Wandel der amerikanischen Afghanistan-Politik. Folgen für die »Resolute Support Mission« der NATO*, Februar 2019 (= SWP-Aktuell 2019/A 11), <https://www.swp-berlin.org/publikation/der-wandel-der-amerikanischen-afghanistan-politik/>
- Gopal, Anand, *No Good Men Among the Living: America, the Taliban, and the War through Afghan Eyes*, New York 2014
- Grawert, Elke, and Katja Mielke, *Coping with Protracted Displacement. How Afghans Secure Their Livelihood in Afghanistan, Iran and Pakistan*, Bonn 2018, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_Working_paper_2_2018.pdf
- Hadjer, Tahmina Sadat, *Spoiler or Stabilizer? Assessing the Role of Private Military and Security Companies in Armed Conflicts*, Diss., Universität Konstanz 2013, <http://kops.uni-konstanz.de/handle/123456789/24539>
- Hardt, Heidi, *NATO's Lessons in Crisis. Institutional Memory in International Organizations*, New York 2018
- Heimatdiskurs. *Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern*. Hrsg. von Michael Daxner und Hannah Neumann, Bielefeld 2012
- Holz, Daniel, *Afghanistan seit 2001: Eine Beurteilung der Einsätze von Spezialkräften und konventionellen Truppen unter der Maßgabe der USA*, Zürich 2015
- Huber, Judith, *Risse im Patriarchat – Frauen in Afghanistan*, Zürich 2003
- Ibrahimi, Niamatullah, *The Hazaras and the Afghan State. Rebellion, Exclusion and the Struggle for Recognition*, London 2017
- Identity, History and Trans-Nationality in Central Asia: The Mountain Communities of Pamir*. Ed. by Dagikhudo Dagiev and Carole Faucher, New York 2019
- Der Islam in der Gegenwart*. Hrsg. von Werner Ende und Udo Steinbach, Bonn 2005
- Johnson, Thomas H., with Matthew DuPee and Wali Shaaker, *Taliban Narratives: The Use and Power of Stories in the Afghanistan Conflict*, New York 2018
- Kieschnick, Thomas, *Die Erfindung des Anderen: Wie ein falsches Bild der afghanischen Bevölkerung die deutsche Afghanistan-Agenda legitimiert*, Marburg 2015

- Kleinreesink, Esmeralda, *On Military Memoirs. A Quantitative Comparison of International Afghanistan War Autobiographies, 2001–2010*, Leiden 2016
- Krause, Ulf von, *Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr. Politischer Entscheidungsprozess mit Eskalationsdynamik*, Wiesbaden 2011
- Kreutzmann, Hermann, *Pamirian Crossroads: Kirghiz and Wakhi of High Asia*, Wiesbaden 2015
- Kreutzmann, Hermann, *Vergessene Nomaden auf dem Dach der Welt: Die Kirgisen Afghanistans im weltpolitischen Spannungsfeld*. In: *Nomaden in unserer Welt. Die Vorreiter der Globalisierung: Von Mobilität und Handel, Herrschaft und Widerstand*. Hrsg. von Jörg Gertel und Sandra Calkins, Bielefeld 2011, S. 158–166
- Lambach, Daniel [u.a.], *Warum Staaten zusammenbrechen. Eine vergleichende Untersuchung der Ursachen von Staatskollaps*, Wiesbaden 2016
- Lernen von Afghanistan. *Innovative Mittel und Wege für Auslandseinsätze*. Hrsg. von Uwe Hartmann, Berlin 2015 (= *Standpunkte und Orientierungen*, 3)
- Libero, Loretana de, *Tod im Einsatz. Deutsche Soldaten in Afghanistan*, Potsdam 2014
- Local Politics in Afghanistan. A Century of Intervention in the Social Order*. Ed. by Conrad Schetter, London 2013
- Mapping Transition in the Pamirs. Changing Human-Environmental Landscapes*. Ed. by Hermann Kreutzmann and Teiji Watanabe, Heidelberg [u.a.] 2016
- Mielke, Katja, und Elke Grawert, *Warum Afghanistan kein sicheres Herkunftsland ist*, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_Policy_Brief_1_2016_01.pdf
- Mielke, Katja, und Conrad Schetter, *Der Fall Kundus: Ein Plädoyer für eine kritische Bestandaufnahme statt militärischem Aktionismus*, 6.10.2015, https://www.bicc.de/fileadmin/Dateien/pdf/press/2015/BICC_Kommentar_Kundus.pdf
- Münch, Philipp, *Die Bundeswehr in Afghanistan – Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen*, Freiburg i.Br. [u.a.] 2015 (= *Neueste Militärgeschichte. Analysen und Studien*, 5)
- Münch, Philipp, *Resolute Support Light. NATO's New Mission versus the Political Economy of the Afghan National Security Forces*, Januar 2015, https://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/2015/01/20150112-PMuench-Resolute_Support_Light.pdf
- Muhler, Christopher, *Transformation wider Willen? Die Bundeswehr im Kontext deutscher Auslandseinsatzpolitik 1989–2011*, Berlin 2018 (Online-Zugang über heiDOK der Universitätsbibliothek Heidelberg)

- Nordberg, Jenny, *Afghanistans verborgene Töchter. Wenn Mädchen als Söhne aufwachsen*, Hamburg 2015
- Osman, Borhan [u.a.], ›Mother of All Bombs‹ Dropped on ISKP: Assessing the Aftermath, 15.4.2017, <https://www.afghanistan-analysts.org/mother-of-all-bombs-dropped-on-iskp-assessing-the-aftermath/>
- Our Latest Longest War. Losing Hearts and Minds in Afghanistan. Ed. by Aaron B. O'Connell, Chicago, IL 2017
- Partlow, Joshua, *A Kingdom of Their Own: The Family Karzai and the Afghan Disaster*, New York 2016
- Pastoral Practices in High Asia: Agency of ›Development‹ Effected by Modernisation, Resettlement and Transformation. Ed. by Hermann Kreutzmann, Heidelberg [u.a.] 2012
- Ruffa, Chiara, *Military Cultures in Peace and Stability Operations Afghanistan and Lebanon*, Philadelphia (University of Pennsylvania Press) 2018
- Ruttig, Thomas, Afghanistan, 18.12.2017, <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/155323/afghanistan>
- Ruttig, Thomas, *OUTSIDE, INSIDE – Afghanistan's Paradoxical Political Party System (2001-16)*, Mai 2018, <https://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/2018/05/20180506-KAS-AAN-TR-Afghanistans-paradoxial-pol-party-system.pdf>
- Ruttig, Thomas, Einiges besser, nichts wirklich gut, Jan./Feb. 2014, http://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/2014/03/20140200-WT94_Thema_Ruttig-FINAL.pdf
- Rzehak, Lutz, *Der Gast in islamischen Kulturen: Das Beispiel Afghanistan*. In: *Welten der Muslime*. Hrsg. von Ingrid Pflüger-Schindlbeck, Berlin 2012, S. 189–219
- Sangar, Eric, *Historical Experience. Burden or Bonus in Today's Wars? The British Army and the Bundeswehr in Afghanistan*, Freiburg [u.a.] 2013 (= *Neueste Militärgeschichte. Einsatz konkret*, 2)
- Schetter, Conrad, *Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan*, Bonn 2003
- Schetter, Conrad, *Kleine Geschichte Afghanistans*, München 2016
- Scholl-Latour, Peter, *Der Fluch der bösen Tat. Das Scheitern des Westens im Orient*, Berlin 2014
- Schreiber, Constantin, *Kinder des Koran. Was muslimische Schüler lernen*, Berlin 2019
- Schulze, Reinhard, *Geschichte der islamischen Welt. Von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2016
- Seidt, Hans-Ulrich, *Kabul, Moskau. Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik*, München 2002
- Seiffert, Anja, und Julius Heß, *Leben nach Afghanistan. Die Soldaten und Veteranen der Generation Einsatz der Bundeswehr. Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Langzeitbegleitung des 22. Kontingents ISAF. Forschungsbericht*, Feb. 2019, <http://www.zmsbw.de/>

- html/einsatzunterstuetzung/downloads/1_20190221forschungsb
 berichte/seifferthesse/lebensnachafghanistan.pdf
- Sharma, Raghav, Nation, Ethnicity and the Conflict in Afghanistan: Political Islam and the Rise of Ethno-Politics 1992–1996, New York 2017
- Siddique, Abubakar, The Pashtun Question: The Unresolved Key to the Future of Pakistan and Afghanistan, London 2014
- South Asia and the Great Powers: International Relations and Regional Security. Ed. by Sten Rynning, New York, London 2017
- Sovietnam. Die UdSSR in Afghanistan 1979–1989. Hrsg. von Esther Meier und Tanja Penter, Paderborn [u.a.] 2017
- Stabilisierungseinsätze als gesamtstaatliche Aufgabe. Erfahrungen und Lehren aus dem deutschen Afghanistaneinsatz zwischen Staatsaufbau und Aufstandsbewältigung (COIN). Hrsg. von Robin Schroeder und Stefan Hansen, Baden-Baden 2015
- Strick Van Linschoten, William Alexander, Mullah Wars: The Afghan Taliban between Village and State, 1979–2001, Ph.D. thesis, London 2016, https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/files/60838634/2016_Van_Linschoten_Alex_Strick_0202417_ethesis.pdf
- A Survey of the Afghan People. Afghanistan in 2016, http://asiafoundation.org/wp-content/uploads/2016/12/2016_Survey-of-the-Afghan-People_full-survey.Apr2017.pdf
- Timmermann-Levanas, Andreas, und Andrea Richter, Die reden – Wir sterben: Wie unsere Soldaten zu Opfern der deutschen Politik werden, Frankfurt a.M. 2010
- Überblick über die Sicherheitslage in Afghanistan, 26.7.2019, <https://www.ecoi.net/de/laender/afghanistan/themendossiers/allgemeine-sicherheitslage-in-afghanistan/>
- Verantwortung zu schützen. Interventionspolitik seit 1990 – eine friedensethische Bilanz. Analysen und Empfehlungen. Hrsg. von Thomas Hoppe, Berlin 2014
- Wahlen in Afghanistan. In: Kompass. Soldat in Welt und Kirche. Die Zeitschrift des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, H. 07–08/2018
- Wanke, Christina, Die Darstellung Afghanistans in den Hauptnachrichtensendungen. Eine Struktur- und Inhaltsanalyse, Wiesbaden 2013
- Weber, Christian, Veteranenpolitik in Deutschland. Die neuen Bande in den zivil-militärischen Beziehungen?, Baden-Baden 2017
- Weidemann, Diethelm, Afghanistan 2014 – Ende einer Mission. Chance oder Marsch ins Ungewisse?, Berlin 2014
- Wiegold, Thomas, 15 Jahre Bundeswehreininsatz in Afghanistan, 15.12.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/238332/afghanistan-einsatz>
- Willemsen, Roger, Es war einmal oder nicht. Afghanische Kinder und ihre Welt, Frankfurt a.M. 2013

- Williams, Brian Glynn, *The Last Warlord: The Life and Legend of Dostum, the Afghan Warlord Who Led US Special Forces to Topple the Taliban Regime*, Chicago, IL 2013
- Wörmer, Nils, *The Networks of Kunduz. A History of Conflict and Their Actors, from 1992 to 2001*, Sep. 2012, http://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/downloads/2012/09/The_Networks_of_Kunduz_FINAL.pdf
- Wurmb-Seibel, Ronja von, *Ausgerechnet Kabul – 13 Geschichten vom Leben im Krieg*, München 2015
- Zweigle, Florian, *Deutschlands Beteiligung an militärischen Interventionen. ›Sicherheitsbedrohung: als Legitimation von Auslandseinsätzen*, München 2018
- Belletristik, Reisebeschreibungen, Erinnerungsliteratur**
- Abawi, Atia, *Der geheime Himmel. Eine Geschichte aus Afghanistan*, München 2015
- Alekozei, Soraya, *Sie konnten mich nicht töten. Als Afghanin im Einsatz für die Bundeswehr*, Berlin 2014
- Alexijewitsch, Swetlana, *Zinkjungen. Afghanistan und die Folgen*, 2. Aufl., München 2014
- Alfons, Stefan, *The Peaceful Afghanistan. People of Wakhan Corridor*, Berlin 2017
- Anas, Abdullah, *To the Mountains. My Life in Jihad, from Algeria to Afghanistan*, London 2019
- Anja Niedringhaus – *Bilderkriegerin*. Hrsg. von Hannelore Fischer für das Käthe Kollwitz Museum Köln, Köln 2019
- Barsch, Heike, *Marschbefehl nach Afghanistan – das Ende einer Beziehung*, Berlin 2011
- Beha, Frank, und Gerald Drews, *Ab morgen Mönch. Ein Afghanistan-soldat geht ins Kloster*, München 2009
- Buske, Rainer, *Kunduz. Ein Erlebnisbericht über einen militärischen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Jahre 2008*, Göttingen, Berlin 2015
- Deutsche in Afghanistan – Die Abenteuer des Oskar von Niedermayer am Hindukusch*. Reprint der Originalausgabe von 1925. Hrsg. von Matthias Friese und Stefan Geilen, Köln 2002
- Deutschland dienen. Im Einsatz – Soldaten erzählen*. Hrsg. von Carsten Barth und Oliver Schaal, Kulmbach 2016
- Djan, Hassan Ali, *Afghanistan. Deutschland. Ich: Meine Flucht in ein besseres Leben*, Freiburg i.Br. 2018
- Elliott, Marianne, *Mit dem Herzen einer Kriegerin. Mut und Mitgefühl in Afghanistan*, Bielefeld 2013
- Erös, Reinhard, *Unter Taliban, Warlords und Drogenbaronen. Eine deutsche Familie kämpft für Afghanistan*, Hamburg 2008

- Esmaeli, Zohre, *Meine neue Freiheit. Von Kabul über den Laufsteg zu mir selbst*, Köln 2014
- Faqiryar, Mansur, *Heimat Fußball. Mein Leben zwischen Bremen und Kabul*, München 2018
- Faryar, Massum, *Buskaschi oder Der Teppich meiner Mutter*, Köln 2015
- Feindkontakt. *Gefechtsberichte aus Afghanistan*. Hrsg. von Sascha Brinkmann [u.a.], Hamburg 2013
- Firdausi, Abu, *Die schönsten Sagen aus Firdausis Königsbuch*. Hrsg. von Werner Heiduczek, Berlin 1989
- Groos, Heike, *Ein schöner Tag zum Sterben: Als Bundeswehrärztin in Afghanistan*, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2011
- Hashimi, Nadia, *Hinter dem Regenbogen*. Roman, Bergisch-Gladbach 2016
- Holl, Norbert Heinrich, *Mission Afghanistan. Erfahrungen eines UNO-Diplomaten*, München 2002
- Hosseini, Khaled, *Drachenläufer*. Roman, Berlin 2003 (viele weitere Aufl.)
- Hosseini, Khaled, *Traumsammler*. Roman, Frankfurt a.M. 2013
- Hosseini, Khaled, *Tausend strahlende Sonnen*, Berlin 2007
- Jensen, Carsten, *Der erste Stein*, München 2017
- Joya, Malalai, *Ich erhebe meine Stimme. Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan*, München 2009
- Khalilzad, Zalmay [Mamozy], *The Envoy: From Kabul to the White House. My Journey Through a Turbulent World*, New York 2016
- Köhler, Stefan, und Tom Zola, *Krieg in Afghanistan*. Einsatzbericht, Duisburg 2018
- Koenigs, Tom, *Machen wir Frieden oder haben wir Krieg. Auf UN-Mission in Afghanistan*, Berlin 2011
- Lather, Dietger, *Für Deutschland in den Krieg: Auslandseinsätze der Bundeswehr und was Soldaten, ihre Angehörigen und die deutsche Gesellschaft wissen müssen*, Marburg 2015
- Lind, Hera, *Drachenkinder*. Roman nach einer wahren Geschichte, München 2014
- Maqsoodi, Mahbuba, und Hanna Diederichs, *Der Tropfen weiß nichts vom Meer. Eine Geschichte von Liebe, Kraft und Freiheit. Mein afghanisches Herz*, München 2017
- Nabizada, Latifa, mit Andrea C. Hoffmann, »Greif nach den Sternen, Schwester!« *Mein Kampf gegen die Taliban*, München 2014
- Nazari, Rostam, *Rostams Reise – Von Afghanistan nach Deutschland*. Autobiografischer Roman, Radeberg 2018
- O'Neill, Robert, *Der Operator. Wie ich Osama bin Laden getötet habe. Mein Leben als Navy SEAL Sniper*, 2. Aufl., München 2019
- Operation Heimkehr: Bundeswehrsoldaten über ihr Leben nach dem Auslandseinsatz*. Hrsg. von Ulrike Scheffer und Sabine Würich, Berlin 2014

- Orter, Friedrich, *Der Vogelhändler von Kabul*, Wals bei Salzburg 2017
- Rahimi, Atiq, *Heimatballade*, Berlin 2017
- Rahimi, Hamid, und Mariam Noori, *Die Geschichte eines Kämpfers*, Hamburg 2013
- Rathsack, Thomas, *Jäger. Meine Kriegseinsätze als Elitesoldat*, München 2016
- Schwitalla, Artur, *Afghanistan, jetzt weiß ich erst ... Gedanken aus meiner Zeit als Kommandeur des Provincial Reconstruction Team FEYZABAD*, Berlin 2010
- Seliger, Marco, *Sterben für Kabul – Aufzeichnungen über einen verdrängten Krieg*, Hamburg 2011
- Shah, Saira, *Die Tochter des Geschichtenerzählers. Meine Heimkehr nach Afghanistan*, München 2003
- Shahalimi, Nahid, *Wo Mut die Seele trägt. Wir Frauen in Afghanistan*, München 2017
- Shakib, Siba, *Nach Afghanistan kommt Gott nur noch zum Weinen. Die Geschichte der Shirin-Gol*, 11. Aufl., München 2003
- Sproß, Joachim, *Verteidigung am Hindukusch. Ein persönlicher Rückblick*, München 2013
- Thiel, Susanne, *KulturSchock Afghanistan: Alltagskultur, Tradition, Verhaltensregeln, Religion, Tabus, Familie, Mann und Frau, Stadt- und Landleben, Geschichte, Gesellschaft, Ausländer*, 3., neu bearb. und komplett akt. Aufl., Bielefeld 2018 (= Reise Know-How)
- Toorpakai, Maria, *Das verborgene Mädchen. Wie ich mich als Junge ausgab, um der Unterdrückung durch die Taliban zu entgehen*, München 2016
- Willemsen, Roger, *Afghanische Reise*, Frankfurt a.M. 2006

Filme.....

Die Filme sind nach Sachgruppen geordnet.

a) Allgemeines

- Afghanistan, Un état impossible?* NL, FRA 2002. Regie: Atiq Rahimi
- Das 13. Jahr. Der verlorene Krieg in Afghanistan.* Dokumentation, D 2015. Regie: Ashwin Raman
- Jirga.* Drama, AUS 2019. Regie: Benjamin Gilmour
- Khakestar-o-khak/Earth and Ashes*, AFG, FRA 2005. Regie: Siddiq Barmak

b) *Afghanistan: Geschichte vor 1979, Kultur, Tradition*

- Auf abenteuerlicher Fahrt durch Iran und Afghanistan*, AFG 1939.
Regie: Ella Maillart
- Das Paradies ist anderswo/Behesht Ja-ye Digari Ast*, IRN 2003. Regie: Abdolrasoul Golbon

- Der Mann, der König sein wollte/The Man Who Would Be King, USA, GB 1975. Regie: John Huston; Darsteller: Sean Connery, Daniel Michael Caine
- Die Steppenreiter/The Horsemen, USA 1971. Regie: John Frankenheimer; Darsteller: Omar Sharif
- Die Reise nach Kafiristan, D 2001. Regie: Fosco und Donatello Dubini
- Im Tal der Kalash. Dokumentarfilm, D 1990/1991. Regie: Hartmut Kaminski
- Postcards from Tora Bora, USA 2007. Regie: Kelly Dolak, Wazmah Osman
- Return to Kandahar, AFG 2003. Regie: Nelofer Pazira
- Un village turkmène, AFG 1974. Regie: Annie Zorz
- c) Frauen, Kinder, Bildung*
- 3,2,1?, AFG 2005. Regie: Alka Sadat
- Afghan Women, USA 1976. Regie: Josephine Powell, Nancy Dupree Hatch
- Afghanistan Unveiled, AFG 2003. Regie: Brigitte Brault, Florent Milesi
- Afghanische Kinder träumen vom Frieden, D 1987–1989. Regie: Elke Jonigkeit
- Beneath the Veil: Life in Afghanistan under the Taliban, AFG, GB 2001. Regie: Saira Shah, Cassian Harrison
- Die Frauen von Kabul – Sterne am verbrannten Himmel, D 2002. Regie: Sigrid Dethloff
- Edame Rah/The Path to Follow/Fortsetzung des Weges, AFG 2006. Regie: Nazifa Zakizada
- Enemies of Happiness. Dokumentarfilm, DK 2006. Regie: Eva Mulvad
- Generation Kunduz – Der Krieg der anderen. Regie: Martin Gerner. Dokumentarfilm, D 2011, <http://www.generation-kunduz.com/TeamMG.html>
- Kabul, Kabul, AFG, USA 2000. Regie: Sedika Mojadidi
- La Fiancée/Die Verlobte, FRA 1974. Regie: Annie Zorz
- Madjid, D 2000. Regie: Siba Shakib
- Man agar barkhezam/If I stand up, AFG 2004/2005. Regie: Shakiba Adil, Halima Hussaini, Kristina Tikke Tuura
- Mein Vater ist ein Märtyrer. Dokumentarfilm, D 1987–1989. Regie: Elke Jonigkeit
- Nabilah. Drama, D 2014. Regie: Paul Meschüh
- Osama, AFG, NL, JPN, IRL, IRN 2003. Regie: Siddiq Barnak
- Passing the Rainbow, D 2002–2007. Regie: Elfe Brandenburger, Sandra Schäfer
- Ruschany/Klarblick, AFG 2004. Regie: Latif Ahmadi
- Se noqta/Three Dots/Drei Punkte, AFG 2005. Regie: Roya Sadat
- Stein der Geduld, D 2012. Regie: Atiq Rahimi

Talabgar/The Marriage Candidate/Der Heiratskandidat, AFG 1969.

Regie: Khaleq A'lil

Texas – Kabul, D 2003. Regie: Helga Reidemeister

Tschadari & Buz Kaschi – Afghanische Frauen heute, D 1989. Regie:

Elke Jonigkeit

Wajma – Eine afghanische Liebesgeschichte, AFG, FRA 2013. Regie:

Barmak Akram

Zanan va sinema/Woman and Cinema/Frauen und Kino, AFG 2004.

Regie: Amina Jafari

d) Sowjetische Truppen in Afghanistan

Afghanistan 1979. The War That Changed the World. Dokumentation,

FRA 2014. Regie: Gulya Mirzoeva

Bestie Krieg/The Beast, USA 1988. Regie: Kevin Reynolds

Bratstwo/Leaving Afghanistan, RUS 2018

Der Krieg des Charlie Wilson/Charlie Wilson's War, USA 2007. Regie:

Mike Nichols; Darsteller: Julia Roberts, Tom Hanks

Die 9. Kompanie/9 rota/9th Company, RUS 2005. Regie: Fjodor Bondart-
schuk

Flucht aus Afghanistan/Peshawar Waltz/Peshavarskiy vals, RUS 1994.

Regie: Timur Bekmambetow, Gennadiy Kayumov

L'étoile du soldat/Der Stern des Soldaten, AFG, D, FRA 2008. Regie:

Christophe de Ponfilly

Rambo III, USA 1988. Regie: Sheldon Lettich; Darsteller: Sylvester

Stallone

Wounds of Afghanistan/Afganistani armid. Dokumentarfilm, EST 2005.

Regie: Ivar Heinmaa

e) Flucht, Migration, Afghanen im Exil

Ausländer raus! Hetze gegen Flüchtlingsheim, NDR, Panorama 3, D

2012. Regie: Djamil Benkhelouf, Anna Orth, Anne Ruprecht

Ghame Afghan – Die Trauer des Afghanen, AFG, CH 1986. Regie: Mark

M. Rissi, Zmarei Kasi

Nilofar Dar Baraan/Nilofar in the Rain, FRA, AFG 2003. Regie: Homay-

oun Karimpour

f) Bürgerkrieg und Talibanherrschaft

Buda az sharm foru rikht/Buddha zerfiel vor Scham/Buddha Collapsed
out of Shame. Sozialdrama, FRA, IRN 2007. Regie: Hana Makhmal-
baf

Die Hoffnung bleibt ... Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban.

Dokumentarfilm, D 1998. Regie: Siba Shakib

Drachenhäuter/The Kite Runner, USA 2007. Regie: Marc Forster

Im Land der Taliban. Dokumentation, D 2018. Regie: Ashwin Raman

Im Reich der Finsternis. Dokumentation, GB 2001. Regie: Saira Shah
 Kandahar/Reise nach Kandahar/Safar e Ghandehar, IRN, FRA 2001.
 Regie: Mohsen Makhmalbaf
 Massud, ein afghanischer Kämpfer/Massoud, l’Afghan, FRA 1998.
 Regie: Christophe de Ponfilly
 Qui a tué Massoud? FRA 2004. Regie: Didier Martiny
 The Road to Guantanamo. Dokumentarfilm, GB 2006. Regie: Michael
 Winterbottom, Mat Whitecross
 True Warriors. Dokumentarfilm, D 2017. Regie: Ronja von Wurmb-Sei-
 bel, Niklas Schenck

g) *Wirtschaft, Drogen, Wiederaufbau*

5 to Five Kabul City. Dokumentation, CH 2002. Regie: Eileen Hofer
 High sein, frei sein, überall dabei sein. Auf dem Hippie-Trail nach
 Kabul. Dokumentation, FRA, D 2007. Regie: Maren Niemeyer
 Kabul Transit, USA 2006. Regie: David Edwards, Gregory Whitmore,
 Maliha Zulfacar
 Opium War, AFG 2006. Regie: Siddiq Barmak
 Palast der Hoffnung. Wiederaufbau in Afghanistan, PHOENIX,
 27.10.2018
 Spingiri – Die weißen Bärte/Spingiri – the White Beards, D 2006. Regie:
 Karin Mlodoč, Ernst Meyer

h) *NATO und operationelle Partner in Afghanistan*

(*einschl. Operation Enduring Freedom und Bundeswehr*)

12 Strong/Operation: 12 Strong. Kriegsdrama, USA 2018. Regie: Nicolai
 Fuglsig
 A War/Krigen. Kriegsdrama, DK 2015. Regie und Drehbuch: Tobias
 Lindholm
 Afghanistan, the Price of Revenge, FRA 2012. Regie: Alberto Marquardt
 Armadillo/Camp Armadillo. Dokumentation, DK 2010. Regie: Janus
 Metz Pedersen
 Auslandseinsatz. Fernsehfilm (ARD), D 2012. Regie: Till Endemann
 Eine mörderische Entscheidung, D 2013. Regie: Raymond Ley; Darstel-
 ler: Matthias Brandt, Axel Milberg u.a.
 Hyena Road. Drama/Kriegsfilm, CAN 2015. Regie: Paul Gross
 Kilo Two Bravo. Drama, GB 2014. Regie: Paul Katis
 Lone Survivor. Drama/Thriller, USA 2013, Regisseur: Peter Berg
 Restrepo. Dokumentarfilm, USA 2010. Regie: Tim Hetherington, Sebas-
 tian Junger
 Sniper: Special Ops, USA 2016. Regie: Fred Olen Ray
 Unser Krieg – Kampfeinsatz Afghanistan, 2 Teile, Sendedatum ZDF:
 8.10. und 22.10.2013. Regie: Renz, Michael

Von Löwen und Lämmern/Lions for Lambs, USA 2007. Regie: Robert Redford; Darsteller: Robert Redford, Stephen Malley
Wir dienen Deutschland. Dokumentation, D 2013. Regie: Knut Beulich, <https://www.youtube.com/watch?v=k0qkRgSBrPA>
Zero Dark Thirty, USA 2012. Regie: Kathryn Bigelow
Zwischen Welten. Filmdrama, D 2014

i) Rückkehrer/Veteranen/Angehörige im Heimatland

Ausgedient. Dokumentarfilm der Bundeszentrale für politische Bildung, D 2014. Regie: Michael Richter
Du bist zurück, D 2016. Regie: Igor Possewnin, <https://www.youtube.com/watch?v=-T1FHLnPpvM>
Hell and Back Again. Dokumentarfilm, USA 2011. Regie: Danfung Dennis
Nacht vor Augen, D 2007/2008. Regie: Brigitte Bertele
Stiller Kamerad. Dokumentarfilm, D 2017. Regie: Leonhard Hollmann
Plötzlich ist Afghanistan bei uns – 9/11 und ein Dorf in Norddeutschland. Fernsehdokumentation, NDR, D 2011. Regie: Djamila Benkheouf, Anna Orth
Willkommen zuhause, D 2008. Regie: Andreas Senn

j) Kriegsberichterstatter

Whiskey Tango Foxtrot, USA 2016. Regie: Glenn Ficarra, John Requa
Combat Obscura. Dokumentation, USA 2018. Regie: Miles Lagoze

Internettipps.....

www.afghan-web.com [Website von Afghanistan Online, 1997 begonnen als Qazi Webpage on Afghanistan, San Ramon, CA]
<http://www.afghan-bios.info/> [ein Who is Who Afghanistans]
<https://afghan-institute.org/> [Homepage des American Institute of Afghanistan Studies (AIAS), Boston]
<https://www.afghanistan-analysts.org/> [Webseite des Afghanistan Analysts Network (AAN) e.V, unabhängige Forschungsorganisation seit 2009]
<http://www.afghanistan-connection.de/> [Website des Verlages Der Tagesspiegel GmbH und des Mitteldeutschen Rundfunks]
http://areu.org.af/?page_id=278 [Afghanistan Research and Evaluation Unit. Research for a Better Afghanistan, Forschungsinstitut in Kabul]
<http://augengeradeaus.net/> [Webseite des unabhängigen Berliner Journalisten Thomas Wiegold zu verteidigungs- und sicherheitspolitischen Themen]
<http://www.bundeswehr-journal.de/Themen/bundeswehr-im-auslandseinsatz/afghanistan/>

- <http://covertcontact.com/tag/afghanistan/> [Website zur US-Sicherheitspolitik]
- <https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/afghanistan> [Website der NGO International Crisis Group, die Analysen und Politikberatung anbietet]
- <http://www.einsatz.bundeswehr.de>
- <https://www.longwarjournal.org/> [Hrsg. von der gemeinnützigen und parteiübergreifenden Foundation for Defense of Democracies, Washington, DC]
- <https://www.pajhwok.com/> [Afghanische Nachrichtenagentur]
- www.phototheca-afghanica.ch [die Phototheca sammelt, restauriert und identifiziert historische Fotos aus Afghanistan; bislang rund 5000 Aufnahmen von 1878 bis 1946]
- <https://player.fm/podcasts/afghanistan> [Sammlung aktueller Podcasts zu Afghanistan]
- https://www.politische-bildung.de/afghanistan_sicherheitspolitik.html [Plattform der Bundesarbeitsgemeinschaft Politische Bildung Online (BAG)]
- <https://rs.nato.int/default.aspx> [NATO-Site zur Mission Resolute Support]
- <https://www.sigar.mil/> [Website der US-Aufsichtsbehörde zum Wiederaufbau in Afghanistan]
- <https://de.statista.com/themen/259/afghanistan/> [Statistiken zu Afghanistan]
- <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/afghanistaneinsatz/> [Themendossier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin]
- <https://unama.unmissions.org/> [UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA); ständig aktualisierte Berichte]

Abkürzungen

ACJC	Anti-Corruption Justice Center
AFF	Afghanistan Football Federation
ANA	Afghanischen Nationalarmee/Afghan National Army
ANPDF	Afghan National Peace and Development Framework
ANSF	Afghan National Security Forces
APTTA	Afghanistan–Pakistan Transit Trade Agreement
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
CAFF	Central Asian Football Federation
CEO	Chief Executive Officer
CIA	Central Intelligence Agency
CIMIC	Civil-Military Cooperation
COIN	Counter-Insurgency
DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistans
EU	Europäische Union/European Union
EUPOL	European Union Police Mission
GMAF	Geneva Mutual Accountability Framework
GPPO	German Police Project Office
GPPT	German Police Project Team
ICC	International Cricket Council
ICG	International Contact Group
IEC	Independent Election Commission of Afghanistan
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IS	Islamischer Staat
ISAF	International Security Assistance Force
ISKP	IS in Khorasan-Provinz
KFOR	Kosovo Force
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit), sowj. Geheimdienst
KSK	Kommando Spezialkräfte
LogUPkt	Logistischen Umschlagpunkt
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
MoU	Memorandum of Understanding
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDN	Northern Distribution Network
NESP	National Education Strategic Plan
NGO	Non-Governmental Organization
OCHA, UNOCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OEF	Operation Enduring Freedom
OMLT	Operational Mentoring and Liaison Team

OP	Observation Point
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PABA	Pan Asian Boxing Association
PATF	Partnering and Advisory Task Force
PRT	Provincial Reconstruction Team
QCG	Quadrilateral Coordination Group
QRF	Quick Reaction Force
R2P	Responsibility to Protect
RC	Regional Command
RECCA	Regional Economic Cooperation Conference on Afghanistan
RECCE	Reconnaissance
RS	Resolute Support
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SAFF	South Asian Football Federation
SIGAR	Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction
SMAF	Self-Reliance through Mutual Accountability Framework
TAAC	Train Advise Assist Command
TAPI	Trans-Afghanistan-Pipeline
TAPP	Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Pipeline
TIC	Troops in Contact
TMAF	Tokyo Mutual Accountability Framework
TTP	Tehrik-i-Taliban-i-Pakistan
TVET	Technical and Vocational Education and Training
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
USA	United States of America
WBO	World Boxing Organization
WBPF	World Bodybuilding and Physique Sports Championships

Register

Das Register verzeichnet Personen und geografische Namen. Afghanistan, Kabul, (Bundesrepublik) Deutschland, Pakistan und USA wurden nicht ins Register aufgenommen.

- | | | |
|-----------------------|------------------------|--------------------------|
| Abbas III. 17 | Aschraf 17 | Bergdahl, Bowe 242 |
| Abbottabad 89, 238 | Atatürk, Kemal 32, | Berlin 33, 43, 45 f., |
| Abdullah Abdullah | 181, 226 | 48–50, 52, 112, |
| 84, 102, 104–106 | Athen 233 | 135, 219, 224, |
| Abdurrachman, Emir | Atmar, Mohammad | 226 f., 233, 244 |
| 14 f., 20, 24, 26, | Hanif 237, 243, | Bhurban 249 |
| 28 f., 31, 146, 225 | 247 | bin Laden, Osama |
| Abdurraschid 139, 170 | Badachschan 63, 78, | 80, 89, 230 f., 238 |
| Abraham 124 | 111, 127, 197, 200, | Bombay 23 |
| Achmad Schah 13, | 230, 242 | Bonn 41, 82, 96 f., 214, |
| 17, 69, 78, 134, | Baghlan 111, 113, | 231 f., 239, 251 |
| 176, 229, 231 | 116, 153, 210, 218, | Bose, Subhas Chandra |
| Achundsada, Haiba- | 236, 241 | 50 f. |
| tullah 9, 88, 162 | Bagram 240 | Brahimi, Lakhdar 82, |
| Aden (Jemen) 231 | Baharak 184 | 96 |
| Afifi, Julia 174 f. | Bahrami, Tarek | Brügner, Gunnar 113 |
| Afschar 230 | Schah 247 | Brüssel 10, 245, 247 |
| Ahrens, Hans-Werner | Baktrien (Balch) 108, | Brydon, William 224 |
| 111 | 133, 149–153, | Burnes, Alexander 24 |
| Albanien 213 | 156 f., 222 f., 239 | Bush, George W. 234 |
| Aleppo 124 | Bamian 13, 80 f., 127, | Byron, Robert 37 |
| Alexander der Große | 222 f., 231 | Caine, Michael 146 |
| 12, 15, 222 | Bangladesch 228 | Cameron, David 237 |
| Ali (Kalif) 125, 127, | Baradar, Mullah | Canaris, Wilhelm 48 |
| 131, 133 | Abdul Ghani | Chaghcharan 111 |
| Amanullah 24, 31 f., | 158, 162, 248 | Chahar Darah 114 |
| 34, 44–48, 76, 178, | Barmak, Wais | Chamberlain, Houston |
| 181 f., 190, 225 f. | Ahmed 247 | Stewart 14 |
| Amin, Hafisullah 39, | Baudissin, Wolf Graf | Char Darreh 236 |
| 55–57, 60, 62, 76, | von 212 | Chatwin, Bruce 37 |
| 228 f. | Baumann, Michael | Cherik, Chan 156 |
| Amudarja 17, 37, | »Bommi« 37 | China 15, 56, 162, |
| 55, 171 | Beckett, Samuel 175 | 199, 222 f., 239, |
| Amu Darja 193 | Beitan 170 | 242, 249 |
| Aqtash, Abdul | Belutschistan 162 | Chodscha Bahauddin |
| Rahman 108 | Bensouda, Fatou 246 | 251 |

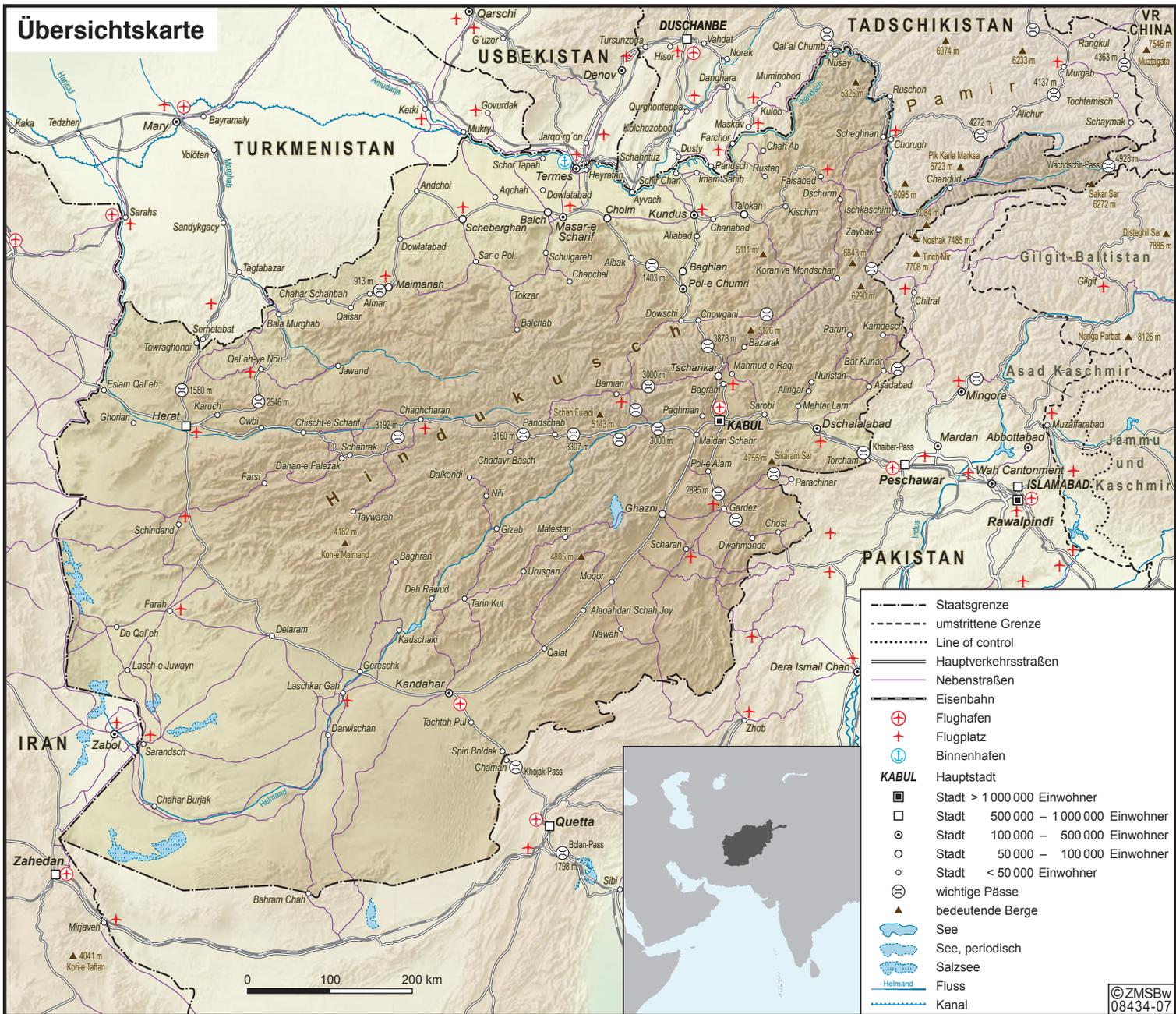
- Cholm 151, 153
 Chord Kabul 250
 Connery, Sean 146
 ČSSR 227
 Cunningham, James 243
 Dänemark 91
 Danish, Sarwar 103
 Daoud Khan,
 Mohammed 39,
 56 f., 227 f., 235,
 250 f.
 Daressalam 80, 230
 Darmesteter, James 173
 Darulaman 33, 45,
 76, 226
 Dasht-e Margo 193
 Davos 246
 DDR 52, 228
 Disraeli, Benjamin 20, 25
 Doha 93, 162, 167,
 241 f., 249
 Doschi 127
 Dost Mohammed 24,
 26, 29, 224
 Dostojewski, Fjodor 22
 Dostum, Abdul
 Raschid 70 f., 73,
 77, 82, 85, 103,
 148, 150–153, 156,
 231, 245
 Dostum, Batur 245
 Dschafar ibn
 Mohammed
 as-Sadik 127
 Dschahl, Abu 123
 Dschalalabad 24, 63,
 139, 146, 190, 193,
 197, 224
 Dschan, Amir 151,
 153
 Dscharir, Humajun 157, 161, 209, 242,
 244–249
 Dschaudschan 152,
 156
 Dschingis Khan 16,
 81, 223
 Durand, Sir Henry
 Mortimer 20,
 26, 225
 Durrani, Achmad
 Schah 12 f., 17,
 134, 139, 144, 223 f.
 Eden, George, Earl of
 Auckland 25
 England siehe Groß-
 britannien
 Fahim, Mohammed
 Qasim 236
 Faisabad 87, 111,
 115 f., 197, 217,
 239
 Falludschah 187
 Farah 164, 205, 247
 Fariab 246
 Faryab 164
 Fatima (Tochter Mo-
 hammeds) 125
 Firdausi, Abu 171,
 222
 Fischer, Joschka 96,
 214, 216
 Forster, Marc 234
 Frankreich 244
 Gailani, Sayed
 Hamid 96
 Gandhi, Mahatma 44
 Gandomak 224, 250
 Gardez 98
 Geneva 68, 247
 Genf 62, 68, 247
 Georgien 44
 Ghani, Aschraf 9,
 84 f., 96 f.,
 103–106, 148,
 157, 161, 209, 242,
 244–249
 Ghasni 24, 127, 171,
 222 f.
 Ghazni 164, 247
 Ghoriden-Reich 223
 Ghur 123
 Gladstone, William 28
 Gobineau, Arthur de 14
 Gorbatschow, Michail 64
 Gortschakow,
 Alexander 20, 23
 Greene, Harold J. 242
 Großbritannien 20,
 23–25, 28 f., 31,
 44, 47 f., 82, 91,
 208, 224 f., 250
 Guantanamo 242
 Gursescht 170
 Guttenberg, Karl-
 Theodor zu 91,
 210 f., 216, 219
 Habibullah I. 24, 44,
 177 f., 190, 225
 Habibullah II. 32,
 182, 226
 Hafis 131
 Hamdard, Dschoma
 Chan 151, 153
 Haqqani, Siradschud-
 din 162, 240
 Harirud 197
 Hasaradschat 127, 144
 Hassan (Sohn Mo-
 hammeds) 125
 Hekmatyar, Gulbud-
 din 69–71, 88,
 202, 229 f., 245
 Helmand 106, 146,
 164, 197, 200, 202,
 205, 238, 248

- Hentig, Werner Otto von 42, 225
- Herat 12, 16 f., 19, 25, 59 f., 63, 73, 80, 123, 127, 133, 144, 179, 197, 223 f., 235
- Herodot 37
- Hindenburg, Paul von 46
- Hindukusch 13, 16, 38, 146, 193 f., 222
- Hitler, Adolf 47 f., 50–52
- Hollande, François 240
- Horten, Walter 76, 226
- Hotak, Machmud 17, 223
- Hotak, Mir Wais 17, 79, 223
- Hussein (Enkel Mohammeds) 128, 251
- Hussein, Saddam 212
- Hussein (Sohn Mohammeds) 125
- Imran Khan 9
- Indien 13, 15–17, 20 f., 24–26, 28 f., 31, 37, 42–44, 47 f., 50 f., 71, 89, 94, 171, 222 f., 225, 227 f., 230, 247
- Irak 60, 87, 94, 99, 164, 186 f., 212 f., 216
- Iran 14, 34, 40, 45, 71, 88, 93 f., 132, 140, 163 f., 171, 190, 204, 230
- Isfahan 17, 223
- Islamabad 69, 77, 89, 230, 235
- Ismail ibn Dschafar 127
- Ismail Khan 73, 85
- Israel 186
- Istalif 28, 224
- Italien 34, 52, 92, 223, 226
- Jelzin, Boris 40
- Jemen 94, 231
- Jesus von Nazareth 122, 131
- Jugoslawien 52, 212–214, 216
- Jung, Franz Josef 211, 219
- Kafiristan 37, 146
- Kais (Ahn herr, siehe auch Abdurrahman schid) 124, 139, 170
- Kala-ye Dschangi 176
- Kalkutta 50
- Kambodscha 213
- Kanada 91, 212
- Kandahar 12, 17, 19, 24, 32, 37, 82, 127, 134, 193, 197 f., 200, 205, 223–225, 231, 235, 238
- Kanuni, Junis 96
- Karatschi 48
- Karlan 170
- Karmal, Babrak 55–57, 59, 229
- Karzai, Ahmad Wali 238
- Karzai, Hamid 44, 82–85, 96–106, 153, 208, 231–242, 251
- Kaschmir 17, 19, 60, 94, 227 f., 230
- Katar 247, 249
- Kaukasus 23, 25, 48, 49, 51
- Kerala 228
- Kerry, John 84
- Khalilzad, Zalmay 83, 158, 167, 247
- Khojak-Pass 193
- Khorasan 9, 13, 17, 164, 222
- Khost 226, 229
- Khyber-Pass 193
- Kipling, Rudyard 146
- Klein, Georg 91
- Kneip, Markus 152, 238
- Köhler, Horst 220
- Köln 213
- Königsberg bei Bonn siehe Petersberg
- Kohl, Helmut 212
- Kosovo 109, 186, 213, 214
- Kujat, Harald 239
- Kunar 60, 88, 164, 228
- Kundus 57, 77, 82, 87, 91, 105, 111–114, 116–118, 149, 153, 156 f., 162, 197, 205, 217–219, 234, 236 f., 240 f., 243, 246
- Kuwait 212
- Lashkar Gah 249
- Latifi, Nasir Ahmad 235
- Lenin, Wladimir I. 44
- Libyen 186
- Logar 127, 230
- London 23, 28, 43 f., 51, 233
- Lübke, Heinrich 30
- Lytton, Robert 28

- McChrystal, Stanley 237, 239
 Machmud Khan, Sardar Schah 227
 Machmud von Ghasni 171
 McKiernan, David 211
 Madrid 234
 Madschid Pascha Chan 151, 153
 al-Mahdi, Mohammed 127
 Maillart, Ella 37
 Maiwand 225, 251
 Maizière, Thomas de 108
 Malalai 225
 Malik Afghan 170
 Malik Talut 170
 Mansur, Akhtar Mohammed 88, 161 f., 163
 Marco Polo 223
 Marokko 200
 Masar-e Scharif 73, 78, 82, 108, 112 f., 116 f., 122, 133, 150–154, 180, 191, 197, 230 f., 238 f., 241, 245
 Masari, Abdul Ali 71
 Massud, Achmad Schah 63, 69, 71, 73, 78, 176, 207, 229–231, 251
 Mattis, James N. 246
 Mbelwa, Said 191
 Medina 124, 222
 Mekka 124, 127, 222
 Merkel, Angela 219
 Meymaneh 9
 Mir Alam Chan 156 f.
 Mir Hamsa (Ahnherr) 125
 Mirza Ali Khan 49
 Mohammed Haschem Khan 226
 Mohammed (Prophet) 122–125, 131, 222, 251
 Mohammed Schah Kadschar 25
 Molière 175
 Molotow, Wjatscheslaw M. 50
 Mongolei 212
 Motz, Sergej 212, 217
 München 220
 Mullah Omar, Mohammed 79–81, 88, 134, 158, 161 f., 207
 Muqimyar, Robina 233
 Moses (Musa) 131
 Nachtwei, Winfried 243
 Nadir Schah, Mohammed (afgh. König) 17, 32, 34, 145, 182, 223, 226, 250
 Nadschibullah Achmadsai, Mohammed 40, 57, 59, 69, 77, 176, 229
 Nairobi 80, 230
 Nambiar, A.C.N. 51
 Nangarhar 88, 164, 166, 196, 200, 206
 Nebukadnezar, König 12
 Niederlande 91
 Niedermayer, Oskar Ritter von 42–44, 47 f., 52, 225
 Niedringhaus, Anja 186–188
 Nikpai, Rohullah 235
 Nimrus 123, 205
 Nizza 244
 Nordkorea 248
 Norwegen 113, 235
 Nur, Atta Mohammad 85, 148, 150–154, 156 f.
 Nuristan 123–125
 Nuristani, Hawa Alam 141, 146, 248
 Obama, Barack 92, 102, 115, 162, 235–238, 242 f.
 Oberdörffer, Manfred 49
 Obermaier, Uschi 37
 Omar (zweiter Kalif) 123
 Ostsee 238
 Pachsaparan, Omar 157
 Paktia 33, 60, 153, 228
 Paktika 206
 Palmerston, Henry 21, 25
 Pamir 193, 196
 Paris 235, 244
 Parsa, Mohammed 133
 Paschtunistan 26, 34, 227
 Patscha Chan Sadran 98
 Pedram, Abdul Latif 9
 Peking 235
 Peschawar 19, 63, 69, 88, 96, 193, 224
 Petersberg 41, 82, 89, 96 f., 108, 231–233, 251
 Petraeus, David 237

- Pfister, Otto 190
 Polen 91
 Potzel, Markus 246
 Pratap, Radscha
 Mahendra 42
 Preußen 45
 Qaderi, Achmad Yasin
 Salik 191
 Qawsuddin 151, 153
 Qualatschi, Amir
 Dschan-e 151
 Quetta 88, 193
 Qumandan, Gol 151,
 156
 Rabbani, Burhanuddin
 71, 73, 83, 229 f.,
 237, 239
 Rahimi, Hamid 191
 Rahmat Khan 50
 Rawalpindi 24, 226
 Razayee, Friba 233
 Rommel, Erwin 51
 Ruanda 213
 Rumsfeld, Donald 99
 Russland 13, 20–25,
 29, 31, 44, 200,
 224 f.,
 Russländische Fördera-
 tion 71, 158, 200,
 229 f., 244, 247, 249
 Saadi 131
 Sahir Schah, Moham-
 med (afgh. König)
 13, 30, 32, 35 f.,
 51 f., 57, 83,
 226–228
 Saleh, Amrullah 148,
 237, 248
 Samarkand 222
 Sarbun 170
 Sar-e Pol 156, 234
 Sarkozy, Nicolas 239
 Saudi-Arabien 36, 71,
 77, 82, 94, 124, 230
 Saul (König) 12, 170
 Sayyaf, Rasul 71
 Schanghai 48
 Scheberghan 148, 154
 Scheel, Walter 76
 Scher Ali 24, 29, 224
 Schröder, Gerhard
 214, 216
 Schudscha al-Mulk
 (Schah von Afgha-
 nistan) 224
 Schwarzenbacher,
 Annemarie 37
 Schweden 92
 Seeckt, Hans von 44,
 48
 Serbien 213
 Singh, Randschit 19
 Sirat, Abdul Satar 96
 Sistan 123, 193
 Somalia 213
 Soraya, Königin 181
 Sowjetunion 39 f.,
 42–44, 48, 50 f.,
 54–56, 58–60, 62,
 64, 66, 68, 183,
 200, 212, 226–229
 Srebrenica 213
 Stalingrad 52
 Stalin, Josef W. 48, 50
 Staneksai, Massum
 247
 Stauffenberg, Claus
 Schenk Graf 52
 Steinmeier, Frank-
 Walter 235
 St. Petersburg 23, 225
 Stresemann, Gustav
 47
 Swat-Tal 235
 Syrien 94, 124, 164,
 246
 Tadschikistan 193
 Takhar 111, 218
 Talib, Ali ibn Abi 125
 Tallinn 236
 Taloqan 217, 240
 Tanai, Schahnawas
 59
 Taraki, Nur Moham-
 med 39, 56 f.,
 59 f., 228
 Termes 33, 229, 244
 Tibet 43, 48
 Timur Leng 16, 223
 Timur Schah 17, 224
 Tokio 232, 240
 Tora Bora 87
 Trabzon 241, 243
 Trump, Donald 92,
 106, 246
 Tscharikar 224
 Tschehar Bulak 151,
 154, 156
 Tschehar Darra 153
 Tschemtal 151, 153 f.,
 156
 Türkei 148, 181 f.,
 226, 241, 245
 Turan 171
 Turkmenistan 15, 25,
 66, 71, 78, 232, 247
 Ukraine 47, 244
 Urusgan 200, 205
 Usbekistan 15, 66,
 71, 238
 Wardak 230
 Warschau 244
 Wasiristan 88
 Wells, Alice 247
 Westerwelle, Guido
 114
 Witzel, Dietrich 49
 Wulff, Christian 30
 Yaqoob, Mohammed
 162
 Zabul 164, 243
 Ziemke, Kurt 47

Übersichtskarte



Autorinnen und Autoren

- Ahmad Abou-Daher* (aad), Leutnant, Aufklärungsbataillon 13, Gotha
- Prof. Dr. Jörg Baberowski*, Lehrstuhl für die Geschichte Osteuropas, Humboldt-Universität zu Berlin
- Nicole Birtsch*, Fraktionsmitarbeiterin der FDP im Deutschen Bundestag, Referentin für Vernetzte Sicherheit, Berlin
- Florian Broschk*, Islamwissenschaftler und langjähriger Sicherheitsberater von Entwicklungsorganisationen in Afghanistan, Bonn
- Dr. Bernhard Chiari* (bc), Bundesamt für Flüchtlinge und Migration, Berlin
- Judith Huber*, Lic. phil. I, Sozialwissenschaftlerin und Journalistin, Redakteurin »Echo der Zeit« im Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), Bern
- Prof. Dr. Hermann Kreutzmann*, Zentrum für Entwicklungsländerforschung, Institut für Geographische Wissenschaften, Freie Universität Berlin
- Dr. Monika Lanik* (ml), Abteilung Cyber- und Informationstechnik, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin
- Dr. Karl-Heinz Lutz* (khl), Oberstleutnant a.D., Potsdam
- Dr. Katja Mielke*, Internationales Konversionszentrum, Bonn
- Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller*, Lübeck
- Dr. Philipp Münch*, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam
- Winfried Nachtwei*, Mitglied des Bundestages a.D., Münster
- Knud Neuhoff B.A.* (kn), Lektor und Autor, Berlin
- Wissenschaftlicher Oberrat Dr. Martin Rink*, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam
- PD Dr. Lutz Rzehak* (lr), Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
- Dipl. phil. Marina Sandig*, freiberufliche Autorin, Kleinmachnow
- Prof. Dr. Conrad Schetter*, Internationales Konversionszentrum, Bonn
- Reinhard Schlagintweit* (†), ehemaliger Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt und Vorsitzender von UNICEF Deutschland, Starnberg
- Tim Schönert M.A.* (ts), Oberleutnant, Berlin

Der »Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan« erschien erstmals 2006. Zu diesem Zeitpunkt kämpften die US-Streitkräfte und ihre Verbündeten im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) bereits mehrere Jahre auch auf afghanischem Boden gegen den internationalen Terrorismus. Die Kräfte der International Security Assistance Force (ISAF) konnten berechtigt hoffen, einen Beitrag zur Stabilität im Lande zu leisten. Die Bundeswehr war an der OEF von Anfang an beteiligt. Ende 2014 wurde der ISAF-Einsatz beendet und den Afghanen die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Heimat übertragen. Gleichwohl war klar, dass das Land am Hindukusch auch weiterhin des Beistands der internationalen Gemeinschaft bedurfte. Folgerichtig wirkt die Bundeswehr seit 2015 im Auftrag des Deutschen Bundestages mit Einsatzkontingenten an der Mission Resolute Support (RS) mit. Ein Ende der Unterstützungsleistungen ist derzeit nicht absehbar.

Der »Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan« bietet auch in seiner vierten, aktualisierten Auflage einen raschen Überblick über Geschichte und Kultur des Landes. Die aktuellen Konfliktlinien und Herausforderungen werden in bewährter Weise aufgezeigt.

Vierte, aktualisierte und veränderte Auflage

ISBN 978-3-506-70325-5



9 783506 703255

Eine Publikation des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
im Verlag Ferdinand Schöningh